

Geschäftsbericht des Regierungsrats 2004

Landammann und Regierungsrat des Kantons Obwalden an den Kantonsrat

„Die Stärkung des staatlichen Handlungsspielraums ist eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche partnerschaftliche Zusammenarbeit zum Wohl des Kantons.“

Elisabeth Gander-Hofer, Landammann 2004/05

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Wir unterbreiten Ihnen den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung über das Jahr 2004. Darin geben wir Rechenschaft über die Erfüllung der vielfältigen von der Bevölkerung übertragenen Leistungsaufträge und das Erreichen der gemeinsam von Regierung und Verwaltung gesteckten Ziele. Auf diese haben wir uns gegenüber dem Kantonsrat und der Öffentlichkeit ein Jahr zuvor erstmals in der Form eines Integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP) verpflichtet.

Mit Genugtuung und auch ein wenig Stolz dürfen wir auf die Gesamtleistungen im Dienste unserer Bevölkerung zurückblicken. Mich freuen besonders die gelungenen Projekte, welche in gemeinsamer Anstrengung verschiedener Beteiligten zu Stande gekommen sind. So denke ich an die Neuregelung des Bevölkerungs- und Zivilschutzes im Zusammenwirken von Gemeinden und Kanton, das neue kantonale Agrarleitbild im Einvernehmen von Staat und Landwirtschaft, die Fertigstellung der A8-Umfahrung Giswil als Gemeinschaftswerk von Bund und Kanton mit der Bauwirtschaft, oder das schwierige und auch schmerzliche, gemeinsam von Kantonsrat und Regierung getragene Aufgabenüberprüfungs- und Entlastungsprogramm, welches den finanzpolitischen Handlungsspielraum auch für künftige Generationen sichern soll.

Andere Vorhaben konnten bedauerlicherweise nicht oder noch nicht umgesetzt werden, obwohl auch in sie viel Arbeit, ja Herzblut eingesetzt wurde. So war die demokratische Hürde für das neue Bildungsgesetz zu hoch, oder die Vorstellungen über die Sicherstellung einer finanziell tragbaren und medizinisch guten Gesundheitsversorgung in Partnerschaft mit unseren Nachbarkantonen konnte noch auf keinen politisch gemeinsamen Nenner gebracht werden.

Ich danke im Namen des Regierungsrates allen Behördenmitgliedern und Mitarbeitenden sowie ihren Partnerinnen und Partnern für ihre Leistungen und das Zusammenwirken zum Wohle unserer staatlichen Gemeinschaft.

Der vorliegende Geschäftsbericht richtet sich unmittelbar an den Kantonsrat. Zusammen mit der Staatsrechnung gewährt er gleichzeitig eine Leistungs- und Kostenübersicht über die kantonale Aufgabenerfüllung. Damit werden auch die wichtigsten staatlichen Ereignisse sowie die Leistungen der Departemente und Ämter für die Nachwelt dokumentiert. Ergänzende Angaben finden sich auch im Internet unter www.obwalden.ch, in den Schulberichten der Kantonsschule und des Berufs- und Weiterbildungszentrums sowie in den Geschäftsberichten des Kantonsspitals und der interkantonalen Anstalten, an denen der Kanton massgeblich beteiligt ist.

Wir beantragen Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Geschäftsbericht sowie die Jahresrechnung 2004 zu genehmigen.

Sarnen, im März 2005

Im Namen des Regierungsrates

Elisabeth Gander-Hofer, Landammann

Bericht des Regierungsrates über die Schwerpunkte der Geschäftsführung

KANTON OBWALDEN

WOHN-ATTRAKTIV, WIRTSCHAFTS-DYNAMISCH UND OPTIMAL VERNETZT IHR PARTNER IN DER ZENTRALSCHWEIZ

Der Regierungsrat verfolgte auch 2004 zielstrebig die Leitideen der Strategieplanung 2012+ für die Zukunftsgestaltung des Kantons mit folgenden strategischen Stossrichtungen:

- *Obwalden als attraktive Wohnregion:* Als Wohnregion bietet Obwalden eine hohe Lebensqualität in einem intakten Umfeld, gute soziale Einrichtungen und eine hohe Sicherheit. Diese Stärken sollen aktiv gepflegt und zielgerichtet gestärkt und ausgebaut werden. Obwalden sagt Ja zu einem weiteren verträglichen Bevölkerungswachstum – unabhängig davon, ob das Einkommen der Haushalte innerhalb oder ausserhalb des Kantons erwirtschaftet wird.
- *Obwalden als dynamischer Wirtschaftsstandort:* Die in den letzten Jahren verfolgte Politik des offenen Wirtschaftsraumes wird aktiv fortgesetzt. Auf der Grundlage der erfolgreich etablierten Unternehmen im Kanton wird die Clusterbildung in der Mikrosystemtechnik mit dynamischen, wertschöpfungsstarken Betrieben gefördert. Die Talachse des unteren Sarneraats soll sich zur bevorzugten Wohn- und Wirtschaftsregion mit Agglomerationscharakter entwickeln. Das obere Sarneraatal und Engelberg sollen sich neben touristischen Schwerpunkten (Titlis und Melchsee-Frutt) als Wohn- und bevorzugte Erholungsregion entwickeln. In den ländlich und touristisch geprägten Gemeinden soll ein optimales Netzwerk von Betrieben aus der Landwirtschaft, dem Tourismus und dem Gewerbe das wirtschaftliche Rückgrat bilden.
- *Obwalden vernetzt sich intensiv mit der Zentralschweiz und dem Grossraum Zürich:* Durch eine weitere Optimierung der Verkehrsachsen des öffentlichen und privaten Verkehrs soll der Wohn- und Wirtschaftsstandort Obwalden weiter gestärkt werden. Dadurch wird es möglich, die Leistungen im Bereich der zentralörtlichen Dienstleistungen, der Aus- und Weiterbildung sowie der Kultur- und Freizeitangebote noch intensiver zu vernetzen. Der Kanton will zu diesem Zweck eine intensive partnerschaftliche interkantonale Zusammenarbeit pflegen.

Für die Umsetzung der Strategie in den einzelnen Politikbereichen hat der Regierungsrat Leitideen formuliert und in der Amtsdauerplanung 2003 bis 2006 mittelfristig Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben) festgelegt. Die Schwerpunkte und Projekte wurden im rollenden integrierten Aufgaben- und Finanzplan weiter konkretisiert, d.h. für das Jahr 2004 festgelegt und unter Berücksichtigung geänderter Rahmenbedingungen für die Jahre 2005 bis 2007 fortgeschrieben. Im folgenden Überblick, gegliedert nach den strategischen Leitideen, wird die Umsetzung (mit Klammerhinweis auf die Leitidee oder das Ziel, z.B. „L1“ oder „Z23“) der wichtigsten Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben) in den einzelnen Politikbereichen im Geschäftsjahr 2004 aufgezeigt.

Volkswirtschaft

Der Kanton Obwalden setzt auf eine Steigerung des Volkseinkommens namentlich durch gezieltes Bevölkerungswachstum (L1)

2004 war eine Abnahme der Gesamtbevölkerung um 35 Personen (Vorjahr Zunahme um 214) oder 0.1 Prozent auf 33 505 Einwohnerinnen und Einwohner zu verzeichnen (L1). Entgegen dem angestrebten Wachstum von 350 Personen im Jahr ist erstmals seit Mitte der 70-er-Jahre kein Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen.

| Gemeinde | Wohnbevölkerung | | | Veränderung 2003/04 | |
|---------------|-----------------|---------------|---------------|---------------------|--------------|
| | 2002 | 2003 | 2004 | absolut | in % |
| Sarnen | 9 373 | 9 427 | 9 488 | + 61 | + 0.6 |
| Kerns | 5 308 | 5 330 | 5 293 | - 37 | - 0.7 |
| Sachseln | 4 413 | 4 440 | 4 465 | + 25 | + 0.6 |
| Alpnach | 5 116 | 5 162 | 5 195 | + 33 | + 0.6 |
| Giswil | 3 481 | 3 523 | 3 435 | - 88 | - 2.5 |
| Lungern | 1 986 | 1 961 | 1 968 | + 7 | + 0.4 |
| Engelberg | 3 649 | 3 697 | 3 661 | - 36 | - 1.0 |
| Kanton | 33 326 | 33 540 | 33 505 | - 35 | - 0.1 |

In der Volkseinkommensstatistik – gemäss Schätzung der UBS – hat der Kanton Obwalden 2003 seinen Platz an 24. Stelle (vor Wallis und Jura) gehalten. Er lag aber mit 37 559 Franken um 11 148 Franken oder 22 Prozent unter dem schweizerischen Durchschnitt von 48 707 Franken.

Für die Wahrnehmung des Kantons als attraktiver Standort hat der Regierungsrat ein Konzept für das Kantonsmarketing erarbeiten lassen, mit welcher vor allem einkommens- und vermögensstarke Bevölkerungsgruppen im Ausland und in der Schweiz angesprochen werden sollen (Z23). Die Umsetzung soll mit der Steuerstrategie und dem Raumordnungskonzept abgestimmt und koordiniert werden. Deshalb wurde mit der Auslösung einer Kampagne noch zugewartet. Der Regierungsrat hat der Standortpromotion Zentralschweiz auch eine Beteiligung an einem gemeinsamen Auftritt der Region im Sommer 2005 in Berlin zugesichert. Bekanntheitsgrad und Image der Zentralschweiz sollen in der deutschen Hauptstadt und den umliegenden Gebieten gefördert werden.

Der Kanton Obwalden optimiert die Standortqualitäten für dynamische und wertschöpfungsstarke Branchen und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (L2).

Im Geschäftsjahr 2004 wurden die Rahmenbedingungen für die bestehenden zukunfts-trächtigen Unternehmen sowie für Neuansiedlungen gestärkt: Mit der Inkraftsetzung und dem Erlass von neuen Ausführungsbestimmungen zum Submissionsgesetz wurde auf den 1. Februar 2004 in Absprache mit den Zentralschweizer Kantonen ein einheitlicher „Submissionsraum Zentralschweiz“ geschaffen. Das Markt- und Gewerbe-gesetz wurde

gesamthaft entschlinkt. Es wird nur mehr geregelt, was von Bundesrechts wegen einen Vollzug durch die Kantone verlangt (Z25).

Auf Grund des Entsendegesetzes wurde gemeinsam mit den Kantonen Uri und Nidwalden die tripartite Arbeitsmarktkommission eingesetzt. Sie überwacht seit der Einführung des freien Personenverkehrs mit der Europäischen Gemeinschaft seit Juni 2004 den Arbeitsmarkt. Diese flankierenden Massnahmen verhindern Sozial- und Lohndumping (Z23).

Der Regierungsrat unterstützte die Unternehmenssteuerreform II des Bundes. Sie soll Risikokapital steuerlich entlasten, um Investoren am Wirtschaftsstandort Schweiz zu begünstigen (Z23 und Z8).

Der Regierungsrat setzte sich besonders für die Erhaltung der militärischen Arbeitsplätze im Kanton ein. Bereits im Vorfeld der Bekanntgabe des künftigen Standortkonzepts der Armee XXI wies er auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der rund 200 militärischen Arbeitsplätze im Kanton hin. Im Verbund mit den Zentralschweizer Kantonen und eigenen Vorstössen forderte er vor allem den Weiterbetrieb der Helikopterbasis Alpnach als Aussenstandort zum Flugplatz Emmen.

In der beabsichtigten zukünftigen Regionalpolitik des Bundes lehnt der Regierungsrat den einseitigen ökonomischen Denkansatz und die Ausweitung des Geltungsbereichs auf die grenzenüberschreitende Zusammenarbeit und die Agglomerationen ab. Er forderte in seiner Stellungnahme angesichts der zunehmenden Herausforderungen vielmehr eine Verstärkung der Regionalpolitik zu Gunsten der Berggebiete und des ländlichen Raums (Z25).

Die Landwirtschaft wird weiterhin im Strukturwandel begleitet. Das vom Regierungsrat verabschiedete Agrarleitbild zeigt in Abstimmung auf die neue Agrarpolitik AP 2007 und die marktwirtschaftlichen Veränderungen mögliche Entwicklungspfade der Obwaldner Land- und Alpwirtschaft auf. Gleichzeitig steckt das Agrarleitbild die Möglichkeiten der kantonalen Einflussnahme und der finanziellen Unterstützung ab (Z24). In Abstimmung auf die Agrarpolitik 2007 wurden entsprechende Ausführungsbestimmungen über Finanzhilfen für Strukturverbesserungen bei Ökonomiegebäuden und Wohnhäusern erlassen. Darin werden das erforderliche Arbeitsaufkommen (Standardarbeitskraft), der ortsübliche Bewirtschaftungsbereich sowie die Sicherstellung des Pachtlands festgelegt. Der Kanton hat auch die bundesrechtliche Regelung für die Umschreibung der minimalen Betriebsgrösse eines landwirtschaftlichen Gewerbes übernommen. Als untere Grenze gilt danach neu eine Gesamtheit von landwirtschaftlichen Grundflächen, Bauten und Anlagen, zu deren Bewirtschaftung mindestens drei Viertel einer Standardarbeitskraft notwendig sind.

Der Kanton Obwalden nutzt seine überregionalen Standortpotenziale in attraktiven touristischen Marktsegmenten (L3).

Das Projekt „Schneeparadies Hasliberg-Titlis“ wurde in einer ersten Stellungnahme vom Regierungsrat grundsätzlich begrüsst (Z25). Der Wintertourismus in Engelberg und Melchsee-Frutt ist für den Kanton von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung. Mit dem Projekt können unter anderem überregionale Standortpotenziale genutzt und die Führungsrolle in der Zentralschweiz ausgebaut werden. Das lokale Gewerbe und die Hotel-

lerie erhalten wertvolle Impulse für die künftige Entwicklung. Bei diesem Projekt kann auch der zukunftssträchtige Ansatz, dass Nutzer und Schützer einer intakten Landschaft von Anfang an zusammenarbeiten, pionierhaft greifen. Bei der Projektumsetzung sind insbesondere verkehrstechnische, topographische, landschaftsschützerische und in Bezug auf die Investitionshilfe finanzielle Rahmenbedingungen zu beachten. Im Hinblick auf die Bahnreform II forderte der Regierungsrat in seiner Stellungnahme, dass die ganze Strecke Hergiswil – Engelberg in das Grundnetz aufgenommen wird. Engelberg zählt zu den touristischen Hauptzentren.

Bildung

Der Kanton Obwalden unterstützt mit einem attraktiven und qualitativ hoch stehenden Bildungswesen die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung (L4).

Die Erneuerung der Gesetzesgrundlagen zur Sicherung eines attraktiven und qualitätsvollen Bildungsangebots sind dem Regierungsrat ein grosses Anliegen (Z27). Im Geschäftsjahr 2004 wurde neben der Abstimmungsvorlage zu einem neuen Bildungsgesetz auch eine Bildungs- und Volksschulverordnung mit erweiterten Blockzeiten und neuen Klassengrössen erarbeitet und vom Kantonsrat erlassen. Nach der knappen Ablehnung der Bildungsgesetzesvorlage am 16. Mai 2004 durch das Volk hat der Regierungsrat unmittelbar die Schritte für eine neue Vorlage eingeleitet. Verschiedene Neuerungen sind dringend notwendig, so insbesondere die Qualitätssicherung und -entwicklung, die Ausgestaltung der Schulleitungen, die Steuerung der Bildungspolitik und die Erneuerung der Grundlagen für die Berufsbildung. Als Übergangsmassnahmen werden neu ab Schuljahr 2005/06 zwei Brückenangebote am Berufs- und Weiterbildungszentrum (BWZ) geführt (Z27). Der Regierungsrat hat dazu mit den Einwohnergemeinden eine Vereinbarung betreffend die Führung des 10. Schuljahres abgeschlossen. Die Brückenangebote bereiten schulentlassene Jugendliche, die noch keinen ihren Möglichkeiten entsprechenden Einstieg in die Berufsbildung gefunden haben, nach der obligatorischen Schulzeit auf die berufliche Grundausbildung vor.

Die Verankerung eines neuen Bildungsrahmenartikels in der Bundesverfassung wird vom Regierungsrat unterstützt. Dieser soll die Grundlage für einen kohärenten, flächendeckenden und qualitativ hoch stehenden Bildungsraum Schweiz schaffen. Damit könnte zur Erleichterung der interkantonalen und internationalen Mobilität die Harmonisierung der kantonalen Bildungssysteme gefördert werden.

Weitergeführt wurde die interkantonale Zusammenarbeit zur Ergänzung des Bildungsangebots: Erneuert oder ergänzt wurden insbesondere die interkantonale Fachhochschulvereinbarung (mit 28 Studierenden im Jahr 2005 aus dem Kanton Obwalden), das Regionale Schulabkommen Innerschweiz für Mittelschulen und höhere Fachschulen sowie die Vereinbarung der Zentralschweizer Kantone über Ausbildungen für Berufe des Gesundheitswesens.

Ab dem Schuljahr 2005/06 wird am Berufs- und Weiterbildungszentrum (BWZ) Obwalden erstmals eine Berufsmaturitätsklasse geführt. Der Regierungsrat hat dazu in Ausführungsbestimmungen das Angebot, die Zuständigkeiten, die Aufnahme, den Unterricht, die Leistungsbeurteilung und Promotion sowie die Berufsmaturitätsprüfungen geregelt (Z28). Für den Ausbau des BWZ am Standort Sarnen wurde der Projektwettbewerb

werb durchgeführt und die Weiterbearbeitung des Siegerprojekts „minimax“ des Teams unter Leitung von bühlmann architekten ag, Hergiswil, in Auftrag gegeben.

Gesundheit

Der Kanton Obwalden sichert für alle Bewohnerinnen und Bewohner den Zugang zu einer bedarfsgerechten, qualitativ guten medizinischen und pflegerischen Grundversorgung (L5).

Das Geschäftsjahr 2004 stand im Zeichen der Auseinandersetzungen um die beste Lösung für eine künftige spitalmässige Grundversorgung in optimaler Qualität und zu tragbaren Kosten (Z15). Eine Wertschöpfungsstudie über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen unterschiedlicher Spitalmodelle für den Kanton zeigte auf, dass der volkswirtschaftliche Nutzen der Arbeitsplätze in der Gesamtbetrachtung im kleinen, mit andern Kantonen verflochtenen Wirtschaftsraum Obwalden verhältnismässig gering ausfällt. Aus real-politischen Gründen und unter besonderer Gewichtung der „weichen“ Standortfaktoren hielt der Regierungsrat grundsätzlich am Spitalstandort Sarnen fest. Er setzte sich in Verhandlungen mit dem Kanton Nidwalden gegenüber der Einstandort-Variante für ein Alternativmodell mit zwei Standorten ein. Dies führte in den Verhandlungen mit dem Kanton Nidwalden zu einer Pattsituation. Trotz der unterschiedlichen Zielsetzungen halten die Kantonsregierungen von Obwalden und Nidwalden jedoch an der Spitalkooperation für die Grundversorgung fest. Gemeinsam unterbreiteten sie die Grundlagen für die beiden Modelle, d.h. den Grundlagenbericht zur Zusammenführung der Kantons-spitäler von Obwalden und Nidwalden sowie den Bericht zu Alternativmodellen der interparlamentarischen Kommission (IPK) zur Stellungnahme.

Nach Vorliegen der Beratungsergebnisse der IPK wird der Regierungsrat im Sinne einer Standortbestimmung die Strategie seiner Spitalpolitik überprüfen. Dabei bezieht er ein Volksbegehren vom 9. Dezember 2004 zur Erhaltung des Kantonsspital am Standort Sarnen in die Strategiefindung ein. Der Regierungsrat geht davon aus, am Standort Sarnen weiterhin ein Grundversorgungsangebot oder Teile davon zusammen mit Partnern anzubieten. Das Angebot soll in einer guten Qualität die medizinische Grundversorgung in der Region mit vertretbaren Kosten sicherstellen.

Parallel zur Strategiefindung in der Spitalpolitik wurde die betriebliche Zusammenarbeit der Kantonsspitäler Sarnen und Stans im Rahmen der vom Regierungsrat gutgeheissenen Vereinbarung fortgesetzt, eingeschlossen die Umsetzung eines neuen Chirurgiekonzepts. Dank der bisher erfolgreichen operativen Zusammenarbeit der Kantonsspitäler konnten in beiden Kantonen Senkungen der Globalbudgets der Kantonsspitäler erreicht werden. Musste für das Kantonsspital Obwalden im Jahr 2003 ein Globalbudget von 14.71 Millionen Franken und im Jahr 2004 ein solches von 15.50 Millionen Franken gesprochen werden, konnte das Globalbudget für das Jahr 2005 bei gleichen Fallzahlen auf 13.90 Millionen Franken gesenkt werden. Das Chirurgiekonzept verspricht – wie die übrige operative Zusammenarbeit der beiden Spitäler – eine bessere Kostenstruktur und damit eine finanzielle Entlastung der Spitalbudgets und zwar ohne Leistungsabbau am Kantonsspital Obwalden. Die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Obwalden können sich dank der engen operativen Zusammenarbeit mit dem Kanton Nidwalden für alle medizinischen Belange im Bereich der Grundversorgung am Kantonsspital in Sarnen behandeln lassen. Wie weit die operative Zusammenarbeit der beiden Spitäler weiter voranzutreiben ist, wird der Regierungsrat nach seiner Standortbestimmung in der Spitalpolitik entscheiden.

Für das Kantonsspital Obwalden hat der Regierungsrat Ausführungsbestimmungen über die Umsetzung der Grundsätze wirkungsorientierter Verwaltungsführung als Regiebetrieb des Kantons erlassen sowie den Vertrag mit santésuisse Zentralschweiz über den Taxpunktwert zu TARMED genehmigt und den Taxpunktwert für ausserkantonale Patientinnen und Patienten am Kantonsspital neu festgelegt.

Zur Sicherstellung der erweiterten Psychiatrieversorgung hat der Regierungsrat die Vereinbarungen mit der Psychiatrischen Klinik Oberwil sowie der Privaten Nervenlinik Meiringen erneuert (Z17).

Die Akutabteilung im Erlenhaus Engelberg wurde auf Ende 2004 geschlossen. Dafür wurde das Spitalabkommen mit dem Kantonsspital Nidwalden für die allgemein versicherten Engelberger Patientinnen und Patienten erneuert (Z15).

Für die Zentrumsversorgung im Kantonsspital Luzern hat der Regierungsrat einer Anpassung der Tagespauschalen ab Januar 2005 zugestimmt. Damit werden für Patientinnen und Patienten aus dem Kanton Obwalden die Zentrumsleistungen unter der Annahme gleicher Fallzahlen und Diagnosen wie im Vorjahr mit insgesamt rund 400 000 Franken teurer.

Auf 2004 wurde auch der gemeinsame Veterinärdienst der Urkantone am Laboratorium der Urkantone eingerichtet. Der Regierungsrat hat dazu die notwendigen Konkordatsbestimmungen und Änderungen der kantonalen Gesetzgebung in Kraft gesetzt (Z21).

Soziale Wohlfahrt und soziale Sicherheit

Der Kanton Obwalden fördert die Familie, unterstützt in sozialen Notlagen die Vorsorge, Selbsthilfe und Eigeninitiative und sichert eine vernetzte Sozialhilfe (L6).

Im Geschäftsjahr 2004 hat der Regierungsrat das gemeinsam mit dem Kanton Nidwalden erarbeitete Familienleitbild entgegengenommen (Z22). Er hat es einem breiten Vernehmlassungsverfahren unterstellt, um daraus Anhaltspunkte für kantonale Umsetzungsmassnahmen zu gewinnen. Auf seinen Antrag sind die Familienzulagen mit Wirkung ab 2005 durch den Kantonsrat von 170 Franken auf 200 Franken je anspruchsberechtigtes Kind erhöht worden. Gestützt auf den Bericht einer Fachgruppe stimmte der Regierungsrat der Einsetzung einer besondern Kinder- und Jugendschutzgruppe Obwalden zu. Das Hilfsangebot der interdisziplinären Fachgruppe kommt in Fällen von Kindesmisshandlung den Lehrpersonen, Schulleitungen und Sozialdiensten zugute. Die Prämienverbilligung für das Jahr 2005 musste angepasst werden. Neu wird anspruchsberechtigt, wer mehr als sieben Prozent (gegenüber bisher 6.5 Prozent) seines anrechenbaren Einkommens für Krankenkassen aufwenden muss (Z19). Der Regierungsrat stimmte der erneuerten interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen zu, welche die bisherige interkantonale Heimvereinbarung ab dem 1. Dezember 2006 ablöst. Mit der neuen Vereinbarung sollen stationäre Einrichtungen, welche Personen bis zum vollendeten 20. Altersjahr, längstens jedoch bis nach Abschluss der Erstausbildung beherbergen (Bereich A), unterstützt werden, ebenso Einrichtungen für erwachsene Personen mit Behinderungen (Bereich B) und Sonderfälle (D).

Die Beratung und Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen im Kanton wurde durch einen neuen Leistungsauftrag weiterhin der Caritas Schweiz übertragen.

Sicherheit und Recht

Der Kanton Obwalden vermittelt der Bevölkerung und den Unternehmen ein sicheres Umfeld (L7).

Im Geschäftsjahr 2004 konnten die neuen Rechtsgrundlagen für den Bevölkerungsschutz und Zivilschutz erfolgreich verabschiedet werden (Z14). Die wesentlichste Neuerung besteht in der umfassenden Ausrichtung der kantonalen Grundlagen auf die Sicherheitspolitik und erneuerte Gesetzgebung des Bundes. Am augenfälligsten wird der Umbau durch die vollständige Kantonalisierung des Zivilschutzes. Der Kanton wird auch für die Finanzierung zuständig. Für die Gemeinden bedeutet dies, dass sie ihre zweckgebundenen Ersatzbeiträge dem Kanton überweisen, welcher diese in einem besondern Bilanzkonto führt und jeweils im Rahmen des Voranschlags entscheidet, welcher Betrag zur Finanzierung der Aufwendungen des Zivilschutzes entnommen werden darf.

Parallel dazu wurde der Vollzug der Bundesvorschriften im Bereich der Militärverwaltung sowie der Neuausrichtung der wirtschaftlichen Landesversorgung auf kantonaler Ebene neu geregelt. Damit sind die Grundlagen der Gesamtverteidigung gesamthaft im Sinne der geltenden Sicherheitspolitik auf den 1. Januar 2005 erneuert. Nachdem mit der Armee reform XXI die kantonale Militärhoheit abgeschafft und die kantonalen Truppenverbände aufgehoben worden sind, beschränken sich die kantonalen Aufgaben im Bereich Militär auf reine Vollzugsaufgaben. Das Kreiskommando wird zur einzigen Anlauf- und Auskunftsstelle für alle Angehörigen der Armee im Kanton.

Im Bereich der Feuerwehr wurden die Stützpunktaufgaben der Feuerwehren von Sarnen und Engelberg neu geregelt. Neu übernimmt auch die Feuerwehr Engelberg minimale Stützpunktaufgaben.

Zur Abwehr von Naturgefahren wurde die Strategie der Borkenkäferbekämpfung fortgesetzt und für entsprechende Massnahmen in Wäldern mit besonderer Schutzfunktion und den umliegenden Pufferstreifen ein Nachtragskredit gesprochen (Z32).

Zur Verringerung der naturbedingten Risiken und Schäden wurden die Verbauungen in den Fliessgewässern fortgesetzt. Entscheide des Regierungsrats waren notwendig für Sofortmassnahmen in den Grossteilerbächen, um Folgeschäden nach den Unwettern vom Juni 2003 zu vermeiden (Z32).

Raumordnung, Umwelt und Energie

Der Kanton Obwalden entwickelt die Agglomeration auf der Sarneraa-Talachse mit dem Regionalzentrum Sarnen als Wohn- und Wirtschaftsraum und fördert den ländlichen Raum als Wohn- und Erholungsgebiet(L8).

Im Geschäftsjahr 2004 hat der Regierungsrat als Grundlage für die Überarbeitung der kantonalen Richtplanung das künftige Raumordnungskonzept vorgelegt (Z33). Es stützt sich auf die im Jahr 2003 dargestellte Auslegeordnung mit den allgemeinen Zielen der Raumplanung und dem Vorgehen. Das Raumordnungskonzept ist das Bindeglied zwischen der bestehenden und der künftigen räumlichen Ordnung im Kanton und zeigt auf, wie die Strategieplanung 2012+ des Regierungsrats in den räumlichen Auswirkungen umgesetzt werden soll. Das Raumordnungskonzept wurde einem öffentlichen Mitwir-

kungsverfahren unterstellt. Ausgangspunkt des Raumordnungskonzepts sind sieben Elemente der Obwaldner Identität, namentlich:

- die einmalige Landschaft
- eine visionäre Wirtschaft
- touristische Schwerpunkte
- der Kraftort Ranft
- eine Baukultur mit Landschaftsschutz
- attraktive Verkehrsverbindungen
- ein Wald voller Wunder

In Wechselbeziehung zu den Elementen der Identität stehen sieben Elemente der Funktionalität, welche die Nutzungen und Entwicklungen im Raum aufzeigen für Bevölkerung, Wohngebiete, Wirtschaft und Arbeitsplatzgebiete, Landwirtschaft, Waldwirtschaft und Landschaft, Tourismus, Verkehr sowie Umwelt und Ressourcen.

Von raumrelevanter Bedeutung im Konkreten sind die Stellungnahme des Regierungsrats zum Projekt „Schneeparadies Hasliberg-Titlis“ (siehe auch unter Volkswirtschaft), die Genehmigung der revidierten Ortsplanung Engelberg sowie der Beitrag des Kantons an die Neugestaltung des Dorfzentrums Sachseln.

Der Kanton Obwalden trägt zu einer intakten Umwelt bei. Die attraktive Landschaft wird als Lebensraumqualität und touristisches Kapital gepflegt (L9).

Im Geschäftsjahr 2004 hat der Regierungsrat den Entwurf eines Abbau- und Deponie-Konzepts als massgebende kantonale Grundlage für die Überarbeitung der kantonalen Richtplanung zur Kenntnis genommen und ein Mitwirkungsverfahren bei den Einwohnergemeinden eingeleitet (Z34). Es dient unter anderem der Prüfung von Abbau- und Deponiegesuchen aus einer Gesamtschau sowie der Verbesserung des Vollzugs durch weniger aber grössere Standorte sowie weitem nachgereichten Massnahmen wie der Optimierung der Transportwege. Der Regierungsrat hat auch einem Vertrag über die Ölfeuerungskontrolle mit der Geschäftsstelle Luzern zugestimmt und entsprechende Ausführungsbestimmungen über Luftreinhalte-Massnahmen erlassen. Aus ökologischen Gründen hat der Regierungsrat für Dienstfahrten der kantonalen Verwaltung einen Mobility-Carsharing-Vertrag abgeschlossen. Zum Schutz des Klimas vor Veränderungen durch ozonschichtabbauende Stoffe und synthetische Treibgase hat er den Vollzug der Bewilligungs- und Meldepflicht für Kälteanlagen dem Laboratorium der Urkantone übertragen.

Energiepolitisch war ein bedeutendes Jahr. Das Volk hat im zweiten Anlauf einer Gesamterneuerung des Gesetzes über das Elektrizitätswerk Obwalden (EWO) zugestimmt, damit die selbstständige kantonale öffentlich-rechtliche Unternehmung den künftigen Anforderungen des liberalisierten Strommarkts gewachsen ist (Z37). Gleichzeitig wurde mit einem Nachtrag zur Kantonsverfassung der Weg geebnet, dass die Wahlbefugnisse für die Wahlen des EWO-Verwaltungsrats dem Regierungsrat übertragen werden konnten. Auf Grund der wiederholt guten Geschäftsabschlüsse des EWO konnte der Regierungsrat im Vorfeld der Strommarkt-Liberalisierung einen Strompreisrabatt von sechs Prozent bewilligen.

Für das Sarneraa-Kraftwerk wurde die Wasserrechtskonzession für weitere 60 Jahre erneuert. Das Niederdruck-Laufkraftwerk produziert im Mittel 14.7 Millionen kWh, wovon 47 Prozent im Winterhalbjahr und 53 Prozent im Sommerhalbjahr. Das Kraftwerk wird auch mit der neuen Konzession mit den bisherigen Anlagen betrieben. Einzig für die neu vorgeschriebene Restwasserführung wurde die Erstellung eines Umgehungsgewässers verlangt, welche für den Naturschutz und die Fischerei wesentliche Verbesserungen bringt.

Verkehr und Infrastruktur

Der Kanton Obwalden gewährleistet hohe Mobilität von und zu den Zentren und Grossagglomerationen durch attraktive Verkehrsverbindungen Richtung Luzern-Zug-Zürich und eine optimale Verknüpfung der Verkehrssysteme und Telekommunikationsmittel (L10).

Am 27. Oktober 2004 konnte mit der Eröffnung des A8-Umfahrungstunnels Giswil ein weiterer Meilenstein im Nationalstrassenbau im Kanton Obwalden umgesetzt werden. Der Umfahrungstunnel entlastet Giswil vom Durchgangsverkehr, verkürzt die Fahrzeit von und nach Lungern aus dem Sarneraatal und erfüllt die neusten sicherheitstechnischen Anforderungen in Tunnels in der Schweiz (Z38). Der Weiterausbau der N8-Umfahrung Lungern verzögert sich wegen der Kürzung der finanziellen Mittel durch den Bund. Trotzdem konnte erreicht werden, dass 2005 die Tunnelvorbauten erstellt werden können.

Auf dem Nationalstrassenbauabschnitt Luzern – Brünig konnte im Gebiet Chälrlüti die bisherige Kantonsstrassenführung wesentlich verbessert werden. Der Regierungsrat hat das Bauprojekt genehmigt und durch raumplanerische Ausnahmebewilligungen die Verbesserung der Verkehrssicherheit mit Parkierungsmöglichkeiten für einen zweiten Aussichtspunkt auf die eindrückliche Lungerner Landschaft ermöglicht (Z38). Zur Entflechtung des Langsamverkehrs hat der Kantonsrat auf Antrag des Regierungsrats das Projekt und den Kredit für eine sichere Radroutenverbindung von Giswil nach Kaiserstuhl bewilligt (Z38). Der Baubeginn ist wegen einer Einsprache noch offen.

Mit dem Fahrplanwechsel am 12. Dezember 2004 nahm die S-Bahn Luzern ihren Betrieb auf (Z39). Die erste Etappe von Bahn 2000 brachte für den Kanton mit der Verdichtung des Fahrplans zum Halbstundentakt in den Hauptverkehrszeiten und dem Interregio Luzern – Interlaken als drittem Zug pro Stunde Vorteile, insbesondere auch was den Anschluss an den Grossraum Zürich betrifft. Wegen fehlender Bahnausbauten auf der Doppelspur Horw – Hergiswil und der Steilrampe Engelberg sowie wegen Geschwindigkeitsbeschränkungen auf der SBB-Neubaustrasse Mattstetten – Rothrist können bedauerlicherweise die besseren Verbindungen noch nicht voll ausgenützt werden. Dies führt insbesondere zu schlechten Verbindungen nach Bern und zum Verlust des Schnellzughalts in Sachseln. Die Vorteile von Bahn 2000 können für den Kanton Obwalden voraussichtlich erst ab Ende 2006 voll genutzt werden.

Für den Neubau der Steilrampe der Luzern-Stans-Engelberg-Bahn haben Regierungsrat und Kantonsrat einem Zusatzkredit von insgesamt 2 784 000 Franken an die Gesamtmehrkosten von 25 786 000 Franken zugestimmt. Die Mehrkosten sind durch massive geologische Probleme mit Wassereinbrüchen beim Tunnelvortrieb, neue Sicherheitsan-

forderungen, zusätzliche Auflagen im Plangenehmigungsverfahren und die Teuerung im Tunnelbau entstanden.

Gesellschaft, Kultur, Medien, Sport und Erholung

Der Kanton Obwalden unterstützt das konstruktive Zusammenwirken der Sozialpartner, die Solidarität und Chancengleichheit (L11).

Im Geschäftsjahr 2004 wurden die staatlichen Massnahmen zur Förderung der Gleichberechtigung der Frauen und Männer sowie die Integration der Ausländerinnen und Ausländer im Rahmen des Aufgabenverzichts- und Entlastungsprogramms in Frage gestellt. Die Beratung im Kantonsrat bestätigte die Beibehaltung der Fachstelle für die Gleichstellung von Mann und Frau sowie die weitere Mitwirkung in der interkantonalen Kommission für die Gleichstellung wie auch die Weiterführung der Vereinbarung mit dem Kanton Nidwalden. Im gleichen Sinn wurde entschieden, die Aufgaben im Bereich der Ausländerintegration auf der bestehenden Grundlage weiterzuführen (Z26).

Der Regierungsrat entschied grundsätzlich über die Neuverteilung der durch eine Neustrukturierung der bisherigen verschiedenen Lotterien zu Swisslos zusammengefassten Lotteriegeldern. Für die Kultur sowie für die allgemeine Sportförderung wird bis auf weiteres jährlich ein Beitrag von 550 000 Franken dem Bildungs- und Kulturdepartement gutgeschrieben, das im Einzelnen über die Aufteilung auf die vier Sparten Kulturförderung, Kantonsbibliothek, Kultur- und Denkmalpflege sowie die allgemeine Sportförderung entscheidet.

Der Kanton Obwalden unterstützt einzigartige Schwerpunktangebote im Bereich Kultur, Sport und Erholung (L12).

Im Geschäftsjahr 2004 ergriff der Regierungsrat die Initiative, ein Kulturereignis von überregionaler oder gar nationaler Bedeutung zu schaffen, um vermehrt auf den Kanton Obwalden aufmerksam zu machen. Er beauftragte die Kulturunternehmer Martin Heller und Martin Hess mit der Ausarbeitung eines Vorprojekts. Das Vorprojekt schlägt vor, ein „Kulturereignis Obwalden 2005+“ zu projektieren, welches die Kulturbereiche Volksmusik, Blasmusik, Volkstheater und geistliche Musik umfasst und ein Fenster gegen aussen öffnet, in dem der Kanton Obwalden in einem positiven Licht gezeigt werden kann. Das Projekt soll unter anderem folgende Vorgaben erfüllen:

- wiederkehrendes Kulturereignis mit nationaler Ausstrahlung und nachhaltiger Wirkung
- Schliessen einer Angebotslücke mit Abgrenzung zu andern grössern Kulturveranstaltungen, insbesondere in der Zentralschweiz
- inhaltlicher Bezug zum Kanton Obwalden
- Einbezug von institutionellen und landschaftlichen Ressourcen
- Einbezug von Kulturschaffenden aus Obwalden
- kein staatlich verordnetes Kulturereignis, sonder Gemeinschaftswerk der Kulturträger, der Wirtschaft und der Politik

Der Regierungsrat hat inzwischen einen Projektauftrag erteilt (Z30).

Regierungsrat und Kantonsrat sprachen einen Denkmalpflegebeitrag des Kantons von 3.2 Millionen Franken an die Restaurierung der Klosterkirche Engelberg. 1.6 Millionen Franken werden aus allgemeinen Steuermitteln und 1.6 Millionen Franken aus dem Lotteriefonds finanziert. Mit Unterstützung von Bund und Kanton wird ermöglicht, dieses einmalige barocke Baudenkmal von nationaler Bedeutung zu erhalten.

Staatsorganisation – föderalistische Zusammenarbeit

Der Kanton Obwalden gewährleistet mit einer einfachen, bürgernahen Staatsorganisation eine starke Verbindung zwischen Kanton, Wirtschaft und Zivilgesellschaft (L13).

Im Geschäftsjahr 2004 wurde ein weiterer Zwischenschritt in der Staatsleitungsreform mit fünf Departementen (Phase II) vollzogen (Z2). Der Regierungsrat gab grünes Licht für eine Reorganisation im Bau- und Umweltdepartement und stimmte Aufgabenverlagerungen insbesondere zum Volkswirtschaftsdepartement zu. Das bisherige Bau- und Umweltdepartement heisst neu Bau- und Raumentwicklungsdepartement und besteht nur noch aus zwei Ämtern, dem Hoch- und Tiefbauamt und dem Amt für Wald und Raumentwicklung. Die bisherigen Ämter „Umwelt und Energie“ sowie „Raumordnung und Verkehr“ wurden auf Ende Jahr aufgelöst. Dem Volkswirtschaftsdepartement wurde neu der Aufgabenbereich Umweltschutz und Fischerei, mit Ausnahme des Natur- und Landschaftsschutzes, zugeordnet. Ebenso wurden ihm der Grundstückerwerb durch Personen im Ausland sowie das Boden- und Pachtrecht übertragen. 2006 wird der Bereich Grundbuch und Vermessung folgen. Kleinere Verschiebungen betreffen das Finanzdepartement, welches vom „alten“ Bau- und Umweltdepartement die Grundstücksschätzungen übernahm. Das Sicherheits- und Gesundheitsdepartement übergab die Feuerungskontrolle dem Volkswirtschaftsdepartement. Weitere Schritte zur „Verwaltungsreform fünf Departemente“, Phase II, insbesondere zur Entlastung des Sicherheits- und Gesundheitsdepartements, werden auf 2006 geprüft.

Für die Weiterführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung als Teil der Staatsleitungs- und Verwaltungsreform Obwalden legte der Regierungsrat einen Zwischenbericht vom 21. Dezember 2004 vor. Dieser zeigt drei Schwerpunkte auf:

- im Bereich der strategischen Steuerung die qualitative Weiterentwicklung der bestehenden Instrumente (Strategie 2012+, IAFP, Geschäftsbericht), die Erarbeitung der inhaltlichen Schwerpunkte der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010 zur Strategie 2012+ sowie die Einführung eines strategischen Controllings (Z6)
- im Bereich der operativen Steuerung die vertiefte Erprobung der Output-Steuerung über Produktgruppen und Globalbudget in geeigneten Testämtern sowie die Verbesserung des operativen Controllings (Z6)
- im Bereich der Führung im Nachgang zu einem Personalleitbild und einer ausformulierten Personalpolitik der Auf- und Ausbau weiterer Instrumente zur Festigung der Führungskultur (Z5)

Der Kanton Obwalden und seine Gemeinden stärken in enger Zusammenarbeit das Gesamtwohl und den Ausgleich im Kanton (L14).

Im Geschäftsjahr 2004 standen zwei Aufgabenbereiche im Vordergrund, in denen die gemeinschaftliche Aufgabenerfüllung zum Gesamtwohl der Einwohnerinnen und Einwohner im Vordergrund stand, die Bildungsgesetzgebung (siehe L4) sowie die Bevölkerungsschutzgesetzgebung (siehe L7). An der Begegnung von Regierungsrat und Gemeindepräsidentenkonferenz wurden schweremotiv folgende Themen behandelt: Stellenwert und Beachtung der Gemeindeautonomie, Wirksamkeit der Gemeindestellungsnahmen bei kantonalen Vernehmlassungsverfahren sowie das Generelle Aufgabenerüberprüfungs- und Entlastungsprogramm (GAP) und dessen mittelbare Auswirkungen auf die Gemeinden.

Die Gemeinden werden im Bestreben gemeinschaftlicher Aufgabenerfüllung unterstützt. Gemäss dieser Leitidee (L14) wurde mit einer Änderung der Zivilstandsverordnung die Voraussetzung geschaffen, dass die Gemeinden unter sich vertraglich die gemeinsame Führung des Zivilstandsamts in Sarnen festlegen konnten. Gleichzeitig wurde durch diese Lösung die Informatisierung der Zivilstandsregister (mit INFOSTAR) ermöglicht.

Der Regierungsrat hat auf 2005 neue Ausführungsbestimmungen zum Musterreglement über den Finanzhaushalt der Einwohnergemeinden erlassen. Sie schaffen den Rahmen für die Führung von Gemeindedienststellen mit Leistungsauftrag und Globalbudget und halten die verbindlichen Abschreibungssätze für die Finanzausgleichsgemeinden fest (Z7). Auf Grund der geltenden Gesetzgebung kam der kantonale Finanzausgleich als Ressourcenausgleich noch den drei Gemeinden Kerns, Giswil und Alpnach zugute. Lungern war wegen dem gestiegenen Steuerertrag nicht mehr anspruchsberechtigt.

Der Kanton Obwalden stärkt durch eine koordinierte kantonale Zusammenarbeitspolitik (Aussenpolitik) die Anbindung an die grössten Wirtschaftsräume (L15).

Im Geschäftsjahr 2004 beteiligte sich der Kanton im Rahmen der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK) an folgenden Zusammenarbeitsprojekten (Z3):

- dem konkreten Aufbau der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH) mit Einsitznahme in die Konkordatsorgane;
- dem Konkordat über die Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht, wodurch der Kanton ab 2006 die unmittelbare Aufsicht über die BVG-Vorsorge-Einrichtungen sowie die klassischen Stiftungen an die Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht (ZSBA) überträgt;
- der Verwaltungsvereinbarung über die gemeinsame Durchführung der Grund-, Kader- und Spezialistenausbildung im Zivilschutz, die auf Anfang 2005 in Kraft trat;
- der neuen Vereinbarung über das gemeinsame Engagement der Kantone bei der Versammlung der Regionen Europas (VRE) mit einem Leistungsauftrag für die Jahre 2005 bis 2007;
- der regionalen Organisation des Eichwesens, für welche ab 1. Februar 2005 eine Übergangslösung gilt;
- dem Aufbau einer regionalen Bildungsstatistik, welche noch der Zustimmung aller Zentralschweizer Kantone bedarf;
- dem Aufbau eines gemeinsamen Controllings der interkantonalen Zusammenarbeit.

Dazu kommen eine grosse Anzahl von Projekten, welche nicht auf Regierungsebene, sondern in den Zentralschweizer Fachdirektorenkonferenzen bearbeitet werden (vgl. nachgeführte Liste unter www.zrk.ch).

Dagegen sah der Regierungsrat keine Vorteile einer Zentralschweizer Zusammenarbeit bei der Beschaffung von Betriebsmitteln (gemeinsamer Einkauf). Er verzichtete als Auswirkung des kantonsinternen Entlastungsprogramms auch auf eine aktive Beteiligung in der Fachgruppe Ausländerintegration der Zentralschweizer Regierungskonferenz. Er trat auch nicht auf ein Grundlagenpapier für eine generelle Regelung der Standortvorteile bei Zusammenarbeitsprojekten ein, weil sowohl die Auswirkungen des Nutzens der Standortkantone als auch die weichen Standortfaktoren aus Sicht des Kantons Obwalden als „abgebender“ Kanton ungenügend berücksichtigt wurden.



Schwerpunktthema der Zusammenarbeit mit dem Kanton Nidwalden (Z4) war auch 2004 die Spitalkooperation, welche in der operativen Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinbarung INFRA ein positives Ergebnis aufweist, in der langfristigen Strategie aber noch offen ist (siehe unter L5 Gesundheit).

Neben den grösseren gemeinsamen Institutionen (wie Regionales Arbeitsvermittlungszentrum [RAV], Arbeitslosenversicherung, Informatikleistungszentrum und Verkehrssicherheitszentrum [über welche beide Institutionen erstmals die Geschäftsberichte des Vorjahres im Kantonsrat behandelt worden sind], Personalämter, Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention, Fachstelle für Gleichstellung von Mann und Frau) wurden weitere Zusammenarbeitsprojekte angegangen, namentlich die Erneuerung des Internetauftritts durch die gemeinsame Beschaffung eines Content-Management-Systems (CMS), der Austausch von Brückenangeboten für die Schulentlassenen sowie die Erweiterung des gemeinsamen Elektro-Pikettdienstes auf der A8 mit Einschluss der Tunnelanlagen Sachseln und Giswil sowie der Kommandozentrale im Polizeistützpunkt Sarnen (siehe im Einzelnen unter den Departementsberichten).

Finanzen und Steuern

Der Kanton Obwalden erhöht seine fiskalische Konkurrenzfähigkeit und wird in Teilbereichen zum steuerattraktivsten Kanton (L16).

Die Verbesserung steuerlicher Konkurrenzfähigkeit als wichtiger Standortfaktor wurde im Geschäftsjahr 2004 durch die Erarbeitung einer Steuerstrategie aufgenommen (Z8). Der Kanton Obwalden ist für mittlere und höhere Einkommen im schweizerischen Vergleich bereits attraktiv. Hingegen verfügt er über eine grosse Anzahl von Steuerzahlern, welche sich in den untern Einkommenssegmenten befinden. Darum ist Obwalden am

Ende der Statistik der Steuerbelastung 2003 zu finden. Die Steuerstrategie soll den Weg weisen, von dieser nachteiligen Position des Kanton wegzukommen. Die neue Steuerstrategie wird Anfang 2005 vorgelegt und soll nach entsprechender Anpassung des Steuergesetzes auf Anfang 2006 wirksam werden.

Der Kanton Obwalden führt eine nachhaltige Finanzpolitik L17).

Das Geschäftsjahr 2004 war von der Durchführung des Generellen Aufgabenüberprüfungs- und Entlastungsprogramms (GAP) überlagert (Z7). Unmittelbar nach Projektabschluss hat der Regierungsrat eine erste aber nicht endgültige Beurteilung vorgenommen. Die endgültige und insbesondere nachhaltige Wirkung der Massnahmen des Aufgabenüberprüfungs- und Entlastungsprogramms, dessen finanzielle Auswirkungen zunächst im Staatsvoranschlag 2005 Eingang gefunden haben, kann frühestens mit dem Staatsrechnungsabschluss 2005 beurteilt werden. Gemessen an den allgemeinen Zielsetzungen und Vorgaben konnte im Grossen und Ganzen festgestellt werden: Die getroffenen Entlastungsmassnahmen stehen nicht im Widerspruch zur Strategieplanung 2012+; die Entlastungsmassnahmen des Bundes wurden – mit wenigen Ausnahmen – nicht mit zusätzlichen kantonalen Mitteln kompensiert; die Aufgabenüberprüfung erfasste grundsätzlich alle Bereiche der staatlichen Dienstleistungen. Trotzdem überwog letztlich der Spar- bzw. finanzielle Entlastungseffekt den eigentlichen Aufgabenverzicht. Verminderungen von Leistungsstandards überwogen gegenüber Einschränkungen staatlicher Leistungen in Kernbereichen.

Als Ziel wurde ein jährliches Netto-Entlastungsvolumen von mindestens fünf bis sieben Millionen Franken angenommen, um neben dem mittelfristigen Haushaltsausgleich auch einen Schuldenabbau zur Wiedergewinnung des finanzpolitischen Handlungsspielraums zu erzielen. Zieht man in Betracht, dass auch der Einbruch bei den Bundeseinnahmen nicht im ursprünglichen Ausmass eingetroffen ist sowie Aufgaben- und Lastenverschiebungen auf die Gemeinden weitest gehend vermieden werden konnten, so kann die finanzpolitische Zielsetzung aus dem GAP-Projekt als erfüllt angesehen werden.

Insgesamt wurden 94 Massnahmen aus dem Projekt beschlossen. Sie bringen eine finanzielle Verbesserung im Staatsvoranschlag 2005 von rund 5.3 Millionen Franken in der Laufenden Rechnung und von 900 000 Franken in der Investitionsrechnung. Bis 2007 soll im Gesamtergebnis in der Laufenden Rechnung eine jährliche Verbesserung auf Grund der GAP-Massnahmen von rund 6.3 Millionen Franken eintreten. Das sind 53.5 Prozent des vorgegebenen Potenzials. Sie stehen in einem angemessenen Verhältnis zur Ausgangslage.

Auch personalpolitischen Vorgaben einer sozialverträglichen Umsetzung konnte weitest gehend entsprochen werden. Das GAP-Projekt bezog auch die Überprüfung und Anpassung der Gesetzgebung mit ein (vgl. GAP-Gesetz und entsprechende Ausführungsbestimmungen). Im Ganzen gesehen waren Projektplanung und Projektorganisation dem komplexen Vorhaben angemessen, die Projektleitung und Projektdurchführung straff, zielgerichtet und zeitgerecht.

Die hauptsächlichsten Schwächen von Projektorganisation und Projektablauf zeigten sich in der teilweise überschneidenden Rolle von Projektgruppe und der Steuerungsgruppe der Staatsleitungs- und Verwaltungsreform sowie dem teilweise nicht klaren Rollenverständnis der Beteiligten (z.B. Mitwirkung der Gemeindevertretungen ohne

Mandatsverpflichtung gegenüber den Gemeinden) sowie im Fehlen einer noch vertiefteren politischen Abwägung einzelner gewichtiger Massnahmen (wie z.B. Standplatzgebühr für Schiffe) im politischen Prozess.

Insgesamt wurde mit dem GAP-Projekt ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Rückgewinnung von finanzpolitischem Handlungsspielraum gewonnen. Die Grenzen einer effizienten und vor allem effektiven Erfüllung der mit der Gesetzgebung übertragenen staatlichen Aufgaben und Dienstleistungen erscheinen dabei ausgeschöpft. Im Rahmen der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010 steht eine neue gesamtheitliche und integrale Beurteilung der staatlichen Aufgabenerfüllung und der Entwicklung der finanziellen Ressourcen an. Dannzumal werden auch weitere finanzpolitische Eckdaten geklärt sein: Auswirkungen der Entlastungsmassnahmen des Bundes (EP03 und EP04), Verteilung des Nationalbankgoldes, Auswirkungen der NFA. Dieser ordentliche Planungsprozess und die ordentlichen dafür zur Verfügung stehenden Instrumente sind zu nutzen, eine optimierte staatliche Leistungserbringung zum Wohl der Bevölkerung zu erbringen und dabei die Regeln für ein „intelligentes Sparen“ gemäss dem Bericht des Finanzdepartements zu beachten.

Im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik hat sich der Regierungsrat in zwei eidgenössischen Volkabstimmungen erfolgreich zu Gunsten des finanzpolitischen Handlungsspielraums des Kantons eingesetzt: Gegen das Steuerpaket 2001 und für die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA). Das Entlastungsprogramm 2004 (EP04) des Bundes hat der Regierungsrat weit gehend unterstützt. Er verlangte jedoch Korrekturen bei einzelnen Massnahmen, insbesondere bei reinen Lasten-Abwälzungen auf die Kantone, bei übermässiger Belastung der Randregionen und Gebirgskantonen sowie bei den zeitlichen Verzögerungen zur Fertigstellung des Nationalstrassennetzes. Konkret sprach er sich auch gegen eine Beitragskürzung an das CSEM (Schweizerisches Forschungszentrum für Mikroelektronik in Neuenburg) aus, wovon das MCCA (Micro Center Central Switzerland) in Alpnach betroffen gewesen wäre.

Mit dem Ziel, die bestehende Gebührenordnung den Grundsätzen der wirkungsorientierten Verwaltungsführung anzupassen, eine Rechtsgrundlage für die Parkplatzbewirtschaftung zu schaffen und verursachergerechte Gebühren, unter Berücksichtigung von ausserordentlichem Aufwand und wirtschaftlichem Interesse, zu erheben, wurde eine neue Gebührengesetzgebung für die Staatsverwaltung erarbeitet.

Vernehmlassungen an den Bund

Der Regierungsrat bzw. die Departemente haben im Jahr 2004 zu den nachstehenden Vorlagen des Bundes Stellung genommen:

| G-Nr./RRB | Erledigungsdatum | RR/Dep. | Sachgebiet |
|------------------|-------------------------|----------------|--|
| 20030066 | 06.01.2004 | FD | Teilbericht der Expertenkommission "Integrierte Finanzmarktaufsicht" |
| 20030712 | 12.01.2004 | SGD | Bericht über das Fakultativprotokoll zur Kinderrechtekonvention betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornografie 2000 und über die Änderung der Strafnorm über den Menschenhandel (Art. 196 StGB) |
| 20030745 | 14.01.2004 | VD | Änderung des Arbeitsgesetzes: Herabsetzung des Schutzalters auf 18 Jahre |
| 20030834 | 15.01.2004 | SGD | Änderung des Obligationenrechts (Transparenz betreffend Vergütungen an Mitglieder des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung) |
| 20030874 | 21.01.2004 | JV | Harmonisierung amtlicher Personenregister: Konsultation zum Merkmalskatalog |
| 20030875 | 21.01.2004 | VD | Teilrevision der Handelsregisterverordnung (Ausführungsbestimmungen zum Fusionsgesetz) |
| RRB 367 | 03.02.2004 | RR | Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen, Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen und Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen |
| RRB 379 | 10.02.2004 | RR | Parlamentarische Initiative zum Schutz vor Gewalt im Familienkreis und in der Partnerschaft |
| 20040110 | 17.02.2004 | SGD | Entwurf zu einer Verordnung über die Forschung an embryonalen Stammzellen (Stammzellenforschungsverordnung) |
| 20040072 | 18.02.2004 | SGD | Revision von vier Verordnungen aus dem Tierseuchen- und Fleischhygienerecht |
| 20040006 | 25.02.2004 | SGD | Verordnungspaket des neuen Chemikalienrechts |
| 20030893 | 01.03.2004 | SGD | Beitritt der Schweiz zum UNO-Übereinkommen gegen transnationale organisierte Kriminalität, zum Zusatzprotokoll zur Verhinderung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Handels mit Frauen und Kindern, und zum Zusatzprotokoll gegen den Menschenschmuggel auf dem Land-, Luft- und Seeweg |

| | | | |
|----------|------------|-----|---|
| RRB 411 | 02.03.2004 | RR | Vorentwurf für eine Revision des Zivilgesetzbuches (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht), Vorentwurf für ein Bundesgesetz über das Verfahren vor den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden |
| 20040154 | 09.03.2004 | VD | Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten – Resolution des Ministerkomitees zur Umsetzung des Übereinkommens in der Schweiz |
| 20040023 | 10.03.2004 | BUD | Entwurf einer Verordnung über die Koordination des Verkehrswesens im Ereignisfall (VKOVE) |
| 20030814 | 15.3.2004 | BUD | Behindertengleichstellungsgesetz und Verordnung über die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Verkehrs: Finanzhilfen für die Anpassungen bestehender Bauten, Anlagen und Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs |
| 20030823 | 18.3.2004 | VD | Bundesgesetz über die Schweizerische Exportrisikoversicherung |
| 20030886 | 24.3.2004 | VD | Schutz geographischer Herkunftsangaben/ Inventar der schutzwürdigen Bezeichnungen/Aktualisierung des Inventars schutzwürdiger Bezeichnungen/Mitwirkung der Kantone |
| 20040109 | 24.3.2004 | BUD | Konzept Wolf Schweiz und Konzept Luchs Schweiz |
| 20040126 | 24.3.2004 | SGD | Parlamentarische Initiative de Dardel: Teilnutzungsrecht an Immobilien. Konsumentenschutz |
| 20040085 | 25.3.2004 | FD | Bericht betreffend Änderung der Bestimmung über die internationale Amtshilfe im Bundesgesetz über die Börsen und Effektenhandel |
| 20030887 | 29.3.2004 | VD | Totalrevision der Pflanzenschutzmittelverordnung |
| 20040046 | 30.3.2004 | BUD | Konzept Windenergie Schweiz |
| RRB 470 | 30.3.2004 | RR | Entwurf eines Seilbahngesetzes |
| 20040199 | 14.4.2004 | SGD | Entwurf konsolidierter und leicht geänderter Weisungen des Bundesamtes für Justiz über die Ausbildungsbeiträge nach Art. 8 der Opferhilfeverordnung |
| 20040237 | 26.4.2004 | SGD | Teilrevision in der Krankenversicherung |
| RRB 516 | 27.4.2004 | RR | Unternehmenssteuerreform II |
| 20040176 | 29.4.2004 | BUD | Entwurf einer Verordnung über den grenzüberschreitenden Verkehr mit gentechnisch veränderten Organismen (Cartagena-Verordnung) |

| | | | |
|----------|-----------|-----|--|
| RRB 525 | 3.5.2004 | RR | Teilrevision des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes: Genehmigung kantonaler Erlasse, Information über Verträge der Kantone unter sich oder mit dem Ausland |
| RRB 538 | 11.5.2004 | RR | Berufliche Vorsorge: Änderung der BVV 2 |
| RRB 548 | 17.5.2004 | RR | Dritte Vereinbarung zum Betrieb des Informationsportals www.ch.ch von 2005 bis 2008 |
| 20040317 | 18.5.2004 | VD | Projektausschreibung Pilotversuche "Anstellung invalider Versicherter" |
| RRB 559 | 25.5.2004 | RR | Öffentlicher Verkehr: Entwurf der Bahnreform 2 |
| 20040195 | 27.5.2004 | SGD | Bundesgesetz über die verdeckte Ermittlung: Inkraftsetzung und Vollzug |
| 20040247 | 27.5.2004 | VD | Revision der Verordnung über Glücksspiele und Spielbanken (Spielbankenverordnung); Departementsverordnung über Überwachungssysteme und Glücksspiele |
| 20040379 | 4.6.2004 | SGD | Vorschläge zur Mitgliedschaft in der nationalen Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin |
| 20040273 | 7.6.2004 | BKD | Weisungen des Bundesrates für die UKW-Sendernetzplanung bzw. für die Mittelwelle-Senderplanung |
| 20040265 | 8.6.2004 | SGD | Verordnung über die Verwendung von DNA-Profilen im Strafverfahren und zur Identifizierung von unbekanntem oder vermissten Personen (DNA-Profil-Verordnung) |
| 20040365 | 14.6.2004 | SGD | Teilrevisionen in der Krankenversicherung |

| | | | |
|----------|-----------|-------------------|--|
| 20040219 | 14.6.2004 | VD | Änderung des Bundesgesetzes über den Binnenmarkt |
| 20040364 | 23.6.2004 | BUD | Kernenergieverordnung |
| RRB 623 | 29.6.2004 | RR | Familienpolitik der Kantone: Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien auf Bundesebene nach dem Vorbild des Tessinermodells |
| 20040276 | 1.7.2004 | BKD | Entwurf der Verordnung über Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien an Höheren Fachschulen |
| RRB 27 | 6.7.2004 | RR | Wasserbau: Priorisierung der Bundesbeiträge im Bereich Hochwasserschutz |
| 20040267 | 8.7.2004 | VD | Bundesgesetz zur Förderung der Information über den Unternehmensstandort Schweiz |
| 20040441 | 8.7.2004 | Anwaltskommission | Revision des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (BGFA) und Bologna-Modell |
| 20040275 | 13.7.2004 | VD | Revision des Bundesgesetzes über die Information der Konsumentinnen und Konsumenten (KIG) |
| 20040400 | 13.7.2004 | SGD | Bundesgesetz über die sektoriellen Personenidentifikatoren (SPIN-Gesetz) |
| 20040326 | 22.7.2004 | SGD | Revision von Ordnungsbestimmungen im Bereich des Strassenverkehrs |
| 20040437 | 27.7.2004 | VD | Parlamentarische Initiative Hegetschweiler: Ladenöffnungszeiten in Zentren des öffentlichen Verkehrs |
| 20040482 | 28.7.2004 | VD | Teilrevision des Asylgesetzes |
| 20040425 | 12.8.2004 | SGD | Revision von Ordnungsbestimmungen im Bereich des Strassenverkehrs (Parkierungserleichterungen) |
| RRB 63 | 24.8.2004 | RR | Bundesgesetz über Regionalpolitik |
| 20040426 | 24.8.2004 | AUE | Empfehlungen "Publikumsintensive Einrichtungen; Abstimmung der kantonalen Luftreinhalte-Massnahmenplanung mit der kantonalen Richtplanung" |
| 20040558 | 26.8.2004 | BUD | Änderung der Technischen Verordnung über Abfälle (TVA) |
| RRB 87 | 7.9.2004 | RR | Gewässerschutz: Verzicht auf die Aufgaben des Bundes im Bereich der Tankanlagen |
| 20040462 | 8.9.2004 | SGD | Pflegefinanzierung/Teilrevision der Bundesgesetze über die Krankenversicherung, die Alters- und |

| | | | |
|----------|------------|-----|---|
| | | | Hinterlassenenversicherung sowie über die Ergänzungsleistungen |
| 20040556 | 9.9.2004 | FD | Bundesgesetz zum Zinsbesteuerungsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft |
| 20040534 | 10.9.2004 | SGD | Verordnung über die Ausrichtung von Beiträgen an die Kosten der Entsorgung von tierischen Nebenprodukten |
| 20040525 | 15.9.2004 | BUD | Revision des Eisenbahngesetzes (Interoperabilität) |
| RRB 117 | 21.9.2004 | RR | Elektrizitätswirtschaft: Bundesgesetz über die Stromversorgung und Revision des Elektrizitätsgesetzes |
| RRB 119 | 21.9.2004 | RR | Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer (jährliche Abrechnung) |
| RRB 133 | 28.9.2004 | RR | Bundesverfassung: Neuer Bildungsrahmenartikel |
| 20040495 | 5.10.2004 | BKD | Verordnung über den internationalen Kulturgütertransfer |
| 20040625 | 7.10.2004 | SGD | Revision der Urheberrechtsgesetzes |
| 20040640 | 15.10.2004 | SGD | Entwurf zur Teilrevision der Verordnung über die Krankenversicherung und der Verordnung über den Risikoausgleich in der Krankenversicherung |
| 20040468 | 28.10.2004 | VD | Revision des Patentgesetzes (zweite Fassung) |
| RRB 198 | 2.11.2004 | RR | Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung: IV-Verfahren |
| 20040660 | 3.11.2004 | VD | Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten – 2. Überwachungszyklus für die Schweiz |
| RRB 209 | 9.11.2004 | RR | Interkantonale Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonale oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten |
| 20040706 | 9.11.2004 | BKD | Allgemeinverbindlicherklärung eines Berufsbildungsfonds |
| RRB 223 | 16.11.2004 | RR | Entlastungsprogramm des Bundes 2004 (EP 04) |
| RRB 236 | 23.11.2004 | RR | Immobiliarsachen- und Grundbuchrecht: Teilrevision des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs |
| RRB 254 | 30.11.2004 | RR | Öffentlicher Verkehr: Botschaft zu Änderungen bei der Finanzierung der FinöV-Projekte |
| 20040665 | 10.12.2004 | SGD | Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuchs betreffend Umsetzung von Art. 123a BV über die lebenslängliche Verwahrung extrem gefährlicher |

| | | | |
|----------|------------|-----|---|
| | | | Straftäter und einzelne nachträgliche Korrekturen am neuen Massnahmenrecht |
| 20040739 | 13.12.2004 | BKD | Leitfaden für die zweijährige Grundausbildung mit eidgenössischem Berufsattest (Leitfaden Attest-Bildungen) |
| 20040656 | 14.12.2004 | BKD | UKW-Radio-Landschaft Schweiz: Wie weiter? |
| 20040662 | 15.12.2004 | SGD | Revision der Schiffbauverordnung und der dazugehörigen Ausführungsbestimmungen |
| RRB 299 | 21.12.2004 | RR | Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung: Fünfte IV-Revision und IV-Zusatzversicherung |

Beschwerdeentscheide des Regierungsrates

Der Regierungsrat hat im Amtsjahr 2003/04 über folgende Beschwerden entschieden:

| | Amtsjahr | | |
|--|----------|---------|---------|
| | 1998/99 | 2002/03 | 2003/04 |
| Niederlassung, Aufenthalt, Ausländerrecht | – | – | 2 |
| Volksabstimmungen | 1 | 2 | – |
| Staatspersonal | – | – | 2 |
| Einwohner- und Bezirksgemeinden | – | 1 | 2 |
| Bürgergemeinden, Korporationen, Teilsamen, Alpgenossenschaften | 4 | 1 | 1 |
| Namensänderungen | – | – | 1 |
| Vormundschaft | 2 | 1 | 3 |
| Sachenrecht, Grundbuch und Schiffsregister | 1 | – | 2 |
| Grundstückschätzungen | – | 2 | – |
| Volksschule | – | 2 | 1 |
| Mittelschule | – | – | 1 |
| Feuerwehr | – | 1 | – |
| Raumplanung | 9 | 1 | 2 |
| Baupolizei | 16 | 11 | 29 |
| Wasserbau/Wuhrgenossenschaften | 1 | 1 | – |
| Strassenverkehr | 11 | 1 | 2 |
| Seilbahnen | – | – | 1 |
| Umweltschutz | – | 3 | 2 |
| Gewässerschutz | 1 | 3 | 3 |
| Energierrecht EWO | 2 | – | – |
| Gesundheitswesen | – | 2 | 1 |
| Kranken- und Unfallversicherung | 1 | – | – |
| Sozialhilfe | 1 | – | 8 |
| Bodenrecht | – | – | 1 |
| Wasserversorgungen | 2 | – | – |
| Forstrecht | 1 | – | 2 |
| Fremdenverkehr (Kurtaxen) | – | 1 | – |
| Insgesamt | 53 | 33 | 66 |

Kantonsrat

Kantonsratspräsidium im Amtsjahr 2004/2005: Beat Spichtig, Sarnen

Zusammensetzung in der Amtsdauer 2002 bis 2006 nach Fraktionen:

| | |
|---|---------------|
| Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) | 21 Mitglieder |
| Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) | 11 Mitglieder |
| Christlichsoziale Partei (CSP) | 8 Mitglieder |
| Sozialdemokratische Partei (SP) | 8 Mitglieder |
| Schweizerische Volkspartei (SVP) | 7 Mitglieder |

„Die Auseinandersetzung mit politischen Themen bedeutet, Liebgewonnenes, Angenehmes und Bequemes zu verlassen, um Raum für Neues, für die Entwicklung und die Zukunft zu schaffen“. - „Ich wünsche mir für unser Land und Volk, dass wir ein Stück des Selbstbewusstseins, des Pioniergeistes, der Kreativität und der Beharrlichkeit der herausragenden Obwaldner Unternehmer in unsere politische Arbeit aufnehmen – lassen Sie uns Unternehmer sein“.

Kantonsratspräsident Beat Spichtig

Kantonsratssitzungen und -geschäfte

An neun Plenarsitzungen (Vorjahr sieben) behandelte der Kantonsrat im Amtsjahr 2003/04 insgesamt 107 Geschäfte (Vorjahr 108) und zwar im Vergleich zu den Vorjahren:

| Geschäfte | 1998/99 | 2002/03 | 2003/04 |
|----------------------------|----------------|----------------|----------------|
| Wahlen | 25 | 25 | 12 |
| Gesetzgebung | 23 | 13 | 20 |
| Verwaltungsgeschäfte | 37 | 53 | 52 |
| Parlamentarische Vorstösse | 12 | 17 | 23 |
| Insgesamt | 97 | 108 | 107 |

Kantonsratsbüro

Das Kantonsratsbüro hat 2004 unter Zuzug der Fraktionspräsidien an acht Sitzungen die Vorbereitung der Kantonsratssitzungen getroffen sowie die vorbereitenden Kommissionen gewählt.

Mit der verstärkten interkantonalen Zusammenarbeit und der Auslagerung von öffentlichen Aufgaben an interkantonale Organe stellen sich neue Fragen der parlamentarischen Oberaufsicht. Im Grundsatz werden nach Möglichkeit Mitglieder der

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission in interparlamentarische Geschäftsprüfungskommissionen abgeordnet. Die Berichterstattung im Kantonsrat soll zudem mit der Behandlung des Geschäftsberichts des Regierungsrats zeitlich zusammengelegt werden. Damit wird auch die notwendige Gesamtsicht des Kantonsrats über die einzelnen eigenen und ausgelagerten Aufgabenbereiche erleichtert.

Das Kantonsratsbüro bestätigt den zurückhaltenden Umgang mit Adressdaten der Kantonsratsmitglieder. Leitlinie bildet der Missbrauchsschutz von Adressdaten. Das aufbereitete Adressmaterial wird grundsätzlich nur an Institutionen herausgegeben, an denen der Kanton beteiligt ist oder welche er mit wesentlichen öffentlichen Beiträgen unterstützt. Auf die Abgabe von Mailing-Listen wird ganz verzichtet. Über Ausnahmen der Abgabe an Drittinstitutionen entscheidet das Kantonsratsbüro.

Anlässe und Empfänge

Die im Amtsjahr 2004/05 neu eintretenden Kantonsratsmitglieder wurden am 14. Juni 2004 unter Mitwirkung der Vizepräsidentin in ihre Aufgaben eingeführt.

Neun Kantonsratsmitglieder haben am 11. September 2004 an der Tagung der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen in Bellinzona teilgenommen. Thema der lehrreichen Weiterbildung und des interessanten Erfahrungsaustauschs war „Die Mitwirkung der Parlamente bei der politischen Planung“.

Am Treffen mit dem Landratsbüro Nidwalden vom 2. November 2004 in Sachseln standen zwei Themen im Mittelpunkt des Meinungs- und Erfahrungsaustauschs: Die Mitwirkung der Kantonsparlamente bei der interkantonalen Zusammenarbeit sowie Parlament und Öffentlichkeitsarbeit.

Parlamentsreform

Die Parlamentsreform, welche mit der Staatsleitungs- und Verwaltungsreform des Regierungsrats vernetzt ist, wurde durch die kantonsrätliche Projektgruppe Parlamentsreform zielstrebig fortgesetzt. Als Grundlage für die Erarbeitung des Entwurfs zu einem neuen Kantonsratsgesetz und einer Geschäftsordnung des Kantonsrats wurde zunächst der Konzeptbericht vom 15. April 2004 erstellt. In einem Mitberichtsverfahren bis 30. Juni 2004 haben alle Fraktionen des Kantonsrats sowie der Regierungsrat den im Konzeptbericht dargestellten Handlungsbedarf, die vorgeschlagene Zielsetzung sowie die zur Umsetzung aufgezeigten Reformpostulate grundsätzlich positiv aufgenommen. Als wichtigstes Element haben die Fraktionen der CVP, FDP, CSP und SP gegen eine Verkleinerung der Parlamentsgrösse Stellung genommen, was eine Verfassungsänderung erfordert hätte. Die verhältnismässig kleine Kosteneinsparung würde die nachteiligen Auswirkungen auf die breite Vertretung der Gemeinden und Parteien im Kantonsrat sowie auf den Milizcharakter des obwaldnerischen Parlaments nicht aufwiegen.

Die Projektgruppe hat die einzelnen Reformpostulate in einem Gesetzesentwurf und einer Geschäftsordnung des Kantonsrats konkretisiert und einem Vernehmlassungsverfahren bei den kantonalen politischen Parteien, dem Regierungsrat und dem Obergericht bis Ende Dezember 2004 unterstellt. Die Umsetzung der Parlamentsreform in den beiden Erlassesstufen Kantonsratsgesetz und Geschäftsordnung fand eine breite

Zustimmung, namentlich die Neuerungen im Zusammenhang mit der Einführung der wirkungsorientierten Verwaltung wie die Einführung einer ständigen Kommission für strategische Planungen und Aussenbeziehungen, die Stärkung der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission und der Rechtspflegekommission, die Möglichkeit der Parlamentarischen Anmerkung und die Richtlinien-Motion.

Projektgruppe Parlamentsreform

Präsidentin: Kantonsratsvizepräsidentin Monika Brunner
 Mitglieder: Kantonsrätinnen Dr. Susanne Gasser-Scheuermeier, Lucia Omlin, Paula Halter-Furrer, Esther Gasser Pfulg; Kantonsräte Karl Vogler, Dominik Brun, Adrian Halter; Landammann Elisabeth Gander-Hofer, Landschreiber Urs Wallimann, Departementssekretär Finanzdepartement Christoph Niederberger.
 Ersatzmitglieder: Kantonsrätin Gerda Lustenberger-Hitz, Kantonsräte Ernst Michel, Dr. Guido Steudler, Albert Sigrüst.

Bericht über die hängigen Motionen und Postulate

Nach Art. 73 der Geschäftsordnung des Kantonsrats, Fassung vom 26. März 1999, berichtet der Regierungsrat jeweils zusammen mit dem Geschäftsbericht über den Stand der erheblich erklärten, noch unerledigten Motionen und Postulate.

Motionen und Postulate, deren Urheber und Urheberinnen aus dem Rat ausgeschieden sind, sind abzuschreiben, sofern sie nicht von einem andern Kantonsratsmitglied ausdrücklich aufrechterhalten werden. Der Regierungsrat kann weitere Abschreibungsanträge stellen. Er hält sich dabei an die Regel, dass eine erheblich erklärte Motion beziehungsweise ein erheblich erklärtes Postulat von der Liste der hängigen Vorstösse abgeschrieben wird, wenn der Regierungsrat zum betreffenden Gegenstand dem Kantonsrat eine Vorlage oder einen Bericht unterbreitet hat. Dem liegt die Auffassung zu Grunde, dass mit der Berichterstattung des Regierungsrats der Gegenstand wieder beim Kantonsrat liegt und dieser bei der Behandlung der Vorlage oder des Berichts alle sich ergebenden Beschlüsse fassen kann (Kenntnisnahme, Gutheissung, Änderung, Nichteintreten, neue Aufträge an den Regierungsrat).

Übersicht parlamentarische Vorstösse

| Amts-jahr | 1998/99 | | 2002/03 | | 2003/04 | |
|------------------|--------------------|-------------------------|--------------------|-------------------------|--------------------|-------------------------|
| | <i>Eingereicht</i> | <i>hängig Ende 1999</i> | <i>Eingereicht</i> | <i>hängig Ende 2003</i> | <i>Eingereicht</i> | <i>hängig Ende 2004</i> |
| Motionen | – | 1 | 2 | 2 | 10 | 2 |
| Postulate | 4 | 7 | 8 | 15 | 2 | 18 |
| Interpellationen | 5 | – | 6 | – | 7 | – |

| | | | | | | |
|-----------------|----|---|----|----|----|----|
| Kleine Anfragen | 5 | – | 4 | – | 4 | – |
| Insgesamt | 14 | 8 | 20 | 17 | 23 | 20 |

Von den im Amtsjahr 2003/04 eingereichten zehn Motionen wurden sieben erheblich erklärt und drei nicht überwiesen; je ein Postulat wurde erheblich erklärt bzw. abgelehnt.

Hängige Motionen

Stand der erheblich erklärten, Ende 2004 unerledigten Motionen:

Motion zur Änderung der Strafprozessordnung und des Gesetzes über die Kantonspolizei betreffend Wegweisung und Betretungsverbot bei häuslicher Gewalt (52.03.07) von Kantonsrätin Heidi Wernli Gasser, Sarnen, und Mitunterzeichnenden:

Im Rahmen der Umsetzung der Änderungen des Schweizerischen Strafgesetzbuchs ist ein entsprechender Bericht und Nachtrag zur Strafprozessordnung vorbereitet worden, welcher dem Kantonsrat zuhanden der Sitzung vom 2. Juni 2005 unterbreitet wird. Die Motion ist **abzuschreiben**.

Motion für die Revision des Gesetzes über den Schutz vor Feuer und andere Naturgefahren (Feuerschutzgesetz) (52.03.09) von Kantonsrat Charly Pichler, Alpnach, und Mitunterzeichnenden:

Nachdem die Gesetzgebung über den Bevölkerungsschutz und Zivilschutz gesamthaft erneuert ist, werden die Vorarbeiten zur Gesamterneuerung der Feuerschutzgesetzgebung voraussichtlich 2005 aufgenommen und 2006 abgeschlossen.

Motion betreffend Mutterschaftsversicherung: Bundeslösung auch für kantonale Angestellte (52.04.03) von Kantonsrätin Susanne Burch-Windlin, Sarnen, und Mitunterzeichnenden:

Behandlung Erheblicherklärung am 28. Januar 2005 (?).

Hängige Postulate

Stand der erheblich erklärten, Ende 2004 unerledigten Postulate:

Postulat betreffend Strassenunterhalt der öffentlichen Wald- und Alpstrassen (53.96.02) von Kantonsrat Josef Ettl, Kerns, und Mitunterzeichnenden:

Der Postulatsauftrag wird im Rahmen der 2006 vorgesehenen Erneuerung der kantonalen Waldgesetzgebung bearbeitet.

Postulat betreffend Reorganisation und Spitalreform nach dem Vorbild von Nidwalden mit dem Ziel einer gemeinsam operativen Lösung der Spitäler Stans und Sarnen (53.97.05) von Kantonsrat Erwin Odermatt, Kerns:

Das Postulat wird im Rahmen des Spitalkooperationsprojekts mit dem Kanton Nidwalden gestützt auf die Zusammenarbeitsvereinbarung INFRA weiterverfolgt. Ab 1. Januar 2005 erfolgte die Umsetzung im Bereich Chirurgie.

Postulat betreffend Gesetz über die amtliche Schätzung und das Grundpfandrecht (Schätzungs- und Grundpfandgesetz) (52.00.01) von Kantonsrat Alois Hurschler, Engelberg:

Der Postulatsauftrag – ursprünglich als Motion eingereicht – wird im Rahmen einer Revision des Schätzungs- und Grundpfandgesetzes, im Gesetzgebungsprogramm auf 2005 zurückgestellt, neu vom Finanzdepartement bearbeitet.

Postulat zur Situation der Familien in Obwalden (53.00.02) von Kantonsrätin Dr. Susanne Gasser-Scheuermeier, Sarnen, und Mitunterzeichnenden:

Der gemeinsam mit dem Kanton Nidwalden erarbeitete Grundlagenbericht zu einem Familienleitbild liegt vor. Nach durchgeführtem Vernehmlassungsverfahren wird 2005 die Umsetzung konkreter Massnahmen geplant und dem Kantonsrat eine entsprechende Botschaft vorgelegt.

Postulat für eine vertiefte Prüfung von Bedarfsleistungen für Familien nach dem „Tessiner-Modell“ der vorberatenden Kommission Familieninitiative (53.01.01), Präsident Ernst Michel, Kerns:

Das Postulat ist Bestandteil des Grundlagenberichts und Leitbildes zur Familienpolitik der Kantone Obwalden und Nidwalden. Nach durchgeführtem Vernehmlassungsverfahren wird ein Bericht zum Modell im Rahmen der Umsetzungsplanung im Juni 2005 dem Kantonsrat vorgelegt.

Postulat zu einer Parlamentsreform des Kantonsratsbüros (53.01.02):

Die Konzeptarbeiten zu einer Parlamentsreform sind abgeschlossen und das Vernehmlassungsverfahren durchgeführt. Botschaft und Entwurf zu einem Kantonsratsgesetz und einer Geschäftsordnung sind verabschiedet. Das Postulat ist **abzuschreiben**.

Postulat zur Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens von Regierungsmitgliedern (52.01.02) von Kantonsrat Franz Enderli, Kerns, und Mitunterzeichnenden:

Der Postulatsauftrag – ursprünglich als Motion eingereicht – wird im Rahmen einer künftigen Verfassungsrevision bearbeitet.

Postulat betreffend Liquidationsgewinnsteuern (52.02.01) von Kantonsrat Paul Vogler, Sachseln, und Mitunterzeichnenden:

Dem Postulatsanliegen – ursprünglich als Motion eingereicht – wird bereits in der Steuerpraxis Rechnung getragen. Sobald die Unternehmensbesteuerungsreform auf Bundesebene abgeschlossen ist, soll auch eine entsprechende Anpassung im kantonalen Recht vorgenommen werden.

Postulat für eine Spitalplanung Zentralschweiz (53.02.01) von Kantonsrat Donat Knecht, Sarnen, und Mitunterzeichnenden:

Nachdem die Zentralschweizer Gesundheitsdirektorenkonferenz im September 2002 eine gemeinsame Spitalplanung Zentralschweiz abgelehnt hatte, wird das Thema im

Rahmen der Spitalkooperation Obwalden/Nidwalden gemeinsam mit dem Kanton Luzern neu aufgerollt.

Postulat betreffend Zukunft des Kantonsspitals Obwalden (53.02.02) von Kantonsrat Bruno Krummenacher, Sarnen, und Mitunterzeichnenden:

Das Zusammenarbeitsprojekt der Kantonsspitäler Obwalden und Nidwalden steht, nachdem die interparlamentarische Kommission zum blockierten Zwischenstand Stellung genommen hat, grundsätzlich zur Diskussion. Konkrete Lösungen sollen im Rahmen eines Gegenvorschlags zum Volksbegehren vom 9. Dezember 2004 „zur Erhaltung des Kantonsspitals am Standort Sarnen“ aufgezeigt werden.

Postulat für eine sozial gerechtere Ausgestaltung der Familienbesteuerung im Kanton Obwalden (53.02.04) von Kantonsrat Donat Knecht, Sarnen, und Mitunterzeichnenden:

Dem Postulat soll im Anschluss an eine Reform der Ehepaar- und Familienbesteuerung auf Bundesebene im kantonalen Recht Rechnung getragen werden.

Postulat betreffend Entkoppelung der Steuerfüsse für juristische Personen zur Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen (53.03.01) von Kantonsrat Ruedi Hinter, Sachseln, und Mitunterzeichnenden:

Das Postulat wird im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Steuerstrategie und Anpassung des Steuergesetzes 2005 aufgenommen.

Postulat zur Förderung von energieeffizienten Personenwagen (53.03.02) von Kantonsrat Franz Enderli, Kerns, und Mitunterzeichnenden:

Der Postulatsauftrag wird im Rahmen der nächsten Revision der massgebenden Gesetze geprüft, namentlich bei einer Gesetzesharmonisierung mit dem Kanton Nidwalden im Bereich der Motorfahrzeugsteuern.

Postulat betreffend Anpassung der Prämienverbilligung (abgestufte Entlastung) an die Einkommens- und Vermögensverhältnisse (52.04.01) von Kantonsrat Dr. Guido Steudler, Sarnen:

Die individuelle Prämienverbilligung (IPV) wird in den Jahren 2005 und 2006 noch auf Grund des bisherigen Prozentmodells durchgeführt und nachher in interkantonalen Abstimmung auf die künftige Bundeslösung ausgerichtet.

Postulat für eine rasche Revision der Steuergesetzgebung (Tarif) zur Reduktion der Steuerbelastung (52.04.02) von Kantonsrätin Esther Gasser Pfulg, Lungern, und Mitunterzeichnenden:

Der Postulatsauftrag ist in die Erarbeitung der künftigen Steuerstrategie eingeflossen und wird in der geplanten umfassenden Steuergesetzesanpassung 2005 behandelt.

Postulat zur Überprüfung der Situation der Orientierungsschule und des Untergymnasiums von der vorberatenden Kommission zur Generellen Aufgabenüberprüfung (53.04.02), Präsidentin Gerda Lustenberger-Hitz, Sarnen:

Der Postulatsauftrag wird in die Weiterbearbeitung der Bildungsgesetzvorlage aufgenommen.

Postulat zum Generellen Aufgabenüberprüfungs- und Entlastungsprogramm (GAP) der vorberatenden Kommission zur Generellen Aufgabenüberprüfung (53.04.03), Präsidentin Gerda Lustenberger-Hitz, Sarnen:

Die Vorgaben des dringlichen „Sammelpostulats“ wurden integral in das vom Kantonsrat verabschiedete Generelle Aufgabenüberprüfungs- und Entlastungsprogramm zur Umsetzung aufgenommen. Das Postulat ist **abzuschreiben**.

Postulat Taten statt Worte in der Familienpolitik(53.04.05) von Kantonsrätin Heidi Wernli Gasser, Sarnen, und Mitunterzeichnende:

Dem Kantonsrat wird 2005 zur Umsetzung des Familienleitbilds ein „Leitbild und Grundlagenbericht zur Leitbildpolitik“ sowie ein „Bericht zum Tessinermodell“ unterbreitet.

Staatskanzlei

Die Staatskanzlei (STK) umfasst

| | Vollzeitstellen Ende | |
|---|----------------------|------|
| | 2003 | 2004 |
| Kanzleistab | 3.2 | 3.2 |
| Kanzleisekretariat Regierung und Verwaltung | 4.4 | 4.7 |
| Rechtsdienst | 2.9 | 2.6 |
| Staatsarchiv | 2.5 | 2.5 |
| Finanzkontrolle | 1.5 | 1.5 |

„Wir erfüllen die Leistungsaufträge aus der Sicht unserer Kunden: Regierungsrat und Kantonsrat, kantonale und kommunale Verwaltung, Kantoneinwohnerschaft und Kantonsinteressierte zuvorkommend, zuverlässig und zeitgerecht.“

Aus: Übergeordnete Leitideen der Staatskanzlei zur Jahresplanung 2004

Das Jahr 2004 in Zahlen und Fakten

Die Staatskanzlei hat im Amtsjahr 2003/2004 betreut:

- 44 Regierungsratssitzungen an denen 634 Geschäfte behandelt wurden
- Neun Kantonsratssitzungen an denen 107 Geschäfte verabschiedet wurden

Das Regierungsratsprotokoll 2003/2004 umfasst 1 879 Protokollseiten, das Kantonsratsprotokoll 377.

Das Amtsblatt hatte eine beglaubigte Auflage von 8 635 Exemplaren (Basis 2003), 1640 Seiten mit amtlichen Veröffentlichungen und 1 455 Seiten Inserate.

Das Passbüro verarbeitete die Anträge für 2 732 Pässe und 3 644 Identitätskarten.

Zur Information der Öffentlichkeit wurden 82 Medienmitteilungen auf 170 Seiten veröffentlicht.

Der Rechtsdienst bereitete 53 Rechtsmittelentscheide und Vernehmlassungen vor und erarbeitete oder überprüfte 31 Erlasse und interkantonale Vereinbarungen.

An vier eidgenössischen und/oder kantonalen Abstimmungen und Wahlen stimmten durchschnittlich 91 Prozent der Stimmberechtigten brieflich ab.

Es wurden 40 Dokumente beglaubigt und 152 Apostillen ausgefertigt.

An vier Abstimmungstagen befanden die Stimmberechtigten über 13 eidgenössische und zwei kantonale Vorlagen. Die tiefste Stimmbeteiligung betrug 39 Prozent, die höchste 57 Prozent.

Das Staatsarchiv hat rund 9100 Verzeichnungseinheiten ins scopeArchiv übernommen und bearbeitet.

Die umgesetzten Regierungs- und Staatskanzleiziele 2004 im Überblick

| <i>Jahresziele Landammannamt</i> | <i>Stand der Erfüllung</i> |
|--|--|
| <p>1 Parlamentsreform: Struktur und parlamentarische Instrumente sind zeitgemäss erneuert. Die Vernehmlassungsvorlage eines Parlamentsgesetzes ist erstellt und das Vernehmlassungsverfahren durchgeführt.</p> | <p>Die Projektgruppe Parlamentsreform hat zunächst einen Konzeptbericht erarbeitet und einem Mitberichtsverfahren unterstellt. Gestützt darauf wurden die Vorlagen zu einem Kantonsratsgesetz und einer Geschäftsordnung erarbeitet und das Vernehmlassungsverfahren dazu durchgeführt, sodass die Vorlagen Anfang 2005 verabschiedet und der parlamentarischen Beratung zugeführt werden könnten.</p> |
| <p>2 Regierungsreform und Verwaltungsreform fünf Departemente</p> <p>Das Internet ist als "Guichet virtuel" weiter ausgebaut.</p> <p>Das Internet ist als Informations-, Kommunikations- und Transaktionsinstrument weiterentwickelt und genutzt.</p> | <p>Die Weiterentwicklung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung siehe unter Finanzdepartement, insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Reorganisation Bau- und Umweltdepartement sowie Volkswirtschaftsdepartement (Phase II) – Bericht Weiterführung NOW (Neue Verwaltungsführung Obwalden) <p>Der Regierungsrat hat der dritten Vereinbarung mit dem Bund zur Umsetzung des gemeinsamen Informationsportals www.ch.ch zugestimmt. Die Abfragemöglichkeiten zu allen Lebenslagen wurden laufend zusammen mit den Gemeinden ergänzt.</p> <p>Gestützt auf die Mitte 2003 erlassene e-Government-Strategie Obwalden-Nidwalden hat der Regierungsrat die Beschaffung eines Content Management Systems (CMS) für die Erneuerung des Internetauftritts be-</p> |

| | |
|--|---|
| <p>Das Rathaus ist behindertengerecht erschlossen, gesichert und funktional optimiert: Planungsgrundlagen und Machbarkeitsstudien sind erstellt.</p> <p>3 Die regionale Zusammenarbeit im Rahmen der ZRK wird namentlich bei auf eine vorteilhafte Vernetzung ausgerichteten Projekten mitgetragen.</p> <p>4 Die interkantonale Zusammenarbeit mit Nidwalden wird vor allem auf dienstleistungs- und kostenoptimierte Projekte ausgerichtet.</p> | <p>schlossen. Die Evaluation ist durchgeführt. Es wird in der ersten Hälfte 2005 eingeführt.</p> <p>Das Projekt und auch Machbarkeitsstudien wurden aus Spargründen in der Investitionsplanung zurückgestellt. Einzig der Brandschutz und die Tonaufzeichnungsanlage im Kantonsratsaal wurden erstellt.</p> <p>Siehe die einzelnen Projekte unter den zuständigen Departementen.</p> <p>Siehe Stand im Einzelnen unter den zuständigen Departementen.</p> |
| <p><i>Jahresziele Staatskanzlei</i></p> | <p><i>Stand der Erfüllung</i></p> |
| <p>Parlamentsreform: Die Gesetzesvorlage ist erarbeitet und das Vernehmlassungsverfahren durchgeführt.</p> <p>Der kantonale Internetauftritt und "Guichet virtuel" sind weiterentwickelt.</p> <p>Das VERBALIX-Protokollierungssystem ist erfolgreich eingesetzt.</p> <p>Die generelle Aufgabenüberprüfung erlaubt die wirtschaftliche und wirkungsvolle Erfüllung der Kernaufgaben der Stabs- und Querschnitts-</p> | <p>Die Projektgruppe Parlamentsreform wurde in der Projektleitung unterstützt. Über ein neues Kantonsratsgesetz und eine Geschäftsordnung ist ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt und ausgewertet worden.</p> <p>Für den kantonalen Internetauftritt wurde unter Federführung des ILZ und in Zusammenarbeit mit Nidwalden ein neues Content-Management-System (CMS) evaluiert.</p> <p>Das Informationsportal www.ch.ch ist im Gleichschritt mit dem Bundesprojekt ausgebaut worden.</p> <p>Das digitale Protokollierungssystem steht seit Februar 2004 im Kantonsrat im Einsatz. Anfängliche technische Schwierigkeiten konnten Schritt um Schritt behoben werden.</p> <p>Die Staatskanzlei hat in vollem Umfang die geforderten Vorschläge zum Aufgabenüberprüfungs- und Entlastungsprogramm (GAP) eingereicht</p> |

| | |
|---|---|
| <p>dienstleistungen.</p> | <p>und die Durchführung der vom Regierungsrat bzw. Kantonsrat beschlossenen Massnahmen eingeleitet.</p> <p>Die gesetzgeberische Vorbereitung wurde vom kantonalen Rechtsdienst im Rahmen der Gesamtvorlage unterstützt.</p> |
| <p>Die Landbuchbereinigung II mit Anpassung Publikationsgesetz ist durchgeführt.</p> | <p>Die überarbeiteten Richtlinien der Gesetzestechnik wurden im Einvernehmen mit der Redaktionskommission vom Regierungsrat erlassen und das Bereinigungskonzept genehmigt. Die eigentliche systematische Bereinigung wird – wegen der knappen Ressourcen auf Grund des überlagerten GAP-Projekts – erst 2005 durchgeführt.</p> |
| <p>Die elektronische Archivierung ist vorausschauend geklärt.</p> | <p>Als Grundlage für die Umsetzung wurde eine Vereinbarung (KOST) mit der Schweizerischen Archivarenkonferenz abgeschlossen.</p> |
| <p>Die Rechtsetzung bei den Zusammenarbeitsprojekten OW/NW und ZRK ist aktiv unterstützt.</p> | <p>Verschiedene Zusammenarbeitsprojekte wurden durch Erarbeitung bzw. Überprüfung der rechtlichen Vereinbarungen begleitet. Bei der Spitalkooperation Obwalden/ Nidwalden waren auf Grund der auseinander gehenden Interessenlage keine weiteren rechtlichen Vereinbarungsgrundlagen zu erarbeiten.</p> |
| <p>Das Handbuch Rechnungswesen der Obwaldner Gemeinden ist angepasst.</p> | <p>Das Handbuch steht in Überarbeitung.</p> |
| <p>Die Weiterentwicklung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (NOW) ist unterstützt.</p> | <p>Das unter Federführung des Finanzdepartements entstandene Konzept über die Weiterführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung als Teil der Staatsleitungs- und Verwaltungsreform Obwalden wurde mitbetreut.</p> |
| <p>Der Amtsblattvertrag ist erneuert.</p> | <p>Der Amtsblattvertrag wurde als GAP-Projekt überprüft und angepasst.</p> |

| <i>Geplante Kantonsratsgeschäfte</i> | <i>Stand der Erfüllung</i> |
|--------------------------------------|--|
| Keine eigenen Kantonsratsvorlagen | Unterstützung vielfältiger Vorlagen der Departemente durch Erarbeitung bzw. Überprüfung im Rechtsdienst. |

Staatskanzlei

Die Staatskanzlei wirkt als Stabsstelle des Regierungsrats und Kantonsrats, insbesondere bei der Gesamtplanung und Verwaltungscoordination. Sie erbringt Dienstleistungen bei der Information der Öffentlichkeit, als Kanzleisekretariat von Regierungsrat und Kantonsrat, bei der allgemeinen Verwaltungsauskunft und Dokumentation, bei offiziellen Anlässen sowie im Weibel- und Kurierdienst. Sie gibt das Amtsblatt heraus, stellt Beglaubigungen aus und ist kantonale Ausweisstelle für Pässe und Identitätskarten.

Kanzleistab

Zielerreichung

| <i>Abteilungsziele</i> | <i>Stand der Erfüllung</i> |
|--|--|
| Die Parlamentsreform ist vorbereitet. | Zum Projekt wurden im Rahmen der Projektgruppe Parlamentsreform folgende Schritte umgesetzt: <ul style="list-style-type: none">– Konzeptbericht– Mitberichtsverfahren zum Konzeptbericht– Vorlagen Kantonsratsgesetz und Geschäftsordnung– Vernehmlassungsverfahren |
| Die wirkungsorientierte Verwaltungsführung ist schrittweise weiter entwickelt. | Der IAFP wurde gemäss den Rückmeldungen der GRPK verbessert. Das Konzept für die Weiterführung von NOW wurde mitgestaltet. |
| Der kantonale Internetauftritt und "Güichet virtuel" sind gemäss der e-Gov-Strategie weiterentwickelt. | Für den kantonalen Internetauftritt wurde unter Federführung des ILZ und in Zusammenarbeit mit Nidwalden ein neues Content-Management-System (CMS) evaluiert. Das Informationsportal www.ch.ch ist im Gleichschritt mit dem Bundesprojekt ausgebaut worden. Für die nächste Phase wurde eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen. Noch nicht umgesetzt sind ein FAQ-Angebot und eine Internet-Beobachtungsgruppe. |

| | |
|--|---|
| Behördenanlässe sind als Kantonsmarketing präsentiert. | Verschiedene kleinere Anlässe wurden marketingerecht durchgeführt, u.a. Empfang US-Botschafterin, Empfang italienischer Generalkosul, Kantonrats-Ausflug. |
| Die Arbeitssicherheit ist gewährleistet. | Eine neue Brandschutzanlage im Rathaus ist installiert, die Alarmunterlagen sind erneuert. |

Information und Kantonsdokumentation

Internet

Seit Januar 2004 steht der amtliche Teil des Amtsblattes im Internet zur Verfügung. Das Angebot besteht aus der jeweils letzten Ausgabe im PDF-Format mit Lesezeichen und dem Archiv mit den früheren Ausgaben und dem Inhaltsverzeichnis über die erschienenen Ausgaben des entsprechenden Jahres. Das "Amtsblatt online" erfüllt vor allem Archivfunktion. Es wird immer montags aufgeschaltet, um die gedruckte Ausgabe nicht zu konkurrenzieren. Der Amtsblatt-Webauftritt enthält zudem alle Angaben über Inseratgrößen und -preise und über die Erscheinungsweise. Per Mausclick kann das Amtsblatt abonniert werden und Inserate können online aufgegeben werden.

Der Bereich Wahlen und Abstimmungen wurde erweitert. So sind alle Abstimmungserläuterungen seit 2001 elektronisch archiviert, ebenso sämtliche Wahl- und Abstimmungsergebnisse seit 2000. Auch finden sich im elektronischen Archiv Dossiers zu den kantonalen Wahlen: der Gerichte 2004 und der Regierungsratsersatzwahl 2004, den Gesamterneuerungswahlen 2002 des Kantonsrates und des Regierungsrates.

Um der Bevölkerung zusammen mit dem Informationsportal www.ch.ch ("Guichet virtuel") einen einfachen und schnelleren Zugriff zu staatlichen Dienstleistungen zu ermöglichen wurde erkannt, dass verschiedene kurz- und mittelfristige Massnahmen zur Anpassung bzw. Verbesserung der kantonalen Websites notwendig sind. Diese notwendigen Anpassungs- und Ausbauarbeiten wurden gemeinsam mit dem Kanton Nidwalden in Zusammenarbeit mit dem Informatikleistungszentrum Obwalden – Nidwalden in Angriff genommen. Die Arbeitsgruppe e-Government-Strategie Obwalden – Nidwalden gelangte zum Schluss, dass für die dezentrale Betreuung der Homepages und für die Umsetzung der e-Government-Strategie ein modernes und offenes CMS (Content Management System) beschafft werden muss. Im August erfolgte die öffentliche Ausschreibung und Anfang Dezember 2004 die Auftragserteilung an die Firma Innovative Web AG (i-Web), Zürich. Dank der Zusammenarbeit der Kantone Obwalden und Nidwalden muss für beide Kantone nur eine Lizenz erworben werden, wodurch die Investitions- bzw. Betriebskosten pro Kanton halbiert werden können. Die Beschaffungskosten belaufen sich auf insgesamt 182 160 Franken.

Der Aufbau des neuen Internetauftritts erfolgt im Laufe des Jahres 2005.

Im Herbst 2004 hat der Regierungsrat der dritten Vereinbarung zwischen Bund und Kantonen zum gemeinsamen Informationsportal www.ch.ch zugestimmt. Damit beteiligt sich der Kanton weiterhin mit jährlich rund 5300 Franken an den Betriebskosten des "Guichet virtuel".

Medien

Die Staatskanzlei veröffentlichte 82 Medienmitteilungen auf 170 Seiten zu den Geschäften des Regierungsrats sowie vier Mitteilungen über Belange des Kantonsrats. Hinzu kommen sechs gemeinsame Mitteilungen der Regierungsräte von Obwalden und Nidwalden zu Ergebnissen

der Zusammenarbeit. In den meisten Fällen sorgte die Staatskanzlei überdies für die elektronische Verbreitung der Medienmitteilungen der Departemente und häufig auch für die Beratung ihrer Medienverantwortlichen. Auch im vergangenen Jahr erfreute sich der Kanton einer in Bezug auf die Kantonsgrösse vergleichsweise breiten Medienpräsenz in den lokalen, regionalen und teilweise auch überregionalen Printmedien sowie im Radio DRS-Regionaljournal Zentralschweiz und in den übrigen elektronischen Medien der Region.

Empfänge

Der Regierungsrat empfing am 30. September im Rathaus den italienischen Generalkonsul Bernardo Carloni sowie Mitglieder des „Comites“, das die in der Schweiz lebenden Italiener gegenüber schweizerischen Institutionen und Organisationen vertritt.

Am 20. August stattete die Botschafterin der Vereinigten Staaten von Amerika, Pamela P. Willeford, dem Kanton einen Besuch ab. Der Regierungsrat empfing die Botschafterin zu einem Gedankenaustausch im Rathaus. Nach einer Rundfahrt im Sarneraatal sowie der Besichtigung der maxon motor AG in Sachseln schloss ein Streifzug durch die Obwaldner Auswanderergeschichte den Besuch ab.

Am 7. September trafen sich die Kantonsregierungen von Obwalden und Nidwalden zur traditionellen Zusammenkunft in Nidwalden zu einer Besichtigung des Ausbildungszentrum der SWISSINT sowie der Verbauungen an der Engelberger-Aa.

Am 28. September lud der Regierungsrat die ehemaligen Mitglieder des Regierungsrates sowie die ehemaligen kantonalen Vertreter im National- und Ständerat zu einem gemeinsamen Treffen und einer Besichtigung des Golfplatzes in Engelberg ein.

Kanzleisekretariat für Kantonsrat und Regierungsrat

Zielerreichung

| <i>Abteilungsziele</i> | <i>Stand der Erfüllung</i> |
|---|--|
| Die Geschäftsverwaltung KONSUL läuft im Gesamtbetrieb. | Die elektronische Geschäfts- und Dokumentenverwaltung KONSUL wird bei den Departementen und der Staatskanzlei eingesetzt (insgesamt 42 Benutzerarbeitsplätze). |
| Die Kantonsratssitzungen werden digital aufgezeichnet und protokolliert. | Die Voten der Parlamentarier werden digital aufgezeichnet und das Kantonsratsprotokoll wird mit Unterstützung des elektronischen Protokollsystems VERBALIX erstellt. Nach der Behebung anfänglicher technischer Probleme (Interferenzen) und der Feinabstimmung läuft das System zufrieden stellend. |
| Ein zentraler Adressdatenpool steht in der kantonalen Verwaltung zur Verfügung. | Das Projekt wird vom ILZ evaluiert. Ein geeignetes, einfaches und kostengünstiges System konnte noch nicht gefunden wer- |

| | |
|---|---|
| Der Amtsblattvertrag ist erneuert. | den. Im Rahmen eines vorgezogenen GAP-Projektes (STK-08) wurde der bestehende Amtsblattvertrag neu verhandelt, sodass ab 2005 die Herstellung digital erfolgt und Kosteneinsparungen erzielt werden. |
| Amtsblatt: Der amtliche Teil wird im Internet veröffentlicht. | Der amtliche Teil des Amtsblattes wird seit Anfang 2004 im PDF-Format auf der Homepage der kantonalen Verwaltung veröffentlicht und mit einem Register erschlossen (Archivfunktion). |

Sekretariat Kantonsrat

Die Staatskanzlei unterstützte die Vorbereitung und Durchführung von neun (Vorjahr neun) Plenarsitzungen im Amtsjahr 2003/2004, an welchen 107 Geschäfte behandelt worden sind und betreute das Kantonsratsbüro (siehe Bericht zum Kantonsrat).

| Geschäfte | <i>1998/99 (Langjahr)</i> | <i>2002/2003</i> | <i>2003/2004</i> |
|-------------------------------|-------------------------------|------------------|------------------|
| Wahlen | 25 | 25 | 11 |
| Gesetzgebung | 23 | 13 | 20 |
| Verwaltungsgeschäfte | 37 | 53 | 52 |
| Parlamentarische Vorstösse | 12 | 17 | 24 |
| Insgesamt | 97 | 108 | 107 |
| Kantonsratsprotokoll (Seiten) | 741* | 324 | 377 |

* grössere Schrift und anderer Satzspiegel

Sekretariat Regierungsrat

Der Regierungsrat behandelte 2003/04 an 44 Sitzungen 634 Geschäfte, davon unter anderen 23 (Vorjahr 25) Vernehmlassungen zur Bundesgesetzgebung, 29 (39) allgemeinverbindliche Regierungsratsbeschlüsse beziehungsweise Ausführungsbestimmungen, 15 (13) Abschlüsse beziehungsweise Änderungen von interkantonalen Vereinbarungen, 18 (77) Wahl- und Anstellungsgeschäfte und 66 (33) Beschwerdeentscheide.

Die Protokollverarbeitung zeigt folgendes Bild:

| <i>Regierungsratsprotokolle</i> | <i>1998/99 (Langjahr)</i> | <i>2002/2003</i> | <i>2003/2004</i> |
|---------------------------------|-------------------------------|------------------|------------------|
| Anzahl Geschäftsnummern | 1219 | 632 | 634 |

Seitenzahl gesamthaft 3804* 1692 1879

* grössere Schrift

Amtsblatt und Passbüro

Amtsblatt

Der Schweizer Inseratemarkt hat im Jahr 2004 weitere Einbussen erlitten. Die schleppende Konjunktur wirkte sich auch auf das Inseratevolumen in den Schweizer Medienerzeugnissen aus. Beim Amtsblatt ging das Inseratevolumen um rund 4 % zurück (gesamtschweizerisch 4.9 %). Der Umsatz der direkt entgegengenommenen Inserate konnte leicht verbessert werden, jener der Pachtfirma Publicitas ging zurück.

Die Statistik des Amtsblattes zeigt folgendes Bild:

| <u>Jahr</u> | <i>Beglaubigte Auflage</i> | <i>Amtlicher Teil Seitenzahl</i> | <i>Private Seitenzahl</i> | <i>Anzeigen Inseratezahl</i> | <i>davon Publicitas</i> |
|-------------|----------------------------|--------------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|-----------------------------|
| 1999 | 8846 | 1612 | 2558 | 7800 | 2216 |
| 2003 | 8635 | 1552 | 1515 | 4363 | 1363 |
| 2004 | 8635 | 1640 | 1455 | 4242 | 1238 |

Passbüro

Die Nachfrage nach dem neuen maschinenlesbaren Schweizer Pass (Modell 2003) ist nach wie vor gross. Bereits Ende September 2004 hatte das Passbüro die gesamte Vorjahresproduktion von 2003 erreicht. Die Entwicklung eines Passes mit biometrischen Daten läuft unter dem Druck der USA auf Hochtouren. Im Rahmen eines Pilotprojektes will der Bund bereits Ende 2005 biometrische Pässe herstellen können, wobei die Daten in fünf regionalen Zentren erfasst werden sollen. Der maschinenlesbare Pass wird ohne zusätzliches Visum, auch in den USA, weiterhin gültig bleiben, wenn er vor dem 26. Oktober 2005 ausgestellt worden ist.

Die Pass-Statistik sieht wie folgt aus:

| <i>Altes Verfahren</i> | <i>Pässe</i> | <i>Verlängerungen</i> | |
|------------------------|--------------------------------------|--|----------------------------------|
| 1999 | 718 | 1491 | |
| <i>Neuregelung</i> | <i>Pass 2003 maschinenlesbar</i> | <i>Notmassnahme (alte Pässe verlängern 11.3.–31.12.2003)</i> | <i>Identitätskarten 2003</i> |
| 2003 | 2064 | 723 | 2818 |
| 2004 | 2732 | – | 3644 |

Rechtsdienst

Der Rechtsdienst berät den Regierungsrat und den Kantonsrat in Rechtsfragen, erarbeitet und überprüft Erlassentwürfe, unterstützt die Beschwerdeinstruktion und vertritt den Kanton in Rechtsstreitigkeiten. Er ist auch zuständig für kantonale Wahlen und Abstimmungen sowie für die Herausgabe der Gesetzessammlung und Führung der Gesetzesdatenbank.

Zielerreichung

| <i>Amtsziele</i> | <i>Stand der Erfüllung</i> |
|---|--|
| <p>Die Gesamterneuerungswahlen für die Gerichte/die Ersatzwahl in den Regierungsrat 2004 ist pannenfrei durchgeführt, die Gesamterneuerungswahlen der Gemeinderäte sind optimal koordiniert und publikationstechnisch unterstützt.</p> <p>Die Landbuchbereinigung II ist bis Ende 2004 mit der Bereinigungsgesetzgebung abgeschlossen. Darin eingeschlossen ist die Anpassung des Publikationsgesetzes.</p> <p>Die Gesetzgebung gemäss dem Gesetzgebungsprogramm 2004 ist gesetzestechisch (formal und materiell) unterstützt.</p> <p>Die interkantonale Zusammenarbeit ist im Rahmen der gesetzgeberischen Vorbereitung aktiv unterstützt.</p> | <p>Die Mitglieder der Gerichte und deren Präsidien wurden in stiller Wahl gewählt. Die Ersatzwahl in den Regierungsrat fand am 4. April 2004 an der Urne statt, zusammen mit den Gesamterneuerungswahlen der Gemeinderäte.</p> <p>Auf Grund knapper Ressourcen wurde die Bereinigung II vorab im laufenden Gesetzgebungsprozess wahrgenommen. Die eigentliche Bereinigung wurde hinausgeschoben, da die Gesetzgebung infolge des Gesetzes über das Entlastungsprogramm (GAP) des Staatshaushaltes sowie anderer Gesetze stark überarbeitet wurde. Der Regierungsrat genehmigte das Konzept Abschluss der Landbuchbereinigung / Bereinigung II am 14. September 2004, ebenso die überarbeiteten Richtlinien zur Gesetzestechnik.</p> <p>Die Zielsetzung wurde – trotz intensiver gesetzgeberischer Tätigkeit des Parlaments – erreicht. Die Behandlung des Gebührengesetzes erfuhr im parlamentarischen Verfahren eine Verzögerung.</p> <p>Die Zielsetzung wurde – im Rahmen der politischen Vorentscheide – mittels Erarbeitung bzw. Überprüfung von Vereinbarungsentwürfen erreicht. Für die typischen Formen der Beteiligung und Publikation interkantonalen Vereinbarungen liegt der Entwurf eines Musterrasters vor.</p> |

| | |
|--|---|
| <i>Weitere wesentliche Aussagen zum Gesamterfolg</i> | |
| Initiative „zur Erhaltung des Kantonsspitals am Standort Sarnen“ | Das Volksbegehren wurde fristgerecht der Vorprüfung unterzogen und nach der Einreichung unverzüglich formell geprüft, sodass die politische Behandlung zeitgerecht erfolgen kann. |

Rechtsberatung

In der Berichtsperiode fielen 144 (2003: 160) Geschäfte an, die sich auf folgende Bereiche verteilen:

| | 1998/99 | 2003 | 2004 |
|--|------------|------------|------------|
| Rechtsmittelentscheide, Vernehmlassungen, Genehmigung kommunaler Erlasse | 42 | 49 | 53 |
| Erlasse, Vereinbarungen | 43 | 29 | 31 |
| Mitwirkung bei Kantonsrats- (und Landsgemeinde) geschäften | 4 | 1 | 3 |
| Allgemeine Rechtsberatung | 126 | 80 | 55 |
| Prozesse | 2 | 1 | 2 |
| <i>Insgesamt</i> | <i>217</i> | <i>160</i> | <i>144</i> |

Wahlen und Abstimmungen

Stille Wahlen für die Gerichte

Zum zweiten Mal seit der Abschaffung der Landsgemeinde waren im Jahr 2004 Gesamterneuerungswahlen für die Gerichte an der Urne durchzuführen. Sie wurden – wiederum zusammen mit den Gesamterneuerungswahlen für die Gemeinderäte – auf den 4. April 2004 festgelegt. Die Mitglieder des Obergerichts, des Verwaltungsgerichts und des Kantonsgerichts sowie der Kantonsgerichtspräsident I, der Kantonsgerichtspräsident II, der Präsident der Obergerichte und der Präsident des Verwaltungsgerichts wurden als in stiller Wahl für die Amtsdauer 2004 bis 2008 gewählt erklärt.

Ersatzwahl in den Regierungsrat

Die Ersatzwahl für die zurückgetretene Regierungsrätin Maria Küchler-Flury fand am 4. April 2004 – zusammen mit den Gesamterneuerungswahlen der Gemeinderäte und der Gerichte – statt. Bei einer Stimmbeteiligung von 45,12 Prozent wurden folgende Ergebnisse erzielt:

| Gemeinde | Stimm- berech- tigte | Wahlzettel | | | | BLEIKER NIKLAUS, 1953, Bankleiter, Alpnach, CVP | GASSER- SCHEUERMEIER SUSANNE, 1952, Dr. med. vet., Sarnen, CVP |
|-----------|----------------------------|------------------|-------|----------------|------------------------------|--|--|
| | | Einge- langte | Leere | Ungül- tige | In Be- tracht fallende | | |
| Sarnen | 6 491 | 3 086 | 42 | 61 | 2 983 | 1 371 | 1 612 |
| Kerns | 3 760 | 1 783 | 23 | 18 | 1 742 | 1 044 | 698 |
| Sachseln | 3 042 | 1 217 | 20 | 19 | 1 178 | 492 | 686 |
| Alpnach | 3 418 | 1 849 | 24 | 23 | 1 802 | 1 369 | 433 |
| Giswil | 2 382 | 859 | 18 | 8 | 833 | 336 | 497 |
| Lungern | 1 432 | 836 | 38 | 2 | 796 | 341 | 455 |
| Engelberg | 2 236 | 640 | 29 | 13 | 598 | 297 | 301 |
| Insgesamt | 22 761 | 10 270 | 194 | 144 | 9 932 | 5 250 | 4 682 |

Für den Rest der Amtsdauer bis 2006 wurde Niklaus Bleiker, Alpnach, gewählt.

Abstimmungen

Im Berichtsjahr sind folgende Urnenabstimmungen mit den nachstehenden Ergebnissen durchgeführt worden:

| <u>Eidgenössische Volksabstimmungen</u> | JA | NEIN | Stimmbe- teiligung in % |
|---|-------|-------|-------------------------------|
| 08.02.04 Gegenentwurf der Bundesversammlung zur Volksinitiative „Avanti – für sichere und leistungsfähige Autobahnen“ | 3 856 | 6 519 | 47 |
| 08.02.04 Änderung des Obligationenrechts (Miete) | 4 266 | 5 597 | 47 |
| 08.02.04 Volksinitiative „Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter“ | 5 710 | 4 508 | 47 |
| 16.05.04 Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (11. AHV-Revision) | 4 032 | 7 143 | 51 |
| 16.05.04 Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze | 2 546 | 8 675 | 51 |
| 16.05.04 Bundesgesetz über die Änderung von Erlassen im Bereich der Ehe- und Familienbesteuerung, der Wohneigentumsbesteuerung und der Stempelabgaben (Steuerpaket) | 3 802 | 7 447 | 51 |
| 26.09.04 Bundesbeschluss über die ordentliche Einbürgerung sowie über die erleichterte Einbürgerung junger Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation | 3 526 | 9 405 | 57 |

| | | | | |
|------------------------------------|--|-------|-------|-----------------------------|
| 26.09.04 | Bundesbeschluss über den Bürgerrechtserwerb von Ausländerinnen und Ausländern der dritten Generation | 4 461 | 8 475 | 57 |
| 26.09.04 | Volksinitiative „Postdienste für alle“ | 5 123 | 7 587 | 57 |
| 26.09.04 | Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (für Dienstleistende und bei Mutterschaft) | 4 806 | 8 102 | 57 |
| 28.11.04 | Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) | 6 380 | 2 612 | 41 |
| 28.11.04 | Neue Finanzordnung | 6 254 | 2 624 | 41 |
| 28.11.04 | Bundesgesetz über die Forschung an embryonalen Stammzellen (Stammzellenforschungsgesetz) | 5 113 | 3 961 | 41 |
| <u>Kantonale Volksabstimmungen</u> | | JA | NEIN | Stimm- teiligung in % |
| 16.05.04 | Bildungsgesetz | 5 269 | 5 340 | 50 |
| 28.11.04 | Nachtrag zur Kantonsverfassung (Neuregelung des Elektrizitätswerks Obwalden) | 6 500 | 1 991 | 39 |

Briefliche Stimmabgabe

Der Trend zur brieflichen Stimmabgabe stieg von 37 Prozent im Jahr 1996 auf 91 Prozent im Jahr 2004.

Entwicklung der brieflichen Stimmabgabe 1996 bis 2004

| Urnenabstimmung vom | Eidgenössische 10. März 1996 | | Eidgenössische 18. April 1999 | | Eidgenössische 9. Februar 2003 | | Eidgenössische 8. Februar 2004 | |
|---------------------|------------------------------|-------------|-------------------------------|-------------|--------------------------------|-------------|--------------------------------|-------------|
| | Stimmende | brieflich % | Stimmende | brieflich % | Stimmende | brieflich % | Stimmende | brieflich % |
| Gemeinde | | | | | | | | |
| Sarnen | 1 486 | 45 | 3 029 | 64 | 1 561 | 87 | 3 111 | 94 |
| Kerns | 850 | 32 | 1 762 | 67 | 1 225 | 84 | 1 663 | 86 |
| Sachseln | 912 | 27 | 1 346 | 62 | 684 | 88 | 1 493 | 90 |
| Alpnach | 1 172 | 36 | 1 514 | 51 | 788 | 81 | 1 684 | 85 |
| Giswil | 630 | 30 | 1 094 | 56 | 424 | 89 | 970 | 89 |
| Lungern | 377 | 36 | 748 | 50 | 530 | 94 | 728 | 95 |
| Engelberg | 539 | 60 | 1 027 | 66 | 640 | 88 | 1 099 | 92 |

| | | | | | | | | |
|--------|---------------|----|----------------|----|---------------|----|----------------|----|
| Kanton | 5 966 28 % | 37 | 10 520 48 % | 61 | 5 852 26 % | 86 | 10 748 47 % | 91 |
|--------|---------------|----|----------------|----|---------------|----|----------------|----|

Ein Initiativbegehren

Der Rechtsdienst überprüfte am 28. September 2004 das Volksbegehren zur Änderung von Art. 16 des Gesundheitsgesetzes auf seine formellen Voraussetzungen hin.

Am 9. Dezember 2004 reichte ein Aktionskomitee (bestehend aus Jürgen Mayer, Brüggli 12, Sachseln; Mark-Anton Reinhard, Haltenstrasse 35, Kerns; Arthur Fries, am See, Wilen, und Erwin Odermatt, Erlenstrasse 16, Kerns) das Volksbegehren (Initiative) zur Erhaltung des Kantonsspitals am Standort Sarnen ein. Das Volksbegehren wurde von 3 302 Stimmberechtigten unterzeichnet (3 273 Unterschriften wurden am 9. Dezember 2004 eingereicht, 29 Unterschriften wurden am 14. Dezember 2004 nachgereicht), welche sich wie folgt auf die einzelnen Gemeinden verteilen: Sarnen 1 203, Kerns 626, Sachseln 605, Alpnach 252, Giswil 346 und Lungern 270. Von Engelberg sind keine Unterschriften eingegangen.

Kein Referendumsbegehren

In der Berichtsperiode sind keine Referendumsbegehren eingegangen.

Gesetzesdatenbank

Die elektronische Gesetzesdatenbank (GDB) enthält alle in Kraft stehenden kantonalen Erlasse und Vereinbarungen gemäss den Vorschriften des Publikationsgesetzes. Sie wird nach Möglichkeit tagesaktuell nachgeführt. Im Jahr 2004 ergaben sich folgende Änderungen:

| | 2003 | 2004 |
|---------------------------------|------|------|
| Aufnahme neuer Erlasse | 30 | 47 |
| Änderungen geltender Erlasse | 39 | 44 |
| Entfernung aufgehobener Erlasse | 15 | 21 |

Sämtliche aktuellen Erlasse sind über das Internet oder bei der Staatskanzlei als Sonderdrucke erhältlich.

Beglaubigungen

Für die dem so genannten Haager Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 beigetretenen Staaten gelten vereinfachte Vorschriften für Beglaubigungen von Urkunden im internationalen Verkehr. Es genügt eine „Apostille“, worin die Staatskanzlei die Zuständigkeit der Urkundsperson bestätigt. Die übrigen amtlichen Beglaubigungen erfolgen gestützt auf das kantonale Beurkundungsgesetz. Die Zahl der Apostillen zeigt, in wie vielen Fällen Urkunden für den privaten oder geschäftlichen Gebrauch in Apostillen-Ländern beglaubigt worden sind.

Bei der Staatskanzlei wurde folgende Anzahl Schriftstücke beglaubigt beziehungsweise mit einer anerkannten Apostille versehen:

| | | | |
|--|-----------|------------|------------|
| | 1999 | 2003 | 2004 |
| Beglaubigungen (Unterschriften, Kopien usw.) | 49 | 43 | 40 |
| Apostillen | <u>73</u> | <u>186</u> | <u>152</u> |
| Insgesamt | 122 | 229 | 192 |

Staatsarchiv

Das Staatsarchiv übernimmt, erschliesst und sichert das archivistische Kulturgut des Kantons. Im Rahmen der Archivverordnung sind die Bestände kantonalen Behörden, der Verwaltung, Forschung und der interessierten Öffentlichkeit zugänglich. In Führungen und Ausstellungen macht das Staatsarchiv seine Bestände einem breiten Publikum zugänglich.

Zielerreichung

| <i>Amtsziele</i> | <i>Stand der Erfüllung</i> |
|--|--|
| Die elektronische Archivierung ist vorausschauend geklärt. | Der Kanton ist der Interkantonalen Vereinbarung beigetreten. |
| Die Erschliessung ist als zentrale Aufgabe des Archivs fortgesetzt. | Die noch nicht bearbeiteten Ablieferungen wurden vordringlich behandelt und soweit möglich inventarisiert. |
| Die Übernahme digitaler Daten in scopeArchiv und das Bibliotheksprogramm sind eingeführt. | Die Daten wurden weitgehend übernommen; die Datenbank kann nun weitergeführt werden. |
| Der Bestandserhalt ist gewährleistet. | Das wertvolle Landbuch von 1525 sowie weitere historische Bücher des 17., 18. und 19. Jh. (Zeughausrechnungen, Spitalurbare) wurden restauriert; Umschachtelung infolge Schaffung von Raumreserven verschoben. |
| Der Artikel über den Kanton Obwalden für das "Historisches Lexikon der Schweiz" ist entworfen. | Das Konzept für den Kantonsartikel Obwalden wurde zuhanden der Chefredaktion in Bern abgeliefert. Die „Obwaldner“ Artikel für Band 5 sind redigiert. |
| Für die Öffentlichkeitsarbeit sind neue Formen der Zusammenarbeit umgesetzt. | In Zusammenarbeit mit dem Historischen Museum Sarnen wurden Führungen und Vorträge zum Tell-Jahr durchgeführt; das Projekt kulturhistorische Spaziergänge in Obwalden wurde vom Archiv begleitet. |

| | |
|---|--|
| <p><i>Weitere wesentliche Aussagen zum Gesamterfolg</i></p> <p>Obwaldner Kulturprojekt</p> <p>Archivführungen</p> | <p>Die „musikalischen“ Ideen wurden mit den Projektbeauftragten Martin Heller und Martin Hess besprochen.</p> <p>Anlässlich des Besuches der Botschafterin der USA fand eine Führung im Turm statt.</p> |
| <p>Zusammenarbeit mit der Kantonsbibliothek</p> | <p>Mit der Kantonsbibliothek fanden Absprachen statt betreffend Archivierung von Nachlässen, Handschriften und Amtsdruckschriften: Nachlässe werden im Archiv, kantonale Amtsdruckschriften in der Bibliothek aufbewahrt; Handschriften kommen ins Archiv.</p> |

Elektronische Archivierung – eine Herausforderung der Zeit

Die Konferenz der Archivdirektoren weist seit einiger Zeit auf das dringliche Anliegen hin, langfristig tragfähige Lösungen für die elektronischer Archivierung zu entwickeln. Als erster Schritt wurde am 25. Februar 2003 die Schaffung eines schweizerischen Kompetenzzentrums beschlossen. Im letzten Jahre 2004 konnte nun – in Verbindung mit dem Bundesarchiv – in Bern eine gesamtschweizerischen Koordinations- und Beratungsstelle realisiert werden. Mit Regierungsratsbeschluss vom 20. Januar 2004 (Nr. 339) ist auch der Kanton dieser Koordinationsstelle beigetreten. Es wurde dazu auch eine interkantonale Vereinbarung unterzeichnet. Das ist wichtig, denn heute werden die meisten Unterlagen mit elektronischen Hilfsmitteln hergestellt. Die Problematik dauernder Aufbewahrung digitaler Daten wird nun durch dieses Kompetenzzentrum angegangen und koordiniert.

Auskunftstätigkeit

Das Staatsarchiv lieferte Materialien und Hinweise für Publikationen zu folgenden Themen: Verfassungsgeschichte des 19. Jahrhunderts, Landvogtei Sargans und Lauis (Lugano), Strafrecht im 18. und 19. Jahrhundert, Asylwesen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Kriegsdienste im Vizekönigtum Neapel, Stadturkunden und Landschreiber von Rapperswil, Hexenprozesse des 17. Jahrhunderts, Bruder Klaus und die süddeutsche Mystik, Tell und das Weisse Buch, Sittenmandate des 17. und 18. Jahrhunderts, Rationierung während des 2. Weltkriegs, Auswanderung nach Amerika, Persönlichkeiten aus Obwalden u.a.m. Es wurden auch alle Obwaldner Artikel für den 5. Band des Historischen Lexikons der Schweiz gegengelesen.

Erschliessung

Im vergangenen Jahr wurden die Daten aus alten Programmen (File Maker und Faust) importiert und überarbeitet. Weiter wurde in Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv Nidwalden und den Kantonsbibliotheken von Obwalden und Nidwalden ein neues Bibliotheksprogramm eingeführt. 2004 wurden ebenfalls wieder mehrere Ablieferungen entgegengenommen und inventarisiert, so Akten des Polizei- und Militärdepartementes, des Bildungs- und Kulturdepartementes sowie Protokolle der Christlichsozialen Partei Obwaldens.

Öffentlichkeitsarbeit im Telljahr 2004

Anlässlich der 200. Wiederkehr der Uraufführung von Friedrich Schillers "Wilhelm Tell" am 17. März 2004 hat auch das Staatsarchiv Obwalden in Verbindung mit dem Historischen Museum „Tell“ thematisiert – taucht doch um 1470 die ganze Tellgeschichte erstmals im „Weissen Buch von Sarnen“ auf. Der Staatsarchivar hat in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 17. Februar 2004 die historischen Quellen für Schillers „Wilhelm Tell“ dargelegt und damit (im Sinne kantonaler Image-Pflege) auf die älteste Überlieferung der Tellgeschichte in Sarnen hingewiesen. Friedrich Schiller benutzte das Weisse Buch indirekt über Aegidius Tschudi: Tschudi kopierte 1569 in Sarnen das Weisse Buch und integrierte es in sein „Chronikon Helveticum“, das 1732-34 in Basel im Druck herauskam und Schiller als Vorlage diente.

Am 31. Juli fand die Vernissage zur Ausstellung „Tell und das Weisse Buch“ im Historischen Museum Sarnen statt. Die Ausstellung im Museum ergänzten Führungen im Archivturm, die im Amtsblatt publiziert waren.

Zusammenarbeit mit der Kantonsbibliothek

Im vergangenen Jahr wurden die Kontakte zur Kantonsbibliothek intensiviert: es wurden klärende Absprachen betreffend Aufbewahrung von Amtsdruckschriften und von Nachlässen getroffen. So werden Obwaldner Amtsdruckschriften grundsätzlich in der Kantonsbibliothek aufbewahrt, indes Nachlässe von Obwaldner Persönlichkeiten im Staatsarchiv überliefert werden. Inzwischen sind also – neben anderen – die wichtigen Nachlässe aus dem 19. Jahrhundert von Pfarrer Josef Ignaz von Ah, Pfarrhelfer Anton Küchler und Pfarrer Johann Ming im Staatsarchiv deponiert.

Finanzkontrolle

Die Finanzkontrolle prüft als fachlich selbstständige und unabhängige Instanz den staatlichen Finanzhaushalt nach den Vorgaben des Finanzhaushaltsrechts und nach anerkannten Revisionsgrundsätzen. Sie unterstützt den Kantonsrat bei seiner Oberaufsicht über Verwaltung und Gerichtsverwaltung und den Regierungsrat bei der Dienstaufsicht über die Verwaltung. Sie führt das Sekretariat der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission.

Zielerreichung

| <i>Amtsziele</i> | <i>Stand der Erfüllung</i> |
|--|---|
| Das Handbuch über das Rechnungswesen der Obwaldner Gemeinden ist überarbeitet. | Das aus dem Jahr 1987 stammende Handbuch steht in Überarbeitung. Der vorgesehene Entwurf eines überarbeiteten Handbuchs liegt noch nicht vor. Das Projekt wird im Jahr 2005 weiterverfolgt. |
| Die neuen UVEK-Weisungen betreffend die Aufsicht über Bau und Unterhalt der Nationalstrassen sind umgesetzt. | Die Finanzkontrolle arbeitet den Weisungen entsprechend. Das Revisionsprogramm und der Tätigkeitsbericht wurden dem Bundesamt für Strassen zeitgerecht eingereicht. |
| Die bestehenden Revisionsstellenmandate sind vereinbarungsgemäss erfüllt. | Die Jahresrechnungen 2003 der nicht zur Staatsverwaltung gehörenden Revisionsmandate wurden geprüft. |
| Die Arbeitsgruppe GAP ist im Controlling erfolgreich unterstützt. | Der Finanzkontrolleur gehörte der Arbeitsgruppe GAP an, welche das Vorgehen der Erhebung und eine erste Sichtung der eingereichten GAP-Vorschläge machte. |

Prüfungstätigkeit

Prüfung der Staatsrechnung

Gemäss Artikel 52 der Finanzhaushaltsverordnung hat die Finanzkontrolle die Staatsrechnung 2003 des Kantons Obwalden geprüft. Die Buchführung und die Jahresrechnungen entsprechen den Vorschriften der Finanzhaushaltsverordnung. Über das Prüfungsergebnis liegt ein Erläuterungsbericht der Finanzkontrolle vor. In Zusammenarbeit mit der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission konnten die Jahresrechnungen ohne Einschränkungen zur Genehmigung empfohlen werden.

Prüfung bei Amtsstellen

Die Amtsstellenprüfungen konnten wegen knappen Ressourcen nicht im geplanten Umfang durchgeführt werden. Die nicht erfolgten Revisionen werden ins Folgejahr übertragen. Zu jeder durchgeführten Revision wurde ein Revisionsbericht oder eine Aktennotiz erstellt.

Prüfung bei Organisationen und Unternehmungen

Die Revisionen der Jahresrechnungen der Luzern-Stans-Engelberg Bahn und der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten Informatikleistungszentrum und Verkehrssicherheitszentrum erfolgten gemeinsam mit der Finanzkontrolle Nidwalden. Die Revisionsberichte an die Verwaltungsräte wurden wie vereinbart an die Verwaltungsräte erstattet.

Zusätzlich hat die Finanzkontrolle auf Grund besonderer Aufträge folgende fünf Jahresrechnungen geprüft: Regionalentwicklungsverband Sarneraatal, Kulturförderverein Kino Seefeld, Bildungsplanung Zentralschweiz, Arbeitsstiftung Obwalden und Stiftung BiNeTON.

Spezialprüfungen

Erhebung der direkten Bundessteuern

In Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Finanzkontrolle wurde die Erhebung der direkten Bundessteuern geprüft. Es wurde festgestellt, dass die Veranlagung und das Inkasso ordnungsgemäss erfolgen. Das angewendete Vollzugssystem wirkt auf Grund der schlanken Organisation und der Abläufe mit wenigen Instanzen effizient und transparent.

Prämienverbilligungen

Das Bundesamt für Gesundheit hat den Kantonen Anweisungen zum Erstellen des Revisionsberichts ab dem 1. Januar 2004 zugestellt. Die Revision der Prämienverbilligungen wurde unter der Berücksichtigung der Minimalanforderungen an die Berichterstattung im Monat Mai durchgeführt. Die festgestellten Mängel zwischen der Verordnungsgrundlage und dem Vollzug führten auf Antrag des Regierungsrates vom 26. Oktober 2004 zu einer Verordnungsänderung.

Aufsicht über Bau, Unterhalt und Betrieb der Nationalstrassen

Gemeinsam mit dem Revisorat des Bundesamtes für Strassen erfolgten formelle und materielle Prüfungen beim Strasseninspektorat im Bereich des Nationalstrassenunterhalts.

Gegenüber den Vorjahren nahm der Zeitaufwand für die Aufsicht über Bau, Unterhalt und Betrieb der Nationalstrassen weiter zu. Die Finanzkontrolle hat wie in den Vorjahren vor allem die Zahlungsanweisungen samt den dazugehörigen Rechnungen mitschreitend überprüft. Die Schwerpunkte wurden auf die Unternehmerschlussrechnungen der Umfahrung Giswil gelegt. Weitere Kontrollen bezogen sich auf die Betriebsabrechnung für den betrieblichen Unterhalt und die Jahresabrechnung der Bundesbeiträge für Leistungen der Schadenwehren. Die Jahresabrechnung der Personal- und Verwaltungskosten für den Bau und den baulichen Unterhalt wurde durch die Finanzkontrolle erstellt.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK)

Sekretariat GRPK

Die Finanzkontrolle ist für die Führung des Sekretariates mit Protokollführung zuständig und steht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) beratend zur Seite. Mit der zunehmenden Komplexität der Geschäfte, die durch die GRPK als Milizkommission geprüft werden müssen, wird die Unterstützung durch die Finanzkontrolle vermehrt in Anspruch genommen, was einen zeitlichen Mehraufwand bei der Finanzkontrolle zur Folge hat. In der Berichtsperiode betreute die Finanzkontrolle insgesamt 10 Plenarsitzungen der GRPK.

Aufsicht über die Gemeindefinanzen

Einheitliche Rechnungsführung

Für die Darstellung der Rechnungsergebnisse 2003 der Obwaldner Gemeinden wurden acht Kennzahlen einheitlich berechnet. Die Gemeindefinanzstatistik wurde den Finanzchefs und Finanzverwaltern der Gemeinden und den (G)RPK-Präsidenten/-innen der Gemeinden jeweils an Kontaktsitzungen erläutert. Weiter wurde eine Überprüfung der Einhaltung der mit Beschluss vom Regierungsrat verbindlich erklärten Artikel der Finanzhaushaltreglemente der Gemeinden und der Punkte, die für eine einheitliche Rechnungsführung notwendig sind, vorgenommen. Es wurden keine grundlegenden Abweichungen festgestellt.

Finanzlage der Obwaldner Gemeinden

Wie bereits im Jahr 2002 haben auch in der Laufenden Rechnung 2003 alle Einwohnergemeinden ein positives Ergebnis ausgewiesen. Eine gesamthaft gute Finanzlage weisen die Gemeinden Kerns, Sachseln und Alpnach auf. Mit Ausnahme der Gemeinde Giswil konnten alle Gemeinden ihre Nettoverschuldung senken. Die Nettoverschuldung sämtlicher Einwohnergemeinden betrug 121 Millionen Franken (Vorjahr 129 Millionen Franken).

Bilanzfehlbeträge der Einwohnergemeinden 2003:

| | | | |
|----------|------------------|-----------|------------------|
| Sarnen | 6,2 Mio. Franken | Giswil | 0,8 Mio. Franken |
| Kerns | -- | Lungern | 3,1 Mio. Franken |
| Sachseln | -- | Engelberg | 0,9 Mio. Franken |
| Alpnach | -- | | |

Die Gemeinden Sarnen, Giswil, Lungern und Engelberg konnten Ihre Bilanzfehlbeträge abbauen. In Kerns, Sachseln und Alpnach erhöhte sich das ausgewiesene Eigenkapital.

Finanzdepartement

Das Finanzdepartement (FD) umfasst

| | Vollzeitstellen Ende | |
|--|----------------------|-------|
| | 2003 | 2004 |
| Departementssekretariat | 1.60 | 1.60 |
| Personalamt | 2.00 | 2.00 |
| Finanzverwaltung | 8.70 | 8.50 |
| Kantonale Steuerverwaltung (inkl. Hauswartpaar 1.18) | 34.73 | 35.33 |

"Wir setzen uns ein für die optimale Verwendung der Staatsgelder nach dem Grundsatz der Nachhaltigkeit – für das gute Gelingen heute und zum Nutzen der Generation von morgen."

Regierungsrat Hans Wallimann, Vorsteher des Finanzdepartements

Das Jahr 2004 in Zahlen

Im Jahr 2004 wurden insgesamt 16 Lehrlinge ausgebildet, nämlich 13 als Kaufleute und drei als Betriebspraktiker.

48 der total 468 (339.33 Vollzeitstellen) Mitarbeitenden des Kantons Obwalden feierten ein Dienstjubiläum: einer das 40-jährige, vier das 35-jährige, vier das 30-jährige, acht das 25-jährige, zehn das 20-jährige, zehn das 15-jährige und elf das 10-jährige.

Beim Kanton Obwalden liegt der Frauenanteil bei 37 Prozent, nämlich 173 Frauen auf insgesamt 468 Arbeitnehmende. Von diesen Frauen arbeiten 68 Prozent, 117 Mitarbeiterinnen, mit einem Pensum, das kleiner ist als 80 Prozent.

Die Finanzverwaltung hat für die kantonale Verwaltung über 16 500 Kreditorenrechnungen verarbeitet und bezahlt.

Im Berichtsjahr wurden durch die Finanzverwaltung insgesamt 1 195 Lohnausweise ausgestellt. Der durchschnittliche Zinssatz für die vom Kanton aufgenommenen Schuldscheindarlehen konnte dank einer umsichtigen Tresorerie und den rückläufigen Zinsen auf 3,66 Prozent gesenkt werden.

Die Porto-Kosten bei der Steuerverwaltung für Erinnerungen und Anfragen beliefen sich auf 21 000 Franken. Das sind rund ein Fünftel der Gesamt-Porto-Kosten.

Für den Bezug der Kantons- und Gemeindesteuern (24 000 Steuerpflichtige) mussten 746 Betreibungen (Vorjahr 783) über einen Gesamtbetrag von 6,85 Millionen Franken (Vorjahr 6.12 Mio. Franken) eingeleitet werden. Zur Fortsetzung der Betreibung mussten noch 101 Begehren (Vorjahr 536) gestellt werden. Ein Gesuch um Steuererlass haben insgesamt 136 Personen eingereicht.

Rund 30 Prozent der Primär-Steuerpflichtigen haben die Steuererklärung mittels CD-ROM ausgefüllt.

Im Jahr 2004 wurden an 18'773 Personen rund 16 Millionen Franken an Prämienverbilgungen ausgerichtet. Das sind 56 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Die umgesetzten Regierungs- und Departementsziele im Überblick

| Jahresziele | Stand der Erfüllung |
|--|--|
| <p>5 Die Arbeitszeiten bzw. Arbeitszeitm- dellen werden den Verhältnissen ent- sprechend flexibilisiert (neue Ausfüh- rungsbestimmun- gen).</p> | <p>Massnahme nicht umgesetzt. Diese Anpassung bleibt als Ziel bestehen. Sie findet überdies Eingang in das Projekt Neue Verwaltungsführung Obwalden (NOW) und wird dort unter dem Detailprojekt Führung weiter bearbeitet.</p> |
| <p>Dem Regierungsrat steht als langfristige Grundlage eine ausformulierte Personalpolitik mit einem Leitbild zur Verfügung.</p> | <p>Das Personalleitbild wurde vom Regierungsrat zur Kenntnis genommen und in die Vernehmlassung verabschiedet. Das Personalamt führte die Vernehmlassung durch. Eine umfassende Information über die Resultate und die Bestimmung des weiteren Vorgehens ist für das 1. Quartal 2005 geplant. Die nächsten voraussehbaren Schritte sind die Formulierung einer Personalpolitik. Diese soll mit dem Projekt NOW, Detailprojekt Führung, abgestimmt werden (ebenfalls 2005).</p> |
| <p>6 Konzept Neue Verwaltungsführung Obwalden (NOW): Ausbau strategisches Controlling</p> | <p>Der Konzeptbericht wurde durch die Projektgruppe erarbeitet, durch die Steuerungsgruppe gewürdigt und im Dezember durch den Regierungsrat an die vorberatende Kommission des Kantonsrates verabschiedet (bis Ende Januar 2005: Beratung in der Kommission und Verabschiedung durch den Kantonsrat).</p> |
| <p>Ausbau Finanz- und Rechnungswesen (Kostenstellen- und -trägerrechnung)</p> | <p>Die Kostenträgerrechnung wird im Rahmen des Projektes NOW (Detailprojekt operative Steuerung) auf Pilot-einheiten ausgeweitet. Parallel dazu finden die ersten Schritte hin zur integralen Leistungsdefinition statt (Bestimmung Produktgruppen, Leistungsauftrag, -ziele-, -vereinbarung → Implementation einzelner Einheiten Produktgruppen-[Global-]budget). Es wird in einem ersten Schritt von Piloteinheiten</p> |

| | |
|--|--|
| | ausgegangen. |
| 7 Das Gesetz über die Obwaldner Kantonalbank ist angepasst (u.a. Wahlbefugnisse, Verzinsung Dotationskapital, Staatsgarantie) | Infolge interner Vorbereitungsarbeiten konnte der Gesetzesentwurf noch nicht verabschiedet werden. Die politische Beratung folgt im Anschluss, voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte (Inkraftsetzung des OKB-Gesetzes auf 1. Januar 2006). |
| Generelle Aufgabenüberprüfung und Entlastungsprogramm (GAP) | Die notwendigen Gesetzesanpassungen, resultierend aus dem Projekt GAP, wurden vom Kantonsrat behandelt und verabschiedet. Somit ist das Projekt formell abgeschlossen. Die finanziellen Vorgaben und die wichtigsten Projektziele wurden erreicht. |
| Die Gebührenordnung für die Staatsverwaltung ist (gemäss WoV und Verursacherprinzip) revidiert. | Der Kantonsrat behandelte im September 2004 das neue Gebührengesetz in erster Lesung; die zweite Lesung wurde auf Anfangs 2005 vertagt, die Verabschiedung ist in der ersten Hälfte 2005 zu erwarten. |
| 8 Optimierung Steuergesetz in den Bereichen höhere Einkommen und Vermögen sowie Unternehmensbesteuerung/Baulandbesteuerung | Die Revision Steuergesetz ist konzeptionell und materiell durch die Steuerverwaltung vorbereitet. Der Regierungsrat ist über die Reform informiert. Die formellen Revisionsarbeiten werden 2005 stattfinden (Inkraftsetzung des revidierten Steuergesetzes auf 1. Januar 2006 vorgesehen). |

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Wirkungen auf Strategie 2012+

Für das Jahr 2004 ist das Projekt Generelles Aufgabenüberprüfungs- und Entlastungsprogramm (GAP) hervorzuheben. Die gesteckten Ziele – vor allem im finanziellen Bereich – konnten umfassend erreicht werden. Das Resultat des Projektes wirkt sich positiv auf die Strategie 2012+ aus, da es die nachhaltige Finanzpolitik (Ziel 17) aktiv unterstützt und fördert. In diesem Zusammenhang ist ein Hinweis auf den positiven Rechnungsabschluss zu machen. Wiederum konnten wichtige Ziele einer nachhaltigen Finanzpolitik (ausgeglichene Rechnung, Investitionsgrad von 100 Prozent und Abbau Fremdkapital) erreicht werden. Das unterstützt das Ziel 17 und somit die Gesamtstrategie ebenfalls positiv.

Erwähnenswert sind weiter die beiden Grossprojekte Revision Steuergesetz (Umsetzung einer Steuerstrategie, Ziel 16) und Neue Verwaltungsführung Obwalden (Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung, Ziel 13). Die beiden Projekte haben per Ende 2004 konzeptionell ein ansprechend hohes Niveau erreicht. Die nächste Phase ist bereits eingeleitet. Das kommende Jahr wird entscheidend sein für den Erfolg der beiden Vorhaben. Mit Blick auf die Gewichtung haben sie eine hohe Priorität.

Kantonsreferendum / Steuerpaket 2001

Der Kantonsrat hat am 12. September 2003 die Ergreifung des Kantonsreferendums gegen das Bundesgesetz über die Änderung von Erlassen im Bereich der Ehe- und Familienbesteuerung, der Wohneigentumsbesteuerung und der Stempelabgaben vom 20. Juni 2003 (Steuerpaket 2001) beschlossen. Nachdem mit den Kantonen Graubünden, Solothurn, Basel-Stadt, Glarus, Jura, Schaffhausen, Wallis, St. Gallen, Waadt und Bern weitere zehn Kantone das Referendum ergriffen haben, ist zum ersten Mal seit Bestehen des Instituts (1874) ein Kantonsreferendum formell zu Stande gekommen. Die anschliessende eidgenössische Volksabstimmung vom 16. Mai 2004 über das Steuerpaket 2001 zeigte ein deutliches Resultat: Die Vorlage wurde gesamtschweizerisch mit 65 Prozent – im Kanton Obwalden mit 66 Prozent Stimmenanteil – deutlich abgelehnt.

Generelles Aufgabenüberprüfungs- und Entlastungsprogramm (GAP)

Die von der Projektgruppe auf Anfang 2004 vorgelegten 160 GAP-Vorschläge wurden sowohl von der Projektsteuerung als auch vom Regierungsrat im weiteren Verlauf des Projektes kritisch gewürdigt. Dem Kantonsrat wurden mit der Botschaft des Regierungsrates 100 Vorschläge zur Umsetzung empfohlen. Die kantonsrätlichen Beratungen reduzierten diesen Vorschlag um 10 Massnahmen (13 fielen weg, drei kamen neu hinzu). Der Kantonsrat ist den Empfehlungen der vorberatenden Kommission gefolgt und hat die notwendigen Gesetzesanpassungen an der Sitzung vom 2./3. Dezember 2004 definitiv verabschiedet. Somit wurde das Projekt GAP formell, organisatorisch und inhaltlich Anfang Dezember beendet.

Das finanzpolitische Ziel von GAP wurde erreicht, d.h. die sich in der (mittelfristigen) rollenden Finanzplanung abzeichnenden Defizite ab 2005 konnten in der konkretisierten Planung (Voranschlag 2005 / Finanzplan 2006 - 2008) vermieden werden. Somit leistet GAP einen wichtigen Beitrag an eine nachhaltige Finanzpolitik.

Aus dem Finanzdepartement wurden im Rahmen von GAP 15 Projekte vorgeschlagen. Wesentlichste Punkte sind die Einrichtung eines Steuerrevisorats, das nebst der Erhöhung der Rechtsicherheit auch den positiven Nebeneffekt aufweist, dass Mehrerträge von 240 000 Franken zu erwarten sind. Weiter wird im Bereich der Informatik auf die Vorfinanzierung der Office Lizenzen verzichtet (Entlastungspotenzial: 110 000 Franken) und bei der Unfallversicherung wird vom Niveau privat auf halbprivat gewechselt (EP: 10 000 Franken). Alle Vorschläge des Finanzdepartements wurden vom Kantonsrat zur Umsetzung ab 2005 verabschiedet.

Zusammenarbeit Kanton / Gemeinden

Die Finanzverwaltung hat das Musterreglement des Finanzhaushaltsrechts der Gemeinden überarbeitet. Nachdem dazu alle Gemeinden Stellung beziehen konnten, verabschiedete der Regierungsrat das überarbeitete Musterreglement für die Gemeinden an seiner Sitzung vom 6. April 2004. Im Reglement wurden insbesondere die verbindlichen Abschreibungssätze angehoben sowie neu die Möglichkeit zur Einführung von Globalbudgets (auf Stufe Gemeinde) geschaffen.

Um die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden bei der Budgetierung zu verbessern, wurden die Gemeinde-Finanzchefs wiederum zur alljährlichen Informations-

sitzung eingeladen. Diese stand unter der Leitung des Finanzdirektors und des Finanzverwalters.

(Alt) Landammann Maria Kuchler-Flury und der Vorsteher des Finanzdepartements orientierten die Gemeinden an der Sitzung vom 19. Mai 2004 über die Auswirkungen des Generellen Aufgabenüberprüfungs- und Entlastungsprogramms (GAP). Eine zweite Information über die Resultate von GAP fand im Rahmen der Gemeindepräsidentenkonferenz vom 23. November 2004 statt.

An der jährlichen Kontaktsitzung zwischen dem Finanzdepartement, der Finanzkontrolle, den Gemeindefinanzchefs sowie den -kassiers vom 5. November 2004 machte man sich die Gelegenheit zu Nutze, diese über die von der Finanzkontrolle dargestellte Entwicklung der Gemeindefinanzen zu orientieren. Weiter wurden auch die Auswirkungen der Abstimmung über die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) für den Kanton Obwalden erläutert sowie über die Mitwirkung der Gemeinden bei der vorgesehenen Revision des Steuergesetzes informiert.

Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Das Personal wurde anlässlich einer Veranstaltung am 18. Mai 2004 durch den Gesamtratsrat über die Auswirkungen der Generellen Aufgabenüberprüfungs- und Entlastungsprogramme (GAP) informiert. Zusätzlich erfolgten zu diesem Thema verschiedene Medienmitteilungen und Pressekonferenzen.

Die Präsentation der Staatsrechnung 2003 sowie des Voranschlags 2005 erfolgten anlässlich einer Medienkonferenz.

In Zusammenarbeit mit dem Volkswirtschaftsdepartement und der Wirtschaftsförderung Obwalden (wfo) wurde eine Imagebroschüre entwickelt, die ab Januar 2005 erhältlich sein wird. Darin wird auf die positiven Aspekte Obwaldens als Wirtschafts-, Wohn- und Lebensort hingewiesen. Zudem enthält die Broschüre pointierte Aussagen zu wichtigen Steuervorteilen.

Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordination innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Der Departementssekretär ist einerseits Sekretär des Finanzdepartementes, andererseits aber ist er verantwortlich für die Reformprojekte: Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP), Neue Verwaltungsführung Obwalden (NOW) und Parlamentsreform (PR).

Das Departementsekretariat ist verantwortlich für das Lotteriewesen und betreut die Betriebskommission sowie die Geschäftsstelle GIS Obwalden.

Zielerreichung

| Amtsziele | Stand der Erfüllung |
|--|---|
| Konzept neue Verwaltungsführung Obwalden (NOW): Ausbau strategisches Controlling | Ist vom Regierungsrat zuhanden des Kantonsrates verabschiedet; Beratung und Verabschiedung im Kantonsrat folgen im Januar 2005. |

Staatsleitungs- und Verwaltungsreform (SVR) – Projekt NOW, GAP und PR

Der Konzeptbericht über die Neue Verwaltungsführung Obwalden (NOW) wurde auf Anfang Sommer durch die Projektgruppe ausgearbeitet und an die nächst höhere Projekthierarchie, die Steuerungsgruppe Staatsleitungs- und Verwaltungsreform (SGSVR), verabschiedet. Die SGSVR würdigte den Bericht kritisch an einer Sitzung im Oktober. Aufbauend auf diesen Rückmeldungen wurde im November ein Entwurf zuhanden des Regierungsrats verabschiedet. Zudem nutzte die Projektleitung den Kadertag vom 14. Dezember dazu, das Projekt NOW dem Oberen Kader vorzustellen. An seiner letzten Sitzung im 2004 genehmigte der Regierungsrat den Konzeptbericht und verabschiedete diesen an die vorberatende Kommission des Kantonsrates. Die Kommission wird im Januar 2005 den Bericht behandeln, der Kantonsrat lässt sich an der Januar-Sitzung dazu vernehmen.

Der Konzeptbericht NOW skizziert die nächsten Schritte im Zusammenhang mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) für den Kanton Obwalden, insbesondere begründet er die Detailprojekte im Bereich der strategischen und operativen Steuerung sowie Personal. Die Detailprojekte starten mit der Verabschiedung des Konzeptberichts im Kantonsrat (ab Ende Januar 2005).

Im Rahmen der Projektleitung leistete der Departementssekretär für die weiteren Projekte der SVR Assistenzdienste für die Projektgruppen aber auch für die kantonsrätliche Kommission. So konnte das Aufgabenüberprüfungs- und Entlastungsprogramm (GAP) auf Ende 2004 zu einem erfolgreichen Ende gebracht werden. Auch das Projekt Parlamentsreform (PR) ist weit fortgeschritten. Bis Ende 2004 wurde die offizielle Vernehmlassung abgeschlossen.

Lotteriewesen

Anlässlich der Departementsreform 1999 wurde das Lotteriewesen vom Finanzdepartement an das Volkswirtschaftsdepartement übertragen. Mit Wirkung ab 1. Juli 2004 wurde die Verantwortung für das Lotteriewesen wieder dem Finanzdepartement zugeteilt. Seit diesem Zeitpunkt werden die Lotteriebewilligungen wieder durch das Departementssekretariat bearbeitet. Gestützt auf die neue Zuordnung wurde der Vorsteher des Finanzdepartements anstelle der ehemaligen Vorsteherin des Volkswirtschaftsdepartements als Vertreter des Kantons Obwalden in die SWISSLOS Interkantonale Landeslotterie delegiert.

Der SWISSLOS Interkantonale Landeslotterie wurde für die LXV. Emission die Bewilligung zum Verkauf, Versand und zur Propaganda auf dem Kantonsgebiet von Obwalden erteilt. Die Ausgabebedingungen und die Durchführungsbedingungen richteten sich nach denjenigen des zuständigen Ausgabekantons Basel-Stadt. Zudem wurde einem

Gesuchsteller die Durchführung einer Kleinlotterie und sechs ausserkantonalen Gesuchstellern die Bewilligung zum Losverkauf auf dem Gebiet des Kantons Obwalden erteilt.

Swisslos / Neuregelung

Die auf den 1. Januar 2003 in Kraft getretene Neustrukturierung von Interkantonaler Landeslotterie (ILL), SEVA und Sport-Toto-Gesellschaft (STG) bewirkte nachhaltige Veränderungen in der Zuweisung des Reingewinns. Die STG überweist seit dem 1. Januar 2004 nur noch das Ergebnis der Sportwetten nach dem bisherigen System an die Begünstigten. Die Kantone erhalten zuhanden des Sports nur noch marginale Zuweisungen aus den Sportwetten. Der bisher via STG an den Sport zugewiesene Reingewinn aus dem Lotto wird in einem Betrag von Swisslotto überwiesen. Es obliegt den Kantonen, diesen Beitrag zwischen Lotteriefonds und Sport-Toto-Fonds aufzuteilen. Gestützt auf die neue Ausgangslage musste entschieden werden, wie die Swisslos-Gelder zu verteilen sind. In Anlehnung an die in den Jahren 1994 bis 2003 erfolgte Zuteilung hat der Regierungsrat mit Beschluss vom 25. Mai 2004 (Nr. 570) entschieden, jährlich 220 000 Franken der Beiträge aus dem Swisslotto an den Sport-Toto-Fonds und den Rest dem Lotteriefonds zuzuteilen.

Interkantonale Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten

Die Kantone haben dem Bundesrat vorgeschlagen, auf freiwilliger Basis mit einer interkantonalen Vereinbarung die heute bestehenden Mängel im Lotteriewesen zu beheben. Gestützt auf diesen Vorschlag hat der Bundesrat entschieden, die laufende Revision des Bundesgesetzes betreffend Lotterien und gewerbsmässigen Wetten vorläufig zu sistieren. Der aus Kantonsvertretern zusammengesetzte Lenkungsausschuss der Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesezt erteilte am 25. Februar 2004 einer Arbeitsgruppe den Auftrag, die hauptsächlichen Mängel beim Status quo im Lotteriewesen auf freiwilliger Basis mit einer interkantonalen Vereinbarung zu beheben. Innert der gegebenen Frist hat die dafür eingesetzte Arbeitsgruppe einen entsprechenden Entwurf erstellt. Die zuständige Fachdirektorenkonferenz hat die Vereinbarung an ihrer Sitzung vom 9. September 2004 behandelt und zur Stellungnahme freigegeben. Die Verabschiedung ist anfangs 2005 vorgesehen. Der Regierungsrat hat am 9. November 2004 (Nr. 209) im befürwortenden Sinne zum Entwurf Stellung bezogen.

Konkret sollen mit dem Abschluss der interkantonalen Vereinbarung folgende Verbesserungen erreicht werden: Die Bewilligungsverfahren für die Durchführung von Lotterien und Wetten, die regional oder gesamtschweizerisch durchgeführt werden, sollen bei einer Instanz konzentriert werden. Die Aufgabe soll entweder einer bereits bestehenden kantonalen Verwaltungseinheit oder einer neu zu schaffenden interkantonalen Stelle übertragen werden. Die Aufsicht über Unternehmen, die regionale oder gesamtschweizerische Lotterien durchführen, soll von derselben Stelle oder Verwaltungseinheit, die auch die Bewilligungen erteilt, durchgeführt werden. Die Bewilligungs- und Aufsichtsstelle sei so zu organisieren, dass sie über das nötige fachliche und juristische Know how

verfüge, um ihre Aufgabe rasch, zeitgerecht und fachlich einwandfrei zu erfüllen. Für die Bewilligungsverfahren und allfällige Verfahren im Zusammenhang mit der Ausübung der Aufsicht seien Verfahrensabläufe vorzusehen, die den Unternehmen und Dritten einen angemessenen Rechtsschutz ermöglichen würden. Bei der Erfüllung kantonaler Aufgaben im Lotteriebereich sei vermehrte Transparenz und Gewaltenteilung zu schaffen. Basis für diese Neuregelung sollen die entsprechenden weitgehend unbestrittenen Bestimmungen des Vernehmlassungsentwurfes sein. Es seien ergänzende Massnahmen zur Suchtbekämpfung und Prävention vorzusehen.

Projekt „Zämä vorwärts“

Das Teambildungs-Projekt „Zämä vorwärts“, das im Jahr 2003 initiiert wurde, fand im 2004 seine Fortsetzung. Im April traf sich im Rahmen der Aus- und Weiterbildung die erweiterte Geschäftsleitung für zwei Tage zu einem Workshop. Dabei ging es insbesondere um die Förderung der Teamfähigkeit und um den Aufbau einer Feedback-Kultur. Zudem wurde die Teambewertung systematisiert. Der Teambildungsprozess wurde mit einem unter der Leitung der Projektleitung geführten Gespräch abgeschlossen. Seither findet der Vorgang seine Umsetzung in den Teams der verschiedenen Abteilungen des Finanzdepartements.

Betriebskommission LIS/GIS Obwalden / Geschäftsstelle GIS Obwalden

Seit Ende 2004 sind über das Geoportal www.gis.ow.ch zahlreiche Geoinformationen wie Übersichtspläne, Amtliche Vermessung, Zonenpläne, Gefahrenkarten abrufbar. Das Datenangebot konnte gegenüber den Vorjahren erweitert und die Nutzung verbessert werden. Das GIS (Geografisches Informationssystem) Obwalden wird gemeinsam vom Kanton, den Gemeinden und Privaten betrieben und durch die Betriebskommission GIS Obwalden geleitet. Der operative Betrieb erfolgt durch die Geschäftsstelle GIS Obwalden.

Zielsetzung des GIS Obwalden ist die Vernetzung der beim Kanton, den Gemeinden und weiteren Stellen zahlreich vorhandenen Geoinformationen und deren vermehrte Nutzung in der Privatwirtschaft, den Gemeinden und beim Kanton über ein gemeinsames Geoportal. Wer raumrelevante Daten braucht, kann sich im Internet informieren, die Daten besichtigen und bei Bedarf bestellen. Sowohl Privatpersonen, Architekten und Ingenieure, private und öffentlich-rechtliche Unternehmen, Gemeinden und kantonale Amtsstellen haben Zugriff auf das GIS Obwalden. Die Betriebskommission orientiert die interessierten Stellen und Private zweimal jährlich mit einem Newsletter.

Mit dem GIS Obwalden ist der Kanton Obwalden einer der ersten Kantone, der eine kantonale Geodaten-Infrastruktur hat. Im Rahmen des Bundesprojektes eGovernment und des Impulsprogramms e-geo.ch (www.e-geo.ch) wird schweizweit die Nationale Geodaten-Infrastruktur (NGDI) aufgebaut, mit der alle Geodaten vom Bund sowie der Kantone und Gemeinden vernetzt und vermehrt genutzt werden sollen, sowohl in den öffentlichen Verwaltungen als auch in der Privatwirtschaft, mit dem Ziel, den volkswirtschaftlichen Nutzen der Geodaten zu steigern. Auf Zentralschweizer Ebene beteiligt sich die Betriebskommission am Projekt „Geoinformation Zentralschweiz“ der Zentralschweizer Regierungskonferenz. Das Projekt ist das regionale Bindeglied zum nationalen Pro-

jekt und ermöglicht die Koordination der Geodaten, Geodienste, Datenmodelle, Tarife und gesetzlichen Grundlagen in der Zentralschweiz.

Auf Ende 2004 wurde das Vertragsverhältnis betreffend Führung der Geschäftsstelle GIS Obwalden inhaltlich angepasst. Peter Murer, Murer Geomatik AG, Sarnen, gab die Führung an Fredy Studer, Trigonet AG, Sarnen, ab. Die Übergabe fand auf den 1. Januar 2005 statt. Der Leistungskatalog bleibt identisch. Fredy Studer leitet bereits seit geraumer Zeit mit Erfolg die LIS Geschäftsstelle Nidwalden.

Mit dem Voranschlag 2005 wurde entschieden, die finanzielle und organisatorische Verantwortung über die Betriebskommission und die Geschäftsstelle GIS Obwalden dem Departementssekretariat zuzuordnen. Somit erhält es die Gesamtverantwortung über die Führung der beiden Organisationseinheiten.

Personalamt

Das Personalamt ist allgemeine Stabsstelle für Personal- und Organisationsfragen. Es erarbeitet zuhanden der Departemente und des Regierungsrats fachliche Entscheidungsgrundlagen in Personal- und allgemeinen Organisationsfragen. Dazu gehören die Personalpolitik und in deren Umsetzung insbesondere Dienstleistungen in der Personalrekrutierung, Anstellung, Förderung und Betreuung. Im Weiteren pflegt das Personalamt sämtliche rechtlichen und fachlichen Grundlagen für die Personalführung (Funktionsbewertung, Lohnsystem, Personaladministration und –controlling) und sorgt für deren Umsetzung.

Zielerreichung

| Amtsziele | Stand der Erfüllung |
|--|--|
| Dem Regierungsrat steht als langfristige Grundlage eine ausformulierte Personalpolitik mit einem Leitbild zur Verfügung. | Im Herbst 2004 hat der Regierungsrat das Personalleitbild des Kantons Obwalden verabschiedet. Im Frühjahr 2005 wird es publiziert. |
| Weitere Förderung und Durchsetzung des Dienstleistungsgedankens beim Personalamt | Zusammen mit einer Arbeitsgruppe wurde ein Flyer zum Thema Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz erarbeitet. Die Lehrlingsausbildung der Kantone Obwalden und Nidwalden wird durch eine gemeinsame Koordinationsstelle professionell betreut. |
| Konsolidierung der Information nach innen und aussen | Eine Arbeitsgruppe Obwalden/Nidwalden unter der Leitung des Personalleiters hat eine eGovernment-Strategie entwickelt und zusammen mit dem ILZ ein neues Web Content Management System evaluiert. Der neue Internetauftritt wird im Jahr 2005 umgesetzt. |

Personalleitbild des Kantons Obwalden verabschiedet

Das Personalamt erarbeitete mit der Unterstützung einer Arbeitsgruppe das Personalleitbild des Kantons Obwalden. Der Regierungsrat genehmigte dieses an der Sitzung

vom 25. August 2004. Darin enthalten sind neun Leitsätze. Aus diesen wird sich in einem nächsten Schritt die Personalpolitik ableiten.

Der Leitgedanke zum neuen Personalleitbild des Kantons Obwalden ist der, den Kanton als Arbeitgeber weiter zu stärken und für Arbeitnehmende attraktiv zu machen. Der Kanton Obwalden muss seine Konkurrenzfähigkeit im Vergleich mit anderen Kantonen in gewissen Bereichen weiter steigern. Gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern hat er sich als kompetenter Dienstleister zu positionieren, als solcher hat er auch nach innen zu agieren.

Für einen personalintensiven Dienstleistungsbetrieb sind die Leistungsfähigkeit und die Leistungsbereitschaft der Mitarbeitenden für den Erfolg des Betriebes von ausschlaggebender Bedeutung. Der Kanton Obwalden ist ein personalintensives Dienstleistungsunternehmen, das nicht besser sein kann als die Summe der Qualität seiner Mitarbeitenden. Es ist Aufgabe des Personalamtes, Personal- und Organisationsentwicklung in diese Richtung zu entwickeln, dass die Leistung der Mitarbeitenden gewonnen, gesteigert und erhalten werden kann. Deshalb nimmt es Einfluss in allen Bereichen der Personalpolitik im Sinne eines integrierten Personalmanagements und des neuen Personalleitbildes.

Konsolidierung der Information nach innen und aussen

Immer mehr wird das Internet zur Informationsplattform für Einwohnerinnen und Einwohner. eGovernment heisst das Schlagwort. In Zusammenarbeit mit den Staatskanzleien und dem ILZ Obwalden/Nidwalden hat eine Arbeitsgruppe der Kantone Obwalden und Nidwalden unter dem Vorsitz des Personalleiters eine eGovernment-Strategie für beide Kantone erarbeitet und im Anschluss daran die Grundlagen für die Ersetzung der heutigen Internet-Auftritte der beiden Kantone durch einen neuen, zeitgemässen Auftritt zusammengetragen. Am Ende des letzten Jahres sind nun die Würfel gefallen: Obwalden und Nidwalden erhalten im Verlaufe des Jahres 2005 einen neuen Internetauftritt, der einerseits den heutigen Ansprüchen genügt und andererseits eine Weiterentwicklung in die Zukunft sicherstellt. Das neue Web Content Management System ermöglicht auch den Gemeinden, bei Bedarf zu sehr günstigen Konditionen Lizenzen beim Kanton bzw. ILZ zu erwerben. Der Regierungsrat hat der Erneuerung in der Überzeugung zugestimmt, dass die neue Lösung die Informationen nach innen und aussen verbessern wird.

Verwaltungsreform fünf Departemente Phase II

Der Regierungsrat stimmte mit Beschluss vom 7. Juni 2004 (Nr. 597) dem Antrag des Bau- und Umweltdepartements zu dessen Reorganisation und Aufgabenverlagerung zwischen den Departementen auf den 1. Januar 2005 grundsätzlich zu. Er beauftragte das Bau- und Umweltdepartement in Verbindung mit dem Volkswirtschaftsdepartement und soweit betroffen mit dem Sicherheits- und Gesundheitsdepartement und dem Finanzdepartement, dem Regierungsrat bis Ende August einen Vorschlag zu unterbreiten. Die Federführung wurde dem Personalamt übertragen.

Die Reorganisation im Bau- und Umweltdepartement hatte Aufgabenverlagerungen insbesondere in Richtung Volkswirtschaftsdepartement zur Folge, dem neu der gesamte Aufgabenbereich Umweltschutz und Fischerei, mit Ausnahme des Natur- und Land-

schaftsschutzes, zugeordnet wurde. Ebenso wurden dem Departement der Grundstückserwerb durch Personen im Ausland sowie das Boden- und Pachtrecht übertragen. 2006 wird der Bereich Grundbuch und Vermessung folgen. Das bisherige Bau- und Umweltsdepartement heisst nun neu Bau- und Raumplanungsdepartement und besteht nur noch aus zwei Ämtern, dem Hoch- und Tiefbauamt sowie dem Amt für Wald und Raumplanung. Die bisherigen Ämter «Umwelt und Energie» als auch «Raumordnung und Verkehr» wurden aufgelöst.

Statistische Angaben

| | Anzahl Mitarbeitende | |
|-----------|----------------------|------|
| | 2003 | 2004 |
| Austritte | 41 | 35 |
| Eintritte | 52 | 41 |

Als Austrittgründe galten u. a. befristete Anstellungen (8), Kündigungen durch Mitarbeitende (17), Pensionierungen (15) sowie Auflösung aus andern Gründen (5).

Damit die 41 neuen Personen rekrutiert werden konnten, mussten insgesamt 1043 Bewerbungen bearbeitet werden, 298 mehr als im Vorjahr, was einem Zuwachs von 40 Prozent entspricht. Die Zahl der Eintritte übersteigt jene der Austritte, weil zwei zusätzlich zum bisherigen Bestand bewilligte Stellen geschaffen sowie mehr Teilzeitstellen besetzt wurden.

Die Fluktuationsrate betrug im Jahr 2004 6,91 Prozent (Vorjahr: 7,8 Prozent). Sie sank somit erneut um knapp einen Prozentpunkt. Es ist nicht zu erwarten, dass die Fluktuationsrate noch stark sinken wird, denn sie entspricht heute in etwa dem Niveau zu Beginn der Neunzigerjahre.

Der Kanton Obwalden bildet zurzeit 16 Lernende in zwei Bereichen aus. Eine KV-Lehre absolvieren 13 Lernende, als Betriebspraktiker lassen sich drei Lernende ausbilden.

Der Personalbestand Ende Jahr

| | Anzahl Mitarbeitende | |
|--|----------------------|------|
| | 2003 | 2004 |
| Personalbestand (ohne Lernende und Praktikanten) | 465 | 468 |
| umgerechnet in Vollpensen (samt Gerichtspersonal und Lehrpersonen an der Kantonsschule und im BWZ) | 344 | 347 |

Finanzverwaltung

Die Finanzverwaltung erarbeitet den Finanzplan und den Voranschlag, führt die Staatsrechnung sowie die Tresorerie. Sie besorgt die Finanz- und Lohnbuchhaltung und organisiert den Zahlungsverkehr. Ihr obliegt die Verwaltung des Finanzvermögens, der Spezialfinanzierungen (mit Vereinnahmung und Zuweisung der gebundenen Abgaben) und der Fonds. Ihr unterstellt sind der Steuerbezug, die Material- sowie die Telefonzentrale. Sie führt zudem die Sonderrechnungen für die Tierseuchenkasse, die Feuerwehrkasse sowie die Rechnungen der Investitionskredite und Betriebshilfe in der Landwirtschaft und die Investitionskredite in der Forstwirtschaft. Sie verwaltet die Kantonsanteile an eidgenössischen Abgaben und Erträgen (u.a. eidg. Finanzausgleich/Verrechnungssteuer), des innerkantonalen Finanzausgleiches sowie die allgemeinen Kosten der Verwaltung.

Zielerreichung

| Amtsziele | Stand der Erfüllung |
|---|--|
| Das Gesetz über die Obwaldner Kantonalbank ist angepasst (u.a. Wahlbefugnisse, Verzinsung Dotationskapital, Staatsgarantie) | Infolge längerer interner Beratungen des Gesetzesentwurfes kann die Verabschiedung erst 2005 erfolgen. |

| | |
|--|--|
| Das Aufgabenüberprüfungs- und Entlastungsprogramm hat massgebliche strukturelle Entlastungen sowohl im Rahmen der bisherigen Aufgaben und Leistungsaufträge als auch im IFAP zu ermitteln, die ab 2005 wirksam sind. | Die notwendigen Gesetzesanpassungen resultierend aus dem Projekt GAP wurden vom Kantonsrat behandelt und verabschiedet. Die Ziele wurden erreicht. |
| Die Gebührenordnung für die Staatsverwaltung ist (gemäss WoV und Versacherprinzip) revidiert. | Der Kantonsrat konnte 2004 das neue Gebührengesetz in erster Lesung behandeln. |

Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung 2005 bis 2008 sowie Staatsvoranschlag 2005

Zum zweiten Mal konnte der Regierungsrat am 14. September 2004 die überarbeitete Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung 2005 bis 2008 zuhanden des Kantonsrates verabschieden. Nachdem nun einerseits die Auswirkungen des Generellen Aufgabenüberprüfungs- und Entlastungsprogramms (GAP) in die Planung aufgenommen werden konnten und andererseits das Steuerpaket 2001 abgelehnt wurde, haben die sich 2003 abzeichnenden Defizite in der Finanzplanperiode ab 2005 nicht weiter bestätigt. Für das Jahr 2008 konnten zudem bereits erste Annahmen über die Auswirkungen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) mit berücksichtigt und aufgezeigt werden.

Sowohl im Voranschlag 2005 als auch in der mittelfristigen Finanzplanung resultiert aus heutiger Sicht eine ausgeglichene Staatsrechnung mit einer guten Selbstfinanzierung.

Wiederum sehr gute Eigenfinanzierung mit tiefen Zinsen

Per Ende Jahr konnten dank der anhaltend guten Selbstfinanzierung sowohl die kurz- als auch die langfristigen Bankschulden um je sieben Millionen Franken reduziert werden. Der durchschnittliche Zinssatz für die vom Kanton aufgenommenen Schuldscheindarlehen konnte dank einer umsichtigen Tresorerie und den weiter rückläufigen Zinsen auf 3,66 Prozent gesenkt werden. Die Passivzinsen blieben erneut deutlich unter dem budgetierten Voranschlagsbetrag.

Informatik Leistungs Zentrum Obwalden und Nidwalden

Die Zusammenarbeit mit dem ILZ kann aus Sicht der Verwaltung als gut bezeichnet werden. Das strategische Ziel, enge Zusammenarbeit mit einem weiteren Kanton in der Zentralschweiz, wird im Moment nicht mehr aktiv weiter verfolgt. Es soll nach einiger Zeit der Konsolidierung wieder geprüft werden. Nachdem das Jahr 2003 operativ von aufbau- und ablauforganisatorischen Aufgaben geprägt war, standen im Jahr 2004 vorwiegend technische Herausforderungen an.

Im Frühling 2004 nahmen Viren- und Spam-Attacken über E-Mail markant zu. Die Sicherheitsinfrastruktur musste dem technisch Möglichen und wirtschaftlich Vertretbaren angepasst werden. Heute wird jeder Client täglich mehrmals mit neuen Virenbibliotheken versehen und täglich einmal mit den neusten Windows Patches ausgestattet. Und

trotzdem zwingt die Viren-Anfälligkeit des Betriebssystems Windows NT zu einem generellen Wechsel.

Zusammen mit dem Finanzdepartement und dem Datenschutzbeauftragten des Kantons Nidwalden wurde im Auftrag der Regierungen Obwalden und Nidwalden auf Ende 2004 ein Entwurf für Weisungen über den Gebrauch von Informatikmitteln ausgearbeitet. Die Arbeit wurde ausgelöst, weil der Umgang mit dem Computer, Internet und E-Mail nebst fachlichem Können auch bestimmte Regeln verlangt. Die Weisungen sollen auf Mitte 2005 koordiniert mit Nidwalden in Kraft gesetzt werden.

Dem Kantonsrat wird durch das InfomatikLeistungszentrum Obwalden und Nidwalden im Übrigen ein eigener Geschäftsbericht unterbreitet.

Steuerverwaltung

Die Kantonale Steuerverwaltung ist für die Umsetzung des Steuergesetzes verantwortlich und beschafft einen wesentlichen Teil der Einnahmen des Kantons. Sie veranlagt die Einkommens- und Vermögenssteuern von den Unselbstständigerwerbenden, sekundär Steuerpflichtigen, Selbstständigerwerbenden und den Landwirten, die Gewinn- und Kapitalsteuer bei den juristischen Personen sowie die Erbschafts-, Schenkungs- und Quellensteuern und die Grundstückgewinn- und Handänderungssteuern. Sie veranlagt zudem die direkte Bundessteuer. Weiter kontrolliert die Kantonale Steuerverwaltung die Verrechnungssteuer-Anträge und fordert die notwendigen Rückerstattungsbeträge bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung an. Auch der Vollzug der Prämienverbilligung KV ist organisatorisch bei der Kantonalen Steuerverwaltung angegliedert. Daneben fallen interkantonale Aufgaben wie Meldewesen, Repartitionswesen, usw. bei der Kantonalen Steuerverwaltung an.

Zielerreichung

| Amtsziele | Stand der Erfüllung |
|--|--|
| Optimierung des Steuergesetzes in den Bereichen höhere Einkommen und Vermögen sowie Unternehmensbesteuerung / Baulandbesteuerung | Grobkonzept für die Steuergesetzrevision ist erstellt (Herbst 2004), Detailarbeiten und Vernehmlassungsunterlagen sind in Arbeit. Der politische Prozess ist für das Jahr 2005 geplant; voraussichtliche Behandlung im Kantonsrat an einer ausserordentlichen Sitzung vom 2. September 2005. |

Einjährige Veranlagung

Auf den 1. Januar 2001 trat das revidierte kantonale Steuergesetz in Kraft. Mit der Revision wurde das kantonale Steuergesetz an die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Steuerharmonisierung angepasst. Gleichzeitig wurde auch ein Wechsel des Bemessungssystems vollzogen, nämlich von der Vergangenheitsbemessung zur Gegenwartsbemessung mit jährlicher Erfassung.

Die einjährige Veranlagung bringt einen grösseren Veranlagungsdruck mit sich. Die Fälle müssen zeitgerecht abgehandelt werden, da ein Rückstand nur schwer aufgeholt werden kann. Es ist festzuhalten, dass die Kantonale Steuerverwaltung mit dem Veranlagungsstand per Ende Jahr auf Kurs war.

Elektronische Hilfsmittel zum Ausfüllen der Steuererklärung

Die angebotenen elektronischen Hilfsmittel zum Ausfüllen der Steuererklärungen (CD-ROM und Download ab Internet) werden von den Steuerpflichtigen rege benützt. Im Kalenderjahr 2004 haben rund 30 Prozent der steuerpflichtigen natürlichen Personen von dieser Dienstleistung Gebrauch gemacht. Damit haben die Steuerpflichtigen einen Beitrag dazu geleistet, Papier- und Verwaltungskosten einzusparen.

Ein Vergleich der letzten Jahre zeigt, dass immer mehr Steuerpflichtige die elektronischen Hilfsmittel zum Ausfüllen der Steuererklärung benutzen. Die Tendenz ist erfreulicherweise steigend. Das beweist, dass sich die elektronischen Hilfsmittel zum Ausfüllen der Steuererklärung insgesamt bewährt haben.

NEST@NET

Die Kantonale Steuerverwaltung beabsichtigt einen weiteren Schritt in Richtung Bürgerfreundlichkeit zu tun. Die Steuerverwaltung hat 2004 die Arbeiten zum Projekt [NEST@NET](#) in Angriff genommen. Mit dem Projekt [NEST@NET](#) wird es den steuerpflichtigen Personen zukünftig möglich sein, verschiedene Dienstleistungen der Steuerverwaltung via Internet in Anspruch zu nehmen. Zunächst soll die Möglichkeit geboten werden, über das Internet Fristerstreckungen zu beantragen.

Revision Steuergesetz

Die Steuerverwaltung hat in der zweiten Jahreshälfte die Arbeiten für die Steuergesetzrevision in Angriff genommen. Ziel dieser Steuergesetzrevision ist es, die steuerliche Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit Obwaldens zu steigern. Das neue Steuergesetz soll auf anfangs 2006 in Kraft gesetzt werden.

Zunächst hat die Steuerverwaltung das nationale und internationale Steuerumfeld untersucht, um den wesentlichsten Handlungsbedarf zu eruieren. Weiter folgten Abklärungen, wie das anzustrebende Alleinstellungsmerkmal verwirklicht werden kann, damit der Kanton Obwalden in einem Bereich den nationalen Spitzenplatz beanspruchen kann. Anlässlich der Klausursitzung vom 10. November 2004 hat die Steuerverwaltung dem Regierungsrat ein erstes Grobkonzept vorgestellt, um die geplante Steuerstrategie umsetzen zu können.

Veranlagungsstand

Per 31. Dezember 2004 bestehen folgende pendente Veranlagungen:

| Steuerperiode | 2001 | 2002 | 2003 |
|---|-------------|-------------|-------------|
| Unselbstständig-, Selbstständig Erwerbende, Sekundärsteuerpflichtige, Landwirte | 1'070 | 2'029 | 5'989 |
| Erledigung in Prozent des Totalbestandes | 95.31 % | 91.22 % | 74.18 % |

Der Hauptteil der offenen Veranlagungen der Steuerjahre 2001 bis 2003 bezieht sich auf ausserkantonale (sekundäre) Steuerpflichtige, bei denen die Steuerausscheidung des Wohnsitzkantons abgewartet werden muss. Nach Eingang der Steuerausscheidung des Wohnsitzkantons werden auch diese Veranlagungen erledigt.

| Veranlagungsstand juristische Personen | | | | |
|---|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Steuerjahr | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 |
| Aktiengesellschaften, GmbH, Vereine, Genossenschaften | 5 | 35 | 260 | 986 |
| Erledigung in Prozent des Totalbestandes | 99.69 % | 97.93 % | 84.91 % | 44.04 % |

| Veranlagungsstand Sondersteuern | | | | |
|--|-----------------------------|--------------------------------|--------------------------------------|------------------------------|
| Steuerart | Handänderungssteuern | Grundstückgewinnsteuern | Erbschafts-, Schenkungssteuer | Nach- und Strafsteuer |
| Anzahl angefallene Fälle 2004 | 1'032 | 1'032 | 319 | 32 |
| Unerledigte Fälle per Ende 2004 | 105 | 145 | 135 | 4 |

Mit der Quellensteuer wurden 1'834 Fälle im Jahr 2004 erfasst und abgerechnet.

Pendente Einsprachen

Per 31. Dezember 2004 waren insgesamt 53 Einsprachen (beinhaltet alle Steuerarten) unerledigt.

Prämienverbilligung

Folgende Statistik gibt Auskunft über die verarbeitete Menge:

| Prämienverbilligung 2004 | | | |
|---------------------------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|
| | Anträge (Stück) | Anzahl Personen | Auszahlung Fr. |
| Total Gesuche (Vorjahr) | 9'976 (9'490) | 19'600 (18'894) | |
| Abweisung | 663 (1'008) | 827 (1'482) | |
| Anspruch berechtigt | 9'313 (8'482) | 18'773 (17'412) | 16'045'064 (14'927'972) |

Allen Steuerpflichtigen, welche aufgrund der bekannten Steuerdaten voraussichtlich Anspruch auf Prämienverbilligung haben, wird automatisch ein Antragsformular zum Ausfüllen und zur Geltendmachung zugestellt. Der grösste Teil der Bevölkerung macht mitt-

lerweile vom Recht auf Prämienverbilligung Gebrauch und retourniert das ausgefüllte Antragsformular. In Obwalden sind das über 50 Prozent der Bevölkerung.

Alle eingereichten Anmeldungen wurden bis zum 31. Dezember 2004 bearbeitet, sämtliche Auszahlungen an die anspruchsberechtigten Personen erfolgten ebenso bis zum Jahresende. Ende Jahr war ausserdem noch eine Beschwerde hängig.

Sicherheits- und Gesundheitsdepartement

Das Sicherheits- und Gesundheitsdepartement (SGD) umfasst

| | Vollzeitstellen Ende | |
|---|----------------------|-------|
| | 2003 | 2004 |
| Departementssekretariat | 1.6 | 1.6 |
| Justizverwaltung | 8.65 | 9.60 |
| Kantonspolizei | 61.15 | 60.85 |
| Gesundheitsamt | 6.3 | 5.7 |
| Sozialamt | 4.0 | 4.0 |
| Verhöramt/Staatsanwaltschaft/Jugendanwaltschaft | 5.5 | 5.8 |

"Nur aus der Vernetzung von Fachpersonen entstehen ausgewogene Problemlösungen, die positiv auf die Sicherheit und das Wohl der Bevölkerung wirken."

Landammann Elisabeth Gander-Hofer, Vorsteherin des Sicherheits- und Gesundheitsdepartements

Das Jahr 2004 in Zahlen

Das Betreibungsamt Obwalden stellte 5303 Zahlungsbefehle aus und führte 2233 Pfändungsvollzüge durch. Beim Konkursamt wurden 27 Konkursverfahren und ein öffentliches Inventar eröffnet. 24 Konkursverfahren konnten geschlossen werden.

Insgesamt leisteten neun Personen 1496 Stunden gemeinnützige Arbeit anstelle von 374 Tagen Haft oder Gefängnis.

Die Schlichtungsbehörde für Miet- und Pachtverhältnisse konnte 43 Fälle erledigen, wovon in 37 Fällen eine gütliche Einigung erreicht werden konnte.

Die Fachstelle Gleichstellung von Frau und Mann verzeichnete mehr als 30 Anfragen zu gleichstellungsrelevanten Themen.

Die Kapo leistete ausserhalb des Kantons Einsätze von rund 3200 Stunden.

Der Kanton zahlte 6.8 Mio. Franken für medizinisch notwendige ausserkantonale Spitalbehandlungen von Obwaldnerinnen und Obwaldner.

Der Kantonsarzt beurteilte 1228 Kostengutsprache gesuche für ausserkantonale Hospitalisationen. Davon wurden 27 Prozent auf Grund einer fehlenden medizinischen Indikation abgelehnt.

Im Kanton kamen 19 600 Personen in den Genuss von Prämienverbilligungen. Insgesamt wurden diesen Personen rund 16 Millionen Franken ausbezahlt.

Das Sozialamt beriet 438 Klientinnen und Klienten.

Die Suchtberatung verzeichnete im legalen und illegalen Bereich 133 Anfragen nach Beratung und psychosozialer Begleitung.

Die Mehrheit der eingegangenen 2642 Strafuntersuchungen betrafen wiederum Delikte des Strassenverkehrs.

Die Verkehrs- und Sicherheitspolizei mass bei insgesamt 203 741 Fahrzeugen die Geschwindigkeit.

Das Verhöramt verfügte 268 Führerausweisentzüge wegen Verkehrsregelverletzungen.

Die umgesetzten Regierungs- und Departementziele im Überblick (Controlling)

| Jahresziele / Massnahmen / Investitionsvorhaben | Stand der Erfüllung |
|---|--|
| <p>10 Die kantonale Gesetzgebung ist an den neuen Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches angepasst.</p> | <p>Der Regierungsrat beriet die Änderungen in erster Lesung. Das Vernehmlassungsverfahren wurde abgeschlossen.</p> |
| <p>10 Die Polizeiinformatik (Kompatibilität der Systeme mit Bund und Kantonen) ist angepasst.</p> | <p>Noch nicht abgeschlossen.</p> |
| <p>12 Der Zivilstandsdienst ist im Zusammenwirken mit den Gemeinden neu organisiert.</p> | <p>Auf den 1. Juli 2004 trat die revidierte Zivilstandsverordnung in Kraft. Die neue Organisation ist umgesetzt.</p> |
| <p>14 Das Konzept Bevölkerungsschutz ist umgesetzt. Der Zivilschutz ist im Zusammenwirken mit den Gemeinden neu organisiert.</p> | <p>Auf den 1. Januar 2005 traten das neue Bevölkerungsschutzgesetz und das Zivilschutzgesetz mit den entsprechenden Ausführungsbestimmungen in Kraft. Der kantonalisierte Zivilschutz ist in Kraft.</p> |
| <p>18 Baubeitrag Betagtenheim Giswil ist ausbezahlt.</p> | <p>Mit dem Erweiterungsbau des Alters- und Betagtenheims in Giswil konnte nach ersten Verzögerungen gestartet werden. Der Kanton bezahlte die erste Rate der bewilligten Baubeiträge gemäss Bedarfsplanung zu Lasten der Staatsrechnung aus.</p> |
| <p>19 Das Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz ist angepasst.</p> | <p>Das Gesetz wurde in Bezug auf den Prozentsatz der Eigenleistungen angepasst.</p> |
| <p>20 Ausländerspezifische präventive Massnahmen im Gesundheitsbereich werden umgesetzt (Folgeprojekt aus „Internetz“).</p> | <p>Aus dem „Internetz“ entstanden verschiedene Teilprojekte wie „FemmesTische“, „FemmesTische am Arbeitsplatz“ oder das Projekt „Grüezi“, die erfolgreich umgesetzt wurden.</p> |
| <p>21 Die Aufgaben des Veterinärdienstes sind regionalisiert und werden vom Laboratorium der Urschweizer Kantone wahrgenommen.</p> | <p>Der Veterinärdienst der Urkantone im Laboratorium der Urkantone nahm seine Tätigkeit am 1. Januar 2004 auf und schloss das erste Betriebsjahr ab.</p> |
| <p>22 Der Kanton beteiligt sich am Dienstleistungszentrum der Opferhilfe Zent-</p> | <p>Die interkantonale Arbeitsgruppe unterbreitete die Leistungsvereinbarung der</p> |

| | |
|---|--|
| <p>ralschweiz (Interkantonale Vereinbarung).</p> <p>26 Die kantonale Bürgerrechtsgesetzgebung und Abstimmungsgesetzgebung sind an die Bürgerrechtsgesetzgebung des Bundes angepasst.</p> | <p>Zentralschweizer Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz und stellte sie Ende 2004 den Kantonsregierungen Luzern, Obwalden, Nidwalden und Zug zur Stellungnahme zu.</p> <p>Die Bürgerrechtsrevision des Bundes tritt auf 1. Januar 2006 in Kraft. Zur Anpassung der kantonalen Bürgerrechtsgesetzgebung liegt ein Vorentwurf samt Bericht vor.</p> |
|---|--|

Nachgeführtes Gesetzgebungsprogramm

| Geplante Kantonsratsgeschäfte 2004 | Stand der Erfüllung |
|--|--|
| Nachtrag zum Gerichtsorganisationsgesetz und zur Strafprozessordnung (Anpassung an Revision Strafgesetzbuch) | Das Vernehmlassungsverfahren ist abgeschlossen. |
| Interkantonale Vereinbarung über ein Dienstleistungszentrum für die Opferhilfe | Der Entwurf der Vereinbarung wurde den Kantonsregierungen zur Stellungnahme unterbreitet. |
| Interkantonale Vereinbarung über das gemeinsame Kantonsspital Obwalden und Nidwalden (mit Anpassung der Gesundheitsgesetzgebung) | Der Entwurf für die interkantonale Vereinbarung liegt im Rahmen des Berichts III zur Spitalkooperation vor. |
| Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (Anpassung Prämienverbilligung an KVG) | Das Gesetz wurde in Bezug auf den Prozentsatz der Eigenleistungen angepasst. |
| Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (in Verbindung mit dem Volkswirtschaftsdepartement) | Konnte auf Grund der Arbeitsbelastung noch nicht erarbeitet werden. |
| Interkantonale Heimvereinbarung (Ablösung der bisherigen) | Der Regierungsrat beschloss am 19. Oktober 2004 den Beitritt. |
| Gesetz über den Bevölkerungsschutz (mit Anpassung der Feuerwehr-, Zivilschutz- und Notstandgesetzgebung) | Auf den 1. Januar 2005 in Kraft getreten. |
| Vereinbarung über eine gemeinsame Polizeifachschule Zentralschweiz/Nordwestschweiz | Der Kantonsrat beschloss am 12. März 2004 den Beitritt zum Konkordat über die Polizeischule Hitzkirch. Das Konkordat wurde von sämtlichen beteiligten Kantonen gutgeheissen. |

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Zusammenarbeit Obwalden / Nidwalden

Im Projekt Spitalkooperation OW/NW zeigte sich im Juli 2004, dass die beiden Kantonsregierungen Obwalden und Nidwalden unterschiedliche Auffassungen in Bezug auf die Zielsetzung vertreten. Gleichzeitig betonten beide Regierungen, nach wie vor an einer Spitalkooperation festhalten zu wollen. Es wurde die Interparlamentarische Kommission beauftragt, zu verschiedenen Varianten einer Spitallösung zu Handen der Regierungen Stellung zu nehmen.

Die Kantonspolizei Obwalden arbeitet in der Evaluation einer neuen EDV-Version für die Rapportierung und Datenarchivierung eng mit der Kantonspolizei Nidwalden zusammen.

Zusammenarbeit mit den Gemeinden

Es wurde für die Einwohnergemeinderäte eine Orientierungsveranstaltung zu den Entwürfen des Bevölkerungsschutz- und des Zivilschutzgesetzes organisiert. Die Departementsvorsteherin erläuterte mögliche Varianten zur Finanzierung des kantonalisierten Zivilschutzes und stellte diese zur Diskussion.

Gemeinsam mit dem Sozialdienst Engelberg organisierte das kantonale Sozialamt eine eintägige Weiterbildung für die Mitglieder der Vormundschaftsbehörden der Gemeinden und für die Mitarbeitenden der kantonalen Beratungsstellen zu den Themen „Entmündigung und Vormundschaft“, „Fürsorgerischer Freiheitsentzug“ und „Vormundschaftliche Massnahmen bei Kindern“. Das kantonale Sozialamt besprach sich mit den Sozialdiensten der Gemeinden insbesondere zu folgenden aktuellen Geschäften: Änderung der Nothilfe im Asyl- und Ausländerbereich (NEE), Revision der Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS), neuer Leistungsvertrag mit der Pro Senectute und Sozialtarife für Kindertagesstätten und Tagesstätte.

Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Die Kantonspolizei lud die Einwohnergemeinderäte zu einer Besichtigung des Polizeigebäudes und einer Orientierung über die Polizei ein. Von dieser Einladung machten alle sieben Einwohnergemeinderäte Gebrauch und sie liessen sich an einem Abend vom Polizeikommando die Organisation und die Aufgaben der Kantonspolizei erklären.

Mit einer Informationsbroschüre mit Zahlen und Fakten informierten die beiden Kantonsregierungen Obwalden und Nidwalden die Bevölkerung über die aktuelle Situation in den Kantonsspitalern in Sarnen und Stans. Die Broschüre zeigt Entwicklungen im Gesundheitswesen auf und konzentriert sich auf die wichtigsten Bereiche wie Kosten, Erträge und Entwicklung der Patientenzahlen.

Die Kinder- und Jugendschutzgruppe sowie die Arbeitsgruppe „Häusliche Gewalt“ sensibilisierten mit zwei Medienmitteilungen die Bevölkerung zu den Themen Kinderschutz in Obwalden und häusliche Gewalt. Die entsprechenden Anlaufstellen für Opfer und Täter/Täterinnen wurden in der Neuen Obwaldner Zeitung publiziert.

Die zweite kantonale Sozialkonferenz widmete sich in diesem Jahr dem Thema „Was ist uns die Jugend wert?“ und fand in Zusammenarbeit mit dem Departement Soziales, Giswil, im Schul- und Therapieheim der Stiftung Juvenat im Flüeli-Ranft, statt.

Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher oder die Departementsvorsteherin nach deren besonderen Anordnung insbesondere bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrates, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung.

| Amtsziele | Stand der Erfüllung |
|---|---|
| Verstärkung der Staatsanwaltschaft | Mit der Wahl einer zweiten Staatsanwältin erfüllt. |
| Arbeitsabläufe zwischen Departementsvorsteherin, Departementssekretariat und Amtsleitungen sind verbessert. | Erfüllt, weitere Verbesserungen werden laufend geprüft und umgesetzt. |

Die Arbeitsabläufe zwischen der Departementsvorsteherin, dem Departementssekretariat und den Amtsleitungen wurden im Rahmen einer Klausur der Geschäftsleitung analysiert und es wurden Verbesserungsmöglichkeiten erarbeitet. In der Folge wurde auf dem Departementssekretariat ein Projektplan (Projektportfolio) eingeführt, welcher über Stand und Entwicklung der im Departement hängigen Projekte Auskunft gibt.

Justizverwaltung

Die Justizverwaltung ist für folgende Aufgabenbereiche zuständig: Gleichstellung von Frau und Mann, Datenschutz, Enteignungsrecht, Beurkundungsrecht, Amtsnotariat und Anwaltsrecht, Straf- und Massnahmenvollzug, Schutzaufsicht, Gefängnis und Begnadigungen, Einbürgerungen, Namensänderungen, Zivilstandswesen, Miete und Pacht, Schuldbetreibungs- und Konkurswesen, öffentliche Versteigerungen, Sekretariat der Steuerrekurskommission sowie Aufsicht über die Gemeinden und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften wie Korporationen und Teilsamen.

Zielerreichung

| Amtsziele | Stand der Erfüllung |
|---|---|
| 10 Die kantonale Gesetzgebung ist an den neuen Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches angepasst. | Der Regierungsrat beriet die Änderungen in erster Lesung. Das Vernehmlassungsverfahren ist abgeschlossen. |
| 12 Der Zivilstandsdienst ist im Zusammenwirken mit den Gemeinden neu organisiert. | Auf den 1. Juli 2004 trat die revidierte Zivilstandsverordnung in Kraft. Die bisher sieben Zivilstandskreise wurden zu einem Kreis zusammengefasst und von den Gemeinden wurde ein zentrales Zivilstandsamt Obwalden in Sarnen aufgebaut. |
| 26 Die kantonale Bürgerrechtsgesetzgebung und Abstimmungsgesetzgebung sind an die Bürgerrechtsgesetzgebung des Bundes angepasst. | Die Bürgerrechtsrevision des Bundes tritt auf 1. Januar 2006 in Kraft. Zur Anpassung der kantonalen Bürgerrechtsgesetzgebung liegt ein Vorentwurf samt Bericht vor. |

Amtsleitung

Unter der Leitung der Justizverwaltung erarbeitete eine departementsinterne Arbeitsgruppe zur Umsetzung der *Änderungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches* (allgemeine Bestimmungen, Einführung und Anwendung des Gesetzes, Jugendstrafrecht [AT StGB]) die notwendigen Entwürfe. Zusätzlich wurden Entwürfe für Nachträge zur Strafprozessordnung hinsichtlich des Inkrafttretens des Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF), des Schutzes von Opfern bei häuslicher Gewalt und der Weitergabe von Personendaten an ausserkantonale Strafverfolgungsbehörden erarbeitet. Das Vernehmlassungsverfahren wurde bereits auf Ende Jahr abgeschlossen.

Im Bereich des *Bürgerrechts* wurden in Bezug auf das Schweizerbürgerrecht zwei Einbürgerungssessionen vorbereitet und durchgeführt; 72 ausländische Personen wurden ordentlich eingebürgert. An 35 erleichterten Einbürgerungen wurde mitgewirkt. In Bezug auf das Kantonsbürgerrecht wurden zwei Einbürgerungen und zwei Entlassungen von

Schweizer Bürgern vorbereitet. Gegen die Nichteinbürgerung sind fünf Beschwerden eingegangen, wovon zwei bereits erledigt bzw. abgeschlossen werden konnten. Auch die Notwendigkeit einer Bürgerrechtsrevision wurde näher geprüft, insbesondere mit Blick auf die auf 1. Januar 2006 in Kraft tretenden eidgenössischen Bestimmungen.

Die Dienststelle *Straf- und Massnahmenvollzug* wurde hinsichtlich der Pendlensituation einer amtsinternen Überprüfung unterzogen. Im Ergebnis konnte eine markante Zunahme der Falleingänge festgestellt werden, die im Wesentlichen auf äussere Gegebenheiten sowie auf die Verstärkung der Strafverfolgungsbehörden zurückzuführen ist. Ein entsprechendes Lösungskonzept wurde erarbeitet und liegt dem Departement in Form eines Berichts vor.

Im Rahmen der *Aufsicht des Regierungsrates über die Gemeinden* gingen 12 Beschwerdefälle ein. 18 Beschwerdefälle und ein Gesuch im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzugs konnte abgeschlossen werden. Des Weiteren wurden 25 Gesuche um Vorprüfung und 23 Gesuche um Erlassgenehmigung behandelt. Ausserdem wurden 14 Namensänderungen und drei Steigerungsbewilligungen vorbereitet. Im Bereich Datenschutz wurden vier Anfragen einer weiteren Prüfung unterzogen und mit einer schriftlichen Stellungnahme abgeschlossen. Neben zahlreichen Mitberichten innerhalb der Verwaltung und Stellungnahmen zuhanden kantonaler Körperschaften wurden sechs Vernehmlassungen des Bundes vorbereitet bzw. beantwortet.

Abteilung Betreuung und Konkurs

Seit dem 1. März 2004 wird die Abteilung Betreuung und Konkurs im Job-Sharing geführt. Das Betreibungsamt Engelberg wurde infolge Personalwechsels vom Polizeiposten in ein Provisorium im Gemeindehaus verlegt. Ab März 2005 wird dem Betreibungsamt Engelberg ein eigenes Büro im Gemeindehaus zur Verfügung stehen.

Im Jahre 2004 stellte das Betreibungsamt Obwalden insgesamt 5303 Zahlungsbefehle aus (– 5.9 %) und führte 2233 Pfändungsvollzüge durch (+ 1.7 %). Beim Konkursamt sind 27 Konkursverfahren und ein öffentliches Inventar eröffnet worden. 24 Konkursverfahren konnten geschlossen werden.

Dienststelle Straf- und Massnahmenvollzug

Straf- und Massnahmenvollzug

Von den insgesamt 204 Vollzugsangelegenheiten konnten 84 erledigt werden, sodass deren 120 unerledigt ins Jahr 2005 übertragen werden mussten. Insgesamt leisteten im vergangenen Jahr neun Personen 1496 Stunden gemeinnützige Arbeit (GA) anstelle von 374 Tagen Haft oder Gefängnis. Bei einer Person musste die GA abgebrochen werden. Elf Personen verbüsst ihre Freiheitsstrafe von insgesamt 230 Tagen im Gefängnis Sarnen, zwei davon im Regime der Halbgefängenschaft. Drei Personen verbüsst ihre von Obwaldner Gerichten ausgesprochenen Freiheitsstrafen von insgesamt 386 Tagen in auswärtigen Strafanstalten. Insgesamt drei Personen waren unter Schutzaufsicht, wovon eine beendet werden konnte. Bei 13 Verurteilten war der Vollzug der Gefängnisstrafe zu Gunsten einer ambulanten Massnahme aufgeschoben.

Gefängnisbelegung Sarnen

Abgesehen von der Belegung durch den Straf- und Massnahmenvollzug waren 15 Personen auf Anordnung des Verhöramtes insgesamt 309 Tage in Untersuchungshaft. 20 Asylbewerber waren insgesamt 753 Tage im Gefängnis Sarnen in Ausschaffungshaft. 18 Untersuchungshäftlinge, eingewiesen von ausserkantonalen Untersuchungsrichtern, verbüssten insgesamt 404 Tage U-Haft im Gefängnis Sarnen.

Inkassostelle in Strafsachen

Die Kantonale Inkassostelle in Strafsachen, welche auch das Inkasso der Jugendanwaltschaft, des Jugendgerichts, des Kantons- und Obergerichts in Strafsachen besorgt, stellte 38 Umwandlungsbegehren, 12 Rechtsöffnungsbegehren, 140 Fortsetzungsbegehren und 184 Betreibungsbegehren. Zudem mussten 535 zweite und 771 erste Mahnungen den Schuldern zugestellt werden.

Zivilstandsinspektorat

Am 1. Mai 2004 nahm das Zivilstandsamt Obwalden in Sarnen offiziell seine Tätigkeit auf. Das Zivilstandsamt Obwalden wird von den Einwohnergemeinden gemeinsam geführt. Am 26. Oktober 2004 wurde das letzte kommunale Amt samt Akten in das zentrale Zivilstandsamt Obwalden integriert. Bei allen Übergaben der Zivilstandsämter wurde eine entsprechende Inspektion durchgeführt. Das Zivilstandsamt Obwalden erhielt von den Gemeinderäten das Recht, Daten der Einwohnerkontrollen direkt abzufragen. Damit blieb die bisherige kundenfreundliche Praxis erhalten. Parallel zur Überführung der kommunalen Ämter ins Zivilstandsamt Obwalden trat am 1. Juli 2004 die neue kantonale Zivilstandsverordnung in Kraft.

Am 23. Juni 2004 fand die letzte Generalversammlung des Unterwaldner Zivilstandsbeamten- und Ratsschreiber-Verbandes statt. Der Verband wurde im Dezember definitiv aufgelöst. Die Ratsschreiber gründeten einen eigenen Verband.

Die Zivilstandsregister wurden bisher in regelmässigen Abständen auf Mikrofilm aufgenommen und so gesichert. Eine weitere Verfilmung ist auf Mitte 2005 vorgesehen, denn Ende 2004 wurden die bisherigen Einzelregister abgeschlossen und das bisherige Familienregister wird nun im automatisierten System weitergeführt. Die Verfilmung soll der Sicherstellung und Nachforschungen dienen.

Vom Inspektorat zu bearbeiten waren rund 200 ausländische Urkunden über Obwaldner Bürger. Kantonale Kreisschreiben, Verwaltungsentscheide oder Verfügungen sowie Gerichtsentscheide erfolgten zum Zivilstandsdienst keine.

Schlichtungsbehörde für Miet- und Pachtverhältnisse

Der Aufwand hielt sich im Berichtsjahr im üblichen Rahmen: Es konnten 43 Neueingänge, 37 Einigungen, drei Nichteinigungen, ein Entscheid und zwei anderweitige Erledigungen, mithin also 43 Erledigungen verzeichnet werden. 13 Fälle wurden ins neue Jahr übertragen.

Zu bemerken ist, dass sich die Fronten in den Rechtsstreitigkeiten zwischen Mieter und Vermieter immer häufiger verhärten. Dennoch führen Verhandlungen vor der Schlichtungsbehörde meistens zu einer Einigung.

Kommission und Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann Obwalden/Nidwalden

Beratung und Information

Die Fachstelle verzeichnete mehr als 30 Anfragen zu gleichstellungsrelevanten Themen. Die Anfragen wurden im Vergleich zum Vorjahr spezifischer und deren Beantwortung umfangreicher. Die Fachstelle verfügt über eine kleine Dokumentation mit mehr als 260 Titeln und vielen Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln.

Kommission

Die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und die Fachstelle trafen sich in acht Sitzungen. Sie erarbeiteten für Obwalden sechs Berichte und Vernehmlassungen. Zuhanden des Bildungs- und Kulturdepartements beantwortete die Fachstelle den Fragebogen im Rahmen des Trendberichts der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung „Geschlechtergerechte Schule“. Die Kommission machte mit Hilfe des Frauenpools Vorschläge zur Besetzung von zwei Vakanzen in Kommissionen; eine Frau wurde als Ersatzmitglied in die Maturitätsprüfungskommission gewählt.

Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung

Die Fachstelle nahm an zehn Veranstaltungen – davon zwei regionale und zwei nationale Treffen der Gleichstellungsverantwortlichen – teil. Das Bulletin der Fachstelle und der Kommission LEA&LEO erschien mit einer Auflage von 1000 Exemplaren dreimal.

Projektarbeit

Die Fachstelle und die Kommission haben verschiedene Projekte durchgeführt: Zu den Regierungsrats-Ersatzwahlen wurde der Film „Mais im Bundeshuus“ im Kino Seefeld in Sarnen aufgeführt mit anschliessendem Podium. Weiter wurde die Ausstellung „Alles unter einen Hut?“ in Stans und Sarnen zum Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ gezeigt. Schliesslich wurde die Podiumsveranstaltung „Frauen und Männer in den technischen Berufswelten – Arbeitsmarkt, Beruf, Familie“ an der Kantonsschule Obwalden in Sarnen im Rahmen der ETH-Wanderausstellung „ETH-Zürich – Wo Welten sich öffnen“ organisiert.

Die Fachstelle führte im Kanton Obwalden sowie im Kanton Nidwalden die Informationskampagne für die Broschüre der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten "Scheidung, Pensionskasse, AHV/IV – Das müssen Sie wissen" durch. Ebenfalls ist sie am Projekt "www.gleichstellungsgesetz.ch" beteiligt. Auf der regionalen Ebene arbeitete sie in der Projektarbeitsgruppe "Familienfreundliche Gemeinden in der Zentralschweiz" mit.

Steuerrekurskommission

Im Berichtsjahr verzeichnete die Kommission den Eingang von 43 Fällen (Verfahren, in denen Rekurs gegen die Kantons- und Gemeindesteuern und Beschwerde gegen die direkte Bundessteuer erhoben wurde, werden nur als ein Fall gezählt). 17 hängige Verfahren wurden vom Vorjahr übernommen.

Die Steuerrekurskommission erledigte an drei Sitzungen 39 Verfahren. Davon wurden zwei an das Verwaltungsgericht weitergezogen. Verschiedene Verfahren konnten nach Rücksprache mit den Parteien infolge Rückzugs mit Prozessurteil erledigt werden.

Neu eingeführt wurde die allgemeine Kostenvorschusspflicht für Beschwerdefälle; kein Kostenvorschuss wird in Erlassverfahren und in Verfahren der gerichtlichen Beurteilung von Bussen, Straf- und Nachsteuern erhoben. Mit dem Kostenvorschuss wird den Parteien von Anfang an das Kostenrisiko angezeigt. Gestützt darauf wurden verschiedene Verfahren mangels Leistung des Kostenvorschusses hinfällig.

Notariatskommission

Die Notariatskommission nahm an zwei Prüfungssessionen die Eignungsprüfung von drei Kandidaten ab. Alle drei Kandidaten bestanden die Prüfung und es konnte ihnen die Beurkundungsbefugnis als Notar erteilt werden.

Als Aufsichtsbehörde wegen Pflichtverletzungen oder Ordnungswidrigkeiten von Urkundspersonen musste die Notariatskommission nicht tätig werden.

Anwaltskommission

Aufsichtsbehörde und Prüfungsinstanz

Im Berichtsjahr 2004 fällte die Anwaltskommission einen Entscheid über die Entbindung vom Berufsgeheimnis und zwei Disziplarentscheide, drei weitere Disziplinarfälle sind hängig. Der Eintrag von einem Anwalt wurde im Anwaltsregister gelöscht und zwei Anwälte wurden neu ins Anwaltsregister eingetragen. Die Anwaltskommission erteilte ferner drei Praktikantenbewilligungen, führte eine Anwaltsprüfung durch und verlieh dem erfolgreichen Kandidaten das Anwaltspatent.

Kantonspolizei

Die Kantonspolizei ist für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständig. Das Polizeikorps übt die gerichtliche Polizei aus, ist durch Aufklärung und Präsenz präventiv tätig, leistet Hilfe an die Bevölkerung und ist ständig erreichbar. Es sorgt für den Schutz von Personen, Sachen und Umwelt, bekämpft alle Formen der Kriminalität aktiv und vorbeugend, verbessert die Sicherheit auf den Strassen und ist auf die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen vorbereitet. Die neu als Abteilung in die Kantonspolizei integrierten Bereiche Militär und Bevölkerungsschutz umfassen die Dienststellen Militär, Zivilschutz und Feuerwehr. Ihnen obliegt der Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlage bei Katastrophen und in Notlagen sowie im Falle eines bewaffneten Konfliktes. Sie tragen dazu bei, Schäden zu begrenzen und zu bewältigen.

Zielerreichung

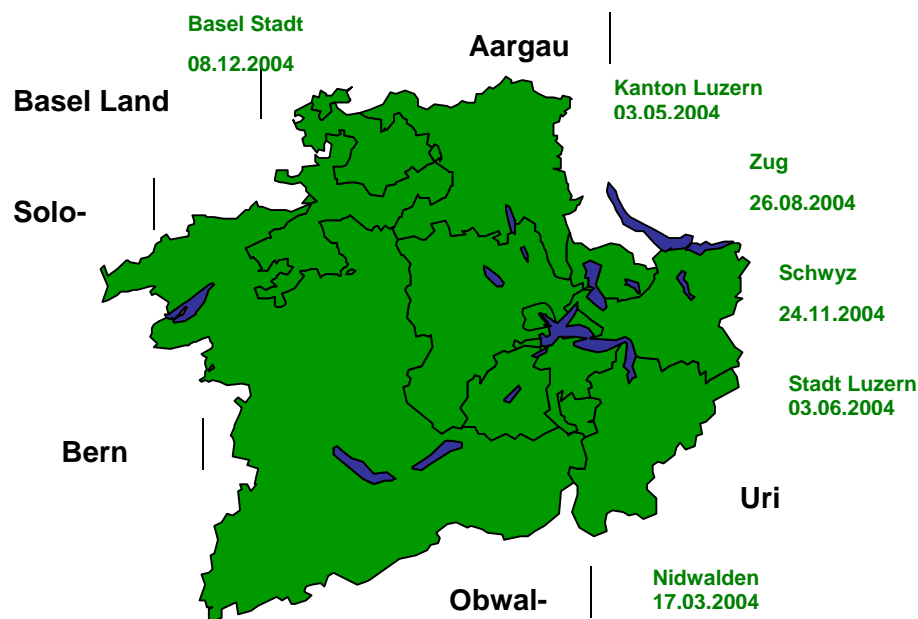
| Amtsziele | Stand der Erfüllung |
|---|---|
| 10 Anpassung der Polizeiiinformatik (Kompatibilität der Systeme mit Bund und Kantonen) Projekt ABI 3.0 Digitale Fotografie | Die geplante Umstellung auf eine neuere Version für die Rapportierung und Datenarchivierung (ABI 3.0) zusammen mit dem Kanton Nidwalden und unter der Projektleitung des ILZ konnte noch nicht vollzogen werden. Die Vorbereitungsarbeiten für die Umstellung auf die neue Technologie im 1. Quartal 2005 sind abgeschlossen. Server sowie Bildbearbeitung und Archivierung sind installiert und die Ausrüstungen beschafft. Ausstehend ist die Ausbildung der Mitarbeitenden. |
| 14 Das Konzept Bevölkerungsschutz ist umgesetzt. Der Zivilschutz ist im Zusammenwirken mit den Gemeinden neu organisiert. | Auf den 1. Januar 2005 wurde ein kantonales Bevölkerungsschutzgesetz sowie ein neues Zivilschutzgesetz mit den entsprechenden Ausführungsbestimmungen in Kraft gesetzt. |

Kommando

Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH)

Die Interkantonale Polizeischule Hitzkirch wird Tatsache. Nach den Beratungen in den kantonalen Parlamenten, durfte im Dezember 2004 konstatiert werden, dass das Konkordat zu Stande kommt und die Schule aufgebaut werden kann. So werden in der Zukunft, voraussichtlich ab 2007, angehende Polizistinnen und Polizisten der beiden Polizeikonkordate Nordwestschweiz und Zentralschweiz einheitlich in Hitzkirch ausgebildet. Es ist somit gelungen, die beiden Konkordate in der Grundausbildung einander näher zu bringen und somit auch für gemeinsame Einsätze wertvolle Arbeit zu leisten.

Übersicht Kantone IPH



Polizei XXI

Mit diesem Projekt soll überprüft werden, ob innerhalb der Zentralschweizer Polizeikorps Synergiepotenzial besteht. So wurden in den vergangenen Monaten sieben verschiedene Arbeitsgruppen gebildet. Jede Gruppe wird von einem Polizeikorps (LU Kanton/LU Stadt/Zug/Schwyz/Uri/Nidwalden/Obwalden) geführt. Als Grundsatz wurde von allen Kantonen definiert, dass die kantonale Polizeihöhe unangetastet bleibt und die polizeiliche Grundversorgung von den zuständigen Korps selbstständig erbracht werden muss. So wird es in der nächsten Phase des Projekts darum gehen, wirkliches Synergiepotenzial zu erkennen und die Ausschöpfung des Potenzials zu überprüfen. Für den Kanton Obwalden wird entscheidend sein, die Grundversorgung mindestens auf dem aktuellen Niveau zu halten, die Interventionszeiten auf dem heutigen Stand zu halten und das System Polizei aufgrund intensiverer Kooperation oder Out-Sourcing nicht zu verteuern.

Bevölkerungsschutz und Kantonaler Führungsstab

Im vergangenen Jahr ging es darum, die neue Abteilung Militär- und Bevölkerungsschutz im Amt Polizei zu festigen. Es konnte festgestellt werden, dass ausserordentliche Situationen, wie beispielsweise das Hochwasser im Juni, aufgrund der ordentlichen Arbeitsabläufe aus dem Tagesgeschäft heraus ohne zusätzlichen Vorkehrungen bewältigt werden können.

Mit der neuen Gesetzgebung im Bereich Bevölkerungsschutz wurde der Grundstein für die Überprüfung der Strukturen des Kantonalen Führungsstabs gelegt. Es wurde in diesem Jahr der Kernstab organisatorisch und personell neu festgelegt, sodass im Jahre 2005 die Detailstrukturen sowie die Vorbereitungen auf mögliche Ereignisse überprüft werden können.

Kriminalpolizei

Im Rückblick 2004 erscheinen einige Ermittlungsverfahren besonders erwähnenswert:

Brandfall Hotel Kurhaus Melchsee-Frutt vom 20. Januar 2004

Am 20. Januar 2004 um 00.44 Uhr ging auf der Einsatzzentrale der Kantonspolizei Obwalden der automatische Brandalarm ein, dies in einer Nacht mit starkem Wind, Schneefall und Januarkälte. Sehr rasch stand das zu zwei Dritteln belegte Hotel Kurhaus auf Melchsee-Frutt in Vollbrand. Die sofort aufgebotenen Rettungs- und Polizeikräfte begaben sich wetterbedingt per Bahn zum Brandplatz und nahmen ihre schwierige Arbeit auf. Mehrere verletzte Personen, zwei Todesopfer, zahlreiche Evakuationen und einen beträchtlichen Schaden forderte dieser Grossbrand. Verhöramt und Polizei führten unter Beizug des Wissenschaftlichen Dienstes der Stadtpolizei Zürich, spezieller Brandmittelspürhunde aus Österreich und weiterer Dienste umfangreiche Untersuchungen durch. Im Ergebnis muss von Brandstiftung ausgegangen werden. Eine Person befand sich längere Zeit in Untersuchungshaft.

Im gesamten Verfahren mussten ungefähr 90 Personen teilweise mehrfach befragt und die gesamten Zusammenhänge aufwändig ermittelt werden. Das gesamte Verfahren beanspruchte mehrere tausend Arbeitsstunden und füllte zwölf Bundesordner mit Akten.

Bewaffneter Raubüberfall in Wilen aus dem Jahr 2003 geklärt

Dank einer sehr guten Spurensicherung vor Ort, entsprechender Vergleichsspuren in Datenbanken und umfangreicher technischer Überwachungsmaßnahmen konnten mehrere mutmassliche Täter eines bewaffneten Raubüberfalls aus dem Jahr 2003 auf einen Geschäftsmann in Wilen identifiziert werden. Während der längeren Untersuchungshaft eines Mannes mit intensiven Befragungen und Ermittlungen erhärtete sich der Verdacht so weit, dass eine Überweisung von zwei Angeschuldigten an die Justiz möglich wurde. Im Zug dieser Ermittlungen konnten noch weitere Delikte, begangen durch verschiedene Personen in anderen Kantonen, aufgeklärt werden.

Betrugsfälle

In einem der bearbeiteten Betrugsfälle bot eine Frau aus dem Kanton Obwalden in einer grossen Schweizer Tageszeitung Lebensberatung an. Die Hilfe Suchenden mussten vorgängig Zahlungen leisten. Das Geld sollte später wieder zurückfliessen, dazu kam es

aber nicht. Sieben Personen erstatteten in der Folge Strafanzeige gegen die Wahrsagerin. Die bekannte Deliktssumme beträgt mehrere tausend Franken.

Eine grössere Gruppe fahrender Händler bot Messingringe als Goldschmuck an. 6,5 kg dieses „Goldschmucks“ wurden beschlagnahmt und 16 rumänische Staatsangehörige zur Anzeige gebracht.

Weitere aufwändige Ermittlungsverfahren wegen Darlehensbetrug sind noch hängig.

Verkehrs- und Sicherheitspolizei

Ein Auszug aus der Verkehrs- und Kontrollstatistik zeigt folgende Kennzahlen: 236 Verkehrsunfälle, drei Verkehrstote

Die Polizei wurde im Berichtsjahr 55-mal weniger zu Verkehrsunfällen gerufen als im Vorjahr. Drei Personen verloren bei Verkehrsunfällen ihr Leben, zwei davon waren Motorradlenker, eine Person war mit dem Fahrrad unterwegs.

Mit dem Rückgang der Unfallzahlen sank auch die Zahl der verletzten Personen. Schwer verletzten sich 17, leicht verletzten sich 104 Personen. Die häufigsten Unfallursachen waren wie in den Vorjahren „zu nahes Aufschiessen“, „Unaufmerksamkeit“ und „Nichtanpassen der Geschwindigkeit an die Strassenverhältnisse“. „Alkohol am Steuer“ war 15-mal Unfallursache.

Präventionsmassnahmen

Die Polizei machte im Rahmen ihrer Möglichkeiten durch Informationskampagnen und Kontrollen die Verkehrsteilnehmenden auf die Probleme und Gefahren im Strassenverkehr aufmerksam. So wurden Verkehrsteilnehmende gezielt für die nationale Aktion ‚Drink or Drive‘ sensibilisiert und mit einem entsprechend beschrifteten Eisschaber beschenkt. Aufgrund zahlreicher Raser-Unfälle beteiligte sich die Polizei an der nationalen Aktion ‚Raser‘. An speziellen Kontrolltagen wurden zu schnell Fahrende mit einem Flyer auf die Gefahren des Schnellfahrens aufmerksam gemacht und direkt vor Ort bei Kontrollen angesprochen.

Geschwindigkeitskontrollen

Die Unfallzahlen sanken. Nicht angepasste Geschwindigkeit bleibt aber die häufigste Unfallursache und zeigt klar, dass weitere Kontrollen und Präventionsaktionen notwendig sind.

Bei den Kontrollen selber konnte ein erfreulicher Trend festgestellt werden. Die Übertretungsquote sank um einen Prozentpunkt. Dieses Ergebnis mag gering erscheinen, auf die grosse Zahl gemessener Fahrzeuge sind es aber doch sehr viele Verkehrsteilnehmende, die sich weniger risikoreich verhalten. Ob dieser Trend anhalten wird bleibt abzuwarten.

Auszug aus der Statistik Geschwindigkeitskontrollen:

| Radar | 2003 | 2004 | Abweichung zum Vorjahr |
|----------------------------------|--------|--------|------------------------|
| Anzahl Geschwindigkeitsmessungen | 245 | 252 | + 7 |
| Einsatzstunden Radarmessgeräte | 600 | 679 | + 79 h |
| Anzahl gemessene Fahrzeuge | 199718 | 203741 | + 4023 |
| Total Übertretungen | 19117 | 17485 | - 1272 |
| Übertretungsquote | 9.57 % | 8.58 % | - 1 % |

Nachtruhestörungen und Unfug

Ver mehrt fühlten sich Anwohner durch zunehmenden Nachtruhestörungen und wegen Unfugs belästigt. Die Anzeigen stiegen gegenüber dem Vorjahr um das Dreifache auf 18 Anzeigen. Einerseits ist gerade bei Jugendlichen festzustellen, dass Alkoholkonsum mit allen Begleiterscheinungen zunimmt, andererseits reagieren in ihrer Ruhe gestörte Anwohner/-innen schneller mit dem Aufbieten der Polizei und einem Strafantrag.

Diebstähle von Skier und Snowboards

Der Diebstahl von Schneesportgeräten stellte in den vergangenen Jahren ein immer grösseres Problem dar. Durch gezielte Sensibilisierungsaktionen zusammen mit dem Kanton Nidwalden im Winter 2003/04 konnten die Skidiebstähle entscheidend reduziert werden. Auffällige Plakate wiesen Wintersportler an, ihre Skier und Snowboards im Auge zu behalten oder abzuschliessen. In Engelberg erfolgte zudem eine intensive Zusammenarbeit mit dem Personal der Bergbahnen. Für beide Kantone resultierte eine Halbierung der rapportierten Fälle. Da sich die ordentliche Statistik nur auf den Kanton Obwalden und zudem auf das Kalenderjahr bezieht, ist diese Reduktion nur indirekt ablesbar. Die erfolgreiche Aktion mit dem Kanton Nidwalden wird weitergeführt.

Militär und Bevölkerungsschutz

Kreiskommando

Nach der Armereform XXI, mit welcher die kantonale Militärhoheit abgeschafft und die kantonalen Truppenverbände aufgehoben wurden, beschränken sich die kantonalen Aufgaben im Bereich Militär auf reine Vollzugsaufgaben. So ergab die Überprüfung der kantonalen Bestimmungen zum Militär, Schiesswesen und Wehrpflichtersatz, dass sich die notwendige Regelung im Kanton auf Ausführungsbestimmungen des Regierungsrates zusammenfassen lassen. Sie sind auf den 1. Januar 2005 in Kraft getreten sind. Abgeschafft wurden in diesem Zusammenhang die Stellen der Sektionschefs. Ihre Aufgaben werden neu vom Kreiskommando vollzogen.

Vereinfachte Entlassung aus der Wehrpflicht

Auch im Jahre 2004 wurden über 600 Angehörige der Armee offiziell aus der Wehrpflicht entlassen. Aus Spargründen entfiel das traditionelle gemeinsame, vom Kanton

finanzierte, Mittagessen. Auch neu war, dass die Einrückenden in Zivilkleidern erschienen, wodurch viel Zeit gewonnen wurde.

Orientierungstage – auch mit Frauen

Gemäss dem gesetzlichen Auftrag wurden wiederum die Orientierungstage durchgeführt. In den Lokalitäten des Eidgenössischen Zeughauses in Sarnen vermittelten Moderatoren an fünf Orientierungstagen den jungen 18-jährigen Stellungspflichtigen alles Wissenswerte über Armee, Zivilschutz oder Zivildienst. Diese Anlässe sind für unsere jungen Schweizer Männer obligatorisch. Erfreulicherweise nahmen dieses Jahr auch eine stattliche Anzahl Frauen teil.

Erdrutsch bei der Arnialp

Nach einer intensiven Regenperiode Anfang Juni sind in der Nähe des Giswiler-stocks, der Arnialp, ca. 150 000 m³ Erdreich abgerutscht, die Zufahrtsstrasse zur Alp Arni wurde verschüttet und eine Alphütte zerstört. Auf das Giswiler Hilfesuch hin wurden über mehrere Tage militärische Baumaschinen eingesetzt. Dadurch war es möglich, die Zufahrt zur Lastenseilbahnstation zu öffnen, damit die täglichen Milchtransporte ins Tal durchgeführt werden konnten.

Zivilschutz

Der Zivilschutz musste sich im Jahre 2004 auf zwei Ebenen bewähren. Nachdem auf Bundesebene die Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetzgebung bereits per 1. Januar 2004 änderten, die Gesetzesrevision im Kanton Obwalden hingegen erst auf den 1. Januar 2005 in Kraft trat, war die kantonale Abteilung gefordert, die bestehenden Strukturen und die geltenden Gesetzesvorgaben so gut wie möglich in Übereinstimmung zu bringen. Die neuen Angehörigen des Zivilschutzes, die über das regionale Rekrutierungszentrum ausgehoben und bereits im Zivilschutzzentrum in Cham nach neuem Muster ausgebildet wurden, mussten in die kommunalen Strukturen integrieren werden. Gleichzeitig hatte die kantonale Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz mit Teilen der Einsatzformationen bereits Ernstfalleinsätze zu bewältigen.

Ausbildung im Feld

Wie letztes Jahr konnte die Ausbildung im Feld auch dieses Jahr unter Anleitung von versierten Forstwarten so praxisnah wie möglich gestaltet werden. In den Obwaldner Wäldern wurden Bachverbauungen und Hangsicherungen gebaut, die präventiv für Schadensminderungen ausgelegt sind.

Zivilschutz unterstützt Brandermittlung

Auf der Melchsee-Frutt, unmittelbar nach dem Grossbrand des Sporthotels Mitte Januar, wurden Angehörige des Zivilschutzes für nächtliche Nachlöscharbeiten und zur Absicherung der Brandruine eingesetzt. Auch halfen die „Zivilschützer“ bei Brandschutt-Sondierarbeiten zu Gunsten der Brandermittlung durch die Kantonspolizei Obwalden mit.

Feuerwehr

Das Jahr 2004 begann für die Feuerwehren im Kanton Obwalden mit einem „Hammer-schlag“. In der Nacht vom 19. auf den 20. Januar 2004 wurde das Sporthotel auf der

Melchsee-Frutt durch einen Grossbrand zerstört. Trotz sofortiger Intervention durch Kader und Mannschaft des auf der Melchsee-Frutt stationierten Löschzuges der Feuerwehr Kerns konnte der Totalverlust des Hotels nicht verhindert werden. Sturm, Kälte und Schneefall verhinderten den Einsatz von Helikoptern. Lösch- und Rettungskräfte mussten per Gondelbahn auf Melchsee-Frutt transportiert werden. Leider kamen bei diesem Brand zwei Personen ums Leben. Durch richtiges und überlegtes Handeln bei der Evakuierung konnte noch Schlimmeres verhindert werden.

Sarnersee und Sarneraa treten über die Ufer

Nach intensiven Niederschlägen im Juni 2004 traten sowohl der Sarnersee wie auch die Sarneraa über ihre Ufer und verursachten vor allem Gebäudeschäden in Millionenhöhe. Die Feuerwehren der Gemeinden Sachseln und Sarnen versuchten mit vereinten Kräften, das Wasser von Gebäudeinneren fern zu halten. Mit Teilen des kantonalen Führungsstabes wurden die Schadenabwehr- und Aufräumarbeiten der verschiedenen Alarmorganisationen koordiniert.

Die weiteren Ernstfalleinsätze aller Feuerwehren im Kanton Obwalden blieben glücklicherweise anzahlmässig unter dem Durchschnitt und ohne nachhaltige negative Folgen.

Feuerwehrinspektor erfreut

Die durch das kantonale Feuerwehrinspektorat durchgeführten Inspektionen zeigten auf, dass sich Personal, Ausbildung und Material auf gutem Niveau befinden. Ein reich befruchtetes Ausbildungsjahr mit verschiedenen kantonalen Kursen unter der Leitung der kantonalen Feuerwehrinstruktoren geben Gewähr, dass der hohe Ausbildungsstandard der Feuerwehren gehalten und gefestigt bleibt. Zwei Feuerwehroffiziere wurden zu neuen kantonalen Instruktoren ausgebildet und befördert. Vier bestandene Instruktoren bildeten sich in schweizerischen Kursen weiter.

Feuerwehrkoordination Schweiz wird geschaffen

Auf eidgenössischer Ebene bekam das gesamte Feuerwehrwesen ein neues Gesicht. Unter dem Oberbegriff Feuerwehrkoordination Schweiz (FKS) wurde die Organisation in eine politische, eine strategische, eine finanzielle sowie in eine operative Steuerung unterteilt.

Gesundheitsamt

Das Gesundheitsamt sorgt für eine ausreichende und koordinierte medizinische Versorgung der Bevölkerung. Es vollzieht die auf Grund der Krankenversicherungsgesetzgebung den Kantonen übertragenen Aufgaben, erteilt Bewilligungen für Berufe der Gesundheitspflege sowie therapeutische Einrichtungen und koordiniert die Betagtenbetreuung und die Spitexdienste. Es sorgt für die Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung der Bevölkerung und stellt die Koordination mit dem Laboratorium der Urkantone sicher, welches insbesondere die Vollzugsaufgaben in den Bereichen Lebensmittelgesetzgebung, Veterinärwesen, Giftgesetzgebung, Stoffverordnung sowie Gewässer- und Umweltanalytik erfüllt.

Zielerreichung

| Amtsziele | Stand der Erfüllung |
|--|---|
| 18 Baubeitrag Betagtenheim Giswil | Mit dem Erweiterungsbau des Alters- und Betagtenheimes in Giswil konnte nach ersten Verzögerungen gestartet werden. Der Kanton bezahlte die erste Rate der bewilligten Baubeiträge gemäss Bedarfsplanung zulasten der Staatsrechnung aus. |
| 19 Anpassung Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (noch keine Einführung des neuen Modells) | Die KVG-Revision scheiterte auf Bundesebene. Es liegt nach wie vor kein verabschiedetes Bundesmodell für die Prämienerbilligung vor. Im Rahmen des Nachtrags zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz wurde der Prozentsatz neu auf sieben Prozent festgelegt. |
| 20 Ausländerspezifische präventive Massnahmen im Gesundheitsbereich sind umgesetzt (Folgeprojekt aus „Internetz“). | Aus dem „Internetz“ entstanden verschiedene Teilprojekte wie „FemmesTische“, „FemmesTische am Arbeitsplatz“ oder das Projekt „Grüezi“, die erfolgreich umgesetzt wurden. |
| 21 Die Aufgaben des Veterinärdienstes sind regionalisiert und werden vom Laboratorium der Urschweizer Kantone wahrgenommen. | Der Veterinärdienst der Urkantone am Laboratorium der Urkantone nahm seine Tätigkeit am 1. Januar 2004 auf. |

| Geplante Kantonsratsgeschäfte 2004 | Stand der Erfüllung |
|--|--|
| Interkantonale Vereinbarung über das gemeinsame Kantonsspital Obwalden/Nidwalden (mit Anpassung der Gesundheitsgesetzgebung) | Der Entwurf für die interkantonale Vereinbarung liegt im Rahmen des Bericht III zu Spitalkooperation vor. |
| Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (Anpassung Prämienverbilligung an KVG) | Das Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz wurde in Bezug auf den Prozentsatz der Eigenleistungen angepasst. |
| Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (in Verbindung mit Volkswirtschaftsdepartement) | Das Gesetz konnte aufgrund der Arbeitsbelastung noch nicht erarbeitet werden. |

Spitalkooperation Obwalden/Nidwalden gerät unter Druck

Wertschöpfungsstudie zum Kantonsspital Obwalden liegt vor

Im Rahmen der Wertschöpfungsstudie wurden die volkswirtschaftlichen Effekte eines Szenarios „gemeinsames Spital“ mit dem eines „eigenen Spitals“ anhand verschiedener Teilaspekte beurteilt. Mittels einer schematischen Gesamtbeurteilung wurde das Spital als Arbeitgeber sowie als Vorleistungsbezüger bewertet. Der Bericht kam zum Schluss, dass ein „eigenes Spital“ im Vergleich zu einem „gemeinsamen Spital“ einen Mehraufwand von 2.2 bis 3.5 Millionen Franken staatlicher Mittel im Jahr ergibt. Das entspricht 3.5 bis 6 Prozent des Kantonssteuerertrages im Jahr 2002. Der Bericht zeigt auf, dass der volkswirtschaftliche Nutzen der Arbeitsplätze in der Gesamtbetrachtung wegen des kleinen Wirtschaftsraums verhältnismässig gering ausfällt und ein gemeinsames Spital Obwalden-Nidwalden günstiger wäre als ein eigenes Spital. Der Bericht zur Wertschöpfungsstudie wurde in diesem Sinne vom Kantonsrat zur Kenntnis genommen und die entsprechende Motion als erledigt abgeschrieben.

Bericht III und Alternativmodell liegen vor

Am 5. bzw. 6. Juli 2004 nahmen die Kantonsregierungen von Obwalden und Nidwalden zum Bericht Version III betreffend die Zusammenführung der Kantonsspitäler Obwalden und Nidwalden sowie zum Bericht „Alternativmodell“ des Kantons Obwalden Stellung. Bericht Version III sieht ein Akutspital für Obwalden und Nidwalden in Stans (mit 120 Betten) und eine gemeinsame Psychiatrie am Standort Sarnen vor. Das Alternativmodell, welches vom Regierungsrat Obwalden in Auftrag gegeben wurde, geht von einer Betriebsstätte (Spital Unterwalden AG) mit zwei Standorten in Sarnen und Stans aus. Bei der Beurteilung der beiden Berichte zeigte sich, dass der Regierungsrat des Kantons Obwalden den Spitalstandort Obwalden in den nächsten Jahren nicht aufgeben will. Der Regierungsrat des Kantons Nidwalden hält indessen am Modell mit einem Standort der Akutsomatik in Stans und der Psychiatrie in Sarnen gemäss Bericht III fest

und tritt nicht auf das Alternativmodell Obwalden ein. Die beiden Regierungen halten jedoch trotz unterschiedlicher Zielsetzungen an der Spitalkooperation fest.

Am 21. September 2004 gaben die beiden Kantonsregierungen den Bericht III sowie den Bericht Alternativmodelle an die Interparlamentarische Spitalkommission Obwalden/Nidwalden (IPK) weiter mit dem Auftrag, zuhanden der beiden Regierungen Stellung zu nehmen. Die IPK setzte sich im Rahmen von zwei Sitzungen im 2004 intensiv mit den beiden Berichten auseinander und berief eine weitere Sitzung auf den Januar 2005 ein.

Chirurgiekonzept Obwalden/Nidwalden: Aufsichtsbeschwerde abgelehnt

Die Aufsichtsbeschwerde des Bürgerforums Kantonsspitals Obwalden, welche sich gegen das von der Aufsichtskommission des Kantonsspitals vorgesehene neue Chirurgiekonzept wendet, wurde vom Regierungsrat abgelehnt. Der Regierungsrat stellte fest, dass die Aufsichtskommission die Kompetenzordnung eingehalten hatte und der Umsetzung des Chirurgiekonzeptes keine rechtlichen Hindernisse im Wege stehen. Das Chirurgiekonzept verspreche – wie die übrige operative Zusammenarbeit – eine bessere Kostenstruktur und damit eine finanzielle Entlastung des Spitalbudgets und zwar ohne Leistungsabbau am Kantonsspital Obwalden. Die Zusammenarbeit im Bereich der Chirurgie werde dazu führen, dass aufgrund der Fachgebiete der Ärzte an den beiden Kantonsspitalern mehr Operationen durchgeführt werden könnten als heute, was zu einer gewünschten Reduktion bei den ausserkantonalen Hospitalisationen führen werde. Die chirurgischen Eingriffe würden weiterhin an beiden Kantonsspitalern durchgeführt, aber unter der Leitung eines gemeinsamen Chefarztes. Der Standort Sarnen werde gestärkt, weil die Patienten mit einem orthopädischen Leiden künftig nicht mehr nach Luzern zur Abklärung müssten.

Volksbegehren zur Erhaltung des Kantonsspitals am Standort Sarnen eingereicht

Ein Aktionskomitee reichte am 9. Dezember 2004 eine ausformulierte Initiative zur Änderung des Gesundheitsgesetzes ein. Die Initiative verlangt, dass die stationäre Grundversorgung im Kantonsspital Sarnen in allen Sparten aufrecht erhalten bleibt und in enger Zusammenarbeit mit dem Zentrumsspital Luzern erfolgt. Das Anliegen der Initianten wird in die laufenden Abklärungen der Spitalkooperation einbezogen. Die von den Initianten geforderte dringliche Behandlung ist nicht möglich.

Zentrumsleistungen im Kantonsspital Luzern werden immer teurer

Die Zahlungen des Kantons Obwalden für Zentrumsleistungen an das Kantonsspital Luzern stiegen in den letzten Jahren massiv. Auf den 1. Januar 2005 werden die Tagesteilpauschalen für die Behandlung von Patientinnen und Patienten mit Wohnsitz im Kanton Obwalden, welche im Kantonsspital Luzern Zentrumsleistungen beanspruchen, erneut steigen.

| Rechnung 2000 | Rechnung 2001 | Rechnung 2002 | Rechnung 2003 |
|---------------|---------------|---------------|---------------|
| 2.83 Mio. | 3.04 Mio. | *3.76 | *4.34 |

* Ab 2002 inkl. medizinisch bedingte ambulante Behandlungen

Die Zunahme der Pflage tage und die jährlichen Tarifierhöhungen führten damit innert vier Jahren zu einer Kostensteigerung von rund 1.5 Millionen Franken bzw. 53.6 Prozent. Die Hochrechnungen für die Jahre 2004 und 2005 machen deutlich, dass sich diese Kostenspirale auch in den kommenden Jahren weiter drehen wird. Auf der Basis der Fälle 2003 ist auf Grund der Tarifierhöhungen und Zunahme der Pflage tage im Jahr 2004 für die Zentrumsleistungen in Luzern mit Kosten in der Höhe von rund 5.37 Millionen Franken und im Jahr 2005 in der Höhe von rund 5.73 Millionen Franken zu rechnen.

TARMED ist eingeführt

Seit dem 1. Januar 2004 gilt in der ganzen Schweiz im Bereich der Krankenversicherung der neue Einzelleistungstarif TARMED. Sämtliche in der Schweiz erbrachten ambulanten ärztlichen Leistungen in Spitälern und in den freien Arztpraxen werden nach TARMED abgerechnet. Durch die einheitliche Tarifstruktur werden interkantonale Kostenvergleiche künftig möglich sein.

Akutabteilung im Erlenhaus Engelberg wird aufgehoben

Die anhaltend tiefe Bettenauslastung in der Akutabteilung des Erlenhauses in Engelberg führte zunächst zu einer Reduktion der Betten von sechs auf drei. Da auch die drei Betten auf Grund der sinkenden Nachfrage immer weniger belegt werden konnten, wurde die Akutabteilung des Erlenhauses auf den 31. Dezember 2004 definitiv geschlossen.

Mit Schliessung der Akutabteilung und gleichzeitiger Streichung von der Spitalliste ist keine spitalmässige Nachbetreuung im Erlenhaus mehr möglich. Der Verlust der Nachbetreuungsmöglichkeit in Engelberg ist einerseits bedauerlich, bedeutet auf der andern Seite aber auch eine Entlastung für das Erlenhaus. Der Status eines Akutospitals ist mit Verantwortung verbunden. Die Anforderungen an ein Spital gemäss KVG konnten vom Erlenhaus aber nicht mehr erfüllt werden. Mit dem Anschluss der Kantone Obwalden und Nidwalden an die Einsatzzentrale 144 am Kantonsspital Luzern und dem wie bisher bestehenden hausärztlichen Notfalldienst ist die Notfallversorgung für die Bevölkerung von Engelberg nach wie vor sehr gut gewährleistet. Mit der Schliessung der Akutabteilung wird der Kanton finanziell entlastet. Das jährliche Betriebsdefizit zu Lasten des Kantons betrug in den letzten Jahren rund 130 000 Franken.

Projektbericht „Im Alter in Obwalden leben“ liegt vor

Das von Kanton, Gemeinden und im Altersbereich tätigen Organisationen wie Curaviva Sektion Obwalden, Spitex, Pro Senectute und IG Alter lancierte Projekt trat in eine entscheidende Phase. Die Projektgruppe schloss im August 2004 den Projektbericht mit Empfehlungen und Massnahmen zum weiteren Vorgehen ab. Der Bericht beinhaltet eine umfassende Analyse der heutigen Situation im Kanton Obwalden und kommt zum Schluss, dass das gegenwärtige Altersangebot die Bedürfnisse weitgehend abdeckt. Als Massnahme zur Abdeckung und Reduktion des künftigen Pflage platzbedarfs empfiehlt die Projektgruppe die Förderung von Angeboten wie präventives Assessment, Übergangspflege, Pflage wohngruppen oder Entlastungsangebote für pflgende Angehörige wie Ferienbetten, Tages- und/oder Nachtbetten. Die am Projekt beteiligten Institutionen

und Organisationen erhielten Gelegenheit zum Projektbericht und den Anträgen Stellung zu nehmen, damit Anfang 2005 das weitere Vorgehen geplant werden kann.

Schweizerische Tagung in Engelberg

Im Mai 2004 fand die Jahrestagung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) erstmals in Obwalden statt. Die Tagung wurde von den Kantonen Obwalden und Nidwalden gemeinsam organisiert und finanziert. Gleichzeitig mit der Jahreskonferenz der GDK fanden wie üblich die Jahresversammlungen der Vereinigung der Kantonsärztinnen und Kantonsärzte sowie der Kantonsapothekervereinigung statt, sodass sich in diesen zwei Tagen mehr als hundert Personen in Engelberg trafen. Als Gast konnte insbesondere auch Bundesrat Pascal Couchepin begrüsst werden. Zu den Tagungstraktanden gehörten Themen wie SwissDRG, Berufsbildungsfragen, Nationale Gesundheitspolitik, Konzentration der hochspezialisierten Medizin, aber auch das KVG und die Spitalfinanzierungsfragen. Die Tagung wurde abgerundet durch ein kulturelles Programm mit Orgelkonzert und Bankett. Die Jahrestagung in Engelberg fand bei den Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren sowie den weiteren Gästen aus der ganzen Schweiz grosses Gefallen.

Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention OW/NW

"Gesundheit wird von den Menschen in ihrer alltäglichen Umwelt geschaffen und gelebt, dort wo sie spielen, lernen, arbeiten und lieben" (Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung, 1986). Die Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention bietet fachliche und materielle Unterstützung für die Lebenswelten Gemeinden, Vereine, Betriebe und Schulen, welche gesunde Lebensbedingungen schaffen wollen.

Lebenswelt Gemeinden

Im Projekt *Netzwerk gesunde Gemeinden* entwickelten Gemeinden aus den Kantonen Obwalden und Nidwalden Projekte in Gesundheitsförderung und Prävention. Sie wurden dabei durch Mitarbeitende der Fachstelle begleitet. Im Berichtsjahr fanden erste Treffen für den Erfahrungsaustausch zu den lancierten Gesundheits- und Präventionsprojekten statt. Dabei wurde Gemeinden, die aktiv bestrebt sind, gesunde Lebensbedingungen zu schaffen und Projekte in Gesundheitsförderung und Prävention durchgeführt haben, ein „Label“ verliehen. Das „Label“ – in Form einer Tafel und für die elektronische Verwendung – wurde den Gemeinden Kerns, Giswil, Ennetbürgen, Engelberg und Oberdorf übergeben. Im Weiteren wurden die Gemeinden über das nationale Projekt „Gemeinde handeln – alles im Griff“ informiert, das Gemeinden für ihre eigenen Aktivitäten zur Alkoholprävention nutzen können,.

Zum Thema *Suchtverhalten von Jugendlichen* wurden in einzelnen Gemeinden Vorträge oder runde Tische durchgeführt.

Im Projekt *Internetz* wurden im Rahmen von vier Teilprojekten die Themen Prävention und Migration aufgenommen. Kern des Internetz sind die zweimal jährlich stattfindenden Treffen von Migrantinnen und einheimischen Akteuren des Gesundheitswesens. Austausch über Probleme und das Finden von Lösungen sind die Ziele der Treffen. Es fan-

den zwei Treffen statt an denen rund dreissig Personen anwesend waren, die beruflich im Gesundheitswesen tätig sind und Kontakte mit Migranten und Migrantinnen pflegen.

Frauen sind die Hauptverantwortlichen in der Familie für die Bereiche Erziehung und Gesundheit. In den Teilprojekten *FemmesTische* und *FemmesTische am Arbeitsplatz* werden Ausländerinnen privat von Gastgeberinnen zu sich nach Hause eingeladen. Ausgebildete Moderatorinnen führen mit den Gästen Gespräche zu gesundheitlichen und erzieherischen Fragen. Im Jahr 2004 fanden vier Zusammenkünfte mit bosnischen, kosovarischen und türkischen Frauen statt.

Zum Teilprojekt *Grüezi* wurde ein Konzept in Zusammenarbeit mit einer kommunalen Gesundheitskommission erarbeitet. Es handelt sich um ein Angebot für fremdsprachige neue Einwohner und Einwohnerinnen einer Gemeinde. Ziel ist, dass "Neuzuzüger und Neuzuzügerinnen" sich in der Gemeinde schnell zurecht finden und wissen, welche Angebote wo angeboten werden.

Die Projekte *Netzwerk Gesunde Gemeinde* und *Internetz – Gesundheit und Migration* werden von der Gesundheitsförderung Schweiz finanziell unterstützt, die Projektdauer wurde bis Ende 2005 verlängert.

Lebenswelt Schulen

In verschiedenen Schulen wurden Projekte in den Bereichen gesunde Schul(haus)kultur, Bewegung und Ernährung begleitet. Vermehrt wurde die Fachstelle bei Fragen im Bereich Gewaltprävention und Mobbing beigezogen.

Das Projekt *Znüni-Määrt* findet guten Anklang. Bereits fünf Schulen aus Obwalden und Nidwalden wirken aktiv im Projekt *Znüni-Määrt* mit und bieten den Schülerinnen und Schülern unter dem Motto „gluschtig – xond – frisch“ eine Pausenverpflegung an. Zwei weitere Schulen sind in der Aufbau- und Startphase. Schüler und Schülerinnen erkennen, was eine gute Zwischenmahlzeit ist. Ein erstes Erfahrungstreffen der beteiligten Schulen aus Luzern, Obwalden und Nidwalden hatte zum Ziel, Schulen zu vernetzen und Umsetzungsideen auszutauschen.

Lebenswelt Vereine

Für ein weiteres Jahr konnte der Handballclub BSV Stans in der Gesundheitsförderungs- und Präventionskampagne „The only kick for me“ durch die Fachstelle begleitet werden. Die Kampagne hat zum Ziel, neben der Sensibilisierung zur Suchtmittelproblematik die Lebensqualität und das Wohlbefinden im Verein zu stärken. Bereits hat die Kampagne eine Breitenwirkung bei anderen Sportvereinen erzielt, sodass sie in der Prävention ebenfalls aktiv werden.

Der Verein „Stanser Musiktage (SMT)“ wurde für ein weiteres Jahr begleitet. Die Fachstelle führte an den Tagen Umfragen bei Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren zu ihrem Trinkverhalten durch. In der Folge wurde das Präventionskonzept für die Musiktage 05 überarbeitet und angepasst.

Die Fachstelle konnte weitere Projekte aus verschiedensten Vereinen begleiten und unterstützen, wie zum Beispiel das Projekt der Jugendverbände Obwalden und Nidwalden „fäischer“, den Kulturverein „HuisBärg“ Sarnen, verschiedene "Guggenmusigen" und Sportvereine.

Zum Thema *Jugendschutz veranstalten* lud die Fachstelle Gemeindevertreter und Faschachtsveranstalter zu einer Tagung unter dem Titel „Jubel, Trubel, Heiterkeit“ ein. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen diskutierten über mögliche Massnahmen zur Einhaltung des Jugendschutzes und weitere mögliche präventive Aktivitäten der Veranstalter und Veranstalterinnen.

Die Förderung von *alkoholfreien* Getränken wurde weiterhin aktiv unterstützt. An total 37 Tagen war der „SAFTLADE“ (alkoholfreie Bar zum Mieten) im Einsatz. Mit neuen saisonalen Saftkreationen wurde das Publikum an verschiedensten Anlässen mit alkoholfreien Drinks verwöhnt.

Schulgesundheitsdienst

Einlösquote bei den ärztlichen Eintrittsuntersuchungen gesunken

Bei den ärztlichen Eintrittsuntersuchungen wurde eine deutlich niedrigere Einlösquote festgestellt. Insgesamt wurden von 405 abgegebenen Gutscheinen 265 (65.43 Prozent) eingelöst. Im Schuljahr 2002/2003 waren es noch 72.62 Prozent. Die Arbeitsgruppe Schulgesundheit beschloss, mit einer noch aktiveren Information an die betroffenen Lehrpersonen und Erziehungsberechtigten zu gelangen und über die Wichtigkeit dieser Untersuchung hinzuweisen.

Für Zahnbehandlungen müssen Erziehungsberechtigte ins Portemonnaie greifen

Bei den zahnärztlichen Untersuchung stagniert die Einlösquote der Gutscheine. Insgesamt wurde eine Einlösquote von 79 Prozent erreicht. Die Einlösquote konnte also weiterhin hoch gehalten werden, dies obwohl aus der Gemeinde Engelberg nur 47 Prozent der Gutscheine eingelöst wurden. Die Einlösquote in den Gemeinden bewegt sich zwischen 78 und 91 Prozent. Die statistische Auswertung der Zahnuntersuchungen ergab, dass 33 Prozent der untersuchten Schulkinder sich einer Zahnbehandlung unterziehen müssten. Die sich daraus ergebenden Behandlungskosten zu Lasten der Erziehungsberechtigten betragen rund 190 000 Franken (Hochrechnung). Erfreulich ist, dass 39 Prozent der Kinder keinen negativen Befund aufweisen und 28 Prozent aller untersuchten Kinder karies- und füllungsfrei sind.

Visuskontrollen ergeben eine Zunahme bei den Amblyopien (Sehschwächen)

Bei den Visuskontrollen fällt auf, dass relativ viele Amblyopien festgestellt wurden. Von 390 untersuchten Kindern wiesen 25 (6.41 Prozent) einen Befund auf, davon bei sechs Kindern eine schwere Sehschwäche. Es zeigt sich, wie wichtig diese Reihenuntersuche sind, damit rechtzeitig entsprechende Massnahmen eingeleitet werden können.

Gesundheit von Jugendlichen

Die Beratungsgespräche in den Abschlussklassen wurden in allen Gemeinden geschlechtergetrennt durchgeführt, was sich vor allem beim Thema Sexualität bewährte. Bei den jugendlichen Knaben waren die Schwerpunktthemen anders gewichtet als in den Mädchenklassen. In den Lektionen wurde darauf hingewiesen, wo Jugendliche entsprechende Hilfe oder Informationen holen können. Die Auswertungen zeigen, dass die

Klassen im Allgemeinen gut motiviert sind und aktiv an den Klassengesprächen teilnehmen.

Aus den Berichten zu den Beratungsgesprächen geht hervor, dass viele Jugendliche ihre Freizeit mit körperlichen Aktivitäten verbringen und ein grosser Anteil der Jugendlichen alkohol- und tabakabstinent ist. Die vier häufigsten besprochenen Themen waren Alkohol, Sexualität, Ernährung und Zukunftsängste. Am häufigsten wurde die Thematik *Alkohol* erwähnt (in fünf von sieben Gemeinden). Die Thematik wird auch von den Berater:innen als vordringliches Problem beschrieben. Die Lektionen wurden daraufhin so gestaltet, dass über die Themen Alkohol und dessen Wirkung, Alkoholmenge, Reduktion von Alkoholkonsum, Abhängigkeit, regelmässiges Rauschtrinken mit Kollegen, die Gefahren und Auswirkungen informiert und diese mit den Schülern und Schülerinnen diskutiert wurden. Weiter wurde in den Berichten darauf hingewiesen, dass die Gefährlichkeit von Alkohol von Jugendlichen deutlich unterschätzt wird.

Wie beim Alkohol wurde das Thema *Tabakkonsum* häufig erwähnt und mit den Jugendlichen die Suchtproblematik besprochen. Gemäss einigen Berichten bezeichnen sich fast die Hälfte der Klassen als Nichtraucher. Die anderen Hälften teilen sich auf in gelegentliche und regelmässige Raucher. Viele äusserten auch den Wunsch, mit dem Rauchen aufzuhören.

Beim Thema *Sexualität* wurden viele Fragen zum Thema Antikonception, Schwangerschaftsabbruch angegangen, dies hauptsächlich bei den jugendlichen Frauen. Geschlechtskrankheiten, HIV oder Homosexualität waren weitere Themen. Von einigen Ärzten wurde bemerkt, dass bei den Jugendlichen ein hoher Wissensstand zum Thema HIV und Aids besteht und die Schulen dieses Thema ausreichend und gut bearbeiten. Es zeigt sich vor allem beim Thema Sexualität, dass die Beratungsgespräche geschlechtergetrennt stattfinden müssen.

Das Thema *Ernährung* ist bei den Jugendlichen aktuell. Erwähnt wurden speziell Ernährung und Sport, Ernährung und Gesundheit, Gewichtsabnahme, Essverhalten und Essstörungen. Festgestellt wurde auch, dass nur etwa die Hälfte der Jugendlichen ein tägliches Frühstück einnimmt.

Gewalt wird von den Jugendlichen überraschenderweise nicht unbedingt als Problem empfunden. Lediglich in zwei Klassen wurde das Thema aufgegriffen (Gewalt und Rassismus).

Bei der *Gesundheitspflege* wurde speziell die Zahnpflege erwähnt. Sie soll anscheinend „in“ sein, entgegen der aktuellen Kariesentwicklung.

Zukunftsängste haben Jugendliche vor allem, weil sie unsicher sind, ob sie eine Lehrstelle finden.

Die aus den Beratungsgesprächen ersichtlichen Trends und Feststellungen liegen im nationalen Vergleich der im Frühling 2004 veröffentlichten Studien SMASH* und HBSC** zu Gesundheit und Lebensstil von Jugendlichen.

Der Schulgesundheitsdienst arbeitet eng mit der Fachstelle Gesundheitsförderung und Prävention OW/NW zusammen. Die Fachstelle lancierte bereits Projekte, wie z.B. Alkoholprävention und Jugendschutz, Gewalt, Essstörungen, Ernährung für die verschiedenen Lebenswelten (Schulen, Gemeinden, Vereine und Betriebe) oder nahm sie in die Planung auf.

* Die SMASH-Studie wurde bei 7428 Jugendlichen von 16 bis 20 Jahren in öffentlichen Mittel- oder Berufsschulen vom Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Lausanne durchgeführt und veröffentlicht.

**Die HBSC-Studie wird alle vier Jahre durch die Weltgesundheitsorganisation in 36 Ländern durchgeführt. 10 115 Jugendliche von 11 bis 16 Jahren (obligatorische Schule, ganze Schweiz) haben daran teilgenommen. Verantwortliche für die Studie in der Schweiz ist die Fachstelle für Alkohol und andere Drogenprobleme (SFA) in Lausanne.

Gemeinsame Weiterbildung im Bereich der Schulzahnpflege

Die zweite gemeinsame Weiterbildung für die Schulzahnpflegehelferinnen der Kantone Obwalden, Nidwalden und Uri fand turnusgemäss in Obwalden statt. Die Weiterbildung bietet eine Plattform für den aktiven Erfahrungsaustausch. Nebst den Schulzahnpflegehelferinnen wurden auch Lehrpersonen eingeladen, sich mit den aktuellen Themen wie „Ernährung und Konsumverhalten von Kindern und Jugendlichen“ sowie „Ernährung in der Schule – Schnittstellen zwischen Lehrpersonen und der Schulzahnpflegehelferinnen“ auseinander zu setzen.

Kantonsarzt

Im Jahre 2004 wurden vom Kantonsarzt 1 228 (Vorjahr 1 252) Kostengutsprache gesuche für stationäre ausserkantonale Spitalaufenthalte beurteilt. 27 Prozent davon mussten aufgrund einer fehlenden medizinischen Indikation abgelehnt werden. Die Anzahl abgelehnter Kostengutsprache gesuche ist damit gegenüber dem Vorjahr um 4 Prozent gestiegen.

Im Rahmen der schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren in Engelberg trafen sich auch die Kantonsärztinnen und Kantonsärzte sowie die Kantonsapothekerinnen und Kantonsapotheker mit Mitarbeitern des BAG zu ihrer Jahressitzung. Hauptthema der Konferenz waren insbesondere der Informationsaustausch über die Probleme bei aktuellen Infektionskrankheiten (Grippeprävention, Masernepidemie, SARS und Vogelgrippe, Tuberkuloseerkrankungen in der Schweiz).

Sozialamt

Das Sozialamt fördert und koordiniert die private und öffentliche Sozialhilfe durch Beratung von Behörden und Sozialdiensten. Es führt besondere Beratungs- und Vermittlungsdienste (Alkohol- und Drogenberatung, Jugend- und Elternberatung, Opferhilfeberatung, Ehe- und Familienberatung, Behindertenberatung, Betagtenberatung, Beratung Psychischkranker) oder überträgt sie an private Institutionen. Das Sozialamt beaufsichtigt Heime und Einrichtungen der Sozialhilfe und organisiert die Zuweisung und Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen.

Zielerreichung

| Jahresziele 2004 | Stand der Erfüllung |
|--|--|
| <p>22 Der Kanton beteiligt sich am Dienstleistungszentrum der Opferhilfe Zentralschweiz (Interkantonale Vereinbarung).</p> <p>Ein gemeinsames Familienleitbild Obwalden/Nidwalden zeigt Handlungsbedarf und vordringliche Massnahmen auf.</p> <p>Das „Tessinermodell“ ist in Bezug auf seine Wirkungen auf den Kanton Obwalden mit Vor- und Nachteilen geprüft.</p> <p>Die Projektphase der Kinder- und Jugendschutzgruppe ist ausgewertet.</p> | <p>Die interkantonale Arbeitsgruppe unterbreitete die Leistungsvereinbarung der Zentralschweizer Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz und stellte sie Ende 2004 den Kantonsregierungen Luzern, Obwalden, Nidwalden und Zug zur Stellungnahme zu.</p> <p>Das Familienleitbild für die Kantone Obwalden und Nidwalden liegt vor. Im Januar 2004 fand eine Vernehmlassungskonferenz statt und von Februar 2004 bis Ende Mai 2004 wurde das Vernehmlassungsverfahren durchgeführt. Infolge fehlender Ressourcen konnte die Botschaft für den Kantonsrat bis Ende Jahr 2004 nicht realisiert werden.</p> <p>Der Regierungsrat nahm Kenntnis vom Bericht vom August 2003 und stimmte der Realisierung einer spezialisierten Kinder- und Jugendschutzgruppe zu.</p> |

Die Kinder- und Jugendschutzgruppe stärkt den Kinderschutz in Obwalden

Vormundschafts-, Sozial- und Schulbehörden der Gemeinden wandten sich in acht Fällen, bei welchen es galt, Kindsmisshandlung und/oder -vernachlässigung abzuklären, an die Kinder- und Jugendschutzgruppe des Kantons. In einzelnen Fällen fanden bis zu drei Sitzungen statt.

Die Kinder- und Jugendschutzgruppe bringt alle beteiligten Behörden an einen Tisch und koordiniert das weitere Vorgehen. Dank der Zusammensetzung der Arbeitsgruppe kommen psychologische, soziale, medizinische und juristische Argumente zum Tragen. So können aus den verschiedensten Blickwinkeln individuelle Lösungsvorschläge für die betroffenen Behörden erarbeitet werden, welche schlussendlich dem Opfer zugute kommen. Nebst dem Schutz der Opfer muss auch dem Täter ein entsprechendes Hilfsangebot unterbreitet werden, um unberechenbaren Reaktionen vorzubeugen.

Mitglieder von Vormundschaftsbehörden bildeten sich weiter

Anlässlich einer eintägigen Weiterbildung, organisiert vom kantonalen Sozialamt und dem Sozialdienst Engelberg, wurden die Themen „Entmündigung und Vormundschaft“, „Fürsorgereische Freiheitsentziehung“ und „Vormundschaftliche Massnahmen bei Kindern“ zur Sprache gebracht. Rund 40 Personen (Gemeinderäte, Gemeinderätinnen, Gemeindeschreiber und Mitarbeitende von Sozialdiensten) interessierten sich für diese Thematik. Die Weiterbildung soll dazu beitragen, dass die Vormundschaftsbehörden eine einheitliche Praxis entwickeln, und dass die Verantwortung und Zuständigkeit der Vormundschaftsbehörden, der Strafuntersuchungsbehörden und der freiwilligen Beratungsstellen (Jugend- und Elternberatung, Suchtberatung, Pro Infirmis, usw.) geklärt sind.

Zweite offizielle Sozialkonferenz „Was ist uns die Jugend wert?“

Die diesjährige Sozialkonferenz fand im Schul- und Therapieheim der Stiftung Juvenat statt, welche ihr fünfjähriges Bestehen feiern durfte. Mit der institutionalisierten Sozialkonferenz soll die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure optimiert werden. Die Konferenz soll nebst einem guten Informationsaustausch auch dazu beitragen, die Synergien zwischen den privaten und staatlichen Bereichen besser zu nutzen und abzusprechen, aber auch, das persönliche Kennenlernen der Fachpersonen zu fördern.

Die 45 anwesenden Personen repräsentierten rund 30 verschiedene Zuständigkeitsbereiche (staatlich und private Beratungsstellen, Vormundschaftsbehörden, Sozialkommissionen und Jugendkommissionen der Gemeinden, Pfarrämter, Arbeitsmarkt OW/NW, Regionales Arbeitsvermittlungszentrum (RAV), Schulbehörden, usw.). Die Anwesenden erlebten einen interessanten Vormittag mit dem Verein Spuntan, Notaufnahme und begleitetes Wohnen für junge Menschen aus Obwalden und Nidwalden und der Stiftung Juvenat. Die Projektgruppe „artos“ stellte ihr Projekt für ein kantonales Jugend- und Kulturzentrum Obwalden vor und die Arbeitsgruppe der Jugendhilfekommission das Projekt „Offene Jugendarbeit Obwalden“. Mit der diesjährigen Sozialkonferenz gelang es, die verschiedensten Institutionen und verantwortlichen Personen für das Thema Jugend im Kanton Obwalden zu sensibilisieren und eine optimale Vernetzung zu fördern.

Nationale und internationale Adoptionen

Nachdem auf den 1. Januar 2003 das Bundesgesetz vom 22. Juni 2001 zum „Haager Adoptionsübereinkommen“ mit den Massnahmen zum Schutz des Kindes bei internationalen Adoptionen in Kraft getreten war, wurde mit Beschluss des Regierungsrates vom 1. April 2003 einer Leistungsvereinbarung für internationale Adoptionen mit der Schweizerischen Fachstelle für Adoptionen, Zürich, zugestimmt. Mit Beschluss vom 20. April 2004 wurden die nötigen Anpassungen auf kantonaler Ebene, insbesondere die Einrichtung einer zentralen Behörde, vorgenommen. Die Einwohnergemeinden wurden damit von der Aufgabe der Erteilung der Pflegeplatzbewilligungen zum Zweck einer späteren Adoption befreit.

Die Eignungsabklärung von adoptionswilligen Eltern für eine nationale Adoption wurde ebenfalls der Fachstelle für Adoptionen übertragen. Die Fachstelle verfügt über grosse Erfahrung und Fachkompetenz, sodass nationale und internationale Adoptionen nach

denselben Standards geprüft werden können. Im Jahr 2004 wurde bei fünf Kindern und einer erwachsenen Person die Adoption vollzogen.

Von der Interkantonalen Heimvereinbarung IHV zur Interkantonalen Vereinbarung für Soziale Einrichtungen IVSE

Auf den 1. Januar 1987 war der Kanton Obwalden der Interkantonalen Heimvereinbarung über Vergütungen an Betriebsdefizite und die Zusammenarbeit zu Gunsten von Kinder- und Jugendheimen sowie den Behinderteneinrichtungen (Heimvereinbarung IHV) beigetreten. Die Heimvereinbarung hat sich bis heute als verbindliches Regelwerk für das Kostengutsprache- und Abrechnungsverfahren bei ausserkantonalen Heimplatzierungen bewährt und ist insbesondere in Kantonen mit eingeschränktem Heimangebot unverzichtbar. Da jedoch zunehmend auch Mängel bemerkbar wurden, erarbeitete die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) mit der Interkantonalen Vereinbarung für Soziale Einrichtungen (IVSE) ein neues Vertragswerk. Der Kanton Obwalden kündigte die IHV und wird per 1. Januar 2006 der IVSE in den Bereichen A (Einrichtungen für Kinder und Jugendliche), B (Einrichtungen für Erwachsene) und D (Sonderschulen) beitreten. Der Bereich C (stationäre Therapie- und Rehabilitationsangebote im Suchtbereich) bleibt wie bisher in der Kompetenz der Gemeinden. Aufgrund der finanziellen Lage des Kantons ist die Übernahme einer neuen Aufgabe, verbunden mit finanziellen Mehraufwendungen, nicht möglich.

Die Aktenführung der Beratungsstellen wird vereinheitlicht

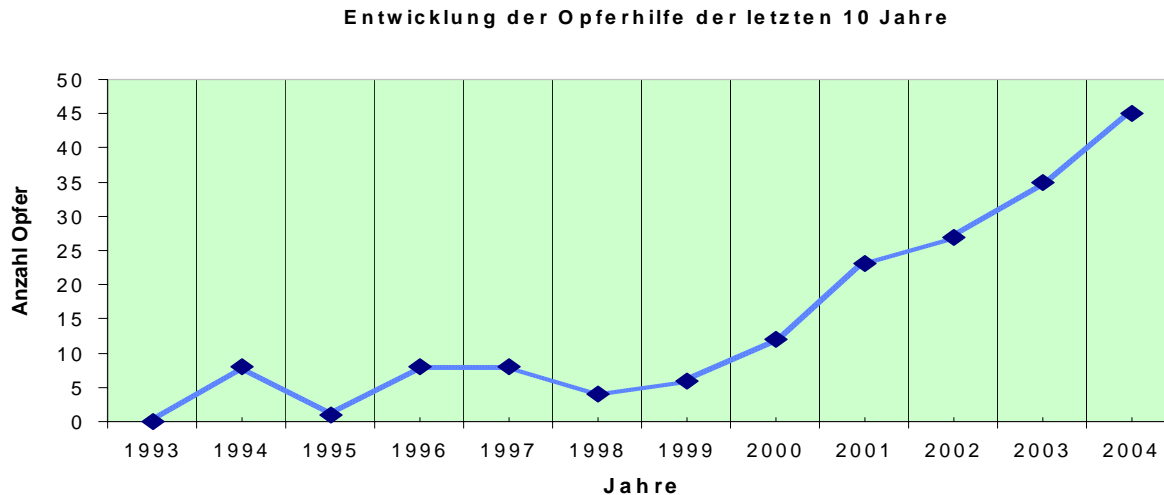
Unter Aktenführung im Sozialbereich wird das Erfassen der Personalien der Klientinnen und Klienten und die Dokumentation des Beratungsprozesses verstanden. Die Aktenführung dient verschiedenen Zwecken, zum Beispiel als Orientierungshilfe im Beratungsverlauf, als Informationsquelle für spätere Auskünfte; sie kann Bestandteil des Controllings oder als Basis für statistische Auswertungen dienen. Die Aktenführung unterliegt strengen Richtlinien des Datenschutzes.

Für die spezialisierten Beratungsstellen des Sozialamtes, Suchtberatung und Jugend- und Elternberatung, wurde im Jahr 2003 ein gemeinsames elektronisches Aktenführungsprogramm angeschafft. Diese Software wurde im Verlauf des Jahres 2004 den Bedürfnissen und Realitäten unserer Organisation angepasst und ausprobiert. Ab Januar 2005 arbeiten die Beratungsstellen verbindlich mit dem neuen Aktenführungsprogramm.

Mehr Frauen als Männer nahmen die Opferhilfeberatungsstelle in Anspruch

Seit Januar 2004 stehen auf der Opferhilfeberatungsstelle Obwalden eine Frau und ein Mann für Beratungen zur Verfügung. Da die Mehrheit der Opfer Frauen sind und diese mehrheitlich durch Männer Gewalt erfahren haben, entspricht das neue Angebot der Nachfrage. Im laufenden Jahr wurden 45 Personen beraten, davon waren 30 Frauen.

Entwicklung der Opferhilfe



Suchtberatung

Hohe Fallzahlen und vielfältige Beratungstätigkeit

Die Fallzahlen für Beratung im legalen und illegalen Suchtbereich sind unvermindert hoch. Leicht angestiegen, von 46 im Jahr 2003 auf 56 im Jahr 2004, ist die Anzahl der Klientinnen und Klienten, die an einer Substitutionstherapie teilnehmen (Methadon oder Subutex).

Beratungsfälle legaler Drogen

| | 1999 | 2003 | 2004 |
|----------------------------|-----------|-----------|-----------|
| * Alkoholberatungen | | | |
| ** Männer | | | |
| Bestand Anfang Jahr | 20 | 25 | 29 |
| Neuaufnahmen | 14 | 33 | 21 |
| Total Fälle | 34 | 58 | 50 |
| Abschlüsse | 15 | 29 | 25 |
| Bestand Ende Jahr | 19 | 29 | 25 |
| ** Frauen | | | |
| Bestand Anfang Jahr | 8 | 7 | 7 |
| Neuaufnahmen | 9 | 13 | 20 |

| | | | |
|--------------------------|-----------|-----------|-----------|
| Total Fälle | 17 | 20 | 27 |
| Abschlüsse | 6 | 13 | 12 |
| Bestand Ende Jahr | 11 | 7 | 15 |

* Anmerkung: In den Fallzahlen der Statistik sind auch einige wenige Fälle von Glücksspielsucht erfasst.

** inkl. Beratungen für Angehörige und beruflich Vorgesetzte

Beratungsfälle illegaler Drogen

| | 1999 | 2003 | 2004 |
|---|-------------|-------------|-------------|
| ** Männer | | | |
| Bestand Anfang Jahr | 5 | 22 | 22 |
| Neuaufnahmen | 31 | 13 | 16 |
| Total Fälle | 36 | 35 | 38 |
| <i>(Vom Total sind im Methadonprogramm)</i> | <i>(25)</i> | <i>(27)</i> | <i>(30)</i> |
| Abschlüsse | 8 | 13 | 7 |
| Bestand Ende Jahr | 28 | 22 | 31 |
| ** Frauen | | | |
| Bestand Anfang Jahr | 3 | 7 | 8 |
| Neuaufnahmen | 18 | 4 | 10 |
| Total Fälle | 21 | 11 | 18 |
| <i>(Vom Total sind im Methadonprogramm)</i> | <i>(6)</i> | <i>(10)</i> | <i>(11)</i> |
| Abschlüsse | 12 | 3 | 4 |
| Bestand Ende Jahr | 9 | 8 | 14 |

** inkl. Beratungen für Angehörige und beruflich Vorgesetzte

Hinter diesen Fallzahlen verbergen sich Beratungsgespräche mit den Betroffenen, alleine oder mit Angehörigen. Die Beratungsstelle wird auf Initiative der betroffenen Person selbst, auf Vermittlung von Hausärzten oder privaten Bezugspersonen und - eher selten - von Personalverantwortlichen der Arbeitsstelle aufgesucht. Die Gespräche beginnen mit den unterschiedlichsten Anliegen und Fragestellungen, zielen letztlich aber alle auf ein zweifaches Ziel hin, nämlich die Verringerung der Suchtbelastung und Verbesserung der persönlichen Lebensqualität. Eine Hauptaufgabe der Suchtberatung ist die Vermittlung zwischen ihrer Klientenschaft und der Ärzteschaft/Spital, den sozialen Institutionen von Kanton und Gemeinden, Invalidenversicherung oder anderen Verwaltungsbehörden sowie privaten Hilfswerken.

Die Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft und dem Kantonsarzt ist gut eingespielt.

Zusammenarbeit mit dem RAV wird optimiert

Auf Einladung des regionalen Arbeitsvermittlungszentrums (RAV) in Hergiswil stellte die Suchtberatung gemeinsam mit der Fachstelle für Suchtfragen in Nidwalden am 31. März 2004 ihren Leistungsauftrag und konkrete Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei Suchtmittelmissbrauch vor.

Die Herausforderung: Kinder in suchtblasteten Familien

Der 8. Schweizerische Solidaritätstag für Menschen mit Alkoholproblemen (11. November 2004) gab mit dem Thema "Häufig vergessenes Leiden – Kinder von Alkoholabhängigen" den Anstoss für ein fachstellenübergreifendes Projekt.

Seit einigen Jahren liegen Studienergebnisse zu der Frage vor, welche Faktoren in der Familie oder der Umgebung dazu beitragen können, dass Kinder mit einem suchtkranken Elternteil ihre Kindheit und Jugend relativ stabil und psychisch gesund erleben, ohne aber die gezielte Unterstützung von Fachpersonen in Anspruch zu nehmen. Diese Erkenntnisse wurden von der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol und andere Suchtprobleme (SFA/ISPA) in einer Informationsbroschüre für die breite Öffentlichkeit aufgearbeitet und mit einem Leitfaden für einen hilfreichen Umgang mit betroffenen Familien und deren Kindern/Jugendlichen ergänzt.

Der Versand dieser Broschüre ging in Obwalden an etwa 250 Personen, die durch ihre berufliche Tätigkeit mit grosser Wahrscheinlichkeit Kontakt zu alkoholbelasteten Familien haben, wie zum Beispiel Anwälte und Anwältinnen, Lehrpersonen, Personen mit medizinischen und paramedizinischen Berufen, Mitarbeitende von sozialen und kirchlichen Institutionen. Konsequenz zu den fachlichen Erfordernissen haben sich denn auch die Suchtberatung, die Jugend- und Elternberatung und der Schulpsychologische Dienst gleichermassen als Ansprechpartner für Ratsuchende zur Verfügung gestellt und ihre Telefonnummern und eMail-Adressen über Kleinplakate publiziert. Für präventive Anliegen war auch die Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention Obwalden und Nidwalden vertreten.

Ärztefortbildung im Foyer des Kantonsspitals

Zum fünften Mal konnten die Suchtfachstellen der Kantone Uri, Obwalden und Nidwalden am 18. November 2004 die Ärzteschaft zu ihrer jährlichen Weiterbildung im Suchtbereich einladen. Der interaktive Workshop "Risikoreicher Alkoholkonsum - erkenne ich ihn in der Praxis?", der von der Kampagne "Alles im Griff?" in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Gesundheit entwickelt worden ist, fand das Interesse von etwa zwanzig Teilnehmerinnen und Teilnehmern. In der Auswertung zeigte sich, dass dieser Workshop positiv aufgenommen wurde.

Jugend- und Elternberatung

Steigende Fallzahlen in der Beratungsarbeit

Die Zahlen aus der Jahresstatistik belegen wiederum eine leichte Zunahme der Beratungen von 210 gegenüber dem Vorjahr von

197. Der grösste Teil davon entfällt auf die Sequenz von einem bis vier Beratungsgesprächen pro Person, nämlich 150. Das trifft sowohl auf Jugendliche wie Eltern zu.

Insgesamt wurden mehr Eltern als Jugendliche beraten, nämlich 110 Personen. Dies dokumentiert einerseits das Bedürfnis der Eltern nach Unterstützung in Erziehungsfragen, wie auch die Bemühungen, Eltern in den Beratungsprozess mit einzubeziehen. Es ist wenig sinnvoll, wenn in den Gesprächen mit Jugendlichen ihre Situation geklärt wird und Lösungen erarbeitet werden, wenn diese von den Eltern schlussendlich nicht mitgetragen werden. Vielmehr ist es Aufgabe der Fachstelle, gemeinsam die Anstrengungen der gegenseitigen Verständigung und des gemeinsamen Entwickelns von Lösungsansätzen zu unterstützen. Je nach Fragestellung werden auch das weitere Umfeld, wie Schule oder Lehrbetrieb, in die Beratungen mit einbezogen.

Im 2004 wurden neu auch Beratungen zu Fragen rund um den Cannabismissbrauch und riskanten Alkoholkonsum bei jungen Leuten von der Jugend- und Elternberatung übernommen. Es zeigte sich, dass der problematische Cannabiskonsum meist Anlass, selten jedoch das zentrale Problem im Beratungsprozess blieb.

Beratungsfälle Jugend- und Elternberatung

| | 2003 | 2004 |
|--------------------------|------------|------------|
| <i>Männer</i> | | |
| Bestand Anfang Jahr | 26 | 16 |
| Neuaufnahmen | 50 | 67 |
| Total Fälle | 76 | 83 |
| Abschlüsse | 60 | 54 |
| Bestand Ende Jahr | 16 | 29 |
| <i>Frauen</i> | | |
| Bestand Anfang Jahr | 38 | 33 |
| Neuaufnahmen | 86 | 94 |
| Total Fälle | 124 | 127 |
| Abschlüsse | 91 | 72 |
| Bestand Ende Jahr | 33 | 55 |

Beratungstätigkeit

| <i>Jugendliche und junge Erwachsene</i> | 2003 | 2004 |
|---|------|------|
| 1 - 4 mal | 61 | 67 |
| 5-10 mal | 21 | 20 |

| | | |
|---|------------|------------|
| > 10 mal | 14 | 13 |
| Total | 96 | 100 |
| Eltern | | |
| 1 - 4 mal | 78 | 83 |
| 5-10 mal | 14 | 21 |
| > 10 mal | 9 | 6 |
| Total | 101 | 110 |
| <i>Lehrpersonen, Lehrmeister und Lehrmeisterinnen, Behörden</i> | >50 | >50 |

Spannende Filmnacht mit der Medienkommission

Der Medienkommission war es ein Anliegen, Jugendliche zu motivieren, Filme nicht nur zu konsumieren, sondern diese selber zu gestalten. Gemeinsam mit interessierten Jugendlichen organisierte die Medienkommission die JUKO- Filmnacht im September 2004 im JUKO-Pavillon. Mit 18 gezeigten Filmen und mehr als 150 Besuchern und Besucherinnen war die Filmnacht ein voller Erfolg.

Wegen personellem Wechsel auf der Jugend- und Elternberatung fiel das Angebot „Schule und Kino“ im Schuljahr 2003/2004 aus, was allgemein bedauert wurde. Im Herbst wurden die Vorbereitungsarbeiten für die Filmreihe des Schuljahres 2004/2005 zum Thema „Musical“ gestartet.

Jugendhilfekommission erarbeitete ein Konzept zur offenen Jugendarbeit

Das Schwerpunktthema 2004 bildete das Fertigstellen des Konzepts „Offene Jugendarbeit Obwalden“. Am 10. Mai 2004 fand eine Informationsveranstaltung für alle Interessierten statt, und gleichzeitig wurde eine Vernehmlassung in den Gemeinden durchgeführt. Die Ideen und Hinweise aus der Veranstaltung und der Vernehmlassung flossen in die Endfassung ein. Am 21. September 2004 konnte das Konzept dem Regierungsrat vorgestellt werden.

Neuer Kulturraum für Jugendliche im Kanton Obwalden

Eine engagierte Gruppe Jugendlicher schloss sich zum Verein „artos“ zusammen mit dem Ziel, einen neuen Jugendkulturraum in Obwalden zu schaffen. Im Schützenhaus Sarnen im Riedli, das einen neuen Verwendungszweck sucht, fanden sie ein geeignetes Objekt. In der Realisierung ihrer Pläne werden sie von der Gemeinde Sarnen und unter anderen auch von der kantonalen Jugendhilfekommission unterstützt.

Zusammenarbeit mit der Pro Juventute wird optimiert

Die Jugendhilfekommission lud eine Delegation des Vereins „Junges Obwalden“ und den Präsidenten der Pro Juventute Obwalden zu einer Sitzung ein mit den Zielen, über die Tätigkeit gegenseitig informiert zu sein und Zusammenarbeitsfelder zu klären.

Asylkoordination

Neuer Leistungsvertrag mit der Caritas Schweiz

Der Kanton Obwalden schloss mit der Caritas Schweiz als Trägerin der Asyl- und Flüchtlingsstelle einen neuen Leistungsvertrag ab. Er tritt am 1. Januar 2005 in Kraft. Beibehalten wurden der Leistungsumfang und die Grundsätze in der Betreuung sowie die Abgeltung durch Pauschalen. Neu wurden die Rückstellungen innerhalb der Caritas limitiert und die Rückführung von Überschüssen an den Kanton geregelt.

Die Zusammenarbeit mit der Caritas ist erfolgreich

Das Bundesamt für Flüchtlinge BFF nahm am 4. November 2003 eine Systemprüfung im Asylbereich vor. Dabei wurden die organisatorischen Abläufe und Kontrollsysteme, die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Partnern, die korrekte Umsetzung der Kreisschreiben des BFF sowie die Finanzflüsse geprüft. Stichprobenweise vorgenommene Einzelfallprüfungen vervollständigten die Revision. Der definitive Bericht des BFF liegt mit Datum vom 16. November 2004 vor. Der Asyl- und Flüchtlingsstelle sowie der Asylkoordination wurde ein exzellentes Zeugnis ausgestellt. Rückzahlungen an den Bund, wie es in anderen Kantonen der Fall war, mussten keine vorgenommen werden.

Durch die Verschärfung der Bestimmungen im Asylgesetz wurden weniger asylsuchende Personen auf die Kantone verteilt. Ende Dezember 2004 lebten 12% weniger Asylsuchende in Obwalden als Ende Dezember 2003 (2003: 239 Personen, 2004: 209 Personen). In den Caritas eigenen Wohnungen waren sogar 26% weniger Personen untergebracht (2003: 181 Personen, 2004: 134 Personen). Die Asyl- und Flüchtlingsstelle Obwalden reagierte auf diese Tendenz mit Personalabbau und durch Kündigung von verschiedenen Unterkünften mit total 31 Plätzen. Dabei zeigte sich ein weiteres Mal, dass der Kanton Obwalden mit seinem dezentralen Modell und kleinen Wohneinheiten äusserst flexibel, präzise und schnell auf Veränderungen reagieren kann.

Seit 2001 besteht eine Vereinbarung über die gemeinsame Durchführung von Beschäftigungs- und Ausbildungsprogrammen für Asylsuchende der Kantone Obwalden und Nidwalden. Die Caritas Asyl- und Flüchtlingsstelle Obwalden ist mit der Durchführung und Evaluation der Kurse beauftragt. Mit einem Schneiderkurs ist ein frauenspezifisches Angebot vorhanden, das aber auch Männern offen steht und von ihnen auch benützt wird. Die Computerkurse sind vor allem bei Männern beliebt. Die Kurse werden ausschliesslich durch die Beschäftigungspauschale des Bundesamtes für Flüchtlinge BFF finanziert. Das Ziel der Beschäftigungs- und Ausbildungskurse ist einerseits, in Sachbereichen Kenntnisse zu vermitteln und Verhaltensweisen wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Genauigkeit, die in schweizerischen Arbeitsverhältnissen verlangt werden, zu üben. Andererseits bieten sie aber auch eine Tagesstruktur, die vor allem bei längerer Erwerbslosigkeit den Betroffenen Kontakte ermöglicht und Halt bietet.

Asylsuchende arbeiten im Forst

Die Asyl- und Flüchtlingsstelle Obwalden organisiert zusätzlich zu den Beschäftigungs- und Ausbildungsprogrammen auch seit Jahren gemeinnützige Einsätze. So halfen Asylsuchende bei Aufräumarbeiten im Kernser Wald und bei der Sanierung von Wanderwegen in Sachseln. Asylsuchende unterstützten so mit ihrem

Arbeitseinsatz die Wiedereröffnung des Wanderweges zum Älggi. Übers ganze Jahr verteilt fanden fünf Einsätze statt, dabei leisteten 55 Personen insgesamt 2 548 Arbeitsstunden. Die Asylsuchenden erhalten für ihren Arbeitseinsatz 3 Franken pro Stunde als Motivationszulage. Die gesamten Kosten für die gemeinnützigen Einsätze (Motivationszulage, Sozialversicherungsbeiträge, ausreichendes Schuhwerk, Transport, Akquisition von Einsatzmöglichkeiten, Projektbegleitkosten etc.) beliefen sich auf knapp 20 000 Franken und werden ebenfalls durch Gelder des Bundesamtes für Flüchtlinge BFF finanziert.

Die Asylpolitik wird zu Lasten der Kantone verschärft

Mit dem Entlastungsprogramm EP 03 des Bundes im Asylbereich wurden ab 1. April 2004 Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid NEE aus der Fürsorge des Bundes ausgeschlossen. Die betroffenen Personen sind angehalten, die Schweiz eigenverantwortlich zu verlassen. Für Personen, die dieser Aufforderung nicht nachkommen, müssen die Gemeinden nach Art. 12 der Bundesverfassung auf Anfrage hin Nothilfe leisten. Die Gemeinden betreiben seit Oktober 2004 gemeinsam eine Notunterkunft in Alpnach. Die Asylkoordination erarbeitete in Zusammenarbeit mit der Abteilung Migration eine Empfehlung, die auf einem Konzept basiert, das die Beschaffung von Identitätspapieren und damit die Ausreise in den Vordergrund stellt. Die Auswirkungen des EP 03 im Asylbereich werden gesamtschweizerisch durch ein dreijähriges Monitoring überwacht.

Für unbegleitete minderjährige Asylsuchende bestehen besondere Vorschriften

Im Jahresverlauf wurden dem Kanton Obwalden sechs unbegleitete minderjährige Asylsuchende zugeteilt. Die Asylkoordinatorin übernimmt als Vertrauensperson bis zur Errichtung einer vormundschaftlichen Massnahme die Begleitung dieser Personen im Asylverfahren. Diese Begleitung beinhaltet vor allem die Teilnahme an der Befragung zu den Asylgründen, aber auch die Einreichung einer Beschwerde bei negativem Entscheid und anderes. Im Jahr 2004 mussten für diese Aufgabe 43 Arbeitsstunden aufgewendet werden.

Verhöramt

Das Verhöramt führt die Strafuntersuchungen gegen Erwachsene. Soweit es für den Untersuchungszweck notwendig ist, kann es beim Polizeikommando Polizeiorgane zur Mitwirkung auffordern. Das Verhöramt stellt Strafbefehle aus (Bussen und Freiheitsstrafen bis zu drei Monaten), verfügt die Einstellung des Verfahrens oder beantragt der Staatsanwaltschaft die Überweisung an das Gericht. Verfahrenseinstellungen bedürfen der Genehmigung durch den Staatsanwalt. Gegen Strafbefehle betreffend Vergehen und Verbrechen kann der Staatsanwalt Einsprache erklären. Das Verhöramt ist ausserdem zuständig für die Verfügung der Administrativmassnahmen gemäss Strassenverkehrsgesetz (Verwarnung und Führerausweisentzüge). Im weiteren obliegt dem Verhöramt die Erledigung der Rechtshilfebegehren auswärtiger Strafbehörden sowie die Aufsicht über die Haftlokalitäten und die Behandlung der Untersuchungsgefangenen.

Zielerreichung

| Amtsziele | Stand der Erfüllung |
|---|---|
| Die Reorganisation der TRIBUNA-Datenbank (plus Update) ist abgeschlossen. Langjährige Pendenzen sind abgebaut. | Konnte weitgehend abgeschlossen werden. Das Verhöramt konnte im Berichtsjahr langjährige Pendenzen markant abbauen. (Von den insgesamt 81 hängigen Fälle der Jahre 1995 bis 2002 konnten 47 erledigt werden, sodass sich diese Pendezenz auf 34 Fälle reduziert hat. Die 219 Fälle aus dem Jahr 2003 konnten auf 64 reduziert werden. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 2462 Fälle erledigt.) |

Amtsleitung

Eingänge und Erledigungen beim Verhöramt

Im Jahr 2004 gingen beim Verhöramt 2642 neue Fälle ein. Zusammen mit den penden- ten Fällen der Vorjahre ergab dies eine Geschäftslast von 2942 Fällen. Von diesen konnten 2462 Fälle im Laufe des Jahres erledigt werden.

Die Bearbeitung der Altlasten erwies sich als besonders zeitintensiv, da es sich haupt- sächlich um umfangreiche und komplexe Fälle handelte.

Auffallend ist, dass Ende 2004 insgesamt 545 unerledigte Fälle zu verzeichnen waren, während es Ende 2003 nur 300 waren. Die Ursache liegt vornehmlich im Sekretariat, welches mit der Verarbeitung der kleineren Übertretungstatbestände im Rückstand ist.

Strafuntersuchungen

Der Brand vom 20. Januar 2004 des Sporthotels Kurhaus, Melchsee-Frutt, hatte ein umfangreiches und intensives Strafuntersuchungsverfahren zur Folge. Dies führte zu einer massiven Beanspruchung der personellen Ressourcen des Verhöramtes. Mit einem Verfahrensabschluss dieses Falles kann voraussichtlich erst im Jahr 2005 gerechnet werden.

Die Mehrheit der eingegangenen 2642 Strafuntersuchungen betrafen wiederum Delikte des Strassenverkehrs. Bei den restlichen zu untersuchenden Delikten handelte es sich grösstenteils um Eigentumsdelikte sowie Delikte gegen Leib und Leben wie Tötlichkeiten und Körperverletzungen. Einen kleineren Teil der vom Verhöramt behandelten Fällen machten verschiedene Widerhandlungen gegen die Nebenstrafgesetzgebung aus (wie zum Beispiel das Betäubungsmittelgesetz, das Bundesgesetz über den Aufenthalt und die Niederlassung der Ausländer, das Umweltschutzgesetz und das Gesetz über das kantonale Strafrecht).

Administrativmassnahmeverfahren

Gemäss Statistik des Bundesamtes für Strassen verfügte das Verhöramt im Administrativmassnahmeverfahren nach Strassenverkehrsgesetz 268 Führerausweisentzüge wegen Verkehrsregelverletzungen. Im Vorjahr waren es noch 313 Führerausweisentzüge. Wegen Fahrens in angetrunkenem Zustand wurde 78 Autofahrern und -fahrerinnen der Führerausweis entzogen (2003: 96). 33 Personen musste der Führerausweis wegen nicht gegebener Fahreignung auf unbestimmte Zeit entzogen werden (2003: 38 Personen). Insgesamt wurden 349 Verwarnungen ausgesprochen (2003: 438).

Verhörerichter für Wirtschaftsdelikte

Zu Beginn des Jahres 2004 waren beim Verhöramt für Wirtschaftsdelikte fünf Fälle aus dem Kanton Obwalden pendent. Zwei davon konnten im Laufe des Jahres abgeschlossen werden, wobei ein Strafverfahren eingestellt und im zweiten Verfahren ein Überweisungsantrag an die Staatsanwaltschaft gestellt wurde. Zwei weitere Fälle stehen vor dem Abschluss und können im ersten Quartal 2005 an die Staatsanwaltschaft weitergegeben werden. Da im Jahr 2004 eine Strafuntersuchung neu zugewiesen wurde, waren per Ende Jahr vier Fälle aus dem Kanton Obwalden pendent. Insgesamt waren beim Verhöramt für Wirtschaftsdelikte zu diesem Zeitpunkt elf Fälle hängig. Der zeitliche Aufwand für den Kanton Obwalden lag mit 31 Prozent des Gesamtaufwandes leicht über dem Richtwert der Vereinbarung von 25 Prozent.

Der Verhörerichter für Wirtschaftsdelikte nimmt für die Kantone Nidwalden und Obwalden auch die Aufgabe als Meldestelle für Geldwäscherei wahr. Der Kanton Obwalden war im Berichtsjahr von einem geldwäschereiverdächtigen Vorgang betroffen.

Volkswirtschaftsdepartement

Das Volkswirtschaftsdepartement (VD) umfasst


| | Vollzeitstellen Ende | |
|-------------------------|----------------------|------|
| | 2003 | 2004 |
| Departementssekretariat | 1.6 | 1.6 |
| Volkswirtschaftsamt | 3.1 | 3.1 |
| Amt für Arbeit | 7.9 | 7.25 |
| Landwirtschaftsamt | 8.0 | 7,6 |

„Die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Obwalden ist vordringliches Ziel. Dazu gehören neben Neuansiedlungen auch der Kontakt zu den bestehenden Unternehmen. Das Kantonsmarketing mit den Säulen Steuerstrategie und Raumentwicklung unterstützt diese Anstrengungen.“

Regierungsrat Niklaus Bleiker, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements

Das Jahr 2004 in Zahlen

Die ständige Wohnbevölkerung ist erstmals seit Mitte der Siebzigerjahre nicht mehr gewachsen und beträgt Ende 2004 noch 33 505 Personen. Die ausländische Wohnbevölkerung ist um acht Personen gesunken. Es ist der erste Rückgang seit 1984.

Im Rahmen der Sensibilisierungskampagne "Alle anders - alle gleich"  für die Integration der ausländischen Einwohner und Einwohnerinnen wirken bis jetzt 61 Vereine aus Obwalden mit.

Die Arbeitslosenversicherung bezahlt im Kanton Obwalden Leistungen von mehr als neun Millionen Franken an die Versicherten aus.

1 899 Personen besuchten die landwirtschaftlichen Beratungsveranstaltungen.

In Obwalden gibt es laut Bundesinventar 84 sehr seltene Obstsorten von alten Hochstammobstbäumen.

Das Investitionsvolumen der mit Finanzhilfen unterstützten Strukturverbesserungen beträgt rund 13 Millionen Franken.

In Obwalden erhalten 701 (Vorjahr 703) landwirtschaftliche Betriebe Direktzahlungen. 27 Prozent davon betreiben Biolandbau.

An den öffentlichen Schlachtviehmärkten wurden 705 Tiere (Vorjahr 739) der Rindviehgattung und 1 445 Schafe (Vorjahr 1 444) vermarktet.

Die umgesetzten Regierungs- und Departementsziele im Überblick

| Jahresziele/Massnahmen/Investitions-vorhaben | Stand der Erfüllung |
|--|---|
| <p>23 Erste Imagekampagne ist durchgeführt, Beiträge an Dritte sind abgelöst.</p> <p>Die Mittel der Wohnbau- und Eigentumsförderung werden gekürzt.</p> | <p>Der Vorgehensplan für das Kantonsmarketing wurde im Regierungsrat besprochen. Die Umsetzung erster Massnahmen wurde zurückgestellt bis die Ausrichtung der Steuerstrategie und des Raumordnungskonzeptes festgelegt ist.</p> <p>Das Wohneigentumsförderungsgesetz kann wegen fehlender Mittel auf Bundesstufe nicht umgesetzt werden, die Wohnbausanierungsbeiträge werden noch bis Ende 2005 zugesichert.</p> |
| <p>Aufhebung oder Änderung der Verordnung für das Campieren</p> | <p>Das Geschäft wurde wegen vordringlicher Aufgaben zurückgestellt und soll 2005 bearbeitet werden.</p> |
| <p>24 Erstellung und Umsetzung des Agrarleitbildes</p> | <p>Das Agrarleitbild wurde vom Kantonsrat am 27. Juni 2004 verabschiedet. Die Umsetzung ist mit der Anpassung der Ausführungsbestimmungen wie mit gezielten Beratungen in die Wege geleitet.</p> |
| <p>25 Nachtrag zum Markt- und Gewerbe-gesetz sowie zur Verordnung (Anpassung an Bundesgesetz zum Gewerbe der Reisenden)</p> | <p>Vom Kantonsrat am 2./3. Dezember 2004 in erster Lesung verabschiedet</p> |
| <p>26 Sensibilisierungskampagne zur Integration der Ausländerinnen und Ausländer (zusammen mit dem Kanton Nidwalden)</p> | <p>61 Vereine konnten zur Umsetzung der Kampagne gewonnen werden. Der Kalender der Druckerei von Ah zeigt mit eindrücklichen Bildern die gelungene Integration von ausländischen Personen.</p> |

Die Leitidee 1 der Strategie- und Amtsdauerplanung des Regierungsrates: „Der Kanton Obwalden setzt auf eine Steigerung des Volkseinkommens durch Bevölkerungswachstum“ konnte 2004 nicht umgesetzt werden. Erstmals seit Mitte der Siebzigerjahre nahm die Bevölkerung ab. Betroffen sind insbesondere Giswil, Kerns und Engelberg. Einerseits sind aussergewöhnlich viele Todesfälle und weniger Geburten zu verzeichnen, andererseits übertreffen die Wegzüge die Zuzüge.

Departementsaussagen zu Querschnittsfragen

Organisationsentwicklung im Departement

Von Anfang an war vorgesehen, dass das Volkswirtschaftsdepartement in Phase II der Departementsorganisation Aufgaben von andern Departementen übernimmt. Auf den 1. Januar 2005 stossen der gesamte Sachbereich Umweltschutz und Fischerei, der Grundstückerwerb durch Personen im Ausland sowie das Boden- und Pachtrecht zum Volkswirtschaftsdepartement. Die möglichst optimale Zuordnung der Aufgaben mit der gleichzeitigen Umsetzung der generellen Aufgabenüberprüfung beanspruchte die Geschäftsleitung in erheblichem Ausmass. Der Sachbereich Umwelt wird in das Landwirtschaftsamt – künftig Amt für Landwirtschaft und Umwelt – eingegliedert. Dieses nimmt auch die Aufgaben des Boden- und Pachtrechts wahr. Der Grundstückerwerb durch Personen im Ausland ist dem Volkswirtschaftsamt zugeteilt. Da 2006 weitere Bereiche dazustossen – sicher sind es das Grundbuch und die Vermessung – ist die Neugestaltung des Departementes noch nicht abgeschlossen.

Zusammenarbeit Zentralschweiz

Die Zentralschweizer Regierungskonferenz hat den Bericht über die Zusammenarbeit im Bereich Eichwesen für das Teilprojekt "Übergangslösung" verabschiedet. Im Hinblick auf die Pensionierung des Eichmeisters im Kanton Obwalden ist mit dem Kanton Luzern eine Vereinbarung abgeschlossen worden, die den vorübergehenden Leistungseinkauf für den Vollzug des Messwesens zwischen den Kantonen Luzern und Obwalden regelt.

Mit der Zentralisierung der BVG- und Stiftungsaufsichtsbehörden der Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug sollen die immer komplexer werdenden Rahmenbedingungen in der beruflichen Vorsorge und im Stiftungsrecht besser bewältigt werden. Eine Mehrzahl der zuständigen Parlamente hat sich bereits für die Zentralisierung ausgesprochen, so auch der Kantonsrat von Obwalden. Die Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht mit Sitz in Luzern wird die operative Tätigkeit voraussichtlich am 1. Januar 2006 aufnehmen. Die Aufsicht über die klassischen Stiftungen wird davon nicht betroffen sein.

Die Zentralschweizer Regierungskonferenz entschied aufgrund eines Analyseberichtes die Zusammenarbeit im Integrationsbereich zu verstärken und gemeinsame Schritte zur Förderung der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung zu unternehmen. Auch der Kanton Obwalden wird in der Zentralschweizer Fachgruppe Integration Einsitz nehmen.

Zusammenarbeit Obwalden/Nidwalden

Mit Nidwalden und Uri wurde eine tripartite Arbeitsmarktkommission zur Überwachung des Entsendegesetzes eingesetzt. Die Vollzugsstelle befindet sich in Altdorf.

Im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) wurde zwischen den Vollzugsstellen der Invalidenversicherung, der wirtschaftlichen Sozialhilfe und der Arbeitslosenversicherung in Sarnen eine Informationskonferenz mit rund 80 teilnehmenden Personen aus beiden Kantonen durchgeführt.

Zusammenarbeit Kanton und Gemeinden

Im Zusammenhang mit dem Vollzug der Nichteintretensentscheide (NEE) bei Asylwerbenden wurde die notwendige minimale Struktur zusammen mit den Gemeinden organisiert.

Departementssekretariat

Das Departementssekretariat nimmt die Aufgaben der öffentlichen Wirtschaftsförderung wahr und ist Bindeglied für die Interkantonale Zusammenarbeit sowie Europafragen. Es unterstützt den Departementvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departementes, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrates, des Kantonsrates und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departementes, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling).

Zielerreichung

| Jahresziele | Stand der Erfüllung |
|--|--|
| Für die Imagekampagne liegt das Konzept vor. Ein Kantonsratsbeschluss zur Durchführung ist vorbereitet. Erste Aktionen laufen. | Die Umsetzung des Kantonsmarketing ist zurückgestellt, weil vorerst die Steuerstrategie und das Raumordnungskonzept vorliegen müssen. |
| Die Massnahmen der Wirtschaftsförderung sind mit der WFO abgesprochen, die Abläufe eingespielt. Es besteht ein aktueller internetfähiger Immobilienkataster. | Zwischen dem Geschäftsführer der WFO und dem Departementssekretär finden regelmässige Treffen zur Absprache statt. Der Immobilienkataster ist im Aufbau. |
| Der Einsitz im Ausschuss der SPZ ist mit Nidwalden bereinigt. | Übergabe im März 2004. |
| Die Geschäftskontrolle für das Departementssekretariat läuft auf Konsul. | Ende Jahr wurden zusätzlich die Regierungsgeschäfte der andern Ämter in die Geschäftskontrolle übernommen. |
| Die Sitzungsvorbereitung der Konferenz der Kantonsregierungen mit Internet-Übermittlung ist geregelt. | Die Vorbereitung erfolgt in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei. Die Geschäfte müssen zunehmend kurzfristig vorbereitet werden. |
| Sechs Betriebe sind mit der Geschäftsleitung besucht. Zu zehn weiteren besteht ein Kontakt. | Die Betriebsbesuche mit der Geschäftsleitung sowie weitere direkte Kontakte in Sachseln, Engelberg und Alpnach ergaben gute Rückmeldungen für die Verwaltung. Der Gesamtregierungsrat benutzte seine Besuche in den Gemeinden ebenfalls zum Kontakt mit den Unternehmen. |
| Das Wirtschaftsgespräch ist durchgeführt. | Weil das Kantonsmarketing noch nicht vorliegt, wurde das Wirtschaftsgespräch verschoben. |
| Die Ziele der wirtschaftlichen Landesversorgung sind erreicht. | Die Rückmeldung des Delegierten für wirtschaftliche Landesversorgung bestä- |

tigt die Wahrnehmung der Aufgaben. Die Verordnung über die wirtschaftliche Landesversorgung ist vom Kantonsrat verabschiedet. Die Heizölrationierung muss noch geregelt werden.

Erhebliche Ressourcen beanspruchten die ausserordentlichen Projekte Departementorganisation und generelle Aufgabenüberprüfung. Nachdem die für eine Verschiebung in Frage kommenden Aufgabenbereiche bestimmt waren, galt es, die Zuordnung mit den bestmöglichen Synergien für die Zukunft zu finden. Gleichzeitig musste in Betracht gezogen werden, dass die Phase II erst 2006 abgeschlossen wird, wenn auch das Grundbuch mit der Vermessung sowie allfällige weitere Aufgaben an das Volkswirtschaftsdepartement übergehen. Zudem zeichnet sich die Zusammenarbeit in der Zentralschweiz mit der Stiftungsaufsicht über die berufliche Vorsorge und im Messwesen ab. Aus diesen Gründen wurden die Aufgaben aus der Umwelt in das neu gestaltete Amt für Landwirtschaft und Umwelt verschoben. Ebenso wird das Boden- und Pachtrecht dort wahrgenommen. Der Grundstückerwerb durch Personen im Ausland ist dem Volkswirtschaftsamt übertragen. Weil mit der generellen Aufgabenüberprüfung Stellenprozentente einzusparen sind, war eine Neuordnung verschiedener Aufgaben unter den Mitarbeitenden notwendig. Diese Ziele konnten dank der Flexibilität der Mitarbeitenden erreicht werden. Das Departementssekretariat war in der Projektgruppe der generellen Aufgabenüberprüfung als Vertretung der Verwaltung beteiligt.

Durch die Breite der Tätigkeit des Departements zusammen mit der Stellvertretung des Bildungs- und Kulturdepartementes nahm die Vielfalt an Beschwerden zu. Im Ausländerrecht stehen der Familiennachzug und die Aufenthaltsbewilligung im Vordergrund, während bei der Landwirtschaft die Voraussetzungen für die Direktzahlungen zu Beschwerden führten.

Die Spendenkommission „Unwetter Sachseln 1997“ konnte ihre Aufgaben abschliessen mit der Zuweisung der letzten Mittel an die öffentliche Hand.

Kantonsmarketing als umfassende Gemeinschaftsaufgabe

Nachdem 2003 der Zuschlag für das Projekt „Kantonsmarketing“ an BHP Hanser und Partner in Zürich erfolgte, wurde das Vorgehen bestimmt. Das Ziel ist, durch Direktansprachen einkommens- und vermögensstarke Personen für Obwalden zu gewinnen. Die Umsetzung erfordert ein Zusammenwirken mit der Steuerstrategie des Regierungsrates und dem Raumordnungskonzept. Wenn die Grundzüge zu diesen beiden Teilbereichen anfangs 2005 vorliegen, kann mit der konkreten Umsetzung begonnen werden.

Zum Kantonsmarketing gehören auch verschiedene Informationsmittel. In Zusammenarbeit mit der Obwaldner Kantonalbank konnte „Obwalden in Zahlen“ internetfähig auf eine neue Grundlage gestellt werden. Für die Abgabe an Interessierte liegt eine gedruckte Fassung vor. Der Verein Wirtschaftsförderung Obwalden leitete die Herausgabe eines Flyers „Obwalden – Ihr Partner in der Zentralschweiz“ in Zusammenarbeit mit dem Finanzdepartement und dem Volkswirtschaftsdepartement in die Wege.

Vielfältige Wirtschaftsförderung

Neben der Mitwirkung in der Standortpromotion Zentralschweiz und bei „Standort:Schweiz“ des Staatssekretariates für Wirtschaft gab es verschiedene Projekte zu betreuen. Einen besonderen Einsatz erforderte der Erhalt von militärischen Arbeitsplätzen in Obwalden. Im März 2004 gab das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) die Rahmenbedingungen für den Abbau bei der Logistikbasis der Armee und bei der Luftwaffe bekannt. Aus der Konzentration der Logistik und der vorgesehenen Schliessung von Militärflugplätzen liess sich bald ableiten, dass die militärischen Arbeitsplätze in Obwalden erheblich betroffen sind. Nach den Vorschlägen des VBS, die am 6. Dezember 2004 vorgestellt wurden, sollen mit der Schliessung des eidgenössischen Zeughauses und der Aufhebung des Militärflugplatzes Alpnach beinahe sämtliche Militärarbeitsplätze in Obwalden aufgehoben werden. In enger Zusammenarbeit mit den militärischen Stellen und den eidgenössischen Parlamentariern wird angestrebt, die Helibasis Alpnach als Aussenstandort von Emmen und die Ausbildungsplätze beim eidgenössischen Zeughaus in Sarnen weiter zu nutzen. Mit der Beantwortung von zwei Interpellationen wurde der Kantonsrat über den Stand unterrichtet.

Mit der Micro Center Central-Switzerland AG wurde nach der Zusicherung der Beiträge der Zentralschweizer Kantone die Leistungsvereinbarung über Forschung und Entwicklung abgeschlossen. Das Projekt Training Center Tunnel für Übungen und Versuche als Gemeinschaftswerk der Gasser Felstechnik Lungern mit dem Feuerwehrausbildungszentrum Balsthal wurde unterstützt. Die Betriebsbesuche und der Kontakt mit Treuhändern und Anwälten ergaben Rückmeldungen zu Anliegen an die Verwaltung und Politik. Erfreulicherweise sind diese weitgehend positiv. Die in kurzer Frist mit BHP Hanser und Partner in Zürich erarbeitete Wertschöpfungsstudie für das Kantonsspital Sarnen findet in der weiteren Diskussion um das Kantonsspital in der Öffentlichkeit kaum die gewünschte Beachtung.

Koordination der Aussenbeziehungen

Die zunehmende Verflechtung und Vernetzung der innerschweizerischen und internationalen Wirtschaftsräume erfordert entsprechende Zusammenarbeitsformen unter den Kantonen und dem Bund. Im ständigen Ausschuss der Zentralschweizer Regierungskonferenz und in der Konferenz der Kantonsregierungen ist Obwalden durch das Wirtschaftsdepartement vertreten. Insbesondere die Verträge mit der Europäischen Union erfordern immer kurzfristige Stellungnahmen zu breiten Bereichen der Zusammenarbeit. Die Strategie der Kantone zur Europapolitik führte zu einer Interpellation im Kantonsrat. Das jährlich stattfindende Europa Forum in Luzern wird in Zukunft nicht nur durch das Patronat, sondern auch in Absprache mit den Zentralschweizer Kantonen finanziell unterstützt.

Für die wirtschaftliche Landesversorgung wurde in Abstimmung mit dem Bevölkerungsschutzgesetz die notwendige rechtliche Grundlage mit einer Verordnung gelegt. Die zunehmende internationale Sicherheit führte auf Bundesebene zu einer grundsätzlichen Überarbeitung der Vorgaben. Durch die Mitwirkung in der Kerngruppe der Kantone konnte die Wahrnehmung der Aufgaben im Kanton auf die überschaubaren Verhältnisse ausgerichtet in die Wege geleitet werden. Ausstehend ist noch die Organisation der Heizölbewirtschaftung.

Volkswirtschaftsamt

Das Volkswirtschaftsamt ist Anlaufstelle für die Wirtschaft, die Submission und den Binnenmarkt. Es behandelt die Gesuche der Investitionshilfe für Berggebiete und der Regionalpolitik des Bundes, unterstützt überkantonale Träger des Tourismus und ist Koordinationsstelle für Fragen der Welthandelsabkommen (GATT/GATS/TRIPS). Beim Volkswirtschaftsamt werden das Handelsregister geführt und die Stiftungsaufsicht wahrgenommen. Das Volkswirtschaftsamt richtet Beiträge für die Wohnbau- und Eigentumsförderung sowie die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten aus. Es ist die statistische Anlaufstelle und vollzieht die wirtschaftliche Landesversorgung.

Zielerreichung

| Amtsziele | Stand der Erfüllung |
|---|--|
| Obwalden ist der überarbeiteten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen beigetreten. | Das neue Submissionsgesetz mit dem Beitritt zur überarbeiteten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen ist seit dem 1. Februar 2004 in Kraft. |
| Das Submissionsgesetz, die überarbeitete Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) und die Ausführungsbestimmungen sind zusammen mit einer Kurzanleitung auf Internet abrufbar. | Fristgerecht erfolgt. Anstelle einer Kurzanleitung wurde ein virtuelles Handbuch aufgeschaltet. |
| Die elektronische Plattform „simap“ ist implementiert; nötigenfalls ist eine Schulung durchgeführt. | Fristgerecht erfolgt. Aufgrund der geringen Nachfrage wurde auf eine Schulung verzichtet. Anträge werden durch das Volkswirtschaftsamt auf die Plattform geschaltet. |
| Eine Informationsveranstaltung zum neuen Submissionsgesetz, zur revidierten IVöB und zu den Ausführungsbestimmungen zum Submissionsgesetz ist durchgeführt . | Aufgrund der materiell vergleichsweise geringen Änderungen gegenüber dem alten Gesetz wurde auf eine Informationsveranstaltung verzichtet. Die betroffenen Kreise wurden mit einem Informationsschreiben über die Neuerungen orientiert und mit den neuen gesetzlichen Grundlagen bedient. Zudem wurde auf dem Internet ein virtuelles Handbuch aufgeschaltet. |
| Zur überarbeiteten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen ist ein Erfahrungsaustausch durchgeführt. | Der Erfahrungsaustausch musste auf Januar 2005 verschoben werden. |
| Das Handelsregister ist bezüglich Einzel- | Die Bereinigung wurde eingeleitet und |

| | |
|--|---|
| firmen, Kollektivgesellschaften und Kommanditgesellschaften bereinigt. | weitgehend durchgeführt. |
| Die BVG-Konferenz 2004 ist gemeinsam mit dem Kanton Nidwalden erfolgreich durchgeführt. | Die Konferenz fand Mitte Juni in Stans und Engelberg mit guten Rückmeldungen statt. |
| Die Vorbereitungsarbeiten für das ZRK-Projekt für eine gemeinsame BVG- und Stiftungsaufsicht Zentralschweiz sind durchgeführt. | Der Kantonsrat hat an der Sitzung vom 2. Dezember 2004 den Beitritt zum Konkordat über die Zentralschweizergemeinsamen BVG- und Stiftungsaufsicht beschlossen. Die BVG-Aufsicht wird voraussichtlich per 1. Januar 2006 an die Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht übergeben. |
| Bei neuen statistischen Anforderungen wird die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen geprüft. | Keine konkreten Projekte. |
| Die indirekten Hilfen (Bürgschaften und Rückbürgschaften) werden nach dem neuen Wohnraumförderungsgesetz vermittelt. | Im Rahmen der beschränkten Möglichkeiten durchgeführt. |
| Der Entscheid des Regierungsrates über die Weiterführung der WS-Massnahmen nach 2005 liegt vor. | Als GAP-Massnahme wurde auf die Weiterführung der Wohnbausanierung nach 2005 verzichtet. Je nach Entscheid des Bundes wird über eine allfällige Verlängerung der Geltungsdauer der Wohnbausanierung bis zum Inkrafttreten der NFA neu entschieden. |
| Bei neuen Projekten wird der Einsatz von Mitteln gemäss Bundesgesetz zu Gunsten wirtschaftlicher Erneuerungsgebiete, gemäss Impulsprogramm „Regio Plus“ und gemäss Innovationsprogramm „Innotour“ geprüft. | Keine konkreten Projekte. |
| Die IH-Mittel werden für Projekte gemäss Strategie- und Amtsdauerplanung 2003 - 2006 des Regierungsrates eingesetzt. | Die Gesuche werden auf die Übereinstimmung mit der Strategie des Regierungsrates überprüft. |

Handelsregister

Im Jahre 2004 wurde eine Bereinigung bei den Einzelfirmen, Kollektiv- und Kommanditgesellschaften durchgeführt. Die Handelsregistereintragungen, Änderungen und Löschungen erhöhten sich dadurch von 585 im Vorjahr auf 724. Die Zahl der Löschungen

betrug 115. Deswegen nahm das Total der im Handelsregister Obwalden eingetragenen Firmen sogar etwas ab.

| | 1999 | 2003 | 2004 |
|---|------|------|------|
| Eingetragene Firmen | 1786 | 1981 | 1979 |
| Einzelfirmen | 600 | 604 | 575 |
| Aktiengesellschaften | 714 | 771 | 765 |
| Gesellschaften mit beschränkter Haftung | 155 | 281 | 325 |
| Handelsregistereintragungen | 551 | 585 | 724 |
| ausgestellte Handelsregisterauszüge | 516 | 621 | 679 |

Stiftungsaufsicht

2004 standen die Vorbereitungen für eine gemeinsame BVG- und Stiftungsaufsicht in der Zentralschweiz im Vordergrund. Die Anforderungen an die BVG-Aufsicht sind hoch und steigen als Folge der Probleme bei der 2. Säule in Zukunft weiter. Das optimale Stellenprofil besteht heute aus einem Juristen und einem Wirtschaftsprüfer oder Vorsorgespezialisten. Diesen Anforderungen genügen in der Zentralschweiz nur die Aufsichtsbehörden der Kantone Luzern und Zug. Mit der Schaffung einer gemeinsamen BVG-Aufsicht können die Anforderungen an die künftigen Aufsichtsbehörden durch alle beteiligten Kantone erfüllt werden. Mit der Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht (ZBSA) wird ein eigentliches Kompetenzzentrum mit qualifizierten Fachkräften und einheitlicher Aufsichtspraxis für die gesamte Zentralschweiz geschaffen. Der Kantonsrat hat am 2. Dezember 2004 den Beitritt zum Konkordat über die ZBSA beschlossen. Damit wird die BVG-Aufsicht voraussichtlich per 1. Januar 2006 an die ZBSA mit Sitz in Luzern übergehen. Die Aufsicht über die klassischen Stiftungen wird weiterhin im Kanton wahrgenommen.

Die gesamtschweizerische Konferenz der kantonalen BVG- und Stiftungsaufsichtsbehörden wurde am 17. und 18. Juni 2004 durch die Kantone Obwalden und Nidwalden in Engelberg und auf dem Stanserhorn organisiert. Unter anderem wurden Fragen in Zusammenhang mit der 1. BVG-Revision, der Rechnungslegungsvorschriften und der Liquidation von Vorsorgeeinrichtungen behandelt.

Submission

Am 1. Februar 2004 trat das revidierte Submissionsgesetz mit den zugehörigen Ausführungsbestimmungen in Kraft. Es bringt die notwendige Anpassung an die revidierte Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) vom 15. März 2001. Mit den neuen Erlassen kann eine weit gehende Harmonisierung der kantonalen Beschaffungsrechte in der Zentralschweiz erreicht werden.

Das Submissionsgesetz öffnet den Markt bei den öffentlichen Beschaffungen des Kantons, Gemeinden und anderer Träger kantonalen oder kommunalen Aufgaben. Aufgrund der Ausweitung des Kreises der Betroffenen gibt es verhältnismässig viele Anfragen von den anwendenden Stellen. Ein Erfahrungsaustausch hilft offene Fragen zu beantworten.

Investitionshilfe im Berggebiet

An die Neugestaltung Dorfzentrum Sachseln konnte eine Investitionshilfe von 500 000 Franken zugesichert werden, welche Bauinvestitionen von rund 3.2 Millionen Franken auslöst. Auf das Gesuch für eine Ersatzanlage Erzegg auf Melchsee-Frutt konnte nicht eingetreten werden.

Wohnbausanierung im Berggebiet

An neun Objekte, welche ein Bauvolumen von rund 4.6 Millionen Franken auslösen, wurde Finanzhilfe zugesichert. Sechs Wohnbauten wurden abgerechnet und an acht im Bau befindliche Wohnbausanierungen erfolgten Teilzahlungen.

Die Finanzhilfen können nach Bundesgesetz längstens bis zum 31. Dezember 2005 zugesichert werden. Auf politischer Ebene sind Vorstösse unternommen worden, damit die Geltungsdauer dieses Gesetzes bis zum Inkrafttreten der Neugestaltung des Finanzausgleiches und der Aufgaben (NFA) zwischen Bund und Kanton verlängert wird.

Wohnbauförderung

Aufgrund des Entlastungsprogramms 2003 des Bundes können beim neuen Bundesgesetz über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum (Wohnraumförderungsgesetz, WFG) die Direktdarlehen bis Ende 2008 nicht ausgerichtet werden. Indirekte Hilfen für Bauträger mit wenig Eigenkapital in Form von Bürgschaften und Rückbürgschaften, Unterstützungen für Träger und Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus sind jedoch möglich und wurden vermittelt.

Obwalden in Zahlen – neue Version im Internet

In Zusammenarbeit mit der Obwaldner Kantonalbank wurde eine neue Version des beliebten „Obwalden in Zahlen“ im Internet herausgegeben. Es beinhaltet die wichtigsten Statistiken von Kanton und Gemeinden. Obwalden in Zahlen erscheint in einer vollständig überarbeiteten Form in lese- und benutzerfreundlicher Aufmachung, die auch Vergleiche mit Diagrammen ermöglicht. Die Daten können durch die bearbeitenden Stellen direkt und laufend auf den neuesten Stand gebracht werden.


Steigende Pendlerzahlen

Aufgrund der Volkszählung 2000 reisen 9.7 Prozent der Wohnbevölkerung (2 194 Personen) aus andern Kantonen zu und 19 Prozent (4 276 Personen) verlassen täglich den Kanton. Der Saldo der Wegpendler ist auf 9.3 Prozent gestiegen (2 082 Personen). Die Zupendler kommen in erster Linie aus Nidwalden (964), Luzern (802) und Bern (111). Die Wegpendler fahren hauptsächlich nach Luzern (2 595), Nidwalden (973) und Zug (232).

Amt für Arbeit

Das Amt für Arbeit ist die kantonale Stelle für Fragen und Belange des Arbeitsmarktes und des Arbeitsrechts. Zusammen mit dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum OW/NW und der Arbeitslosenkasse OW/NW in Hergiswil vollzieht es das Arbeitslosenversicherungsgesetz und fällt die Vorentscheide für Kurzarbeit und Schlechtwetter. Es ist Anlaufstelle für Personen ausländischer Nationalität im Zusammenhang mit ihren Bewilligungen für den Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit. Es ist zuständig für den Vollzug der Ausländer- und Asylgesetzgebung. Die dem Arbeitsgesetz unterstellten Betriebe werden hinsichtlich der Vorsorge gegen Betriebsunfälle und Berufskrankheiten, dem Gesundheitsschutz, der Arbeitshygiene und dem Umgebungsschutz überwacht. Um- und Neubauten werden in feuerpolizeilicher Hinsicht beurteilt. Die Einhaltung der Vorschriften bezüglich des Messwesens und der Preiskontrolle wird überwacht. Für das Markt-, Wander- und Unterhaltungsgewerbe, die Arbeitsvermittlung, das Campieren, für öffentliche Sammlungen und Lotterien, für den Viehhandel und an Handelsreisende werden die erforderlichen Bewilligungen erteilt. Es ist Anlaufstelle für Fragen der Integration von ausländischen Personen, für Rassismusbekämpfung und Probleme der Fahrenden.

Zielerreichung

| Amtsziele | Stand der Erfüllung |
|---|---|
| Grundlagenerarbeitung, damit die tripartite Arbeitsmarktkommission die Vereinbarung über den Vollzug des Entsendegesetzes vollzieht. | Die tripartite Arbeitsmarktkommission UR/OW/NW ist eingesetzt. Die gemeinsame Vollzugsstelle hat ihre Arbeit am 1. Juni 2004 aufgenommen. |
| Die Sensibilisierungskampagne 2004 "alle anders – alle gleich" im Zusammenhang mit der Integration der ausländischen Bevölkerung ist vorbereitet und läuft. | Die Sensibilisierungskampagne "alle anders - alle gleich"  ist erfolgreich angelaufen. Mit den Bundesstellen hat im Herbst eine Zwischenevaluation stattgefunden. |
| Das RAV OW/NW erreicht im Rahmen des wirkungsorientierten Leistungsauftrages mit dem Bund eine Wirkung grösser als 100 Prozent. | Die definitiven Zahlen liegen noch nicht vor. Das Ziel sollte aber erreicht worden sein, wenn auch nicht mehr so stark übertroffen wie 2003. |
| Die Arbeitslosenkasse OW/NW ist im Rahmen des Leistungsauftrages mit dem Bund mindestens in der neutralen Zone. | Die definitiven Zahlen liegen noch nicht vor. Das Ziel sollte aber erreicht worden sein. |
| Die Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über den Konsumkredit ist erlassen. | Der Leistungsvereinbarung zwischen den Kantonen Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden sowie Zug und Zürich betreffend Einkauf von Dienstleistungen im Bereich des Konsumkreditgesetzes (SR 221.214.1) hat der Regierungsrat zugestimmt. Darin ist auch die Zuständigkeit geregelt. |
| Einführungsgesetz zum Bundesgesetz | Aus Gründen anderer Prioritätensetzung |

| | |
|--|--|
| über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts ist in Zusammenarbeit mit dem SGD erlassen. | ist dieser Auftrag auf 2005 verschoben. Der praktische Vollzug ist dadurch in keiner Weise beeinträchtigt. Noch keiner der Nachbarkantone hat eine kantonale Einführungsgesetzgebung erlassen. |
| Die Verordnung über das Campieren ist aufgehoben oder geändert. | Die Aufhebung oder Änderung muss mit den Gemeinden abgestimmt werden. Die Vorlage wird 2005 angepasst. |
| Der Nachtrag zum Markt- und Gewerbe-gesetz sowie zur Verordnung (Anpassung an das Bundesgesetz über das Gewerbe der Reisenden) ist erlassen. | Gesetz und Verordnung sind vom Parla-ment verabschiedet. |
| Nachtrag zur Vollziehungsverordnung zum eidgenössischen Asylgesetz ist ge-prüft. | Die Revision der Bundesgesetzgebung ist noch ausstehend. |
| Die Vorgaben aus dem Entlastungspro-gramm im Zusammenhang mit dem Voll-zug der Nichteintretensentscheide (NEE) sind in Zusammenarbeit mit dem SGD vorbereitet. | Die Gemeinden stellen eine gemeinsame Infrastruktur in Alpnach zur Verfügung. Für administrative Belange ist der Sozial-dienst der Gemeinde Sarnen zuständig. |
| Die Begleitung des Pilotprojektes "Aus-länder 2000" des zuständigen Bundesam-tes ist sichergestellt. | Zum Informatik-Projekt „Ausländer 2000“ wurde aus der Praxis Stellung genom-men. |
| Im Zusammenhang mit der Tierverkehrs-datenbank ist der Vollzug der AB über die Ausübung des Viehhandels überprüft. (LWA/SGD) | Der Aufgabenbereich wurde dem Veteri-närdienst der Urkantone übertragen. |
| Die Ausführungsbestimmungen zum Bundesgesetz über Mass und Gewicht sind bezüglich der revidierten Messmittel-verordnung überprüft. | Die Ausführungsbestimmungen wurden im Zusammenhang mit der Leistungsver-einbarung über das Messwesen mit dem Kanton Luzern überarbeitet. |
| Auf der Grundlage der neuen Bundesge-setzgebung (VO 5) ist die Ausführungs-bestimmung zum Arbeitsgesetz vom März 1966 angepasst. | Die Jungenschutzverordnung des Ar-beitsgesetzes ist vom Bundesrat noch nicht verabschiedet. |

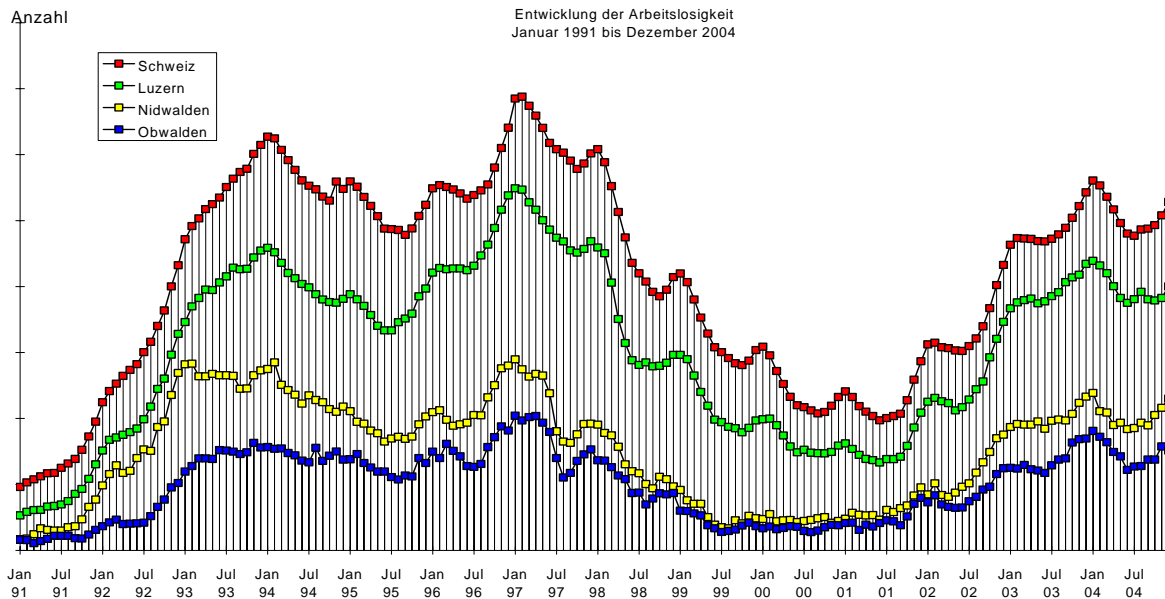
Sparen mit und ohne GAP

Die bisherigen Aufgaben im Bereich der Gewerbebewilligungen wurden einer internen Überprüfung unterzogen. Beim Vollzug der Lotterien und der Bewilligungserteilung an die Viehhändler konnte durch Aufgabenverschiebung zu andern Vollzugsstellen Synergiegewinne verwirklicht werden. Die Viehhandelsbewilligungen sind an den Veterinär-dienst der Urkantone übertragen; die Lotteriebewilligungen an das Finanzdepartement. Die Sammlungsbewilligungen wurden aufgehoben. Die verbliebenen Aufgaben wurden

amtsintern neu zugeteilt. Insgesamt wurden 40 Stellenprozente ohne die weiter gegebenen Aufgaben eingespart.

Arbeitslose hoffen auf den Aufschwung

Der schon Ende 2003 einsetzende konjunkturelle Aufschwung hat sich 2004 fortgesetzt. Treibende Faktoren sind vor allem die Exporte und etwas weniger dominant der private Konsum. Der Anteil der Bauinvestitionen ist äusserst gering. Der Einfluss der extensiven Sparmassnahmen der öffentlichen Hand auf die volkswirtschaftliche Wachstumsrate wird unter Fachleuten unterschiedlich beurteilt.



Die zögerliche Reaktion der Beschäftigung auf die wirtschaftliche Erholung im Jahre 2004 sorgt nicht für Optimismus. Nachdem die Arbeitslosigkeit im ersten Halbjahr noch sank, ist sie Ende Jahr praktisch wieder auf dasselbe Niveau gestiegen wie im Vorjahr. Im Kanton Obwalden waren Ende Jahr 303 Personen (Vorjahr 339) als arbeitslos gemeldet. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote ist von 1.6 Prozent leicht auf nach wie vor tiefe 1.7 Prozent gestiegen.

Versicherungsleistungen in schwierigen Situationen

Im Rahmen der Arbeitslosenversicherung hat die Anzahl der Bezugstage nochmals stark von rund 43 000 auf 53 650 zugenommen. Die durchschnittliche Bezugsdauer ist von 98 Tagen im Jahre 2003 auf 133 Tage im Jahre 2004 gestiegen. Dadurch erhöhten sich die ausbezahlten Versicherungsleistungen von 5.7 Millionen Franken auf 7.4 Millionen Franken. Die Ausfälle wegen Kurzarbeit und schlechtem Wetter sind um rund einen Drittel auf 203 000 Franken zurückgegangen beziehungsweise im Fall von Schlechtwetter von rund 280 000 Franken auf 66 500 Franken. Insolvenzenschädigung musste lediglich für die Mitarbeitenden eines Betriebes (2003: drei) geltend gemacht werden.

Höhere Abgeltung für Kinderkosten

Mit Kantonsratsbeschluss vom 2./3. Dezember 2004 wurden die Familienzulagen von 170 auf 200 Franken pro Kind und Monat erhöht. Durch diese Erhöhung wird das famili-

enpolitische Fundament verstärkt. Allfällige begleitende Massnahmen sind im Zusammenhang mit dem Familienleitbild zu prüfen.

Technische Inspektorate

Überzeugen statt verfügen

Die Technischen Inspektorate erfüllen ihre Aufgaben nach dem Leitmotiv: "Überzeugen statt verfügen". Sie sorgen mit zweckmässigen und verhältnismässigen Massnahmen für sichere Arbeitsplätze und die Brandsicherheit von Gebäuden. Sie unterstützen Bauherren, Architekten, Betriebe und Gemeinden bei Fragen der Arbeitssicherheit und baulichen Brandschutzaufgaben.

Schutz und Sicherheit im Betrieb

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz werden in erster Linie durch technische Schutzmassnahmen an Einrichtungen und Maschinen gewährleistet; darüber hinaus – und ebenso wichtig – durch die Arbeitsorganisation und das Verhalten der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Die Ausrichtung der Arbeitssicherheit und deren Umsetzung an die physischen und psychischen Möglichkeiten der Arbeitenden ist deshalb von grundlegender Bedeutung.

Bei den rund 1 700 zu beaufsichtigenden Betrieben im Kanton Obwalden werden jährlich 60 bis 90 Betriebsbesuche durchgeführt. Im Durchschnitt wird jeder Betrieb lediglich alle 25 Jahre kontrolliert.

| Betriebsbesuche | 1999 | 2003 | 2004 |
|----------------------------|------|------|------|
| Industrielle Betriebe | 12 | 6 | 10 |
| Nichtindustrielle Betriebe | 70 | 60 | 54 |
| Total Betriebsbesuche | 82 | 66 | 64 |

Praktische Umsetzung

Der Weiterbildungstag des Volkswirtschaftsdepartementes zusammen mit den Mitarbeitenden des bisherigen Umweltschutzamtes diente einerseits der Teambildung und andererseits der Gesundheitsprävention. Das Wissen um die langfristig schädlichen Folgen einer falschen oder mangelhaften Ernährung und von Bewegungsmangel wurde besser verankert.

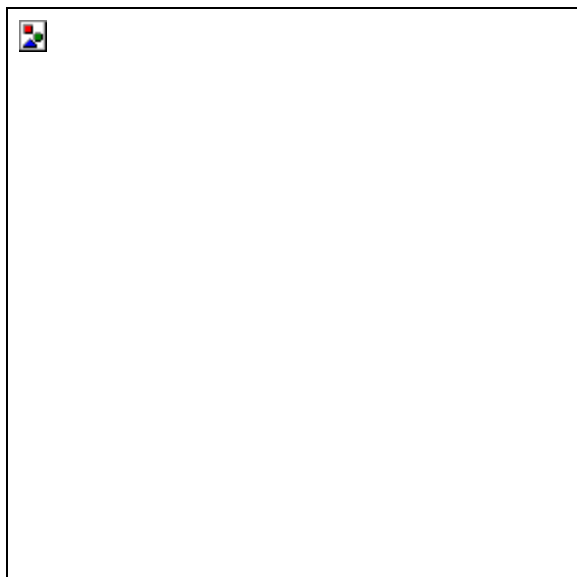
Planen geht übers Probieren

Das Plangenehmigungs- und Betriebsbewilligungsverfahren ist ein wirkungsvolles und günstiges Instrument, um bereits beim Bau und Einrichten eines Betriebes für Arbeitshygiene und Arbeitssicherheit zu sorgen. Bei bereits erstellten Betrieben ist dies unverhältnismässig aufwändiger, wenn nicht gar unmöglich. Vorteilhaft führen Bauherren und Architekten schon in der Entwurfsphase eines Projektes Planbesprechungen mit dem Arbeitsinspektorat durch.

| | 1999 | 2003 | 2004 |
|-------------------|------|------|------|
| Planbesprechungen | 52 | 57 | 48 |
| Plangenehmigungen | 4 | 0 | 3 |

| | | | |
|-----------------------|----|----|----|
| Planbegutachtungen | 26 | 33 | 39 |
| Betriebsbewilligungen | 6 | 2 | 1 |

Die Heimarbeit geht aus



Als Heimarbeit gilt jede gewerbliche und industrielle Hand- und Maschinenarbeit, die von Heimarbeitnehmenden in ihren Wohnungen oder anderen von ihnen bestimmten Arbeitsräumen gegen Lohn ausgeführt wird. Nicht darunter fallen die Telearbeitsplätze. In unserem Kanton besteht eine geringe und abnehmende Nachfrage nach Heimarbeit.

| Heimarbeit | 1999 | 2003 | 2004 |
|-----------------|------|------|------|
| Betriebe | 6 | 4 | 3 |
| Heimarbeitende | 32 | 26 | 25 |
| Betriebsbesuche | 2 | 4 | 1 |

Achtung Explosionsgefahr

Für die fachgerechte Ausführung von elektrischen Installationen wurden von den Betrieben Ex-Zonen-Beurteilungen – Beurteilung über das Explosionspotenzial – verlangt. Diese werden von den Technischen Inspektoraten erstellt.

| Ex-Zonen-Beurteilung | 1999 | 2003 | 2004 |
|----------------------|------|------|------|
| Anzahl Besuche | 3 | 1 | 5 |

Achtung Brandgefahr

Durch Beschluss der Konferenz der Kantonsregierungen wurden die revidierten Brandschutzvorschriften verbindlich erklärt und auf den 1. Januar 2005 gesamtschweizerisch in Kraft gesetzt.

| Arbeiten der Technischen Inspektorate | 1999 | 2003 | 2004 |
|---------------------------------------|------|------|------|
| Begutachtung von Bauplänen | 53 | 50 | 57 |
| Kontrolle Sprinkleranlagen | 1 | 0 | 2 |
| Kontrolle Brandmeldeanlagen | 2 | 0 | 3 |
| Feuerschau | 20 | 12 | 18 |

Von Garagen, die ein Händler-Nummernschild beantragen, wird vom Verkehrssicherheitszentrum der Nachweis einer feuerpolizeilichen Beurteilung der Räumlichkeiten verlangt. Anlässlich dieser Sicherheitsüberprüfung werden jeweils auch die Unfallverhütungsmassnahmen kontrolliert.

Bei Hotels, Heimen, Versammlungsräumen oder Discos gehört zu den Brandschutzmassnahmen auch die Kontrolle der Fluchtwege. Nicht selten sind diese verriegelt oder sonstwie nicht frei begehbar. Benutzer von Parkplätzen in Einstellhallen darauf aufmerksam zu machen, dass an solchen Orten kein Cheminéeholz oder andere brennbare Materialien gelagert werden dürfen, benötigt viel Geduld.

Die Abnahme von Brandmelde- und Sprinkleranlagen und die notwendige jährliche Kontrolle werden durch das Sicherheitsinstitut Zürich, vorgenommen, ebenso die notwendige jährliche Kontrolle bei den Sprinkleranlagen.

| Geprüfte Sprinkleranlagen durch das SI | 1999 | 2003 | 2004 |
|--|------|------|------|
| Kontrolliert | 14 | 10 | 5 |
| Mängel vorhanden | 10 | 8 | 4 |

Obschon viele Mängel festgestellt wurden, war die Funktionstüchtigkeit und Schutzwirkung nur bei einer Anlage nicht gewährleistet. Die grössten Mängel betreffen die Anlagenwartung und -betreuung. Mängel an der Alarm- und Störungsmeldung sind nicht selten und führen zu verspäteter Alarmierung im Ernstfall.

Achtung neue Gefahren

Die Belastungszunahme an den heutigen Arbeitsplätzen bewirkt eine Ausweitung der Themenvielfalt in den Technischen Inspektoraten. Waren in früheren Jahren praktisch nur Unfallverhütung am Arbeitsplatz, Arbeitszeiten und der Umgang mit gefährlichen Stoffen ein Thema, so treten immer mehr neue Sachgebiete wie Ergonomie (Arbeitsplatzbeleuchtung, Elektrosmog, muskuloskelettale Beschwerden) und soziale Themen (Persönlichkeitsschutz, Stress, Mobbing, sexuelle Belästigung, Mutterschaftsschutz) ins Zentrum der Beratungen. Die Arbeiten in den Technischen Inspektoraten werden immer komplexer und aufwändiger, der administrative Aufwand immer umfangreicher. Dadurch steigen die Qualifikationsanforderungen und die personellen Kapazitäten werden immer enger.

Gewerbebewilligungen

Casino Engelberg verzichtet auf Konzession

Die Verantwortlichen der Casino Engelberg-Titlis AG haben die vom Bundesrat in Aussicht gestellte Konzession für ein B-Casino nicht weiter verfolgt.

Glücksspielautomaten haben ausgespielt

Die Zahl der aufgestellten Geld- und Geschicklichkeitsspielautomaten ist von 129 auf 120 leicht gesunken. Vor fünf Jahren waren noch 172 Geräte im Einsatz. Die altrechtlichen Geldspielautomaten sind noch bis Ende März 2005 in Gastwirtschaften und Spiellokalen zugelassen. Ab 1. April 2005 werden diese Geldspielautomaten, die als Glücksspielautomaten gelten, nur noch in konzessionierten Casinos erlaubt sein.

Lotterie oder Glücksspiel?

Beim Projekt "Touchlot" (Los-Automaten mit Touchscreen-Terminals, welche in Restaurants aufgestellt werden sollen) bestehen Unsicherheiten bezüglich der Rechtslage. Die Eidgenössische Spielbankenkommission (ESBK) hat im Juni 2004 eine superprovisorische Verfügung erlassen und das Aufstellen weiterer Touchlot-Automaten verhindert.

Sammlungen sind frei

Die von der ZEWO vorgeschlagenen 38 Sammlungen wurden ebenso bewilligt wie die sechs Einzelanfragen. Das Parlament hat im Dezember die Bewilligungspflicht aufgehoben.

Viehhandel bei den Veterinären

Die Viehhandelsabrechnungen und -patente wurden ein letztes Mal in der Abteilung Gewerbebewilligungen erstellt. Der Vollzug dieses Aufgabenbereichs wurde dem Veterinärdienst der Urkantone übertragen.

Zeltplätze

Die Anfragen der Jugendorganisationen wurden routinemässig gutgeheissen. GOA-Partys haben im Parlament zu einem Postulat Anlass gegeben.

Vermittlung und Verleih

Einer Firma konnte die Bewilligung zum Personalverleih erteilt werden.

| Bestehende Bewilligungen | 1999 | 2003 | 2004 |
|----------------------------|------|------|------|
| Private Arbeitsvermittlung | 3 | 7 | 7 |
| Personalverleih | 0 | 2 | 3 |

Messwesen

Eichungen à jour

Die vorgeschriebenen Erst-, Nach- und Reparatüreichungen wurden durchgeführt. Die 80-Tonnen Geleisewaage in Giswil wird nicht mehr verwendet und wurde ausser Betrieb gesetzt.

Nachschau

Die wichtigsten Mess-Vorschriften bezüglich Direktvermarktung von Produkten ab Hof oder Haushalt wurden im Obwaldner Amtsblatt veröffentlicht.

Preisbekanntgabe ist Pflicht

Bei fehlender Preisbekanntgabe in Schaufenstern sowie bei unkorrekter Werbung in der Lokalpresse wurde eingeschritten. Gleichzeitig wurden sie mit der Broschüre "Preisbekanntgabe: Wegleitung für die Praxis" bedient.

Zusammenlegen ist Kür

Die Zentralschweizer Regierungskonferenz hat den Bericht über die Zusammenarbeit im Bereich Eichwesen für das Teilprojekt "Übergangslösung" verabschiedet. Übergangslösung darum, weil sich verschiedene personelle Veränderungen in den Kantonen ergaben oder abzeichneten, so unter anderem die Pensionierung des Eichmeisters im Kanton Obwalden. Mit Luzern konnte eine Vereinbarung abgeschlossen werden, die den vorübergehenden Leistungskauf für den Vollzug des Messwesens zwischen den Kantonen Luzern und Obwalden regelt. Eine gleiche Verwaltungsvereinbarung wurde zwischen den Kantonen Luzern und Nidwalden abgeschlossen.

Migration


Personenverkehr wird freier

Am 1. Juni 2004 ist die Phase II der Einführung des freien Personenverkehrs mit der EG/EFTA in Kraft getreten. Damit wurde der Inländervorrang aufgehoben und die arbeitsmarktliche Prüfung der Mindestlöhne durch flankierende Massnahmen ersetzt. Obwalden hat sich für den Vollzug dieser Aufgabe mit den Kantonen Uri, Schwyz und Nidwalden zusammengeschlossen. Die gemeinsame tripartite Kommission und deren Geschäftsstelle haben ihre Tätigkeit im Juni aufgenommen.

Ebenfalls seit dem 1. Juni 2004 ist die kurzfristige Erwerbstätigkeit von EG/EFTA-Staatsangehörigen in der Schweiz nur noch meldepflichtig. Die Bewilligungspflicht bleibt bestehen, wenn die ausländische Person länger als 90 Tage in der Schweiz erwerbstätig ist. Das neue Meldeverfahren hat sich bewährt. Gesuche können vom Arbeitgeber direkt und kostenlos via Internet eingereicht werden. Insgesamt machten 119 Personen vom Meldeverfahren Gebrauch.

Bei der Integration wurde alles anders - und blieb doch gleich

Am 1. April 2004 ist in Obwalden und Nidwalden die Sensibilisierungskampagne "*alle*

anders - alle gleich"  angelaufen. Rund 1000 Vereine wurden zum Mitmachen angefragt. Sie sollen als Multiplikatoren wirken und Einheimische sowie Zugewanderte auf den wichtigen, gegenseitigen Prozess zur Integration hinweisen. Das Ziel ist, bis Ende März 2005 in den beiden Kantonen insgesamt 85 Vereine als Partner zu gewinnen.

Der Start dieser Sensibilisierungskampagne ist geglückt. In Obwalden haben sich bereits 61 Vereine am Projekt beteiligt. Wie wichtig Integration ist, hat auch die Volksab-

stimmung über die Einbürgerung der zweiten und dritten Generation gezeigt. Die Vorlage wurde abgelehnt. Dieses Zeichen und auch Gespräche mit den Vereinen machen deutlich, dass der Integration künftig mehr Beachtung geschenkt werden muss. Es geht alle an – Einheimische, wie Zugewanderte sind in dieser Frage gefordert. Wegschauen löst die Probleme nicht. Es ist Pflicht, den Zugewanderten zu sagen, was von ihnen erwartet wird. Das neue Ausländergesetz, welches zurzeit in den Eidgenössischen Räten beraten wird, verlangt von den Zugewanderten Integration. Die Beurteilungsfaktoren zur Bemessung des Integrationsgrades werden vom Bundesamt für Migration erarbeitet.

Die ausländische Wohnbevölkerung geht zurück

Die ausländische Wohnbevölkerung hat im vergangenen Jahr erstmals seit 1984 um acht Personen leicht abgenommen (2003: 3 715; 2004: 3 707). Übrigens - der Ausländerbestand in Obwalden hat sich seit 1984 verdoppelt. Bei den EU/EFTA-Staatsangehörigen ist im Jahr 2004 eine Zunahme von 113 auf 1 920 Personen zu verzeichnen. Die Angehörigen aus Drittstaaten haben hingegen um 121 auf 1 787 Personen abgenommen. Das Verhältnis zwischen EU/EFTA und Drittstaatsangehörigen liegt bei 52 zu 48 Prozent. Der Ausländeranteil beträgt in Obwalden rund elf Prozent, während der schweizerische Durchschnitt bei 20 Prozent liegt.

Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene

Weniger Asylsuchende

Der Bestand der Asylsuchenden hat im Jahr 2004 um 29 Personen (zwölf Prozent) abgenommen und beträgt 216 Personen. Davon sind 131 Asylsuchende (Ausweis N) und 85 vorläufig aufgenommene Personen (Ausweis F). Wie im Vorjahr wurden vom Bund acht Personen als Flüchtlinge anerkannt. Wie die Tabelle zeigt, pendelt die Zahl der anerkannten Flüchtlinge in Obwalden seit einigen Jahren zwischen 60 und 70 Personen.

| | 1999 | 2003 | 2004 |
|------------------------|------|------|------|
| Asylsuchende | 384 | 155 | 131 |
| vorläufig Aufgenommene | 16 | 90 | 85 |
| anerkannte Flüchtlinge | 71 | 62 | 66 |

Die im vergangenen Jahr anerkannten Flüchtlinge stammen aus dem Irak (6) und je eine Person aus dem Iran und der Türkei.

Nothilfe statt Sozialhilfe

Mit dem Entlastungsprogramm 2003 hat der Bund ab 1. April 2004 Asylsuchende mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid (NEE) von der Asylfürsorge ausgeschlossen und als illegal Anwesende dem Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer unterstellt. Die Kantone erhalten für diese Personen vom Bund je eine Pauschalentschädigung für die Nothilfe und für den Vollzug der Wegweisung.

Für die Ausrichtung der Nothilfe sind die Gemeinden zuständig. Die Gemeinden des Kantons haben sich geeinigt, die Infrastruktur gemeinsam bereitzustellen. In Alpnach wurde eine Notunterkunft eingerichtet. Für die Administration ist der Sozialdienst der Gemeinde Sarnen zuständig. Anfangs Dezember 2004 haben erstmals zwei abgewiesene Asylsuchende die Notunterkunft bezogen.

Im Jahre 2004 erhielten insgesamt 16 dem Kanton zugeteilte Asylbewerbende einen Nichteintretensentscheid. Stand Ende Jahr:

| NEE Total | ausgeschafft | untergetaucht | Nothilfe | in Haft |
|-----------|--------------|---------------|----------|---------|
| 16 | 6 | 7 | 2 | 1 |

Vollzugsprobleme bleiben

Obwohl im Asylbereich die Zuwanderung in die Schweiz erneut abgenommen hat, ist der Vollzug nicht einfacher geworden. Die meisten Abgewiesenen verfügen über keine Reisepapiere, die eine Rückführung ins Heimatland ermöglichen. Schwierig ist die Papierbeschaffung insbesondere bei Personen aus Algerien, Iran sowie Westafrika und Russland.

Von den insgesamt 97 Abgängen erhielten 29 Personen eine Aufenthaltsbewilligung, 17 Personen sind freiwillig ausgereist, 16 Personen wurden kontrolliert zurückgeführt, 34 Personen sind untergetaucht und eine Asylsuchende hat den Kanton gewechselt.

Hafttage verdoppelt

Während in den vergangenen Jahren für die Ausschaffung zwischen 220 und 300 Hafttage nötig waren, ist die Zellenbelegung im Jahre 2004 auf 744 Tage angewachsen. Dies zeigt, dass der Vollzug noch aufwändiger und schwieriger geworden ist.

Landwirtschaftsamt

Das Landwirtschaftsamt setzt sich im Rahmen des Vollzugs der Bundes- und Kantons-gesetzgebung für konkurrenzfähige, bäuerliche Familienbetriebe und eine naturnahe, umweltgerechte Bewirtschaftung ein. Es berät und unterstützt Bäuerinnen und Landwirte bei Fragen der Betriebswirtschaft, der Alpwirtschaft, der Tierhaltung, der Milch-wirtschaft, des Marketings, des Pflanzenbaus, der Ökologie, des Tier- und Gewässerschutzes, der Strukturverbesserungen sowie der Hauswirtschaft. Das Landwirtschaftsamt ist zuständig für die Ausrichtung der Investitionshilfen (Beiträge und Investitionskredite) sowie der Betriebshilfedarlehen, wirkt mit beim Betriebshelferdienst, Landdienst und bei der Beurteilung der Gesuche bei nicht versicherbaren Elementarschäden auf landwirt-schaftlichen Nutzflächen. Im Weiteren werden die Agrardatenerhebung als Grundlage für die Auszahlung der Direktzahlungen und Stellungnahmen zu Baugesuchen ausserhalb der Bauzonen und zur Zonenplanung erarbeitet.

Umgesetzte Amtsziele 2004 im Überblick

| Amtsziele | Stand der Erfüllung |
|--|---|
| Das Agrarleitbild liegt zur Verabschie-dung durch den Regierungsrat zuhanden des Parlaments vor. | Der Kantonsrat hat das vom Regierungsrat genehmigte Agrarleitbild zur Kenntnis genommen. |
| Drei konkrete Massnahmen des Agrar-leitbildes sind eingeleitet. | Arbeitsgruppen bearbeiten das Gebietsmanagement der Flyschalpen im Rahmen der Landschaftsentwicklung sowie die Vergabe von öffentlich-rechtlichem Land im Rahmen der Strukturverbesserungen; Ausführungsbestimmungen fördern den Einsatz von Schleppschläuchen als Bei-trag zur Ökologie. |
| Anpassung der Ausführungsbestimmun-gen aufgrund der Weiterentwicklung der Agrarpolitik (AP 2007) des Bundes | Die Ausführungsbestimmungen zu Struk-turverbesserungen und Bewirtschaftungs-formen sind neu erlassen. |
| Information und Beratung der Landwirt-schaft zur AP 2007 und zum Agrarleitbild | Bei zahlreichen Informations- und Bera-tungsveranstaltungen laufend erfolgt. |
| Einführung Arbeitskreis „ökologische Vernetzung Sarnersee-Süd“ | Der Arbeitskreis arbeitet erfolgreich. Ein Vernetzungsprojekt liegt vor. |
| Feinabstimmung des Vollzug zwischen den Amtsstellen in den Bereichen Natur-schutz (BUD) und Tierschutz (SGD) | Die Abläufe konnten mit den beiden De-partementen bereinigt werden. |
| Die Kostenträgerrechnung wird weiterge-führt. | Das Pilotprojekt wird aufgrund des zu kleinen Nutzens im verminderten Mass weitergeführt. |
| Hofdüngerverträge und Ökofutterverein- | Die Anpassungen wurden vorgenommen. |

| | |
|--|--|
| barungen sind aufgrund neuer Normen angepasst. | |
| Optimierung der Auszahlungsabläufe der Direktzahlungen und Beiträge zwischen den verschiedenen Amtsstellen | Die Auszahlungen erfolgen miteinander abgestimmt aus einer Hand. |

Agrarleitbild mit breiter Abstützung

Der Regierungsrat hat das kantonale Agrarleitbild am 3. Mai 2004 verabschiedet. Gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern, ihren Organisationen, verschiedenen nicht-bäuerlichen Partnern (Gewerbe, Tourismus, Regionalentwicklung, Naturschutz, Politik, Jugendliche u.a.) wurden zusammen mit dem Institut für Agrarwirtschaft der ETH Zürich und den betroffenen kantonalen Stellen die Grundlagen für das Agrarleitbild erarbeitet. Dadurch gelang es, die regionalpolitischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen und gemeinsame, ökonomisch und politisch umsetzbare Ziele zu formulieren. Der Kantonsrat hat vom Agrarleitbild am 25. Juni 2004 einstimmig Kenntnis genommen.

Zukunftsfähige Land- und Alpwirtschaft

Das Agrarleitbild zeigt mit einer Vision, acht Leitsätzen, 20 Zielen und 25 Massnahmen den Weg für eine zukunftsfähige Land- und Alpwirtschaft in Obwalden. Dazu bilden die Professionalität, das unternehmerische und ökologische Denken der Bäuerinnen und Bauern wichtige Grundlagen. Sie sollen fachlich kompetent und überbetrieblich vernetzt mit ihren Betrieben ein angemessenes Einkommen erwirtschaften und damit einen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung leisten. Gleichzeitig sollen sie mit umwelt- und tierfreundlichen Bewirtschaftungsformen einen Beitrag zur Produkte- und Lebensqualität sowie zur Pflege der Kulturlandschaft und der kulturellen Vielfalt leisten. Zusammen mit den direktbetroffenen Bäuerinnen und Bauern, den bäuerlichen Organisationen (Bauernverband und Landfrauenverband) sowie den öffentlich rechtlichen Körperschaften sowie den zuständigen politischen Behörden und Ämtern werden nun die Massnahmen umgesetzt. Unter anderem wurden auch zwei Arbeitsgruppen unter der Leitung des Landwirtschaftsamts gebildet. Die eine befasst sich mit Massnahmen zur Verbesserung der Betriebsflächenstruktur und der Nutzungsregelungen bei der Vergabe von öffentlich-rechtlichem Land (Massnahmen zu Leitsatz 4 und 5), die andere befasst sich mit der zukünftigen Nutzung des Flyschgebietes zwischen Pilatus und Giswilerstock (Massnahmen zu Leitsatz 1 und 2).

GAP-Projekte treffen auch Landwirtschaft

Die generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) mit der damit verbundenen Verzichtsplanung in der kantonalen Verwaltung führt unter anderem dazu, dass 2005 die Beiträge zum Einkauf von betriebswirtschaftlichen Daten zur Einkommenslage der Obwaldner Landwirtschaft bei der Agro-Treuhand GmbH, Buochs, gestrichen, der Vollzug des Landdienstes und des Betriebshelferdienstes ausgelagert und der Beitrag an den kantonalen Schlachtviehmarkt stark verringert werden. Beim Personal wurden 30 Stellenprozente bei der Beratung abgebaut und auf das Aushilfspersonal verzichtet. Gesamthaft werden damit jährlich rund 130 000 Franken eingespart.

Beratung

Grosse Nachfrage nach Beratungsveranstaltungen

Das vielfältige Weiterbildungsprogramm wurde wiederum mit den land- und hauswirtschaftlichen Beratungsdiensten der Nachbarkantone Uri und Nidwalden sowie den bäuerlichen Organisationen zusammengestellt. An den 47 Veranstaltungen nahmen gesamthaft 1 889 Personen (Vorjahr 1 508) teil.

Mit der Weiterentwicklung der neuen Agrarpolitik (AP 2007) wurden verschiedene gesetzliche Grundlagen beim Bund auf den 1. Januar 2004 angepasst. An fünf Informationsveranstaltungen wurde gezielt über die Neuerungen der AP 2007 aber auch über die Zielsetzungen des kantonalen Agrarleitbildes informiert. Rund 90 Prozent der direktzahlungsberechtigten Betriebsleiter liessen sich über die veränderten agrarpolitischen und marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die tief greifenden Veränderungen für die kleinstrukturierte Landwirtschaft im Kanton informieren.

Einzelbetriebliche Entwicklungspfade

Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen machen sich immer mehr Landwirtschaftsbetriebe Gedanken über die Zukunft ihrer Betriebe. Der Beratungsdienst steht beim Aufzeigen von möglichen einzelbetrieblichen Entwicklungspfaden zur Seite und hilft vor allem bei betriebswirtschaftlichen Fragen. Sehr oft wird auch die überbetriebliche Zusammenarbeit, die überbetriebliche Auslastung der vorhandenen Maschinen- und Gebäudekapazitäten zur Kostensenkung und zur Verbesserung der Produktivität angesprochen.

Bessere Wirkung – weniger Geruch beim GülLEN

Als wirksamste Massnahme zur Verminderung der Ammoniakverluste, die vor allem beim Ausbringen der Gülle entweichen, bietet sich auf den Futterbaubetrieben seit wenigen Jahren der Einsatz von Schleppschlauchverteilern an. Durch das bodennahe Ausbringen der Gülle werden nicht nur die Ammoniakverluste sondern auch die damit verbundenen Geruchsemissionen während und nach dem Ausbringen stark vermindert. Durch gezielte Beratung fördert der Kanton diese emissionsarme Ausbringtechnik und unterstützt seit 2004 die Anschaffung von überbetrieblich eingesetzten Anlagen mit einmaligen Beiträgen mit höchstens 5 000 Franken. Bereits sind rund zehn solcher Anlagen im Kanton in Betrieb.

Schule auf dem Bauernhof

Im Rahmen des nationalen Projektes „Schule auf dem Bauernhof - SchuB“ haben Schulkinder und Jugendliche die Möglichkeit, die Landwirtschaft direkt auf dem Betrieb besser kennen zu lernen. Die bäuerlich-hauswirtschaftliche Beratung, welche gemeinsam mit dem Kanton Nidwalden geführt wird, hat mit einem Zentralschweizer Medientag, mit einer Lehrmittelausstellung über die Landwirtschaft und mit einem Lehrerweiterbildungstag auf zwei Obwaldner Bauernhöfen dem Projekt „SchuB“ neue Impulse gegeben. Verschiedene Schulklassen haben davon Gebrauch gemacht. Im Kanton Obwalden sind fünf Landwirtschaftsbetriebe für das „SchuB“-Angebot zertifiziert.

Hochstammobstbau - Beitrag zur Sortenerhaltung

Die eidgenössische Forschungsanstalt Wädenswil inventarisierte im Auftrage des Bundes alte Obstsorten der Schweiz. In Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsamt wurden die Sorten auch in Obwalden erfasst. Es zeigte sich, dass die Obwaldner Landwirte mit der Erhaltung des Hochstammobstbaus über 84 sehr seltene Obstsorten pflegen.

Maikäfer-Engerlinge – Erfolg bei der Bekämpfung, Befall weiter hoch

Bei Kontrollgrabungen konnte eine gute Wirkung der vor zwei Jahren durchgeführten biologischen Bekämpfung mit Beauveria-Pilzen festgestellt werden. Andererseits wurden wiederum stark mit Engerlingen befallene Parzellen beobachtet, die aufgrund des Drei-Jahreszyklus eine weitere biologische Bekämpfung im Jahr 2005 nötig machen werden.

Auszeichnung mit kantonaler Starthilfe

Drei landwirtschaftliche Projekte erhielten 2004 kantonale Starthilfen. Es sind dies die Käserei Seiler AG, Sarnen für das Käseerzeugungslager im Militärstollen in Giswil, die Familie Aufdermauer, Kerns für das Projekt Erlebnisswelt Burgholz sowie die Familie Rohrer, Flüeli-Ranft für das Projekt Buirähofglacé. Bereits zum vierten Mal wurden diese Förderpreise aufgrund der kantonalen Ausführungsbestimmungen zur Absatzförderung in der Landwirtschaft vergeben.

Baugesuche ausserhalb Bauzonen

| Baugesuche | 1999 | 2003 | 2004 |
|---|-------------|-------------|-------------|
| neue Wohnhäuser | 10 | 9 | 8 |
| Wohnungsumbauten | 11 | 17 | 24 |
| neue Ställe | 5 | 5 | 3 |
| Stallumbauten | 47 | 30 | 18 |
| Alpgebäudeumbauten | 4 | 3 | 4 |
| neue Jauchegruben | 24 | 5 | 2 |
| Geländeveränderungen | | | 28 |
| Nebengebäude / Remisen | | | 12 |
| Kläranlagen | 41 | 49 | 6 |
| Restliche Gesuche wie Strassen, Deponien, kleinere Gebäude, zonenfremde Bauten usw. | | | 26 |
| Total | 145 | 118 | 131 |

Umschuldung durch Betriebshilfe

Die zinslosen Betriebshilfedarlehen dienen zur Behebung von vorübergehenden, unverschuldeten Bedrängnissen oder als Umschuldung zur Ablösung bestehender verzinster Darlehen. Wie für die Strukturverbesserungen muss aber die langfristige Tragbarkeit auch unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen der zukünftigen Agrarpolitik ausgewiesen sein. 2004 erhielt ein Betrieb (Vorjahr 2) ein Betriebshilfedarlehen.

Umschulungsbeiträge für Ausstieg

Ausstiegswillige Landwirte haben mit Inkrafttreten der AP 2007 die Möglichkeit, vom Bund Umschulungsbeiträge zu erhalten. Diese Massnahme soll den Ausstieg aus der

Landwirtschaft erleichtern. Im Kanton Obwalden haben sich wohl einzelne Landwirte für diese Möglichkeit interessiert, entschieden sich aber anders. So wurden keine Beiträge ausbezahlt. Gesamtschweizerisch ist das Interesse ebenfalls sehr gering.

Strukturverbesserungen

Periodische Wiederinstandstellungen werden unterstützt

Mit der neuen AP 2007 können seit 1. Januar 2004 periodische Wiederinstandstellungen zur Wert- und Substanzerhaltung von land- und alpwirtschaftlichen Bauwerken im Tiefbau unterstützt werden. Im Vordergrund stehen dabei im Kanton die Unterstützung von Wiederinstandstellungen abgenutzter Verschleisschichten bei Alpstrassen, verbunden mit der Wiederherstellung des ursprünglichen Fahrbahnprofils sowie das Spülen von Sickerleitungen (Drainagen) und die Reparatur altersbedingter Schäden an Kunstbauten.

Die Unterstützung der periodischen Wiederinstandstellungen im Abstand von zehn bis 15 Jahren hilft, die kostspieligen Anlagen im Berg- und Alpgebiet langfristig zu erhalten. Eine Unterstützung mit öffentlichen Mitteln rechtfertigt sich nicht nur aufgrund der angespannten Einkommenslage der Land- und Alpwirtschaft, sondern auch aufgrund der häufigen Benutzung dieser Anlagen durch die nichtbäuerliche Bevölkerung in der Freizeit und zu touristischen Zwecken. In der Regel werden Pauschalen ausgerichtet. 2004 wurde als erste Wiederinstandstellung die Alperschliessung Mähenschlag-Balismatt, Alpnach unterstützt.

Immer mehr Investitionshilfen an Tiefbauprojekte

42 Prozent (Vorjahr 23 Prozent) der verfügbaren Beiträge wurden 2004 im Tiefbau eingesetzt. Mit beitragsberechtigten Kosten von 2.79 Millionen Franken fallen die vom Kantonsrat 2003 bewilligten Beiträge an die Wasserversorgung Hintergraben, Sarnen ins Gewicht. Das Projekt wird etappenweise in rund zehn Jahren ausgeführt. 2004 wurde die zweite Etappe (Reservoiranlage im Gebiet Stockenmatt) in Angriff genommen. Weiter wurden die Wasserversorgung der Chretzenalpen in Alpnach sowie die Personentransportseilbahn Oberes Bord, Engelberg unterstützt.

Langfristig existenzfähige Betriebe

Mit der AP 2007 wurden die Einstiegshürden zum Bezuge von Investitionshilfen an die sich ändernden marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Der Regierungsrat hat deshalb auch die kantonalen Ausführungsbestimmungen über die Strukturverbesserungen (GDB 921.112) am 20. Januar 2004 angepasst. Da bei der Beurteilung der Investitionshilfen beim kantonalen Vollzug die Rahmenbedingungen der zukünftigen Agrarpolitik bereits bisher beim Einsatz der beschränkten Finanzmittel berücksichtigt wurden, konnte die bisherige Vollzugspraxis mit der Ausrichtung auf langfristig existenzfähige Betriebe konsequent weitergeführt werden. Die unterstützten Betriebe sind dabei wesentlich grösser als der durchschnittliche Obwaldner Betrieb mit rund zehn Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche und einem Milchkontingent von knapp 60 000 kg (vgl. Darstellung unten).

Umbauten überwiegen

2004 wurden zehn (Vorjahr 13) Ökonomiegebäude mit Finanzhilfen (Investitionskredite und Beiträge) unterstützt, wovon sieben für die Verkehrsmilchproduktion, zwei für die Jungviehaufzucht und eines für die Kälbermast. Ein Umbau wurde wegen den günstigeren Baukosten bei acht von zehn Projekten einem Neubau vorgezogen.

Strukturen der Betriebe mit Investitionshilfen

| Kategorien | Fälle | LN ¹⁾ | RGVE ¹⁾ | SAK ¹⁾ | Milchkontingent | Art der Unterstützung |
|--|-------|------------------|--------------------|-------------------|-----------------|-------------------------------------|
| Stallbauten (Neu- und Umbauten) für die Verkehrsmilchproduktion | 7 | 15.5 | 28.1 | 2.1 | 105 749 kg | 7 Investitionskredite 5 Beiträge |
| Stallbauten für Rinderaufzucht, Mutterkuhhaltung oder Kälbermast (Neu- und Umbauten) | 3 | 17.0 | 19.3 | 1.7 | - | 3 Investitionskredite 3 Beiträge |

1) Abkürzungen: LN = Landwirtschaftliche Nutzfläche in ha; RGVE = Raufutter-Grossvieheinheiten; SAK = Standard-Arbeitskräfte (nach Berechnungsfaktoren der AP 2007)

Im Hoch- und Tiefbau wurden von den 42 behandelten Gesuche für Investitionskredite im Jahre 2004 31 (74 Prozent) bewilligt. Bei den 22 Gesuchen für Beiträge wurden 15 (68 Prozent) bewilligt. Das Investitionsvolumen der unterstützten Projekte beträgt rund 13 Millionen Franken, davon flossen rund 10 Millionen Franken dem Baugewerbe zu.

Verfügte Finanzhilfen und Investitionsvolumen 2004 in Franken

| Kategorien | Finanzhilfen ¹⁾ | | Investitionsvolumen ²⁾ |
|-----------------------------------|-----------------------------------|------------------------|-----------------------------------|
| | Investitionskredite ³⁾ | Beiträge ⁴⁾ | |
| Heimställe (Neu- und Umbauten) | 1 147 000.– | 904 500.– | 3 692 620.– |
| Alpställe | 108 000.– | 72 000.– | 494 280.– |
| Wasserversorgungen | 0.– | 436 600.– | 863 896.– |
| Periodische Wiederinstandstellung | 0.– | 49 200.– | 105 033.– |
| Übriger Tiefbau | 219 000.– | 227 800.– | 418 750.– |
| Baukredite (IK) | 472 000.– | – | – |
| Wohnhäuser (Neu- und Umbauten) | 1 318 000.– | – | 4 573 905.– |
| Starthilfe für Junglandwirte | 990 000.– | – | 2 926 690.– ⁵⁾ |
| Total | 4 254 000.– | 1 690 100.– | 13 075 174.– |

1) Durch Bund und Kanton verfügte Finanzhilfen

2) Investitionsvolumen der mit Finanzhilfen unterstützten Objekte gemäss Angaben der Bauherrschaft

3) 100% Bundesmittel

4) Bundesbeitrag 59%, Kanton 41%

Direktzahlungen

Zahl der Beitragsempfänger nimmt leicht ab

Die geringfügigen Anpassungen der Direktzahlungsverordnung des Bundes im Rahmen der AP 2007 hatten kaum Auswirkungen auf die Beitragsberechtigung der Landwirtschaftsbetriebe im Kanton. Die Anzahl der direktzahlungsberechtigten Betriebe blieb im Vergleich zum Vorjahr nahezu gleich. Inwieweit die tiefe Einstiegshürde für den Bezug der Direktzahlungen den Strukturwandel und insbesondere die Bodenmobilität hemmt, wird im Rahmen der Fortentwicklung der Agrarpolitik (AP 2011) vom Bund weiter untersucht.

Beitragsberechtigte Landwirtschaftsbetriebe nach Betriebsausrichtung

| | 1999 | 2003 | 2004 |
|---------------------------|------|------|------|
| Biobetriebe | 99 | 201 | 201 |
| Betriebe ÖLN ¹ | 532 | 502 | 500 |
| übrige | 125 | 0 | 0 |
| Total beitragsberechtigt | 756 | 703 | 701 |

¹ ÖLN = ökologischer Leistungsnachweis

Seit 2002 hat die Nichterfüllung des ökologischen Leistungsnachweises (ÖLN) den Verlust sämtlicher Direktzahlungen zur Folge.

Weniger Bioumstellungsbeiträge

Aufgrund der grossen Nachfrage nach Bioprodukten mit sehr guten Produzentenpreisen stiegen im Kanton in den Jahren 1999 bis 2002 sehr viele Betriebe auf den Biolandbau um. In Obwalden wirtschaften heute rund 27 Prozent der Betriebe nach den Biorichtlinien, gesamtschweizerisch sind dies nur rund zehn Prozent. Mit flächenbezogenen kantonalen Beiträgen von 135 Franken je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche wird seit 2001 während den ersten beiden Umstellungsjahren ein Anreiz zur Umstellung auf Biolandbau geschaffen.

Das Interesse an der Umstellung auf Biolandbau ist mittlerweile gesamtschweizerisch und insbesondere auch im Kanton stark gesunken. Der Biomarkt ist gesättigt und die Produzentenpreise sinken. Bei der Milch besteht zurzeit ein Überangebot. Auch die Zunahme anderer Labelprodukte sowie die ständig wechselnden und steigenden Biovorschriften, welche sehr oft hohe Investitionskosten verursachen, halten die Landwirte trotz des kantonalen Umstellungsbeitrages davon ab, auf Biolandbau umzusteigen. 2004 kamen nur vier Betriebe neu dazu, andererseits lösten zwei Biobetriebe ihren Betrieb auf und zwei stellten die Produktion um. Dadurch wurden auch weniger Umstellungsbeiträge beansprucht. Mit der Änderung der Ausführungsbestimmungen vom 19. Oktober 2004 (GDB 921.113) werden die bisherigen Beiträge an den Bioanbau für die Förderung anderer besonders umweltfreundlicher und nachhaltiger Bewirtschaftungsformen eingesetzt, nämlich die Förderung von Schleppschlauchverteilern zum ver-

lust- und geruchsarmen Ausbringen der Hofdünger sowie die Förderung der ökologischen Qualität der Ausgleichsflächen.

Entwicklung kantonale Umstellungsbeiträge für Biolandbau

| | 2002 | 2003 | 2004 |
|--------------------------------------|-----------|----------|----------|
| Anzahl Betriebe | 91 | 60 | 17 |
| Total ausbezahlter Betrag in Franken | 153 692.- | 98 121.- | 24 025.- |

Direktzahlungen einer umfangreichen Revision unterzogen

Die Direktzahlungen sind beim Bund mit jährlich 2.4 Milliarden Franken die höchste Ausgabeposition für die Landwirtschaft. Der Landwirtschaft im Kanton stellte der Bund im Berichtsjahr knapp 27.1 Millionen Franken (inkl. Sömmerungsbeiträge und Beiträge nach Öko-Qualitätsverordnung) zur Verfügung. Das Bundesamt für Landwirtschaft hat vom eidgenössischen Finanzinspektorat den Auftrag erhalten, das System der Direktzahlungen und auch seine Wirkungen über einen grösseren Zeitraum in den Kantonen zu verfolgen und einzelfallweise den Vollzug zu überprüfen. Im Berichtsjahr folgten sechs weitere Kantone, darunter Obwalden, für eine zweitägige Überprüfung. Die Prüfung beschränkte sich auf folgende Bereiche: Nährstoffbilanzen, ökologische Ausgleichsflächen, Standard-Arbeitskräfte (SAK), Tierschutz sowie Geldfluss.

Im Revisionsbericht wird festgehalten, dass die Direktzahlungen das Erreichen der Zielsetzungen der Landwirtschaftsgesetzgebung unterstützen. Dies treffe vor allem bezüglich der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Pflege der Kulturlandschaft und der dezentralen Besiedelung zu. Die eidgenössische Finanzkontrolle erteilt dem kantonalen Vollzug grundsätzlich gute Noten.

Viehwirtschaft

Viehschauen mit Rekordauffuhren

Die Auffuhr an der kantonalen Viehschau in Sarnen brach alle Rekorde. Mit 876 Tieren wurden 58 Tiere mehr aufgeführt als im Vorjahr. Die Organisation und Durchführung der Gross- und Kleinviehschauen, welche seit 2002 durch eine vom Kanton beauftragte Trägerschaft wahrgenommen wird, hat sich bewährt und lief problemlos ab. Der Kanton unterstützt die Tierzuchtförderung mit einem kantonalen Beitrag von 80 000 Franken.

Auffuhrzahlen an Tierschauen (Anzahl Tiere)

| | 1999 | 2003 | 2004 |
|--|------|------|------|
| Grossviehschau Sarnen | 739 | 818 | 876 |
| Grossviehschau in Engelberg | 131 | 203 | 226 |
| Grossviehschau in Giswil (Holstein) | 33 | 41 | 46 |
| Schafausstellung in Sarnen | 183 | 260 | 215 |
| Ziegenschau in Kerns (bis 2002 Sarnen) | 165 | 169 | 162 |
| Pferdeschau in Sarnen | 78 | 53 | 49 |

Schlachtviehmarkt

Neben den Nutztviehpreisen haben sich auch die Schlachtviehpreise im Berichtsjahr erfreulich entwickelt. Dies ist vor allem auf den allgemeinen Bestandesrückgang beim Rindvieh zurückzuführen. Am öffentlichen Schlachtviehmarkt von Sarnen und Stans (Tiere von Engelberg) wurden 705 (Vorjahr 739) Tiere der Rindviehgattung und 1 445 (Vorjahr 1 444) Schafe vermarktet. Der Kanton unterstützt die Schlachtviehmärkte mit einem kantonalen Beitrag von 145 000 Franken.

Zusatzkontingente über die Tierverkehrsdatenbank

Zur Förderung des Viehabsatzes werden Produzentinnen und Produzenten ausserhalb des Berggebietes Zusatzkontingente (2000 kg je zugekauftes Tier) zugeteilt, wenn sie aus dem Berggebiet weibliche Zuchttiere kaufen. Seit 2003 können die Zusatzkontingente direkt bei der zentralen, elektronischen Tierverkehrsdatenbank (TVD) des Bundes beantragt werden. Mit der TVD kann die ganze Tiergeschichte sowie die für die Beitragsberechtigung vorgeschriebene Haltedauer rückverfolgt werden. Da die TVD aufgrund fehlender Meldungen noch gewisse Lücken aufwies, hatten die betroffenen Produzentinnen und Produzenten des Talgebietes im Jahre 2003 und 2004 die Möglichkeit, mit einem Wiedererwägungsgesuch allenfalls fehlende Daten nachzuliefern um trotzdem ein Zusatzkontingent zu erhalten. Das Landwirtschaftsamt hatte 13 Wiedererwägungsgesuche zu bearbeiten. Im Milchjahr 2003/2004 erhielten insgesamt 44 Produzenten für 86 berechnete Tiere ein Zusatzkontingent zugeteilt, was einer zusätzlichen Milchmenge von 172 000 kg entsprach.

Ab 2005 läuft die Administration und der Vollzug der Zusatzkontingente ausschliesslich über die TVD.

Freiwilliger Landdienst ist gefragt

Nach wie vor sind die Landdienstplätze in Obwalden gefragt. Im Berichtsjahr leisteten 99 Mädchen und Burschen (Vorjahr 103) einen freiwilligen Einsatz in Obwaldner Familien mit total 1 696 Arbeitstagen. 30 Jugendliche (Vorjahr 27) aus Obwalden entschieden sich für einen freiwilligen Einsatz und leisteten 399 Arbeitstage in anderen Kantonen. Gesamtschweizerisch nahm die Anzahl der Freiwilligen leicht ab, da zurzeit vor allem in der Westschweiz Aufnahmeplätze in den Familien fehlen.

Landwirtschaftlicher Betriebshelferdienst

Insgesamt acht Betriebshelfer (Vorjahr drei) wurden vor allem als Folge eines Unfalles auf sechs Betrieben zu einem Einsatz vermittelt. Total wurden im Berichtsjahr 69 Einsatztage geleistet. Aufgrund fehlender Aushilfen wird vermehrt mit dem Maschinenring Ob- und Nidwalden zusammengearbeitet. Betriebshelfer sind auch in andern Regionen gefragte Leute.

Bildungs- und Kulturdepartement

Das Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) umfasst

| | Vollzeitstellen Ende | | | |
|----------------------------------|--------------------------|-------|--------------------------|-------|
| | 2003 | | 2004 | |
| | mit Schul- verwaltung | LP | mit Schul- verwaltung | LP |
| Departementssekretariat | 3.43 | | 3.33 | |
| Amt für Volks- und Mittelschulen | 19.49 | 38.13 | 19.78 | 36.22 |
| Amt für Berufsbildung | 14.11 | 15.56 | 14.16 | 16.72 |
| Abteilung Kultur | 4.79 | | 4.79 | |
| Abteilung Sport | 2.60 | | 2.70 | |

Bildung hat nicht nur Wissen und Können sondern auch Werte und Tugenden zu vermitteln.

Regierungsrat Hans Hofer, Vorsteher des Bildungs- und Kulturdepartements

Das Jahr 2004 in Zahlen

Das Departement behandelte in verschiedenen Bereichen (Stipendien, Volksschule, Kantonsschule, Stellvertretung für Sicherheits- und Gesundheitsdepartement) insgesamt 26 Beschwerden.

Über das ganze Departement verteilt fanden in den sieben vom Regierungsrat gewählten Kommissionen insgesamt 42 Sitzungen statt.

118 Studierende an Universitäten, davon 68 Frauen, stellten ein Stipendiengesuch. 98 Personen, davon 56 Frauen, konnte ein Stipendium ausgerichtet werden. Im Bereich der Berufslehren und Anlehren wurden 86 Gesuche gestellt, davon 50 von Frauen. Die Anzahl der bewilligten Gesuche betrug hier 48, wovon 29 von Frauen.

Für die Aus- und Weiterbildung an ausserkantonalen Ausbildungsstätten (Hochschulen, Fachhochschulen, Fachschulen, Mittelschulen sowie die Berufsbildung) wurden insgesamt rund 13 446 945 Franken ausbezahlt.

Kanton und Gemeinden wendeten im Schuljahr 2003/2004 für die obligatorische und freiwillige Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung (Volksschule) netto insgesamt 157 620 Franken auf, was einen durchschnittlichen Betrag von 466 Franken pro Lehrperson ausmacht.

An den beiden Mittelschulen in Sarnen und Engelberg konnten insgesamt 75 Maturitätszeugnisse (Kantonsschule 55, Stiftsschule Engelberg 13) abgegeben werden. Zudem

wurden an der Schweizerischen Sportmittelschule Engelberg sieben Maturitätszeugnisse ausgehändigt und erstmals wurden drei Berufsmaturitätszeugnisse an der Handelsmittelschule der Stiftsschule erteilt.

Die Berufs- und Weiterbildungsberatung veranstaltete 12 Elternabende zum Thema Berufswahl. Über 90 Prozent der eingeladenen Eltern und alle 2. Orientierungsschulklassen konnten so erreicht werden. Alle 22 Klassen der 2. Orientierungsschule erhielten eine Einführung ins BIZ (Berufs-Informationen-Zentrum).

Mit Lehrbeginn 2004 konnten im Kanton 371 neue Lehrverhältnisse abgeschlossen werden, dies bedeutet einen Zuwachs von 15.9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. 85 Prozent der Lernenden stammen aus Obwalden, 13 Prozent aus der Bildungsregion Zentralschweiz und 2 Prozent aus weiteren Kantonen.

Auf Grund der Leistungen an den Lehrabschlussprüfungen konnten insgesamt 259 Fähigkeitszeugnisse und 17 Anlehrausweise in 70 Berufen abgegeben werden. Zusätzlich schlossen zehn Jugendliche mit Berufsmaturitätszeugnis ab.

Das BWZ bildete 570 Jugendliche der Sekundarstufe II aus, 35 Erwachsene (Tertiärbereich: höhere Berufsausbildung) und 1480 Erwachsene (quartäre Weiterbildung) weiter.

Die Kantonale Kulturförderungskommission und die Fachstelle für Kulturförderung behandelten insgesamt 113 Gesuche um finanzielle Unterstützung. Insgesamt wurden aus dem Lotteriefonds Beiträge in der Höhe von 348 455 Franken an Projekte, Veranstaltungen, Auszeichnungen, Kulturinstitutionen und Werkankäufe vergeben.

Es konnten 19 Restaurierungen von Denkmalschutzobjekten abgeschlossen werden. An die Restaurierungskosten geschützter Kulturobjekte wurden insgesamt 1 164 000 Franken ausbezahlt; der Kantonsanteil betrug 466 000 Franken.

Wie bereits im Vorjahr überstieg die Jahresausleihe in der Kantonsbibliothek mit 106'958 Einheiten die 100'000er Grenze.

3 571 Jugendliche (1 934 Buben und 1 637 Mädchen) besuchten 246 J+S Kurse und Lager, dafür bezahlte der Bund den Organisationen 253 788 Franken. Diese Angebote wurden in 27 Sportfächern von 663 Leitenden betreut.

An 43 Obwaldner Ausdaueranlässen beteiligten sich 3 044 Teilnehmer/innen, dafür bezahlte der Kanton den Vereinen 12 176 Franken aus.

Insgesamt bildeten sich im Berichtsjahr 217 Leiter/innen sportlich aus oder fort.

Das kantonseigene Kader-Bildungs-Angebot wurde von 141 Leiter/innen aus der ganzen Schweiz besucht, 58 (28%) davon waren Obwaldner/innen. Dieses Bildungsangebot kostete total 87 490 Franken, 67 439 Franken (77%) wurden als Beiträge von den Teilnehmenden und vom Bund geleistet, sodass für die Kantone pro ausgebildete Leiterin der bescheidene Beitrag von 72.40 Franken (23%) aufgewendet werden musste.

Die umgesetzten Regierungs- und Departementsziele im Überblick

Zielerreichung

| Jahresziele | Stand der Erfüllung |
|-------------|---------------------|
|-------------|---------------------|

| | |
|---|--|
| <p>27 Die Bildungsangebote und –strukturen werden weiterentwickelt. <i>Volksschule:</i></p> <p><i>Berufsbildung:</i></p> | <p><i>Einführung Englisch:</i> Die Nachqualifikation der Lehrpersonen verläuft termingerecht. Die Weiterbildungsverträge mit allen angemeldeten Lehrpersonen sind abgeschlossen.</p> <p><i>Übergang Sek I – Berufslehre:</i> Diverse Konzeptberichte liegen vor und werden schrittweise umgesetzt. „Berufswahl Obwalden“ ist eingeführt und stösst auf hohe Akzeptanz.</p> |
| <p>28 Die Berufsbildung wird gestärkt und ausgebaut.</p> | <p><i>Neue Berufe:</i> Die schrittweise Einführung der geänderten Berufe (Verkauf, Gastro, Hauswirtschaft usw.) verläuft erwartungsgemäss.</p> <p><i>Berufsmaturität:</i> Das Projekt verläuft termingerecht. Die Ausführungsbestimmungen sind erlassen. Die Zahl der Anmeldungen übertrifft die Erwartungen.</p> <p><i>Lehrstellenmarkt:</i> Engpässe auf dem Lehrstellenmarkt konnten verringert werden.</p> |
| <p>29 Die Rahmenbedingungen der Aus- und Weiterbildung werden verbessert.</p> <p><i>Stufenübergreifend:</i></p> <p><i>Volksschule/Kantonsschule:</i></p> | <p><i>Bildungsgesetz (BiG):</i> Die Arbeiten konnten termingerecht abgeschlossen werden. In der Volksabstimmung scheiterte das Gesetz knapp. Die Vorarbeiten für die Zweitaufgabe sind im Gang. Ausführungsgesetzgebung zum Berufsbildungsgesetz ist zurückgestellt.</p> <p><i>Ausbildungsbeiträge:</i> Die Verordnungsrevision ist zurückgestellt. Die Ausführungsbestimmungen sind ergänzt (Regelung Teilzeitausbildungen).</p> <p><i>Qualitätssicherung und –entwicklung:</i></p> |

| | |
|---|--|
| <p><i>Berufsbildung</i></p> | <p>Die externe Schulevaluation wurde konzeptionell weiterentwickelt. An zwei Obwaldner Schulen wurde die externe Evaluation durchgeführt. Das Projekt „Arbeitsplatz Schule“ wurde abgeschlossen.</p> <p><i>Schulische Dienste:</i> Bedarf und Ressourcen wurden geklärt und öffentlich kommuniziert.</p> <p><i>Kantonsschule:</i> Der Teilumbau konnte auf Schuljahr 2004/05 abgeschlossen werden.</p> <p><i>Lehraufsicht:</i> Bei den Betriebsbesuchen konnte die Basis für eine erfolgreiche Einführung der Qualitätskarte gelegt werden.</p> <p><i>Infrastruktureller Ausbau des Berufs- und Weiterbildungszentrums:</i> Der Projektwettbewerb konnte abgeschlossen werden.</p> |
| <p>30 Projekte im Bereich Sport und Kultur mit regionaler/überregionaler Ausrichtung werden gefördert.</p> | <p><i>Kultur:</i> Turbine Giswil konnte vom Mai 2004 bis Oktober 2005 gemietet werden. Es fanden mehrere Veranstaltungen statt.</p> <p>Der Regierungsrat genehmigte ein Vorprojekt für eine langfristige Veranstaltung mit überregionaler/nationaler Ausstrahlung.</p> <p><i>Sport:</i> Das „Sportvalley Obwalden“ ist auf Kurs, musste aber neu ausgerichtet werden.</p> |

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Zusammenarbeit Obwalden/Nidwalden

Die Zusammenarbeit der beiden Departemente wurde an fünf Besprechungen der beiden Departementsleitungen vertieft. Themen dieser Besprechungen waren u.a.: Lohnwirksame Beurteilung der Lehrpersonen LOWIBE, Lehrerinnen- und Lehrerweiterbil-

dung, Landwirtschaftliche Ausbildung, Brückenangebote, Übergang Sek I – Berufslehre, Studienberatung, Information und Kommunikationskonzept, Bildungsgesetzgebung, Bi-NetON, Sprachenkonzept, Berufsbildung. Die Aktivitäten der Stiftung BiNetON wurden weiterhin auf ein Minimum reduziert, da zurzeit keine Projekte in Sicht sind. Weitere ständige Zusammenarbeitsfelder: Schulblatt, Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung (inkl. Uri), Berufsbildung.

Zusammenarbeit Kanton – Gemeinden

Im Volksschulbereich findet ein regelmässiger Austausch zwischen dem Departement und den Gemeinden im Rahmen der Schulpräsidien- und der Schulleiterkonferenz statt. Nach Ablehnung des Bildungsgesetzes wurden nebst den Parteien alle Gemeinden eingeladen, sich zum weiteren Vorgehen zu äussern.

Am 6. November 2004 fand eine Schulrätetagung zum Thema „Steuerung und Führung der Schulen Obwalden für die Zukunft“.

Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit

Nebst den ordentlichen Anstrengungen wie Pflege der Zusammenarbeit mit den Bildungspartnern, Schulblatt OW/NW, Berufsbildungsbulletin, jährliche Berichte der Kantonsschule und des Berufs- und Weiterbildungszentrums wurden folgende ausserordentlichen Veranstaltungen durchgeführt: Informationsveranstaltungen zum Bildungsgesetz, Hearings zum Arbeitsplatz Schule und zur Beurteilungskultur.

Der Europäische Tag des Denkmals war mit rund 500 Besuchern wiederum ein Grosserfolg. Die Fachstelle für Denkmalpflege bot Führungen durch drei Kulturobjekte von regionaler Bedeutung (Alte Krone, Wohnhaus Brünigstrasse 103 und Brünigstrasse 118) in Sachseln an.

Departementssekretariat

Das Departementssekretariat nimmt folgende Aufgabenbereiche wahr: Höhere Schulen, Fachhochschulen, Hochschulen, Lehrerinnen- und Lehrerbildung, Ausbildungsbeiträge (Stipendien/Darlehen), kirchliche Angelegenheiten. Es unterstützt den Departementsvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, die Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departementes, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling).

Zielerreichung

| Amtsziele | Stand der Erfüllung |
|---|---|
| 29 Die Rahmenbedingungen der Aus- und Weiterbildung werden verbessert. | <p><i>Bildungsgesetz (BiG):</i> Die Arbeiten konnten termingerecht abgeschlossen werden (Beratung in der kantonsrätlichen Kommission, erste und zweite Lesung im Parlament). In der Volksabstimmung vom 16. Mai 2004 scheiterte das Bildungsgesetz ganz knapp.</p> <p>In der Folge führte das Departement bei den Gemeinden und Parteien eine Umfrage über das weitere Vorgehen durch. Der Regierungsrat beauftragte das Departement anschliessend, die Zweitaufgabe des BiG vorzubereiten.</p> <p><i>Ausführungsgesetzgebung zum neuen Berufsbildungsgesetz:</i> Zurückgestellt wegen Ablehnung des Bildungsgesetzes</p> <p><i>Ausbildungsbeiträge:</i> Vorarbeiten für Verordnungsrevision zurückgestellt, Ausführungsbestimmungen ergänzt (Teilzeitausbildungen)</p> |
| Das Departementssekretariat ist weiter professionalisiert. | Fortsetzung des Organisationsentwicklungsprozesses: Erarbeitung Prozessabläufe. |

Bildungsgesetz gescheitert

Die vorberatende Kommission schloss ihre Arbeit im März 2004 ab. Der Kantonsrat beriet das Bildungsgesetz am 30. Januar und 12. März 2004 (erste und zweite Lesung) und die Bildungs- und Volksschulverordnung am 22. April 2004. Am 26. April 2004 fand

eine Informationsveranstaltung unter der Leitung von vier Parteien statt. Am 16. Mai 2004 wurde das Bildungsgesetz in der Volksabstimmung ganz knapp abgelehnt. Im Juni 2004 holte das Bildungs- und Kulturdepartement im Auftrag des Regierungsrats bei den Gemeinden und Parteien die Stellungnahme zum weiteren Vorgehen ein. Das Ergebnis dieser Konsultation zeigte, dass das Bildungsgesetz grundsätzlich als gut bezeichnet wurde. Man wünschte eine baldmögliche Zweitaufgabe des Gesetzes. In einzelnen Sachfragen gingen die Meinungen auseinander (z.B. Tagesstrukturen, Lastenausgleich). Der Regierungsrat beauftragte das Bildungs- und Kulturdepartement nach Kenntnisnahme des Vernehmlassungsergebnisses mit der Vorbereitung der Zweitaufgabe des Bildungsgesetzes.

Kommissionstätigkeit

Das Departementssekretariat ist zuständig für die Geschäftsleitung in zwei Kommissionen: Erziehungsrat und Kantonsschulkommission. Insgesamt wurden elf Sitzungen vorbereitet, protokolliert und es wurde anschliessend der Vollzug sichergestellt. Daneben wurden fünf Beschwerden bearbeitet und diesen den Kommissionen zur Beschlussfassung unterbreitet.

Interne Weiterbildung: Pflege des Betriebsklimas

Am dritten BKD-Tag standen ein Kultur-OL sowie die Brandprävention und –bekämpfung im Zentrum des Weiterbildungsanlasses.

Ausbildungsbeiträge – Stipendien

Fachstelle Ausbildungsbeiträge

Es wurden 447 Gesuche um Ausbildungsbeiträge bearbeitet, wovon 329 Gesuchsteller/innen einen Ausbildungsbeitrag in Form von Stipendien ausgerichtet bekamen. Zudem wurden acht Studiendarlehen bewilligt. Gegen zwei Stipendienentscheide wurde Beschwerde erhoben, die beide abgewiesen wurden. Zudem wurden für die Ausbildungsplanung 13 provisorische Stipendienberechnungen vorgenommen. Seit dem 1. September 2004 sind die Änderungen der Ausführungsbestimmungen im Bereich Teilstaatsausbildungen sowie berufs begleitende Ausbildungen in Kraft. Diese Ausbildungen werden, sofern sie die geforderte Zahl der Mindestlektionen erreichen, neu mit einem Teilstipendium unterstützt. Diese Regelung trägt zur gerechteren Verteilung bei.

Amt für Volks- und Mittelschulen

Das Amt für Volks- und Mittelschulen nimmt Beratungs-, Entwicklungs-, Steuerungs- und Sachbearbeitungsaufgaben im Bereich des Kindergartens, der Volksschule und der Mittelschulen wahr. Die Abteilungen Schulaufsicht, Fortbildung und Schulentwicklung sowie die schulischen Dienste Schulpsychologischer Dienst und Logopädischer Dienst stehen im Allgemeinen Lehrpersonen und Schulbehörden zur Verfügung, die schulischen Dienste zusätzlich auch Kindern, Jugendlichen und deren Bezugspersonen.

Zielerreichung

| Amtsziele | Stand der Erfüllung |
|---|--|
| <p>27 Die Bildungsangebote und –strukturen werden weiterentwickelt.</p> <p><i>Englisch an den Primarschulen:</i> Die Nachqualifikation der Lehrpersonen ist gemäss Konzept vom 1. Juli 2002 im Gang.</p> <p><i>Integration ICT im Unterricht:</i> Das Projekt ICT 2004 ist abgeschlossen und die weiteren Schritte sind konzipiert.</p> | <p>Weiterbildungsverträge mit allen angemeldeten Lehrpersonen sind abgeschlossen.</p> <p>„ICT an den Volksschulen - Ergänzung zu den Lehrplänen“ ist vom Erziehungsrat zum Einsatz freigegeben und das Umsetzungskonzept bestimmt.</p> |
| <p>29 Die Rahmenbedingungen der Aus- und Weiterbildung werden verbessert:</p> <p>Kontinuierliche Umsetzung der Qualitätssicherung und –entwicklung: Die konzipierten Massnahmen sind für eine wirksame kantonale Bildungssteuerung laufend umgesetzt und weiterentwickelt.</p> <p><i>Schulische Dienste:</i> Bedarf und Ressourcen sind geklärt und öffentlich kommuniziert.</p> | <p>Weiterentwicklung externe Schulevaluation: Die Mitarbeitenden des AVM machten in verschiedenen externen Evaluationen Erfahrungen. Das Konzept wurde laufend angepasst.</p> <p>Die externe Schulevaluation an zwei Obwaldner Schulen wurde durchgeführt.</p> <p>Das Projekt Arbeitsplatz Schule (neues Arbeitszeitmodell für die Volksschule) wurde abgeschlossen, kann aber auf Grund des abgelehnten Bildungsgesetzes erst auf Schuljahr 2006/07 eingeführt werden.</p> <p>Übereinstimmung zwischen Bedarf, Angebot und Ressourcen bei SPD und Psychomotorik wurden hergestellt.</p> <p>Die Öffentlichkeitsarbeit wurde durch Informationsbroschüren verbessert.</p> |

| | |
|---|--|
| <p><i>Kantonsschule:</i> Teilrenovation /-umbau ist auf Schuljahr 2004/05 abgeschlossen</p> | <p>Der Logopädische Dienst erstellte ein Merkblatt für den Umgang mit Mehrsprachigkeit.</p> <p>Die umgebauten Räumlichkeiten konnten rechtzeitig bezogen werden.</p> |
|---|--|

Schulentwicklung

Englisch an der Primarschule

Die Nachqualifikation einer ausreichenden Anzahl Lehrpersonen für den Start im Sommer 2005 und die Lehrmittelevaluation wurde abgeschlossen. Die Einführung der neuen Stundentafel wurde regional koordiniert und vom Erziehungsrat beschlossen. Sie sieht drei Lektionen Englisch ab der dritten und drei Lektionen Französisch ab der fünften Klasse vor.

Neue Beurteilungskultur für Schülerinnen und Schüler

Die Vorbereitungsarbeiten für die Einführung einer ganzheitlichen „Lernziel- und förderorientierten Beurteilungskultur“ traten in eine entscheidende Phase: Entsprechende Ausführungsbestimmungen wurden vom Erziehungsrat nach einem Hearing mit den Schulpartnern zu Händen des Regierungsrates verabschiedet. Die neue Beurteilungskultur betrifft alle Schülerinnen und Schüler vom Kindergarten bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit. Sie ist ganzheitlich sowie lernziel- und förderorientiert. Sie umfasst die drei Kompetenzbereiche Sachkompetenz (Leistungen in den einzelnen Fächern), Selbstkompetenz (Arbeits- und Lernverhalten) und Sozialkompetenz (Sozialverhalten). In der 1. bis 3. Primarklasse gibt das Schulzeugnis in Worten Auskunft über den Erreichungsgrad der Lernziele. Ab der 4. Klasse enthält es zusätzlich Noten im Bereich der Sachkompetenz. Das Übertrittsverfahren in die Sekundarstufe I wird ebenfalls neu geregelt.

Projekt Arbeitsplatz Schule

Eine Arbeitsgruppe erarbeitete unter Leitung des Amtes ein neues Arbeitszeitenmodell für die Volksschulen. Darin wird der berufliche Auftrag der Lehrpersonen neu geregelt. Ferner werden die Aufgaben der Schule als Ganzes (z.B. Schulentwicklungsprojekte) definiert und Arbeitsinstrumente für das Zeitmanagement am Arbeitsplatz Schule vorgestellt.

Schulaufsicht/Evaluation

Weiterentwicklung der Orientierungsschule, Zusammenarbeit mit Uri und Nidwalden

2004 führten die Kooperativen Orientierungsschulen Kerns und Sachseln interne Evaluationen durch.

Das Amt für Volks- und Mittelschulen führte in Zusammenarbeit mit den Evaluationsteams der Kantone Nidwalden und Uri verschiedene externe Evaluationen durch, davon zwei in Obwalden. Diese interkantonale Zusammenarbeit ermöglicht die Nutzung von Synergien und erlaubt eine breiter abgestützte, unabhängige Aussensicht. Die Ergebnisse geben für die Schulen wichtige und wertvolle Entwicklungshinweise. Die Rückmeldungen der evaluierten Schulleitungen und Lehrpersonen fallen durchwegs positiv aus.

Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung (LWB)

Weiterhin Zusammenarbeit der Kantone Obwalden/Uri/Nidwalden

Im Schuljahr 2004/05 erarbeiteten die LWB-Fachstellen der drei Kantone zum dritten Mal ein gemeinsames Kursprogrammheft, in welches auch zahlreiche Angebote der Weiterbildungsstellen Luzern und Zug aufgenommen wurden. Das führte wiederum zu einem vielseitigen Programm für die Lehrpersonen. Im Schuljahr 2004/05 werden rund 850 Personen aus Obwalden an den insgesamt 230 Kursen teilgenommen haben. Schwergewicht bildeten u.a. Kurse in den Bereichen Kommunikation, Begabungsförderung und Informatik.

Erziehungsrat

Der Erziehungsrat versammelte sich zu sieben ordentlichen Sitzungen. Er machte einen ganztägigen Schulbesuch in Giswil. Hauptgeschäfte der Sitzungen waren: Konzept der Privatschule „Chnopfchindischuäl“, Integration geistigbehinderter Kinder und Jugendlicher, Studentafel für die Primarschule 2005, Arbeitsplatz Schule, Beurteilungskultur, Übertrittsverfahren, Bildungsgesetz, generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) und Beschwerdebehandlung (zwei).

Abteilung Schulpsychologischer Dienst

Kürzere Wartezeiten

Nachdem im Vorjahr die höchste Fallzahl in der dreissigjährigen Geschichte des Schulpsychologischen Dienstes registriert worden war, ging im Schuljahr 2003/04 diese Zahl erstmals wieder leicht zurück (rund acht Prozent). Stark nahmen hingegen allgemeine Anfragen, Auskünfte, Kurzberatungen und der Beratungsaufwand in Einzelfällen (komplexe Fragestellungen, vermehrter Informations-, Beratungs- und Gesprächsbedarf der am System Schule Beteiligten) zu.

Gute Qualität und hohe Zufriedenheit

Die Auswertung der repräsentativen Befragung von Eltern, Schulleitungen, Schulpräsidenten und Lehrpersonen ergab für die Dienstleistungen insgesamt ein positives Ergebnis. Die Befragten äusserten sich positiv zur fachlichen Qualität, Professionalität und zur Sozialkompetenz der Schulpsychologinnen und -psychologen. Um dem Bedürfnis der Be-

fragten nach Transparenz und Information noch gerechter zu werden, wurden bereits erste Massnahmen umgesetzt. Ein neu gestalteter Flyer informiert kurz und übersichtlich über das Angebot, die Aufgaben und die Kontaktnahme.

Psychomotorische Therapie

Im Jahr 2004 stiegen die Anmeldezahlen wieder an. Ein noch höherer Anstieg konnte vorerst nur verhindert werden, weil die Lehrpersonen über die beschränkten Kapazitäten bei den Therapieplätzen immer wieder informiert wurden. Die Richtzahl der Therapieplätze (bei einem 100-Prozent-Pensum ungefähr 30) wurde trotzdem überschritten. Der Engpass musste durch Gruppentherapien bewältigt werden. Längere Wartefristen waren unvermeidbar. Die Informationstätigkeit wurde ausgeweitet: Ein Flyer informiert über psychomotorische Schwierigkeiten und über das Therapie- und Beratungsangebot. Zusammen mit dem Schweizerischen Verband konnte zudem eine attraktive Webseite aufgeschaltet werden.

| Kinder mit psychomotorischen Schwierigkeiten | | | | | | |
|---|-------------------------------------|------------------|---------------------|--------------------------------|---------|--------|
| Jahr | Kindergarten 1. und u. Vorschule | 1. und 2. Klasse | 3. bis 6. Klasse | Total An- meldungen | Mädchen | Knaben |
| 1998 | 30 | 13 | 12 | 55 | 09 | 46 |
| 2003 | 20 | 22 | 13 | 55 | 20 | 35 |
| 2004 | 36 | 16 | 07 | 59 | 09 | 50 |

Logopädischer Dienst

Konstanz in der Behandlung schwerer Sprachstörungen

Im Vergleich zum Vorjahr änderte sich die Anzahl der behandlungsbedürftigen, schwer sprachgestörten Kinder kaum.

Zu einer Verschiebung kam es zwischen der Anzahl Mädchen und Knaben in Behandlung. Im Jahr 2004 besuchten mehr Mädchen mit schweren Sprachstörungen die logopädische Therapie als im Vorjahr, während die Anzahl der Knaben leicht abnahm. Das Verhältnis Mädchen zu Knaben verringerte sich somit von 1:3 auf 1:2. Trotzdem sind aber nach wie vor markant mehr Knaben von schweren Sprachstörungen betroffen. Das Team des Logopädischen Dienstes erstellte ein Merkblatt für den Umgang mit Fremdsprachigkeit.

Schwer sprachgestörte Kinder (Stichtag: 31.12.)

| Jahr | In Behandlung | | Warteliste | | Total |
|------|---------------|--------|------------|--------|-----------|
| | Mädchen | Knaben | Mädchen | Knaben | |
| 1998 | 19 | 42 | 4 | 10 | 75 |
| 2003 | 14 | 51 | 1 | 2 | 68 |
| 2004 | 20 | 44 | 0 | 5 | 69 |

Kantonsschule

Qualitätsmanagement an der Kantonsschule Sarnen (KSO)

Im dritten Jahr der Umsetzung des Qualitätsmanagements an der KSO sind alle 49 Lehrpersonen in Q-Gruppen eingeteilt, die sich mit der Optimierung des Unterrichts befassen. Ein Drittel stellte sich der periodischen Mitarbeiterbeurteilung durch den Rektor, die sich auf Feedback der Studierenden, auf Unterrichtsbesuche des Rektors sowie auf einer Selbsteinschätzung der Lehrperson abstützt und zu Zielvereinbarungen für die nächsten Jahre führte.

Öffentlichkeitsarbeit: 2004 ein Jubiläumsjahr

Die Öffentlichkeitsarbeit der KSO wurde mit dem Ziel „Erfüllung des Bildungsauftrages“ in Beziehung gesetzt. Der Thementag „steinreiches Obwalden“ nutzte das Zusammenreffen des 25-jährigen Bestehens des Kantonsschulgebäudes an der Rütistrasse und des 140-jährigen Jubiläums der Steinbruch Guber AG in Alpnach, um die Studierenden mit den natürlichen Rohstoffen von Obwalden vertraut zu machen. Bei dieser Gelegenheit entstanden in Zusammenarbeit mit Fachleuten Natursteinmauern, die einerseits der Naturlehre als Lehrobjekt zur Beobachtung von Fauna und Flora dienen und andererseits den Vorplatz der Kantonsschule als Aufenthaltsort der Studierenden aufwerten.

Das Jubiläum "25 Jahre Kantonsschule" nutzte die Schulleitung, um dem Kantonsrat die Entwicklung ihrer Schule und deren aktuelle Position in der Landschaft der Gymnasien der Schweiz vor Augen zu führen. Mit Stolz konnte festgestellt werden, dass die KSO eine führende Position im Bereich des MAR (Maturitätsanerkennungsreglements), insbesondere der Maturaarbeit sowie des Qualitätsmanagements einnimmt. Auch in Bezug auf den Erfolg ihrer Absolventinnen und Absolventen darf sich die KSO sehen lassen: Gemäss aktuellsten Angaben des Bundesamts für Statistik (Ausgabe 2003) lag die Zahl der ohne Diplom exmatrikulierten Studienabgänger des Maturajahres 1998 der Kantonsschule Obwalden nur bei 10,3 Prozent. Der schweizerische Durchschnitt liegt bei 12,1 Prozent.

Das sportfreundlichste Gymnasium der Schweiz

Schliesslich wurde im November die KSO zum sportfreundlichsten Gymnasium der Schweiz erkoren. Der Schweizerische Verband für Sport in der Schule richtete in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren

EDK diesen Award ein und beurteilte damit die Bemühungen der Schulen im Bereich des Breitensports. Die KSO erhielt den Preis u.a. für das Projekt „Wahlsport“, mit dem die Schule auf das Fehlen einer Turnhalle reagierte. Die Fachschaft Sport stellte als Ersatz für die dritte Turnstunde ein vielfältiges Angebot an sportlicher Betätigung zur Verfügung, aus dem die Studierenden nach ihren Neigungen auswählen konnten. Die Palette reicht von einer Nachtwanderung über Tennis bis zum Klettern. Zusätzlich bewertet wurde, dass die Sportanlage der Schule während der unterrichtsfreien Zeit auch der Öffentlichkeit zur Verfügung steht und das Sportmaterial mustergültig unterhalten und gepflegt wird. Auch das Projekt „Rudern in der Schule“, das die Schulleitung vor Jahren eingeführt hatte, trug zur Anerkennung bei. Die Preisübergabe durch Bundesrat Samuel Schmid fand anlässlich des Maggingertages statt.

Kantonsschulkommission: Wenig Sitzungen

Die Kantonsschulkommission traf sich zu vier ordentlichen Sitzungen und machte während eines Halbtages Schulbesuche bei den Klassen und Lehrpersonen. Die Hauptthemen der Sitzungen waren: Schulbesuche, Bildungsgesetz, Übertrittsverfahren Kantonsschule, Beschwerdebehandlung (drei).

Maturitätsprüfungskommission: Erstmals Berufsmaturitätszeugnisse an der Handelsmittelschule der Stiftsschule Engelberg

Die Kommission traf sich zu fünf Sitzungen, die zur Vorbereitung und Auswertung der Maturitätsprüfungen der Kantonsschule Sarnen, der Stiftsschule Engelberg und der Schweizerischen Sportmittelschule Engelberg dienten. An den diesjährigen Prüfungen bestanden 75 von 77 Kandidatinnen und Kandidaten die Maturaprüfungen (55 an der Kantonsschule Sarnen, 13 an der Stiftsschule Engelberg, 7 an der Schweizerischen Sportmittelschule Engelberg). Ferner war im 2004 die Maturitätsprüfungskommission erstmals für die Erteilung von Berufsmaturitätszeugnissen an der Handelsmittelschule der Stiftsschule (HMS+) zuständig. Alle drei Kandidaten bestanden die eidgenössische Berufsmatura.

Amt für Berufsbildung

Das Amt für Berufsbildung vollzieht die Berufsbildungsgesetzgebung. Es überwacht die Berufs- und Weiterbildungsberatung, die berufliche Grundausbildung und die Weiterbildung sowie die Einhaltung der Lehrverträge. Es berät, begleitet und koordiniert die an der beruflichen Grundausbildung Beteiligten. Es sorgt für die Durchführung von Teil- und Abschlussprüfungen und stellt die entsprechenden Fähigkeitszeugnisse aus. Zum Amt gehören die Abteilungen Lehraufsicht, Berufs- und Weiterbildungszentrum und Berufs- und Weiterbildungsberatung.

Zielerreichung

| Amtsziele | Stand der Erfüllung |
|--|--|
| <p>27 Die Bildungsangebote und -strukturen werden weiterentwickelt.</p> <p>Angebote und Strukturen am Übergang Sek. I – Berufslehre sind optimiert.</p> | <p>Die diversen Konzeptberichte liegen vor und es läuft die schrittweise und koordinierte Umsetzung.</p> <p>Die Neukonzeption „Faire Lehrlingsauswahl“ musste wegen zu grossen Differenzen im ZBK-Raum um ein Jahr verschoben werden.</p> <p>„Berufswahl Obwalden“ wurde eingeführt und stösst bei den Betroffenen auf hohe Akzeptanz.</p> |
| <p>28 Die Berufsbildung wird gestärkt und ausgebaut.</p> <p>Neue Berufe (Verkauf, Gastro, Hauswirtschaft etc) sind eingeführt.</p> <p>Konzeptarbeiten BMS Obwalden sind begleitet.</p> <p>Lehrstellenmarkt ist laufend beobachtet und die Aktivitäten sind auf „Druckstellen“ ausgerichtet.</p> | <p>Die schrittweise Einführung der geänderten Berufe läuft erfolgreich und gemäss Masterplan des Bundesamtes.</p> <p>Das Projekt BM läuft gemäss Plan. Die Ausführungsbestimmungen sind erlassen und die Zahl der Anmeldungen übertrifft die Erwartungen.</p> <p>Dank verbesserter und frühzeitiger Datenbewirtschaftung konnten Engpässe auf dem Lehrstellenmarkt minimiert werden (Rekord an neu abgeschlossenen Lehrverträgen).</p> |
| <p>29 Die Rahmenbedingungen der Aus- und Weiterbildung werden verbessert.</p> | |

| | |
|--|--|
| <p>Anpassung der kantonalen Vollzugsrichtlinien an die neue Bundesgesetzgebung</p> <p>Betriebsbesuche stehen im Dienste der Qualitätsentwicklung QE.</p> | <p>Auf Grund des negativen Volkstentscheid zum BiG wurde die Gesetzesarbeit verschoben.</p> <p>Bei den Betriebsbesuchen ist die Basis für eine erfolgreiche Einführung der Qualitätskarte gelegt worden.</p> |
|--|--|

Abteilung Lehraufsicht

Neues Berufsbildungsgesetz – Motor für die Modernisierung der Berufsbildung

Seit dem 1. Januar 2004 ist auf Bundesebene das neue Berufsbildungsgesetz in Kraft. Das Gesetz trägt dem markanten Wandel in der Berufs- und Arbeitswelt Rechnung. Es ermöglicht neue, differenzierte Wege der beruflichen Bildung, Durchlässigkeit im Berufsbildungssystem und eine leistungsorientierte Finanzierung. Bereits nach einem Jahr Erfahrung besteht Gewissheit, dass der beabsichtigte Innovationsschub wirkt und die Verbundpartner (Bund, Kantone und Organisationen der Arbeitswelt) die Umsetzung aktiv vorantreiben.

Auch im Kanton ist die Vollzugsarbeit, trotz Übergangsfrist von fünf Jahren, im vollen Gange. Dank konkreter und vernetzter inner- und interkantonaler Zusammenarbeit sind erste Erfolge bereits Tatsache (siehe Zielerreichung). Mit den Teilprojekten im Rahmen des Lehrstellenbeschlusses II wurden die richtigen Akzente gesetzt und damit die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Berufsbildung im Geiste der neuen Bundesgesetzgebung geschaffen. Der enge Schulterschluss zwischen Wirtschaft und Verwaltung bildet dabei die Basis für eine erfolgreiche Berufsbildungspolitik.

e-bulletin ow – ein neuer Informationskanal

Der Vollzug der neuen Bundesgesetzgebung, insbesondere die Einführung der über 110 veränderten oder neuen Berufe im Kanton, bedingt eine rasche und selektive Information mit den betroffenen Ausbildungsbetrieben und Berufsverbänden.

Das Amt hat auf die neuen Bedürfnisse mit einem zeitgemässen Informationsträger, dem e-bulletin ow, reagiert. Die wichtigen Informationen und Neuerungen können so auf elektronischem Weg rascher und Kosten sparend übermittelt werden.

Das BerufsBildungsBulletin wird weiterhin erscheinen und die elektronischen Infos situativ mit Schwerpunktthemen ergänzen.

Der Lehrstellenbeschluss II (LSB 2) – ein Überblick

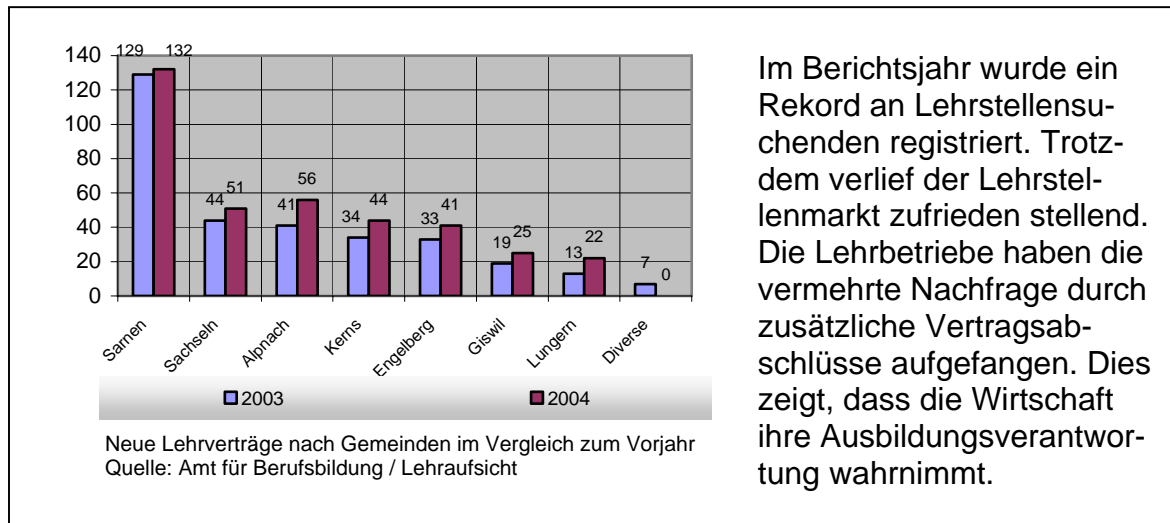
Im Rahmen des LSB 2 bewilligte das Bundesparlament im Jahre 2000 100 Millionen Franken. Die Hälfte des Betrages stand den Kantonen für innovative Projekte zur Förderung der Berufsbildung zur Verfügung.

Das Amt schloss mit dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie am 3. Januar 2001 eine Leistungsvereinbarung ab. Inhalt der Vereinbarung waren vier kantonale Pro-

jekte mit der Strategie, die Berufsbildung im Kanton zu stärken und eine optimale Basis für die Einführung des neuen Berufsbildungsgesetzes zu schaffen.

Die kantonalen Projekte wurden per Ende 2004 abgeschlossen. Die Evaluation der einzelnen Projekte zeigt, dass die Ziele vollumfänglich erreicht wurden.

Lehrstellensituation 2004 – ein Rekordjahr



Berufsbildungskommission

Die Kommission behandelte an vier Sitzungen die laufenden Geschäfte. Die Hauptthemen waren: Realisierung Berufsmatura, Betriebs- und Prüfungsbesuche, Neukonzeption Weiterbildung am BWZ, Auswirkungen der neuen Bundesgesetzgebung auf den Kanton, Wahlen von Prüfungsexpertinnen und –experten.

Berufs- und Weiterbildungsberatung (BWB)

Arbeit am Übergang von der Orientierungsschule in die Berufsbildung

Die Berufs- und Weiterbildungsberatung ist innerhalb des Amtes für Berufsbildung zuständig für den Übergang Orientierungsschule – berufliche Grundbildung. Die Bewirtschaftung dieses Übergangs beinhaltet neben der bekannten Informations- und Beratungsarbeit folgende Dienstleistungen: Durchführung von Elternabenden, Erfassung der offenen Lehrstellen bei den Lehrbetrieben, Datenerhebung zum Lehrstellenmarkt und Erstellung von Prognosen, Propagierung des Berufswahlprozesses.

Im Berichtsjahr standen zusätzlich folgende Arbeiten im Vordergrund:

- Entwicklung des Konzepts „Berufswahl Obwalden“ sowie deren Einführung inklusive Hilfestellung für die Klassenlehrpersonen und Berufsbildner/innen
- Mitwirkung beim zentralschweizerischen Projekt „Fairplay bei der Lehrlingsauswahl“ mit dem Ziel, einen abgestimmten Selektionstermin zu finden
- Überprüfung des Massnahmenkatalogs der Arbeitsgruppe Orientierungsschule – Berufslehre

Die Standortbestimmung zeigt, dass von 32 vorgeschlagenen Massnahmen rund die Hälfte umgesetzt oder in der Realisierungsphase sind.

Pionierprojekt „Berufswahl Obwalden“

"Berufswahl Obwalden" ist ein mehrteiliges Hilfsmittel, welches die verschiedenen Partner im gesamten Berufswahl-Prozess unterstützt. Das Projekt wird von der Lehraufsicht und der BWB gemeinsam umgesetzt. „Berufswahl Obwalden“ vermittelt Übersicht, bringt klare Begriffe und leitet zum erfolgreichen Vorgehen an.

Dieses Konzept ist eine der von der „Arbeitsgruppe Orientierungsschule – Berufslehre“ vorgeschlagenen Massnahmen. Das Einweg-Lehrmittel „Berufswahl-Dossier“, als Teil von „Berufswahl Obwalden“, wurde im Schuljahr 2002/03 in Kerns mit Erfolg erprobt und ab dem Schuljahr 2004/05 wird das Lehrmittel von allen 2. Orientierungsschulklassen verwendet.

Berufs- und Weiterbildungszentrum (BWZ)

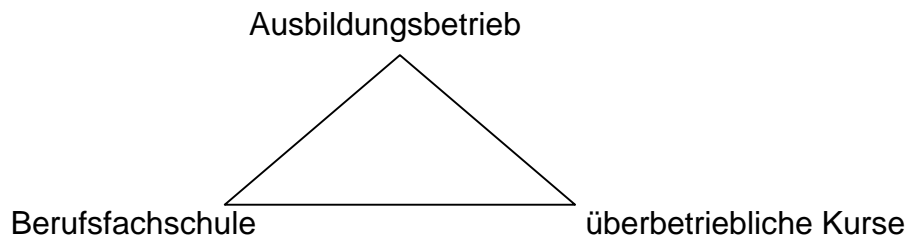
Neue Lernkultur – unsere pädagogische Weiterentwicklung

Seit drei Jahren arbeitet das Lehrpersonen-Team des Berufs- und Weiterbildungszentrums an der schuleigenen pädagogischen Weiterentwicklung. Diese verläuft auf zwei Ebenen: Einerseits soll der Unterricht qualitativ optimiert und andererseits soll gleichzeitig eine diskursethische Kultur aufgebaut werden. Im Zentrum standen die Fragen „Was ist guter Unterricht?“ und „Was muss eine Lehrperson leisten, um diesen guten Unterricht zu erteilen?“. Seriöse Leistungsbeurteilung erfordert zwingend festgelegte und transparente Beurteilungskriterien und ein Verfahren, bei dem die Beurteilten neben dem Beurteiltwerden (=Fremdbeurteilung) gleichwertig auch die Möglichkeit haben, sich selbst zu beurteilen (=Selbstbeurteilung). Lehrpersonenbeurteilung basiert auf der Spiegelung der eigenen Leistungswahrnehmung (= durchgezogene Linie) mit der Aussen-sicht (=gestrichelte Linie). Der Einschätzungsabgleich findet im Personalentwicklungsgespräch (PEG) statt. Aus gemeinsam erkannten Leistungsdefiziten ergeben sich die Zielvorgaben für die nächste Beurteilungsperiode.

| | | | | | | | |
|--|-------|--|--|---|---|---|-----------|
| | | Fremdevaluation <input type="checkbox"/> | | Selbstevaluation <input type="checkbox"/> | | | |
| | | | | | | | |
| Lehrperson: | | Beurteiler/in: | | Datum: | | | |
| Bereichskriterien | | Kompetenz | | C | B | A | Bemerkung |
| | | (KD = Kompetenz/Didaktik) | | | | | |
| Relevante und transparente Lernziele | KD 1 | | | | | | |
| | KD 2 | | | | | | |
| Geplanter, strukturierter, vernetzter Unterricht | KD 3 | | | | | | |
| | KD 4 | | | | | | |
| | KD 5 | | | | | | |
| | KD 6 | | | | | | |
| Förderung von Denken (analytisch und kritisch) | KD 7 | | | | | | |
| | KD 8 | | | | | | |
| Motivierende Lernsituation | KD 9 | | | | | | |
| | KD 10 | | | | | | |
| Wissensanwendung u. Wissensüberprüfung | KD 11 | | | | | | |
| | KD 12 | | | | | | |
| | KD 13 | | | | | | |
| Gesamtbeurteilung | | | | <input type="text"/> | | | |

Von der „Berufsschule“ zur „Berufsfachschule“

Mit der Inkraftsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes am 1. Januar 2004 erhielt die bisherige „Berufsschule“ die neue Bezeichnung „Berufsfachschule“. Dieser Wechsel in der Bezeichnung ist Ausdruck einer neuen Berufsbildungsphilosophie und gleichzeitig eine seit langem überfällige Aufwertung der Tätigkeit der Berufsfachschulen im Dienste der beruflichen Grundbildung. Diese ist im neuen Gesetz unmissverständlich als Verbundaufgabe und damit auch als Verbundverantwortung zwischen Bund, Kantonen und den Organisationen der Arbeitswelt verankert. Für die Berufsfachschule bedeutet dies, eine eindeutige Positionierung im partnerschaftlichen Ausbildungsdreieck.



Diese Dreier-Partnerschaft ergänzt sich und soll Garant sein, dass Jugendliche durch entsprechende Unterstützung und Ausbildung durch die Partner zu kompetenten Berufsleuten und eigenständigen Erwachsenen werden. Damit kommen auf die Partner neue Herausforderungen zu. Neben ausbildnerischen Absprachen und inhaltlichen Abglei-

chungen muss es Ziel sein, eine gemeinsame Ausbildungsphilosophie zu entwickeln und gesetzlich geforderte Qualitätsnormen in der Ausbildung einzuhalten.

Abteilung Kultur

Die Abteilung Kultur nimmt gegenüber der Departementsleitung Planungs- und Sachbearbeitungsaufgaben in den Bereichen Kulturförderung, Kultur- und Denkmalpflege, Kulturgüterschutz, Archäologie, Kantonsbibliothek und Medienfragen wahr.

Zielerreichung

| Abteilungsziele | Stand der Erfüllung |
|---|---|
| <p>30 Allgemeine Kultur:</p> <p>Kulturleitbild ist erstellt, verabschiedet und allfällige Änderungen der Kulturverordnung umgesetzt.</p> <p><i>Kunstsammlung:</i> Die im Besitz des Kantons sich befindenden Kunstwerke sind vollständig digital, inventarisiert und fotografiert, von jedem Kunstwerk sind Standort und Zustand bekannt.</p> <p><i>Kulturvermittlung:</i> Die Kulturvermittlungsangebote in den Schulen werden punktuell ausgebaut und die bestehenden Angebote verstärkt kommuniziert.</p> <p><i>Projekte/Veranstaltungen mit überregionaler Ausstrahlung:</i> Turbine Giswil etabliert sich als Kultur- und Veranstaltungsort.</p> <p>Vorgehen für Umsetzung einer langfristigen Veranstaltung mit überregionaler/nationaler Ausstrahlung ist festgelegt.</p> <p><i>Kantonsbibliothek:</i> Neues EDV-System ist eingeführt.</p> | <p>Das Leitbild wurde um Konzepte in den einzelnen Bereichen erweitert (v.a. Kulturförderungskonzept). Die Verabschiedung ist im Frühling 2005 geplant.</p> <p>Das Projekt ist fast abgeschlossen. Für den definitiven Projektabschluss fehlt die Aufnahme der Kunst-am-Bau-Objekte (vorgesehen bis Frühling 2005).</p> <p>Die bestehenden Angebote wie Autorenlesungen, Theaterperlen usw. wurden erfolgreich weitergeführt.</p> <p>Turbine konnte vom EWO von Mai 2004 bis Oktober 2005 gemietet werden. Die Vereinsgründung ist erfolgt. Verschiedenste Veranstaltungen wurden durch Verein/Veranstalter erfolgreich durchgeführt.</p> <p>Auftrag an Heller/Hess für Erarbeitung Vorprojekt ist erfolgt, Vorprojekt durch Regierungsrat verabschiedet. Die Projektphase ist im ersten Halbjahr 2005 vorgesehen.</p> <p>Die Schulung der Mitarbeiterinnen erfolgte, erste Verbesserungen wurden</p> |

| | |
|--|--|
| Betriebliche Verbesserungen sind erreicht. | umgesetzt. |
| <i>Denkmalpflege:</i> Inkraftsetzung der ausstehenden Schutzpläne Engelberg, Kägiswil, Kerns und Lungern ist erfolgt. | Veraltete Sachbücher wurden ausgeschieden, die Auflösung Zeitschriftenkartei erfolgte; Treffen mit Gemeinde- und Schulbibliotheken fand statt. |
| Restaurierung Klosterkirche Engelberg | Wesentliche Schritte zur Einführung der Schutzpläne wurden abgeschlossen. Auf Grund unvorhersehbarer Verzögerungen erfolgt der Abschluss der Verfahren im Jahr 2005. |
| Öffentlichkeitsarbeit | Zeitplan und Massnahmenkatalog für Erarbeitung des Finanzierungsplans wurden erstellt. Genehmigung des Restaurierungskredits (Kantonsbeitrag) durch Kantonsrat erfolgte. Europäischer Tag des Denkmals wurde erfolgreich durchgeführt. Die Publikation Jahresheft 3 ist im Frühling 2005 vorgesehen (unvorhersehbare Umstände). |

Kulturförderung

Kulturereignis Obwalden 2005+

Nach diversen Vorgesprächen und Abklärungen erteilte der Regierungsrat im Sommer 2004 den Kulturunternehmern Martin Heller und Martin Hess den Auftrag, ein Vorprojekt „Kulturereignis Obwalden 2005+“ zu erarbeiten. Vorgaben für die Vorprojekterarbeitung waren u.a. wiederkehrendes Kulturereignis mit nationaler Ausstrahlung und nachhaltiger Wirkung, inhaltlicher Bezug zum Kanton Obwalden, Einbezug von Obwaldner Kulturschaffenden, Einbezug von institutionellen und landschaftlichen Ressourcen, kein staatlich verordnetes Kulturereignis, sondern Gemeinschaftswerk der Kulturträger, der Wirtschaft und der Politik.

Ursprung für den Auftrag war die Erkenntnis, dass der Kanton Obwalden in der Schweizer Bevölkerung eher wenig bekannt bzw. mit gewissen Vorurteilen behaftet ist. Mit einem wiederkehrenden Kulturereignis von überregionaler Ausstrahlung soll diesem Umstand entgegengewirkt und die vielen positiven Seiten des Kantons als Wohn-, Arbeits- und Ferienort gezeigt werden. Zudem sei gerade in Obwalden die Qualität, die Vielfalt und die Lebendigkeit des Kulturschaffens aussergewöhnlich hoch, wie auch die beiden Auftragnehmer Martin Heller und Martin Hess in ihrem Vorprojekt unterstreichen.

Kulturblatt Obwalden und Nidwalden

Nachdem die Kulturkommission Nidwalden im Jahr 2003 ein Informationsblatt zur Kultur in Nidwalden lanciert hatte, konnte sich nun Obwalden diesem Engagement anschliessen. Seit Frühling 2004 geben nun die beiden Kulturkommissionen gemeinsam ein mehrseitiges Faltblatt heraus, in dem die wichtigsten Ereignisse, Kommissionsentscheide, Veranstaltungen usw. beschrieben werden.

Kulturförderungskommission

Die kantonale Kulturförderungskommission (KKFK) traf sich neben den üblichen Sitzungen (sechs) im September zu einer gemeinsamen Sitzung mit der Kulturkommission Nidwalden. Neben den Beitragsgesuchen (113) und den Werkankäufen, verbunden mit Atelier- und Ausstellungsbesuchen, befasste sich die KKFK v.a. mit folgenden Themen: Kulturereignis Obwalden 2005+, Turbine Giswil (Miete, Leistungsvereinbarung, Gründung Verein usw.), Leitbild und Kulturförderungskonzept. Schliesslich organisierte die KKFK bereits zum vierten Mal die Januar-Literaturreihe.

Kultur- und Denkmalpflege

Kulturpflege

Die Fachstelle bearbeitete insgesamt neun Beitragsgesuche zu Buch-, Film-, Forschungs- und Ausstellungsprojekten. Insgesamt wurden Beiträge im Betrag von 33 500 Franken zugesichert und 64 500 Franken z.T. auf Grund früherer Zusagen ausbezahlt.

Denkmalpflege

Die bedeutendsten der insgesamt 19 abgeschlossenen Gesamt- oder Teilrestaurierungen waren: Aussenrestaurierungen der Pfarrkirchen von Kerns und Lungern, des Gasthauses Rose, Kerns, sowie Gesamtrestaurierung des Wohnhauses «Alte Krone», Sachseln.

Insgesamt konnten 1 164 000 Franken Denkmalpflegebeiträge an abgeschlossene Restaurierungen ausgezahlt werden (Gemeinden 84 000 Franken, Kanton 466 000 Franken, Bund 614 000 Franken).

Viel Aufmerksamkeit beanspruchten die Vorbereitungsarbeiten für die anstehende Gesamtrestaurierung der Klosterkirche Engelberg ab Januar 2005 bis 2009. Nebst der Betreuung geschützter Kulturobjekte war die Fachstelle mit Vorbereitungsarbeiten für die vier noch ausstehenden Schutzpläne beschäftigt. Ausserdem wurden 65 Stellungnahmen zu Neubauvorhaben in Ortsbild- und Umgebungsschutzgebieten verfasst.

Am Europäischen Tag des Denkmals vom 11. September 2004 besuchten über 500 Interessierte die Führungen in drei kürzlich restaurierten Wohnhäusern in Sachseln.

Kulturgüterschutz

Während des einwöchigen Weiterbildungskurses inventarisierten die Dienstchefs unter der Leitung des kantonalen Kulturgüterschutzverantwortlichen die beweglichen Kulturgüter von bedeutenden Obwaldner Kirchen und Kapellen.

Kulturpflegekommission

Auf Antrag der Fachstelle für Kultur- und Denkmalpflege fasste die fünfköpfige Kommission an insgesamt zwölf Sitzungen 33 Beschlüsse zu Fragen des Ortsbild- und Umgebungsschutzes, der Ortsplanung und der Kultur- und Denkmalpflege.

Kantonsbibliothek

Die Kantonsbibliothek lieh im Jahr 2004 106 958 Bücher, DVDs, Videos, CD-ROMs, Kassetten, Hörbücher und Comics aus. Dies ist ein neuer Ausleihrekord, der vor allem auf die Beliebtheit der neuen Medien zurückzuführen ist. 4810 Einheiten wurden in den Bestand integriert, etwas weniger wurden ausgeschieden.

Im April wurde die neue Software Bibdia eingeführt, was einen grossen Teil der Arbeit der Mitarbeiterinnen der Kantonsbibliothek beanspruchte. Eine grosse Erleichterung für die Benutzerschaft ist die Möglichkeit, unseren Katalog online abzufragen und das eigene Konto einzusehen und, falls möglich, Bücher direkt selber zu verlängern. Das Projekt der Katalogisierung des Altbestands vor 1800 konnte erfolgreich gestartet werden. Dieser alte Teil des Bestands wird im Sommer 2005 vollständig in unserem Online-Katalog erfasst sein.

Abteilung Sport

Die Abteilung Sport nimmt gegenüber der Departementsleitung Planungs- und Sachbearbeitungsaufgaben in den Bereichen Jugend + Sport, Schulsport, Vereinssport, Sport-Toto-Beiträge wahr.

Sie berät und unterstützt Sportorganisationen, bildet in Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen J+S Leiterinnen und Leiter aus, entrichtet Sport-Totobeiträge und beaufsichtigt den Schulsport.

Zielerreichung

| Abteilungsziele | Stand der Erfüllung |
|---|--|
| <p>30 Sportkonzept:</p> <p>Das Sportkonzept als Projekt ist erstellt. Der Regierungsrat hat das Sportkonzept genehmigt und das BKD (Abt. Sport) mit der Umsetzung und Festlegung der Prioritäten beauftragt.</p> <p><i>Sportvalley Obwalden:</i></p> <p>Der Kanton ist am Projekt beteiligt.</p> | <p>Das Konzept wurde auf Ende 2004 erstellt und ist zur Eingabe an den Regierungsrat (Frühling 2005) bereit.</p> <p>Das Projekt ist auf Kurs, musste aber strukturell neu ausgerichtet werden.</p> |

Jugend+Sport: Das Sportförderungswerk legt weiter zu

Nach der Neueinführung von J+S 2000 stehen für das Jahr 2004 erstmals verbindliche statistische Vergleichszahlen zur Verfügung. Jugend+Sport Obwalden entwickelt sich ausgezeichnet, wie die Zahlen belegen. Nachdem der Bund letztmals den traditionellen Förderungsbeitrag an die Kantone ausbezahlt hat (2004 noch 50% der üblichen Beiträge, nämlich 40 431 Franken), fällt nun aus Spargründen des Bundes diese Auszahlung in Zukunft weg.

Im Bereich der Leiteraus- und -fortbildung baute Obwalden das Sportbildungsangebot aus und verfolgt so die Ziele des Projektes "Sportvalley". Das Mehrangebot ist insofern kostendeckend, als die Ausbildungskosten der ausgebildeten Leiterinnen und Leiter den Kantonen in Rechnung gestellt werden.

Neu musste das Controlling-Management des Bundes umgesetzt werden. Die Kontrollmechanismen sind tauglich und werden im kommenden Jahr in ein eigenes kantonales Konzept umgeschrieben. Die Kontrollen ergaben, dass die Regeln an der Basis eingehalten werden, und dass Problemfälle einer Lösung zugeführt werden konnten.

Schulsport: Erfolgreiche Obwaldner Schulen auf nationalem Terrain

Bei der obligatorischen Turnprüfung stieg die Erfüllungsquote bei den Knaben um 2 Prozent. Erstmals seit Bestehen der Turnprüfung (1972) erreichte ein Mädchen die Vollpunktzahl von 200 Punkten.

Beim freiwilligen Mittelstufensporttag I und II in Lungern nahmen 97 Prozent sämtlicher Schulklassen teil. Damit wird die Beliebtheit und Bedeutung des Anlasses eindrücklich unterstrichen.

Am schweizerischen Schulsporttag in Chur nahmen über 90 selektionierte Schülerinnen und Schüler von Obwalden teil. Die Gemeindeschule Sarnen erreichte bei den Mädchen im Volleyball den Schweizermeistertitel (Titelverteidigung durch Obwalden) und die Knaben errangen den 3. Rang im Basketball.

Beim Schweizerischen Projekt Bewegungswettbewerb für Schulklassen im Rope Skipping (Seilspringen) siegte im dritten Quartal innerhalb von 3 Wochen in der Kategorie 4. Klasse, Kägiswil, mit einem Klassendurchschnitt von 26 249 Sprüngen. Eine Schülerin erzielte 91 540 Sprünge, was einem Tagesdurchschnitt von 4 359 Sprüngen entspricht!

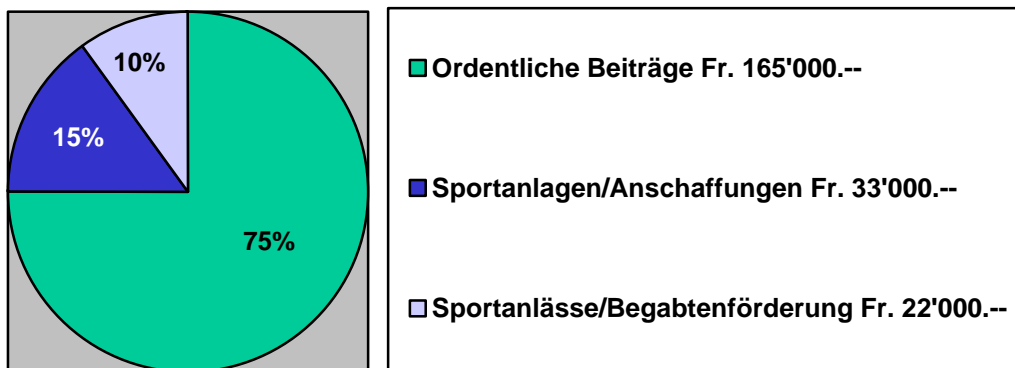
Beim nationalen Projekt "Sportfreundliche Schulen" nahmen aus Obwalden fünf Schulen teil (Alpnach, Sarnen, Giswil, Kantonsschule Obwalden und BWZ Obwalden). Obwalden erreichte gesamtschweizerisch mit 18.1 Prozent den höchsten Beteiligungsgrad. Zudem wurde in der Kategorie Sekundarstufe 2 die Kantonsschule Obwalden als sportfreundlichste Schule der Schweiz erkoren (siehe Kantonsschule).

Sport-Toto

Die Schweizerische Sport-Toto-Gesellschaft baute im Rahmen ihrer Umstrukturierung den Rückstellungsfonds ab und bezahlte den Kantonen namhafte Beiträge aus. Auf Antrag der Sportkommission entschied das Bildungs- und Kulturdepartement, diesen einmaligen Beitrag bis 2008 den gesuchstellenden Organisationen gemäss Ausführungsvorschriften so auszuzahlen, dass keine Kürzungen vorgenommen werden müssen.

Sport Toto Beiträge 2004

Total 132 Gesuchsteller



Sportkommission: Das Kantonale Sportkonzept ist erstellt

Für die Kommissionsgeschäfte und die Beitragsbehandlung der Sport-Toto-Beiträge wurden vier Sitzungen benötigt. Die Arbeitsgruppe „Kantonales Sportkonzept“ erarbeitete in vier Sitzungen das Sportkonzept.

Die Kommission unterbreitete dem Bildungs- und Kulturdepartement die Vorschläge für den Sportpreis 2004. Gewählt wurden die beiden Sportvereine Judoclub Sarnen, und Eishockeyclub Engelberg.

Sportvalley

Das Projekt ist auf Kurs, musste aber einem grundsätzlichen Organisations- und Strukturwandel unterzogen werden. Neu ist das Projekt auf zwei Arbeitsgruppen abgestützt: Arbeitsgruppe Vermarktung/Kommunikation/Website und Arbeitsgruppe Marktleistungen/Events/Vernetzung der Partner. Neu liegt das Controlling beim Volkswirtschaftsdepartement.

Bau- und Umweltdepartement

Das Bau- und Umweltdepartement (BUD) umfasst

| | Vollzeitstellen Ende | |
|---------------------------------|----------------------|------|
| | 2003 | 2004 |
| Departementssekretariat | 1.7 | 2.5 |
| Bauamt | 33.4 | 32.0 |
| Amt für Wald und Landschaft | 12.3 | 11.7 |
| Amt für Umwelt und Energie | 7.1 | 7.1 |
| Amt für Raumordnung und Verkehr | 15.8 | 18.1 |

Die Fähigkeit, neuen Herausforderungen agil zu begegnen, ist die Basis des Erfolgs.

Regierungsrat Hans Matter, Vorsteher des Bau- und Umweltdepartements

Das Jahr 2004 in Zahlen

Im Jahr 2004 beliefen sich die Investitionen für den Nationalstrassenbau auf 46.3 Millionen Franken.

Der Nettoaufwand für baulichen und betrieblichen Unterhalt betrug für

die Nationalstrassen:

baulicher Unterhalt 2.2 Millionen Franken, betrieblicher Unterhalt 1.7 Millionen Franken

die Kantonsstrassen:

baulicher Unterhalt 1.4 Millionen Franken, betrieblicher Unterhalt 1.4 Millionen Franken

Im Hochwasserschutz wurden 2.7 Millionen Franken investiert, woran der Kanton Beiträge von 0.7 Millionen Franken leistete.

Auf der Obwaldner Jagd erlegten durchschnittlich 300 Jägerinnen und Jäger 315 Stück Gamswild, 530 Rehe und 43 Stück Rotwild, wovon 9 auf der speziell angesetzten Regulationsjagd.

Am Sammeltag im Mai 2004 wurden 4622 kg Gifte und Sonderabfälle abgegeben. Dies ist eine Zunahme von 990 kg gegenüber dem Vorjahr.

Es wurden 1037 Handänderungen von Grundstücken im Gesamtbetrag von 299 551 274 Franken vorgenommen.

Die umgesetzten Regierungs- und Departementsziele im Überblick

| Jahresziele | Stand der Erfüllung |
|--|--|
| <p>31 Ausbau Berufs- und Weiterbildungszentrum (BWZ)</p> <p>Ausbau Kantonsschule</p> | <p>Fortsetzung Projektbearbeitung, Planungswettbewerb entschieden, Bau für 2006 vorgesehen.</p> <p>Ausbau ab 2007 vorgesehen, vorgezogene Umbauten Fachräume ausgeführt.</p> |
| <p>32 Für Siedlungen und Verkehrsanlagen werden naturbedingte Risiken verringert und Schäden begrenzt.</p> <p>Abschluss Gefahrenkartierung und Sicherstellung in Richt- und Nutzungsplanung</p> <p>Steinschlagschutz Ruchegg, Kantonsstrasse Engelberg</p> <p>Sicherstellung der Massnahmen zur Naturgefahrenabwehr: Waldbauprojekte, Integralprojekte, Verbauungsprojekte</p> <p>Integralprojekt Kleine Schliere</p> | <p>Gefahrenkarte Sarnen ist fertig gestellt, Gefahrenkarte Alpnach liegt als Entwurf vor.</p> <p>Die Zonenpläne Engelberg und Lungern sind inkl. Gefahrenkarte rechtskräftig erlassen. Die Zonenpläne Kerns und Giswil mit integrierter Gefahrenkarte stehen in Bearbeitung.</p> <p>Das Projekt „Steinschlagschutz Rapperschweidi–Ruchegg“ ist abgeschlossen.</p> <p>Programm „Sofortmassnahmen Hang- und Gerinneverbau Obwalden“ in Lungern teilweise umgesetzt; Rutschungen vom Januar und Juni 2004 wurden im Rahmen dieses Programmes saniert.</p> <p>Projekt Sofortmassnahmen „Bäche im Grosste vom Kantonsrat genehmigt.</p> <p>Planmässige Weiterführung der Massnahmen den genehmigten Projekten</p> <p>Abschluss der Projekte – Lawinenverbauung Matthe – Integralprojekt Sanierung Guberha – Steinschlagschutz „Chäppeli“</p> <p>Die Kreditvorlage über die Ausrichtung der Kantonsbeiträge ist vom Kantonsrat genehmigt.</p> |

Sicherstellung/Erhaltung der notwendi- | Der Ausbau wurde im Herbst 2003 in Angriff |

| | |
|---|--|
| <p>gen Basiserschliessungen / Infrastrukturen:</p> <p>Forstwerkhof Chollerenboden, Sarnen Hochwasserschutz an Fliessgewässern</p> <p>Sachsler Dorfbäche (mit Totenbiel- und Edisriederbach)</p> <p>Bitzighoferbach, Sarnen</p> | <p>genommen</p> <p>Abgeschlossen</p> <p>Projektierung, Baubeginn wegen Einsprache auf 2005 verschoben.</p> |
| <p>33 Das Raumordnungskonzept (samt Vernehmlassungsverfahren) ist erstellt</p> <p>Ergänzende Grundlagen zur Richtplanung sind vorhanden</p> <p>Der Nachtrag zum Baugesetz ist in Kraft.</p> | <p>Ist erfüllt</p> <p>Bericht Hanser und Partner zur Siedlungsentwicklung erstellt, Abbau- und Deponiekonzept im Entwurf erstellt. 1. Lesung im Regierungsrat erfolgt.</p> <p>Inkraftsetzung am 1. Januar 2004</p> |
| <p>34 Die intakte Umwelt und attraktive Landschaft wird als Lebensraumqualität und touristisches Kapital erhalten</p> <p>Kantonale Schutz- und Nutzungsplanungen sind weitergeführt und umgesetzt</p> <ul style="list-style-type: none"> • Naturschutzzonen Wichelsee • Moorlandschaftsschutz • Machbarkeitsstudie für einen Regionalpark (Landschaftspark) <p>Die Naturschutzverordnung ist an das Bundesrecht angepasst und der Höhlenschutz ist integriert</p> | <p>Naturschutzzone Wichelsee in erster Lesung vom Regierungsrat verabschiedet, Anhörung und Auflage erfolgt</p> <p>Amtsinterner Entwurf der Schutz- und Nutzungsplanung liegt vor</p> <p>Machbarkeitsstudie vom Regierungsrat zur Kenntnis genommen.</p> <p>Verwaltungsinterne Vernehmlassung des Nachtrages zur Naturschutzverordnung durchgeführt.</p> |

| | |
|--|---|
| <p>35 Der Nachtrag zum Schätzungs- und Grundpfandgesetz ist in Kraft</p> <p>Die Verordnung über die Beurkundungs- Grundbuch- und Schätzungsgebühren ist in Kraft</p> | <p>Entwurf zu einem Nachtrag ist vorhanden. Abstimmung auf Reorganisation Phase II, durch das Finanzdepartement zu erledigen</p> <p>Im Rahmen GAP teilweise umgesetzt. Totalrevision zurückgestellt</p> |
| <p>38 Bau Nationalstrasse gemäss gültigem 7. Langfristigen Bauprogramm des Bundes</p> <ul style="list-style-type: none"> - A8 Umfahrung Lungern - A8 Umfahrung Giswil - A8 Giswil Nord - Ewil - A2/A8 Verbindungstunnel <p>Kantonsstrassenbau:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Engelbergerstrasse - Radwegverbindung Giswil - Kaiserstuhl - Lärmschutz (Fortsetzung Sanierungsprogramm) | <p>Arbeiten verlaufen grundsätzlich nach Programm (aktualisiertes 7. LBP).</p> <p>Detailprojektierung Haupttunnel abgeschlossen und bei ASTRA eingereicht. Bauausführung Haupttunnel 2007 bis 2011, Vorbereitungsarbeiten ab Sommer 2005.</p> <p>Am 27. Oktober 2004 eröffnet; 2005 Fertigstellungsarbeiten ausserhalb Verkehr.</p> <p>Vollanschluss Giswil Nord mit Umfahrung Giswil prov. eröffnet. Detailprojektierung übriger Abschnitt ab 2005.</p> <p>Verbindungstunnel auf Kantonsgebiet Obwalden zu 70 Prozent ausgebrochen.</p> <p>Steinschlagschutzbauten Ruchegg/ Rapperschwendi abgeschlossen.</p> <p>Objektkredit vom Kantonsrat genehmigt. Baubeginn wegen Beschwerde verzögert.</p> <p>Planaufgaben in allen Gemeinden (ausser Engelberg) erfolgt;</p> <p>Ausführung und Rückvergütung von Fenstersanierungen im Gang.</p> |

| | |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> - Dorfzentrum Sachseln (Beitrag Kanton) <p>Werterhaltung (baulicher Unterhalt):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kantonsstrassen - Nationalstrasse (Kurvensanierung Brünigstrasse Lungern, Verbesserung Verkehrssicherheit Sarnen Nord, div. Projekte) <p>Erneuerung der Rechtsgrundlagen Strassenbau: Strassengesetz und Strassenverordnung</p> | <p>Baubeginn, voraussichtlich Abschluss auf 2006</p> <p>Belagserneuerungen usw. gemäss Mehrjahresprogramm.</p> <p>Ausführung gemäss Mehrjahresprogramm.</p> <p>Grundlagen erarbeitet, weitere Bearbeitung pendent, auf 2005 und 2006 verschoben; evtl. müssen neue Rahmenbedingungen aus NFA berücksichtigt werden.</p> |
| <p>39 Die Umsetzung Kantonsratsbeschluss über die Sanierung von acht Bahnübergängen ist erfolgt.</p> <p>Abschluss neue Vereinbarung betreffend Tarifverbund Zentralschweiz</p> <p>Der Beitrag an bediente Bahnhöfe ist gesprochen</p> <p>Der Beitrag Nachtbus ist gesprochen</p> | <p>In Sachseln und Lungern wurden vier Bahnübergänge saniert.</p> <p>In Bearbeitung, Umsetzung auf 1. Januar 2007</p> <p>Betrag von Fr. 10 000.- wurde ausgerichtet.</p> <p>Am 2. April 2004 Betrieb aufgenommen.</p> |

Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordination innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Es ist zudem zuständig für Miete, Pacht, Erwerb und Verkauf von Liegenschaften, Rechtsgeschäfte mit dinglichem Charakter und die Inanspruchnahme öffentlicher Plätze.

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Zusammenarbeit Kanton Gemeinden

Die Geschäftsleitung verabschiedete im März 2004 den Bericht zur Phase II. Die Vorschläge zur neuen Gliederung und zu den neuen Abläufen wurden vom Regierungsrat behandelt und die neue Organisation am 21. September 2004 verabschiedet. Die Umsetzung erfolgt per 1. Januar 2005. Sie hat insbesondere zur Folge, dass das Departement neu anstatt aus vier nur noch aus zwei Ämtern besteht und die Bezeichnungen des Departements und der Ämter wechseln. Im Einzelnen kommt es zu folgenden Änderungen: Gewässer- und Umweltschutz, Fischerei, Boden- und Pachtrecht sowie Grundstückserwerb durch Personen im Ausland gehen neu an das Volkswirtschaftsdepartement, die Grundstückschätzung an das Finanzdepartement. Raumplanung, Verkehrsplanung, Baukoordination, Wasserbau und das bisherige Amt für Wald und Landschaft werden neu im Amt für Wald und Raumentwicklung zusammengefasst. Hochbau, Liegenschaftsverwaltung, Energie und das bisherige Bauamt ohne Wasserbau werden neu zum Hoch- und Tiefbauamt. Die beiden Ämter bilden das neue Bau- und Raumentwicklungsdepartement.

Im Juni 2004 wurde die Stelle eines GIS-Koordinators (80 Stellenprozent) geschaffen. Dieser nimmt die verwaltungsinterne Koordination über die raumbezogenen

elektronischen Daten wahr. Damit wird die bestehende Struktur des Landinformationssystems (LIS) Obwalden gestärkt. Durch Koordination und Unterstützung der Vereinheitlichung bei der Datenerhebung und -nachführung, beim Datenaustausch und der Dokumentation wird die Qualität der im LIS veröffentlichten Daten gesteigert.

Bauamt

Das Bauamt bearbeitet sämtliche Fragen der Hoch- und Tiefbauten des Kantons. Dazu gehören die Bauten der öffentlichen Verwaltung, die Nationalstrasse und die Kantonsstrassen sowie die Gewässer.

Die Abteilung Strassenbau ist verantwortlich für die Planung und den Bau (Projektleitung und Oberbauleitung) der Nationalstrasse und der Kantonsstrassen. Dazu gehören alle Kunstbauten (Brücken, Tunnel etc.), die Radverkehrsanlagen, Verbesserungs-

massnahmen aus Verkehrssicherheitsfragen und der Vollzug der Lärmschutzverordnung entlang dieser Strassen.

Das Strasseninspektorat sorgt für den betrieblichen und baulichen Unterhalt der Nationalstrasse und der Kantonsstrassen. Weiter obliegt ihm die Prüfung und die Bewilligung von Baugesuchen im Strassenbereich und von Einmündungsprojekten.

Der Abteilung Wasserbau obliegt die Oberaufsicht über die Gewässer. Sie bearbeitet Wasserbaubewilligungen und übt die Aufsicht über Stauanlagen aus.

Die Abteilung Hochbau ist verantwortlich für die Projektierung und Realisierung der kantonalen Hochbauprojekte. Als Bauherrenvertreter obliegt ihr das Projektmanagement und die Gewährleistung von Qualität, Kosten und Terminen. Durch die Bewirtschaftung der Gebäude wird die langfristige Werterhaltung und Funktionstüchtigkeit der vom Staat genutzten Bauten gesichert.

Zielerreichung

| Amtsziele | Stand der Erfüllung |
|---|--|
| <p>31 Ausbau Berufs- und Weiterbildungszentrum (BWZ)</p> <p>Ausbau Kantonsschule</p> | <p>Planungswettbewerb entschieden, Fortsetzung Projektbearbeitung, Bau für 2006 vorgesehen</p> <p>Umbauten Fachräume vorgezogen und ausgeführt, Ausbau ab 2007 vorgesehen</p> |
| <p>32 Hochwasserschutz an Fliessgewässern</p> <p>Sachslar Dorfbäche (mit Totenbiel- und Edisriederbach)</p> <p>Bitzighoferbach, Sarnen</p> | <p>Abgeschlossen</p> <p>Projektierung, Baubeginn wegen Einsprache auf 2005 verschoben</p> |
| <p>38 Bau Nationalstrasse gemäss gültigem 7. Langfristigen Bauprogramm des Bundes</p> <p>A8 Umfahrung Lungern</p> | <p>Die Arbeiten verlaufen grundsätzlich nach Programm (aktualisiertes 7. LBP).</p> <p>Detailprojektierung Haupttunnel abgeschlossen und bei ASTRA eingereicht, Bauausführung Haupttunnel 2007 bis 2011, Vorbereitungsarbeiten ab Sommer 2005</p> |

| | |
|---|---|
| A8 Umfahrung Giswil | Am 27. Oktober 2004 eröffnet; 2005 Fertigstellungsarbeiten ausserhalb Verkehr |
| A8 Giswil Nord - Ewil | Vollanschluss Giswil Nord mit Umfahrung Giswil provisorisch eröffnet. Detailprojektion übriger Abschnitt ab 2005 |
| A2/A8 Verbindungstunnel | Verbindungstunnel auf Kantonsgebiet Obwalden zu 70 Prozent ausgebrochen |
| Kantonsstrassenbau: Engelbergerstrasse | Steinschlagschutzbauten Ruchegg/ Rapperschwendi abgeschlossen |
| Radwegverbindung Giswil - Kaiserstuhl | Objektkredit vom Kantonsrat genehmigt Baubeginn wegen Beschwerde verzögert |
| Lärmschutz (Fortsetzung Sanierungsprogramm) | Planaufgaben in allen Gemeinden (ausser Engelberg) erfolgt; Ausführung und Rückvergütung von Fenstersanierungen im Gang |
| Dorfzentrum Sachseln (Beitrag Kanton) | Baubeginn, Abschluss geplant auf 2006 |
| Werterhaltung (baulicher Unterhalt): Kantonsstrassen | Belagserneuerungen etc. gemäss Mehrjahresprogramm |
| Nationalstrasse (Kurvensanierung Brünigstrasse Lungern, Verbesserung Verkehrssicherheit Sarnen Nord, verschiedene Projekte) | Ausführung gemäss Mehrjahresprogramm. |
| Erneuerung der Rechtsgrundlagen Strassenbau: Strassengesetz und Strassenverordnung | Grundlagen erarbeitet, weitere Bearbeitung pendent, auf 2005 und 2006 verschoben; evtl. müssen neue Rahmenbedingungen aus NFA berücksichtigt werden |

Abteilung Hochbau

Einzelmassnahmen im Gebäudeunterhalt

- Rathaus: Erneuerung der Tonaufzeichnungsanlage im Kantonsratssaal. Brandschutzmassnahmen, d.h. Modernisierung der Zentraleinheit und Installation zusätzlicher Brandmelder in diversen Räumen.
- Verwaltungsgebäude: Einbau von automatischen und behindertengerechten Türen bei beiden Haupteingängen. Digitalisierung der bestehenden Architekturpläne. Ersatz des Klimageräts im Kulturgüterschutzraum.
- Gerichtsgebäude: Umbau von Räumen im Erdgeschoss und Einbau von Sicherheitsvorkehrungen. Überholung des Treppenhauses und von Korridoren. Digitalisierung der bestehenden Architekturpläne.
- Altes Gymnasium: Diverse Massnahmen bezüglich Brandschutz und Realisierung von Sicherheitsvorkehrungen gemäss Vorgaben des Sicherheitsinstitutes, Zürich. Mängelbehebung bei den Elektro-Installationen anhand des EWO-Sicherheitsnachweises. Überholungsarbeiten in mehreren Schulzimmern. Malerarbeiten bei den Fensteranlagen auf der Ost- und Westfassade sowie teilweise bei der Sockelpartie. Im Theatersaal Einbau von digitalen Dimmerschränken sowie von zusätzlichen Elektro- und Beleuchtungsinstallationen.
- Dreifachturnhalle: Instandhaltungsarbeiten bei den Lüftungsanlagen. Diverse Brandschutzmassnahmen insbesondere Anpassung der Notbeleuchtung. Neuinstallation der Bewegungsmelder in den allgemeinen Räumen. Ersatz der Pissoiranlagen. Instandhaltung diverser Turngeräte und deren Einrichtungen. Sanierung der asphaltierten Strassen und Plätze.
- Berufs- und Weiterbildungszentrum Giswil: Gesamtsanierung von zwei Klassenzimmern im Geschoss C. Ersatz der Regulierventile bei sämtlichen Radiatoren.
- Kantonsbibliothek: Erneuerung und Erweiterung der allgemeinen Elektroinstallationen und Beleuchtung sowie Ersatz der Brandmelde- und Telefonanlage.

Ausbau der kantonalen Schulen

Für den Ausbau des Berufs- und Weiterbildungszentrum (BWZ) Sarnen sind die Weichen gestellt. In einem zweistufigen Planungswettbewerb obsiegte das Projekt „minimax“ des Generalplanerteams unter Leitung von bühlmann architekten ag, Hergiswil. Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) hat in einem Grundsatzentscheid die Subventionierung des Ausbaus des BWZ nach altem Recht bestätigt. Die Ausführung des Sanierungs- und Ausbauarbeiten sind für den Sommer 2006 geplant.

Bei der Kantonsschule wurden einzelne Räume im Erdgeschoss so umgebaut, dass sie vielseitiger genutzt werden können. Das ehemalige Sprachlabor wurde in einen Informatikraum umgebaut. Diese Optimierungsmassnahmen sind Teil des künftigen Ausbaus der Kantonsschule.

Zentrumsüberbauung Sarnen

Der Kanton ist Eigentümer mehrerer Parzellen im Dorfzentrum von Sarnen südlich des Rathauses zwischen Brünigstrasse und Sarneraa. Der Regierungsrat erteilte einen externen Auftrag zur Abklärung der Möglichkeiten (baulich und wirtschaftlich) für die Nutzung dieses Areals.

Abteilung Strasseninspektorat

Betrieblicher Unterhalt

Inbetriebnahme Umfahrung Giswil

Mit der Eröffnung der Umfahrung Giswil am 27. Oktober 2004 ist dieses neue Teilstück der Nationalstrasse A8 dem Strasseninspektorat zur Sicherstellung von Betrieb und Unterhalt übergeben worden. Damit erhöht sich der Tunnelanteil des gesamten Netzes um rund 2,2 Kilometer auf gesamthaft 8,44 Kilometer.

Abgesehen von Ereignissen an der Panoramastrasse und der Brünigstrasse im Raume Steinlauri, Lungern, mussten keine grösseren Unwetterereignisse bewältigt werden.

Drei Projekte der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP), die den betrieblichen Unterhalt der Kantonsstrasse betreffen, wurden umgesetzt.

Baulicher Unterhalt

Erneuerungen von Belägen und Massnahmen zur Verkehrssicherheit

Die zur Verfügung gestandenen 1,4 Millionen Franken wurden hauptsächlich für die Instandsetzung von Fahrbahnbelägen (Dorf Kerns – Sand, Panorama- und Wilerstrasse) eingesetzt.

Mit erheblichem Aufwand wurde auf dem Nationalstrassennetz die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer erhöht. So wurde am Brünigpass im Bereich Letzi-Chlusiwald eine weitere Etappe der Steinschlagsicherung erstellt und die Kurvenübersicht beim Aussichtspunkt Chäl verbessert. Die Umgestaltung des Knotens Sarnen-Nord erfolgte ebenfalls unter dem Aspekt Sicherheit.

Abteilung Strassenbau

Finanzierung

Die Bundesbeiträge für die Nationalstrasse blieben im Berichtsjahr unverändert, das heisst Bau samt Lärmschutz 97 Prozent; baulicher Unterhalt 97 Prozent; betrieblicher Unterhalt 95 Prozent. Für strassenverkehrsbedingte Massnahmen gemäss Luftreinhalte-Verordnung und Lärmschutz-Verordnung beträgt der Beitragssatz infolge des Entlastungsprogramms 2003 des Bundes seit 1. Januar 2004 neu 30 Prozent (früher 60 Prozent).

Der Anteil des Kantons Obwalden an den Mineralölsteuererträgen des Bundes betrug im Jahr 2004 rund 5.14 Millionen Franken und war gegenüber dem Vorjahr um vier Prozent höher. Von diesem Betrag erhielten die Gemeinden und öffentlich rechtlichen Körperschaften für ihre Stras-

senaufwendungen 2.36 Millionen Franken. Der ausbezahlte Kantonsanteil an der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe betrug rund 1.05 Millionen Franken.

Bau Kantonsstrassen

Planung Strassenlärmsanierungen

Der Regierungsrat hat die Lärmsanierungsmassnahmen (Fenstersanierung) der Kantonsstrassen der Gemeinde Alpnach und Kerns genehmigt.

Neugestaltung des Dorfzentrums Sachseln

Mit Kantonsratsbeschluss vom 22. September 2004 wurde der Objektkredit von 500 000 Franken als Beitragspauschale an die Gemeinde Sachseln für den Umbau und Neubau eines Kantonsstrassenabschnittes von 380 m Länge im Rahmen der Neugestaltung des Dorfzentrums zugestimmt. Mit den Bauarbeiten wurde begonnen.

Neue Radwegverbindungen

Im Zusammenhang mit den Bauarbeiten für den Vollanschluss Giswil Nord der A8 Umfahrung Giswil konnten attraktive, vom Strassenverkehr getrennte Radwegverbindungen zwischen Giswil und Ewil sowie entlang der Schwerzbachstrasse realisiert werden. Eine weitere Verbesserung der Radwege ist im Bereich der nördlichen Dorfeinfahrt Giswil bis zum Bahnübergang vorgesehen. Für diesen separaten Radweg wurde die Planaufgabe durchgeführt. Die Bauausführung ist auf 2005 geplant.

Das Projekt Radwegverbindung zwischen Kaiserstuhl und Giswil (Länge 2 km) wurde vom Regierungsrat und vom Kantonsrat genehmigt. Ein Einsprecher hat gegen dieses Radwegprojekt eine Beschwerde beim Verwaltungsgericht eingereicht, sodass der vorgesehene Baubeginn im Herbst 2005 unsicher ist.

Steinschlagschutz Engelbergerstrasse

Oberhalb der Kantonsstrasse Grafenort-Engelberg wurden – als Folge der Beschädigung des Schutzwaldes durch den Orkan Lothar im Jahr 1999 – Verbaumassnahmen in den Gebieten Ruchegg und Rapperschwendi notwendig. Dieses Projekt wurde im Jahr 2004 abgeschlossen. Die Baukosten betragen rund 2.4 Millionen Franken. Dank Bundesbeiträgen und Beiträgen Dritter (LSE und ewl) reduzierten sich die Kantonskosten auf 0.75 Millionen Franken.

Bau Nationalstrasse A8

Umfahrung Giswil: Eröffnung 27. Oktober 2004

Die restlichen Bauarbeiten (Vollanschluss Giswil Nord, Sicherheitsstollen und Betriebs- und Sicherheitsausrüstungen) konnten termingerecht abgeschlossen werden, sodass am 27. Oktober 2004 die Umfahrung Giswil feierlich eröffnet werden konnte. Der Tunnel Giswil gilt mit seinem parallelen Sicherheitsstollen als eines der sichersten Tunnelbauwerke der Schweiz und konnte innerhalb der voranschlagten Kosten von 133 Millionen Franken realisiert werden.

Umfahrung Lungern: Detailprojektierung

Die Detailprojektierung für die 4.0 km lange Umfahrung Lungern ist in Arbeit. Das Projekt beinhaltet im Wesentlichen folgende Hauptbauwerke:

- Tunnel Länge 3574 Meter mit vier doppelseitigen Ausstellnischen
- Sicherheitsstollen Länge 3614 Meter mit dreizehn Querverbindungen

- Lüftungs- und Elektrozentrale
- Diverse Brücken und Stützmauern bei den beiden Portalzonen

Giswil Nord - Ewil: Vollanschluss Giswil Nord eröffnet

Im Zusammenhang mit der A8 Umfahrung Giswil wurde der Vollanschluss Giswil Nord der Nationalstrassenteilstrecke Giswil Nord - Ewil bereits realisiert und mit der Umfahrung Giswil Nord am 27. Oktober 2004 eröffnet. Die Kosten des Vollanschlusses mit Bahnverlegung, Unterführung Schwerzbachstrasse und Neuanlegung der Kantonsstrasse beliefen sich auf rund 17 Millionen Franken.

A2/A8 Kirchenwaldtunnel / Verbindungstunnel / Loppertunnel

Die Bauarbeiten für das gemeinsame Kirchenwaldprojekt der Kantone Nidwalden und Obwalden verlaufen termingerecht. Bis Ende 2004 wurden bereits 650 Meter Tunnelausbruch realisiert. Dies entspricht einem Vorsprung von fünf Wochen auf das Bauprogramm.

Im Zusammenhang mit dem Kirchenwaldtunnelprojekt wird der bestehende 20-jährige Loppertunnel saniert. Hauptsächlich werden die Betriebs- und Sicherheitsausrüstung des Tunnels und das Lüftungssystem erneuert resp. den neuen Tunnelnormen angepasst.

Abteilung Wasserbau

Junihochwasser

Das Jahr 2004 war geprägt durch einen trockenen Sommer und Herbst mit unterdurchschnittlichen Abflussmengen in den Fliessgewässern. Die grosse Ausnahme bildete der Juni. Mehrtägige intensive Niederschläge anfangs Monat in Kombination mit der Schneeschmelze führten zu Hochwassersituationen an verschiedenen Gewässern entlang des Alpennordhangs. Auch in Obwalden wurde an mehreren Fliessgewässern ein erhöhter Abfluss mit teilweise leichten Ausbrüchen beobachtet. Am stärksten betroffen waren der Sarnersee und dessen Auslauf, die Sarneraa. Der Seespiegel stieg innert drei Tagen um 1.5 Meter an und erreichte am 4. Juni den zweithöchsten Stand seit 1902, nämlich 471.17 m ü.M. (10 cm unter dem Höchststand von 1999). Dem Ereignis ist eine Jährlichkeit von 100 zuzuordnen. 79 Hektaren waren überschwemmt; betroffen waren 195 Gebäude, teilweise mit schweren Schäden; die Schadensschätzung der Versicherungen lauten auf rund 3.5 Millionen Franken. Dieses Ereignis löste erneut Diskussionen aus über Massnahmen an der Sarneraa. An die verschiedenen Hochwasserschäden im Jahr 2003 im Betrag von rund 403 000 Franken hat der Kanton 2004 Beiträge von insgesamt 66 500 Franken geleistet.

Abschaffung der Giswiler Wuhrgenossenschaften

Als erste Gemeinde hat Giswil die Wuhrgenossenschaften abgeschafft und durch eine Wasserbaukommission ersetzt. Diese übernimmt sämtliche Rechte und Pflichten der Wuhrgenossenschaften, betreut aber auch alle übrigen Gewässer auf Gemeindegebiet. Giswil hat damit von den Möglichkeiten des neuen Wasserbaugesetzes Gebrauch gemacht. Anstelle des Perimeters wird inskünftig eine Grundstücksteuer erhoben.

2.7 Millionen Franken für Wildbachverbauungen

Im Jahr 2004 wurden rund 2.7 Millionen Franken für Verbauungen aufgewendet, woran der Kanton Beiträge von 0.68 Millionen Franken leistete. Wegen Verzögerungen bei mehreren Projekten, hervorgerufen durch Einsprachen, Umprojektierungen und Änderung des Bewilligungsverfahrens beim Bund, wurde der Voranschlag um 350 000 Franken unterschritten.

Integralprojekte

Die vom Unwetter am 17. Juni 2003 ausgelösten, dringend notwendigen Sofortmassnahmen haben ein Bauprogramm von insgesamt 5 Millionen Franken ausgelöst (3 Millionen Wasserbau, 2 Millionen Forst). Von Anfang an war klar, dass zur Gewährleistung einer umfassenden Sicherheit die Sofortmassnahmen mit einem Integralprojekt zu ergänzen sind.

Westliche Sarnerseewildbäche

Der Geschiebesammler im Schwandbach oberhalb des Forsthofes ist fertig erstellt, ebenso die Gerinnesicherung mittels Raubett bis zum Forsthof. Der bereinigte Kostenvoranschlag (nach Projektanpassung) betrug 1 562 000 Franken, abgerechnet wurde mit 1 540 000 Franken.

Das Projekt für die Fortsetzung bis Glaubenbergstrasse liegt vor; die Verhandlungen mit den Grundeigentümern sind abgeschlossen. Die vom Bund verlangte Kosten-/Nutzenanalyse zeigt ein ungünstiges Bild. Das Vorhaben wird voraussichtlich der zweiten Priorität zugewiesen werden.

Das Projekt für die Freilegung und Sicherung des Seefurrengrabens ist abgeschlossen. Die Genehmigung durch die zuständigen Bundesstellen ist noch ausstehend.

Ramersbergerbäche

Die Planaufgabe erfolgte bereits am 12. Februar 2004. Eine Einsprache ist noch hängig.

Edisrieder- und Ewilerbäche

Der Ausbau des Edisriederbaches durch den Weiler Edisried ist abgeschlossen. Von den veranschlagten Gesamtkosten von 2.4 Millionen Franken sind 1.8 Millionen Franken abgerechnet; der Kantonsanteil von 299 000 Franken wurde ausbezahlt.

Dorfbach Sachseln, Projekt P31

Die grösseren Bauarbeiten sind abgeschlossen. Ausstehend ist noch der Einbau eines Holzrückhalts im Sammler des Totenbuelbachs. Bis Ende 2004 wurden insgesamt 25.23 Millionen Franken mit einem Kantonsanteil von 4.2 Millionen Franken aufgewendet. Der Kostenvoranschlag von 27 Millionen Franken kann eingehalten werden.

Wissibach/Schwerzbach, Sachseln

Die Etappen 1 und 2 konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Die investierten 1.7 Millionen Franken liegen im Rahmen des Kostenvoranschlags. Die 3. Etappe, die Frei-

legung des Schwerzbaches oberhalb der Flüelistrasse, konnte wegen einer Einsprache noch nicht in Angriff genommen werden.

Giswiler Laui

Als erste bauliche Massnahme in Rahmen des Integralprojektes Giswiler-Lauı konnte das Riedachergräbli freigelegt und revitalisiert werden. Das Detailprojekt für die Massnahmen am Mühlibach liegt vor, das Auflageverfahren nach WBG kann demnächst erfolgen. Der Baubeginn ist auf Herbst 2005 vorgesehen.

Seen

Der Neubau beziehungsweise die Sanierung des Reusswehrs in Luzern ist eine gemeinsame Aufgabe aller Anliegerkantone am Vierwaldstättersee. Es ist mit Kosten von 20 Millionen Franken zu rechnen. Ein baureifes Projekt wird nicht vor Herbst 2005 vorliegen. Es ist mit einer Bauzeit von drei Jahren zu rechnen.

Stauanlagen

Die Kontrolle der Stauanlagen auf Melchsee Frutt zeigte, dass diese in gutem Zustand sind, aber dauernden Unterhalt erfordern. So ist demnächst das Überlaufbauwerk am Tannensee betonetechnologisch zu sanieren. Beim Melchsee ist das Auslaufbauwerk unterspült und muss unterfangen werden. Ebenfalls in einem guten Zustand ist die Stauanlage Wichelsee.

Amt für Wald und Landschaft

Das Amt für Wald und Landschaft ist kantonale Anlaufstelle für Fragen um Wald, Natur- und Landschaftsschutz, Abwehr von Naturgefahren sowie Jagd. Zentrale Aufgaben sind die nachhaltige Sicherung der Waldbestände (Abteilung Walderhaltung) und deren Funktionen (Abteilung forstliche Planung), die Erhaltung und Förderung wertvoller Landschaften und Naturobjekte, der Schutz aller Wildtiere sowie die Erhaltung ihrer Lebensräume, die Jagdplanung und -organisation (Abteilung Natur und Jagd) sowie die Abwehr von Naturgefahren (Abteilung Naturgefahren). Im Vordergrund stehen dabei die Beratung, die Anordnung sowie die Umsetzung und finanzielle Förderung konkreter Massnahmen.

Zielerreichung im Überblick

| Amtssziele | Stand der Erfüllung |
|--|--|
| <p>32 Für Siedlungen und Verkehrsanlagen werden naturbedingte Risiken verringert und Schäden begrenzt</p> <p>Abschluss Gefahrenkartierung und Sicherstellung in Richt- und Nutzungsplanung</p> <p>Sicherstellung der Massnahmen zur Naturgefahrenabwehr: Waldbauprojekte, Integralprojekte, Verbauungsprojekte</p> <p>Neues Integralprojekt Kleine Schliere</p> | <p>Gefahrenkarte Sarnen ist fertig gestellt, Gefahrenkarte Alpnach liegt als Entwurf vor.</p> <p>Die Zonenpläne Engelberg und Lungern sind inkl. Gefahrenkarte rechtskräftig erlassen. Die Zonenpläne Kerns und Giswil mit integrierter Gefahrenkarte stehen in Bearbeitung.</p> <p>Programm „Sofortmassnahmen Hang- und Gerinneverbau Obwalden“ in Lungern teilweise umgesetzt; Rutschungen vom Januar und Juni 2004 wurden im Rahmen dieses Programmes saniert.</p> <p>Projekt Sofortmassnahmen „Bäche im Grossteil“ vom Kantonsrat genehmigt.</p> <p>Planmässige Weiterführung der Massnahmen in den genehmigten Projekten</p> <p>Abschluss der Projekte</p> <ul style="list-style-type: none"> – Lawinenverbauung Matthorn – Integralprojekt Sanierung Guberhang – Steinschlagschutz „Chäppeli“ <p>Die Kreditvorlage über die Ausrichtung der Kantonsbeiträge ist vom Kantonsrat genehmigt.</p> |
| <p>Sicherstellung/Erhaltung der notwendigen Basiserschliessungen / Infrastrukturen:</p> | |

| | |
|--|--|
| Forstwerkhof Chollerenboden, Sarnen | Der Ausbau wurde im Herbst 2004 abgeschlossen. |
| <p>33 Die intakte Umwelt und attraktive Landschaft wird als Lebensraumqualität und touristisches Kapital erhalten.</p> <p>Kantonale Schutz- und Nutzungsplanungen sind weitergeführt und umgesetzt.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Naturschutzzonen Wichelsee • Moorlandschaftsschutz • Machbarkeitsstudie für einen Regionalpark (Landschaftspark) <p>Die Naturschutzverordnung ist an das Bundesrecht angepasst und der Höhlenschutz ist integriert.</p> | <p>Naturschutzzone Wichelsee in erster Lesung vom Regierungsrat verabschiedet, Anhörung und Auflage erfolgt</p> <p>Amtsinterner Entwurf der Schutz- und Nutzungsplanung liegt vor</p> <p>Machbarkeitsstudie vom Regierungsrat zur Kenntnis genommen, Projekt bis zur Auswertung des Mitwirkungsverfahrens Raumordnungskonzept sistiert</p> <p>Verwaltungsinterne Vernehmlassung des Nachtrages zur Naturschutzverordnung durchgeführt.</p> |

Abteilung Natur und Jagd

Weitere Bearbeitung von kantonalen Naturschutzzonen

Die Schutz- und Nutzungsplanung der Naturschutzzone Wichelsee wurde im Juni vom Regierungsrat zur Anhörung freigegeben. Aufgrund der Resultate des Anhörungsverfahrens wurden einige kleinere Anpassungen vorgenommen. Im Rahmen der Konzessionerteilung Kraftwerk Sarneraa AG und den damit verbundenen Massnahmen für die Verbesserung der fischereilichen Verhältnisse mussten weitere Abklärungen bezüglich Vogelwelt getroffen werden. Die öffentliche Auflage fand vom 15. Oktober bis 15. November statt. Es sind Einsprachen der Einwohnergemeinde Alpnach und der Interessengemeinschaft der Reiter eingegangen. Entsprechende Verhandlungen wurden geführt mit dem Resultat, dass die Wegregelungen bezüglich Reiten und Kutschenfahren gestrichen wurden.

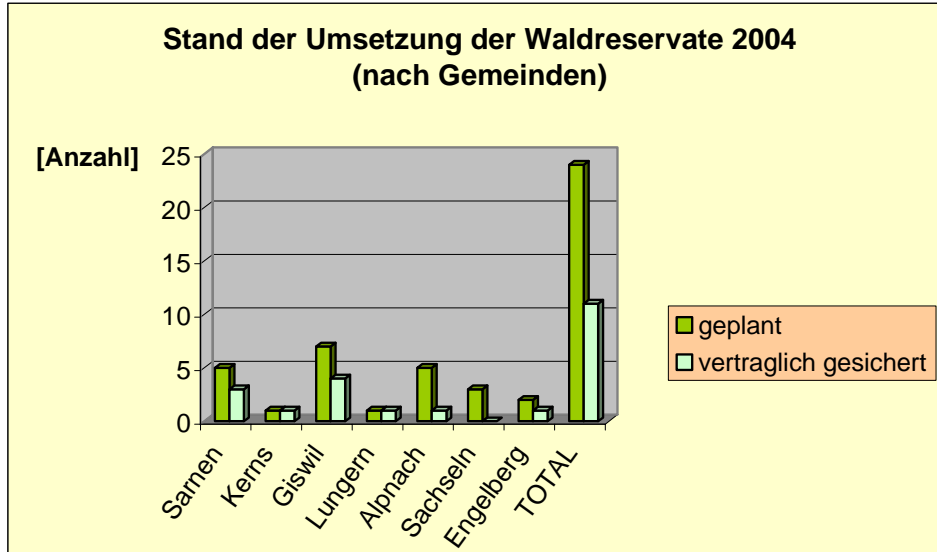
Anreize zur Steigerung der Ökoleistungen der Landwirtschaft

Ende März wurde für die Erarbeitung des Vernetzungsprojektes „Sarnersee-Süd“ eine Träger-schaft in Form eines landwirtschaftlichen Arbeitskreises gebildet. Das Projekt liegt in einem ersten Entwurf vor.

Umsetzung der Waldreservate weit fortgeschritten

Innerhalb der kommenden 30 Jahre sollen mindestens 10 Prozent der Waldfläche der Schweiz als Reservate ausgeschieden werden. Von 24 vorgesehenen Waldreservaten sind in Obwalden Ende 2004 bereits 11 vertraglich gesichert. Dies entspricht rund 4 Prozent der Waldfläche des

Kantons Obwalden. Damit steht der Kanton Obwalden im Vergleich mit den andern Kantonen sehr gut da.



Stand der Umsetzung der Waldreservate differenziert nach Gemeinden

Dank der Bereitschaft der Waldeigentümer sowie den genehmigten Waldentwicklungsplänen als behördenverbindliches Planungsinstrument konnte die Umsetzung in den letzten Jahren schnell vorangetrieben werden. Im 2004 wurde in Engelberg das Naturwaldreservat „Fangwald“ (6.5 Hektaren) für die nächsten 100 Jahre vertraglich gesichert.

Karstgebiete und Höhlensysteme

Damit die schweizweit einmaligen Karstgebiete und Höhlensysteme im Kanton Obwalden im heutigen Zustand erhalten werden können, soll ein Schutz- und Nutzungsreglement erlassen werden. Bis zur Inkraftsetzung der Schutz- und Nutzungsplanung war beabsichtigt, den Schutz vorübergehend mittels einer Planungszone sicher zu stellen. Der Regierungsrat hat in erster Lesung den Entwurf der „Planungszone zum Schutz der Karstgebiete und Höhlensysteme in den Gebieten Schratzen und Graustock, Gemeinde Kerns, sowie Griessental, Gemeinde Engelberg“ beraten. An Informationsveranstaltungen in Kerns (5. Mai 2004) und Engelberg (13. Mai 2004) wurden die betroffenen Eigentümer orientiert. Insbesondere von den Grundeigentümern der Gebiete Schratzen und Graustock in Kerns kam eine starke Ablehnung gegenüber der Errichtung einer Planungszone zum Ausdruck. Sie befürchteten eine zu starke Einschränkung bzw. sogar Verhinderung des geplanten Projektes „Schneeparadies Hasliberg–Frutt–Titlis“. Aufgrund dieser Ausgangslage kam die Umsetzung der Planungszone im geplanten Rahmen ins Stocken.

Markierter Schneeschuhwanderweg im Gebiet Langis, Gloubenberg

Schneeschuhwandern hat sich in den letzten Jahren zu einer Trendsportart entwickelt. Aufgrund der reich strukturierten Landschaft erfreut sich das Schneeschuhwandern im Gebiet Langis zunehmender Beliebtheit. In Zusammenarbeit mit Tourismus Sarnen, den Schneeschuhtourenanbietern und den beteiligten Fachstellen wurde eine Infotafel zum Thema „Wildruhezonen und Verhaltensregeln für das Schneeschuhlaufen im Langis“ erstellt. Zudem wurde die Route des „Jänzi-Panorama-Trails“ festgelegt, welche nun mit Tafeln im Gelände markiert ist.

Schonung Gämsbestand

Die Wildzählungen zeigten, dass der Gämsbestand vor allem im Kalkgebiet leicht rückläufig ist, der Rehbestand und vor allem der Rotwildbestand zunehmend sind. Beim Rotwild ist festzuhalten, dass Waldungen in Sachseln, Lungern und vor allem in Giswil ideale Wintereinstandsgebiete für Gäste aus unseren Nachbarkantonen Luzern und Bern bieten. Die Jagdplanung 2004/2005 erfolgte denn auch aufgrund dieser Zählungen, der Beobachtungen der Wildhüter und der freiwilligen Jagdaufseher sowie der Meldungen der Revierförster. Ziel der Jagdplanung war die Schonung der Gämsgeiss und damit der Bestände ausserhalb der Sondergebiete sowie die konsequente Bejagung von Reh- und Rotwild zu Gunsten der nachhaltigen Sicherung der Lebensräume und einer gesunden Population. Auf der Hochwildjagd erlegten 304 Jägerinnen und Jäger 314 Gämsen mit einem Jugendanteil von 18 Prozent und einem Geschlechtsverhältnis von 1 : 5.45 (w : m). Dies entspricht bei weitem nicht den Vorgaben des Bundes, war jedoch aufgrund der Planung 2004/2005 nicht anders zu erwarten.

Erstmals Regulationsjagd auf Rotwild

Von den geforderten 70 Stück Rotwild wurden auf der ordentlichen Hochjagd nur 16 Hirsche sowie 18 Tiere und Kälber erlegt. Damit musste, wie bei der Planung schon vermutet, vom Departement gemäss Ausführungsbestimmungen eine Regulationsjagd angeordnet werden. Während der ordentlichen Jagd wird das eigentliche Standwild bejagt, mit dem Ziel, den Bestand vor allem auch in bis anhin weniger bestossenen Kantonsgebieten zu halten. Die Regulationsjagd hat zum Ziel unsere Rotwild-Wintergäste, die gemäss Daten aus dem Rotwildkonzept BE/LU/NW/OW vor allem ab November/Dezember bis in den Frühsommer bei uns in den erwähnt bevorzugten Gebieten weilen, zu reduzieren. Im Gegensatz zur Hochjagd, wo das Patentsystem gilt, erfolgt die Regulationsjagd unter Anweisung der Wildhüter an genau bezeichneten Orten im Ansitz, mit einer reduzierten Anzahl Jägerinnen und Jäger nach Anmeldung und bei guten Sichtverhältnissen ausnahmsweise auch in der Nacht. Die Regulationsjagd soll eine Übergangslösung sein, bis die von den Kantonen BE/LU/NW/OW gemeinsame Bejagung nach Rotwildkonzept, das vor einigen Jahren von Obwalden lanciert wurde, greift. Die Regulationsjagd dauert gemäss Möglichkeiten des Bundesgesetzes bis Ende Januar.

Abteilung Forstliche Planung

Obwaldner Wald ist zertifiziert

Am 28. April 2004 konnten die Vertreter der Zertifizierungsstellen FSC und Q unseren Waldbesitzern die Zertifikate anlässlich eines Festaktes in Kerns übergeben. Die weltweit anerkannten Zertifikate attestieren den Obwaldner Waldeigentümern eine nachhaltige, umwelt- und sozialverträgliche Bewirtschaftung ihrer Waldungen. Dieser Übergabeging eine intensive Prüfung der Forstbetriebe durch die Zertifizierer voraus, welche durch das Amt begleitet wurde.

Waldentwicklungsplan Alpnach genehmigt

Der Waldentwicklungsplan (WEP) Alpnach konnte abgeschlossen werden. Damit liegt nun die überbetriebliche Waldplanung flächendeckend über den gesamten Obwaldner Wald vor.

Betriebsplan Kerns

Am Beispiel der Korporation Kerns wurde ein erster Betriebsplan der neuen Generation erarbeitet. Er beinhaltet eine organisatorische und finanzielle Analyse sowie die darauf aufbauende

Massnahmenplanung in den Bereichen Waldbewirtschaftung, Dienstleistungen und Betriebsorganisation.

Regionalinventur – Netzverdichtung LFI3

Für den Nachweis einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung ist kein Kontrollinstrument mehr mit genügender Genauigkeit vorhanden. Die letzten Stichprobeninventuren, die im Rahmen der Ausarbeitung der Wirtschaftspläne durchgeführt wurden, liegen je nach Waldgebiet 15 bis 40 Jahre zurück. Das Schweizerische Landesforstinventar (LFI) liefert zwar neuere Datengrundlagen, welche aber aufgrund des weitmaschigen Stichprobennetzes (1.4 km-Netz) zu wenige Daten liefern, um aussagekräftige Informationen für den Wald zu machen. Aus diesem Grund wurde ein kantonales Inventurkonzept ausgearbeitet, welches vorsieht, das Stichprobennetz des LFI auf das 1 km-Netz zu verdichten. Dank der Verdoppelung der Stichprobenanzahl auf rund 200 Probeflächen ist es nun möglich, zuverlässige (statistisch abgesicherte) Auswertungen für die Aussageeinheit Kanton machen zu können und somit das kantonale Informationsbedürfnis im Zusammenhang mit der nachhaltigen Waldbewirtschaftung und der Waldentwicklung zu decken. Die Aufnahmen wurden in Zusammenarbeit mit der WSL durch ein spezialisiertes Büro durchgeführt. Die Auswertung und Interpretation der erhobenen Daten wird 2005 erfolgen.

Aus-, Fort- und Weiterbildung des Forstpersonals

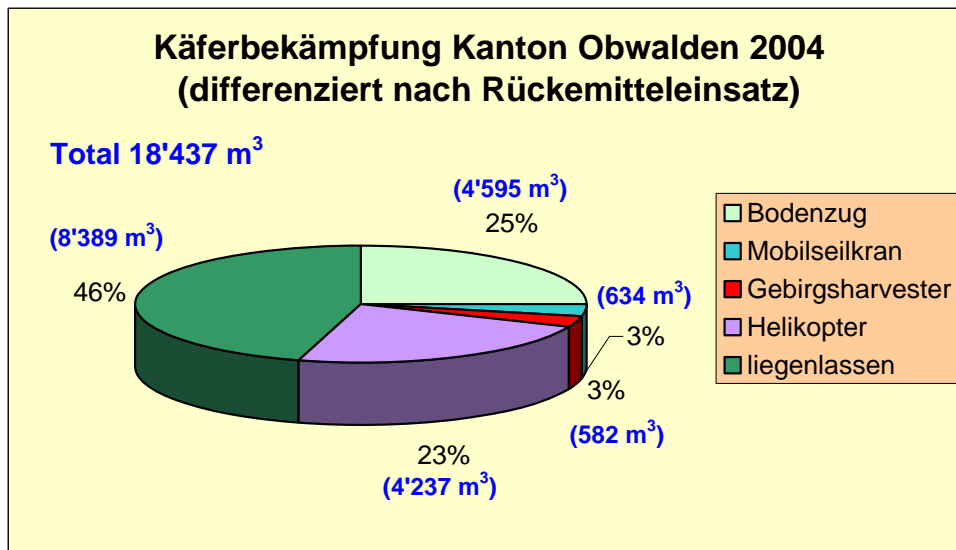
In Zusammenarbeit mit dem Amt für Wald und Energie Nidwalden wurde ein Kursprogramm für das gesamte forstliche Berufsfeld angeboten. Die Themen waren, wie die Anforderungen, vielseitig: Workshop zum Thema „Holzenergie“, Auffrischung „CPR-Kurs“ (Nothelfer), „Internet und E-mail“. Ein ganzer Tag war dem Thema „Vermarktung der Labels FSC und Q“ gewidmet. Dabei lernten die Betriebsleiter, wie sie ihre zertifizierten Produkte bei ihren Kundinnen und Kunden möglichst gut verkaufen können. Für unsere Forstwerte und Waldarbeiter war der Kurs „Spezialfälle bei der Holzernte“ wichtig. Sie lernten dort Bäume unter schwierigsten Bedingungen sicher und zielgenau zu fällen. Eine wichtige Kompetenz bei der Bewirtschaftung unserer Schutzwälder.

Abteilung Walderhaltung

Folgeschäden Lothar weiter reduziert

Die Überwachung der Wälder auf Folgeschäden des Orkans Lothar wurde weitergeführt. Die kantonale Borkenkäferbekämpfungsstrategie 2004 führte die bewährte strikte Handhabung der Forstschutzmassnahmen fort. Dies mit der Zielsetzung, die Kosten für die Bekämpfung mit optimalem Rückemittleinsatz weiter zu senken. Dank der konsequenten, fach- und zeitgerechten Bekämpfung der letzten Jahre

konnte die Käferholzmenge 2004 trotz dem ausserordentlichen trockenen und heissen Sommer 2003 auch in diesem Jahr auf rund 18 500 Kubikmeter weiter reduziert werden. Die konsequente Umsetzung der Bekämpfungsstrategie mit der Zielsetzung die Kosten zu senken hat dazu geführt, dass knapp die Hälfte des Holzes (rund 8 500 Kubikmeter) im Wald entrindet liegen geblieben ist. Die kostenintensiven Helikoptereinsätze konnten im Vergleich zum Jahr 2003 massiv reduziert werden.



Käferbekämpfung Kanton Obwalden 2004 (differenziert nach Rückemittleinsatz)

Schlussbericht Sturmschadenbehebung Lothar

Rund viereinhalb Jahre nach dem Orkan Lothar hat das Amt für Wald und Landschaft in einem Schlussbericht ein abschliessendes Fazit gezogen und dieses dem Regierungsrat unterbreitet. Die Bilanz fällt durchwegs positiv aus. Das Ziel der nachhaltigen Sicherung der Schutzwirkung der betroffenen Schutzwaldungen wurde dank konsequenter Schadenräumungs- und Behebungsstrategie erreicht. Die Folgeschäden konnten auf tiefem Niveau gehalten werden. Der ausführliche Bericht kann im Internet ([www.ow.ch/regierung_und_verwaltung/bau- und_raumentwicklungsdepartement](http://www.ow.ch/regierung_und_verwaltung/bau-und_raumentwicklungsdepartement)) eingesehen werden.

Walderhaltung

Insgesamt wurden 222 Baugesuche im Kontaktbereich zu Wald, Natur- und Landschaftsschutz oder Naturgefahren neu erfasst. 35 Gesuchen (16 Prozent) wurde ohne Auflagen zugestimmt. Bei 140 Gesuchen (63 Prozent) wurden Auflagen formuliert. Abgelehnt wurden 14 Gesuche (6 Prozent). Bei 8 Gesuchen erfolgte die Zustimmung zur Unterschreitung des Waldabstands und bei 5 Gesuchen diejenige für die nachteilige Nutzung von Waldareal. Bei 14 Gesuchen wurden Rodungsbewilligungen mit einer Gesamtfläche von 6 123 m² erteilt. Weiter wurden 33 Vorabklärungen beantwortet und insgesamt 7 Quartierplanungen oder Zonenplanänderungen geprüft.

Die in der Gemeinde Engelberg noch hängigen Einsprachen gegen den Entwurf der Waldfeststellung wurden weiter bearbeitet und bis auf einen Fall mit dem Erlass der Verfügung erledigt.

Abteilung Naturgefahren

Unwetterreicher Juni

Die Naturereignisse des Jahres 2004 konzentrierten sich auf die erste Hälfte des Monats Juni. Ein Hochwasser des Sarnersees und der Sarneraa verursachte zwischen dem 2. und 4. Juni Schäden von schätzungsweise 3.5 Millionen Franken. Im Gebiet der Alp Arni, Gemeinde Giswil, ereignete sich am Abend des 4. Juni eine Felsrutschung von 150 000 Kubikmeter. Die Fels- und Erdmassen erreichten die Alp Arni-Ziflucht und zerstörten dort kurz vor Beginn der Alpzeit ein

Alpgebäude. Kleinere Rutschungen ereigneten sich in der ersten Junihälfte, aber auch bereits nach Starkniederschlägen im Januar 2004 in allen Gemeinden, vor allem aber in Giswil und Lungern. Stark aktiviert hat sich eine mehrere Hektaren Fläche umfassende Grossrutschung im Gebiet Hirzenbadwald. Das Gelände ist während des Jahres 2004 um bis zu 10 m abgesackt. Mehrere tausend Kubikmeter Geschiebe sind in die Laui gelangt. Für das darunterliegende Gebiet besteht derzeit keine akute Bedrohung, jedoch wird es laufend überwacht.

Im Ereigniskataster wurden 2004 folgende Naturereignisse erfasst:

| Prozess | Lawine | Sturz | Rutschung | Wasser | Total |
|--------------|----------|----------|-----------|----------|-----------|
| Sarnen | | 1 | 1 | 1 | 3 |
| Kerns | | | | | 0 |
| Sachseln | 1 | | | 1 | 2 |
| Alpnach | | 1 | 4 | | 5 |
| Giswil | | | 6 | 4 | 10 |
| Lungern | | 1 | 10 | 3 | 14 |
| Engelberg | | 1 | 1 | | 2 |
| Total | 1 | 4 | 22 | 9 | 36 |

Gefahrenkartierung Obwalden kurz vor Abschluss

Als letzte Etappen des Projektes Gefahrenkartierung Obwalden wurden 2004 die Naturgefahren in den Gemeinden Sarnen und Alpnach untersucht. Der Abschluss des gesamten Programmes zur Erstellung der Gefahrenkarten ist im Januar 2005 vorgesehen.

Prioritätengerechte und wirtschaftliche Gefahrenabwehr dank Risikokarten

Mit dem flächendeckenden Abschluss der Gefahrenkartierung liegt eine Grundlage vor, welche es erlaubt, die durch Naturgefahren bedingten Risiken über das ganze Kantonsgebiet zu analysieren und zu vergleichen. Im Jahr 2004 wurde daher ein Projekt zur „Risikoanalyse Naturgefahren OW“ in Auftrag gegeben.

Ziel dieser Analyse ist eine systematische und zahlenmässige Übersicht über die Risiken aufgrund gravitativer Naturgefahren im Kanton Obwalden. Als Resultat wird eine Aussage über Schutzdefizite und Schadenerwartungswerte angestrebt, ausgedrückt in jährlichen Todesfallrisiken und mutmasslichen Sachschäden pro Jahr

- für den gesamten Kanton Obwalden (Siedlungsgebiet und bedeutende Verkehrsachsen), insgesamt und pro Gefahrenprozess (d.h. Lawinen, Sturzprozesse, Wildbachprozesse)
- für einzelne Gemeinden
- für einzelne Gefahrenquellen (d.h. pro Lawinenzug, Wildbach oder Sturzquelle)
- für einzelne Arten von Schadenpotenzial (z.B. für Siedlungsgebiete, für Verkehrsträger usw.)

Das Projekt wurde im Berichtsjahr mit umfassenden Grundlagenerhebungen zum von den Gefahren betroffenen Schadenpotenzial begonnen.

Bessere Grundlagen für erdbebensicheres Bauen

Im Rahmen der Massnahmen des Bundes zur Erdbebenvorsorge (BRB vom 11. Dezember 2000) wurden „Richtlinien des BWG – Verfahren zur Erstellung und Verwendung von Mikrozo-

nierungsstudien in der Schweiz“ (BWG 2004) erarbeitet. Innerhalb eines Pilotprojekts mit ausserordentlicher Unterstützung durch das Bundesamt für Wasser und Geologie (Pauschalbeitrag von 43 000 Franken) veranlasste das Amt für Wald und Landschaft die Durchführung einer Mikrozonierung über die Talgebiete des Kantons. Das Pilotprojekt rechnet mit Kosten von insgesamt 65 000 Franken und soll im Jahr 2005 abgeschlossen werden. Ziel des Projekts ist es, den Ingenieuren und Behörden möglichst rasch eine Karte der Baugrundklassen zur Verfügung zu stellen.

Umsetzung der Gefahrengrundlagen

Die flächendeckend vorliegenden Ereigniskataster und Gefahrenkarten ermöglichen eine zunehmend effizientere und präzisere Beurteilung von Bauvorhaben in Gefahrengebieten. An verschiedenen Objekten zeigte sich, dass Naturrisiken durch einfache bauliche Schutzmassnahmen und ohne nennenswerte Mehrkosten für die Bauherrschaft stark reduziert werden können. In den Gemeinden Giswil und Kerns sind Zonenplanrevisionen im Gang, im Rahmen derer die Gefahrenkarten ebenfalls integriert werden. Die Berücksichtigung der Naturgefahren stellt auch einen wesentlichen Aspekt in der laufenden Revision der kantonalen Richtplanung dar.

Forstregionen

Forstliche Projekte

Zurzeit laufen im Kanton 44 forstliche Projekte mit einer Förderung durch die öffentliche Hand. Als Folge des Entlastungsprogrammes 03 zur Sanierung des Bundeshaushaltes wurden die Kreditmittel für die Schutzwaldpflege stark gekürzt. Dies hatte zur Folge, dass die waldbaulichen Massnahmen nicht mehr plangemäss umgesetzt werden konnten. Aufgrund der Kreditkürzungen in der Rubrik Strukturverbesserungen und Erschliessungsanlagen wurde für diese Projektkategorien ein Moratorium erlassen. Für Strukturverbesserungen gilt dies bis 2008, für Erschliessungsanlagen bis 2014.

Verbauungen und Anlagen zur Sicherung vor Naturgefahren

Lawinenverbauungen

Am 18. September 2004 fand eine öffentliche Abschlussveranstaltung des Projektes im Verbaugbiet statt, welche bei Behörden und bei der Bevölkerung von Alpnach auf grosses Interesse stiess. Bei diesem Anlass wurde nicht nur das Projekt „Lawinenverbauung Matthorn 1995“ offiziell abgeschlossen, sondern auch ein Schlusspunkt unter 50 Jahre Lawinenverbauungsgeschichte am Matthorn gesetzt.

| Massnahmen | Einheit | Ausmass |
|--------------------------------|-----------|--------------|
| ANRISSVERBAUUNGEN | | |
| Verbauungen Netzwerke | m' | 993 |
| Verb. Netzwerke Dk 3.5m | m' | 599 |
| Verb. Aluminiumwerke | m' | 314 |
| Verb. Holz-Eisen-Werke | m' | 2'382 |
| Verbauungen Stahlwerke | m' | 1'142 |
| Verb. Stahlwerke Dk 3.0m | m' | 1038 |
| Verb. Stahlwerke Dk 3.5m | m' | 750 |
| Verb. Stahlwerke Dk 4.0m | m' | 106 |
| Verb. Stahlwerke Dk 5.0m | m' | 142 |
| Holz-Schneerechen Dk 2.8m | m' | 348 |
| Verbauungen Betonmauer | m' | 50 |
| Total Anrissverbauungen | m' | 7'864 |

| ERSCHLIESSUNGEN | | |
|--------------------------|-----|-------------|
| Fusswege 30/50cm | m' | 1'500 |
| Wege 1m breit | m' | 1'604 |
| Wege 2m breit | m' | 673 |
| Strasse 2.3m breit | m' | 3'948 |
| Chretzenstrasse | m' | 3'786 |
| Seilbahn Äschi-Chretzen | Stk | 1 |
| Strassenunterhalt | | div. |

| Massnahmen | Einheit | Ausmass |
|--|---------|---------|
| AUFFORSTUNGEN UND GLEITSCHNEESCHUTZ | | |
| Dreibeinböcke | Stk. | 231 |
| Dreibeinböcke | Stk. | 3'330 |
| Gleitschneeschutzschwellen | m' | 560 |
| Ersatz Gleitschneeswellen | m' | 375 |
| Pflanzungen | Stk. | 157'750 |
| Pflanzungen | Stk. | 19'450 |
| Wald-Weide-Ausscheid. | m' | 2'000 |
| Sanierung alte Werke | | div. |
| Jungwaldpflege | a | 1'285 |

| DIVERSE MASSNAHMEN | | |
|-----------------------------|------|-------------|
| Wildbachsperrn Beton | Stk | 2 |
| Wildbachsperrn Holz | Stk. | 6 |
| Arbeiterhütten, Magazin | Stk | 2 |
| Runsenverbau | m' | 14 |
| Verwehungswand Matthorn | m' | 72 |
| Steinkorbmauer Strasse | m' | 320 |
| Holzkasten entl. Strasse | m' | 30 |
| Triebschneewand Matthorn | m' | 66 |
| Böschungssicherungen | | div. |

Die se Verbauungen erfolgten im Rahmen von insgesamt fünf Kreditvorlagen mit einem Gesamtbeitrag von 14 430 500 Franken-. Die tatsächlichen Baukosten belaufen sich auf 13 491 242 Franken.

Integralprojekte, forstliche Bach- und Hangverbauungen

Integralprojekt Sanierung Guberhang (Alpnach): Das Projekt wurde im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung am 27. und 28. August 2004 abgeschlossen. Dem genehmigten Kredit (Landsgemeindebeschluss vom 27. April 1997) von 2 950 000 Franken stehen tatsächliche Kosten von 2 315 000 Franken gegenüber. Die Arbeiten erfolgten teilweise in Form eines regulären forstlichen Projektes (Kosten von 485 000 Franken-) und umfassten:

| | | |
|-----------------------|---|-------|
| ENTWÄSSERUNGEN | - Neubau Wellblechhalbschalen d = 0.80m | 525 m |
| | - Neubau Wellblechhalbschalen d = 0.50m (inkl. 1 Durchlass) | 190 m |
| | - Neubau Rundholz-Trapezkännel inkl. Einlaufbecken | 95 m |
| | - Neubau V - Kännel aus Holz | 10 m |
| | - Neubau Sickerleitung aus MISAPOR-Drainbags | 160 m |
| | - Öffnung von verwachsenen Naturgräben / -gerinnen | 890 m |
| | - Kontrolle und Reparatur Trapezschale aus Quadersteinen | 30 m |
| | - Naturtümpel zur ökologischen Aufwertung | 2 Stk |

Ein weiterer Projektteil mit Kosten von 1 830 000 Franken wurde im Rahmen eines Vertrages („Integralvertrag“ vom 12. November 1996) zwischen AG Steinbruch Guber (später BATTIGROUP AG) (Kostenanteil 70 %) Kanton Obwalden (Kostenanteil 12.5 %), Gemeinde Alpnach

(Kostenanteil 12.5 %) und Korporation Alpnach (Kostenanteil 5 %) geregelt. Dieser Projektteil umfasste folgende Arbeiten:

| | | |
|------------------------|---|---|
| DEPONIEABTRAG: | - Abtrag von Deponiematerial bei Deponie 1 und Umlagerung in die Enddeponie „Tälchen“ | 100'000 m ³ |
| | - Neubau Ersatzerschliessungen (Schmiede, forstliche Ersatzerschliessung mittlere Berne) | 410 m |
| REKULTIVIERUNG: | - Nasssaat mit Spezial-Samenmischung Ruderalflora (Böschungsfächen ohne Saat) | 15'600 m ² 7'100 m ² |
| | - Gruppenweise Bepflanzung der Abtragsböschungen mit Weisslerlen (75%), Bergahorn (15%) und Birken (10%), Ausführung in Gruppen von 1 und 2 Aren Grösse | 7'160 Pfl 5'300 m ² |
| | - Pflanzung von Kullissenwäldern auf ausgewählten Standorten, Weisslerlen (73%), Bergahorn (15%), Birke (10%) und Föhre (2%) | 8'800 Pfl 8'500 m ² |
| ENTWÄSSERUNGEN: | - Grobe Sickerpackung aus Schroppen und Steinen unter der Enddeponie, abgedeckt mit Geotextil | 90 m |
| | - Neubau Wellblechhalbschalen d = 0.80m (inkl. 1 Durchlass) | 50 m |
| | - Neubau Wellblechhalbschalen d = 0.50m (inkl. 6 Durchl.) | 428 m |
| | - Sickerleitung d = 12.5 cm | 47 m |
| | - Naturtümpel / Ausgleichsbecken zur ökologischen Aufwertung | 2 Stk |
| | - Fassungsbauwerke (inkl. Geschieberückhalt und Zwischenbecken) | 2 Stk |
| WEITERES: | - Erstellung eines neuen Orthofotos und Höhenkurvenplanes mit Aufnahmebasis vom Juni 2002 | |

Mit diesen Massnahmen konnte der rutschgefährdete Hang unterhalb des Steinbruches Guber – soweit heute ersichtlich – stabilisiert werden. Zur Überwachung der langfristigen Hangstabilität wurde ein Messnetz installiert.

| Neue Forstliche Projekte | Genehmigungsdatum Kanton |
|---|---------------------------------|
| <i>Integralprojekte:</i> | |
| Integrales Sanierungskonzept Kleine Schliere, Alpnach | 12.März 2004 (KRB) |
| <i>Waldbauprojekte:</i> | |
| keine | |
| <i>Erschliessungen und Strukturverbesserungen:</i> | |
| keine | |
| <i>Verbauungen und Anlagen zur Sicherung vor Naturgefahren:</i> | |
| Projekt Sofortmassnahmen Grossteilbäche | 12.März 2004 (KRB) |

Investitionskredite

Im Verlauf der Berichtsperiode hat das Departement einen ordentlichen Investitionskredit von 200 000 Franken gewährt.

Amt für Umwelt und Energie

Das Amt für Umwelt und Energie koordiniert die kantonalen Umweltschutzaufgaben. Die Dienststelle Umwelt betreut die Fachgebiete Luftreinhaltung, Lärmschutz, Störfallvorsorge sowie Abfallbewirtschaftung und Tankanlagen. Die Dienststelle Gewässer und Fischerei bearbeitet die Fachbereiche Gewässerschutz, Bodenschutz, umweltgefährdende Stoffe, Umweltverträglichkeitsprüfung und Fischerei. Sie stellt die Fischereipatente aus. Die Dienststelle Energie befasst sich mit den Aufgaben der Energiefachstelle, der Konzessionierung von Wasserkraftanlagen, dem Bergregal sowie der Wärmenutzung aus Wasser und Boden.

Zielerreichung

| Amtsziele | Stand der Erfüllung |
|---|--|
| Belastete Standorte, Teilbereich Deponien, sind bekannt. | Deponien sind erfasst, der Umfang bekannt und grafisch aufgezeigt. |
| Die Risiken der Betriebe, die mit chemischen Stoffen arbeiten, sind bekannt. | Die Erstbeurteilung der Betriebe ist bis auf eine Anlage abgeschlossen und die Sanierung verfügt. |
| Die Tankanlagen sind in EDV-Kataster erfasst und die Tankvignette ist eingeführt. | Die bekannten Tankanlagen sind erfasst. Das Befüllverbot für Tankanlagen ohne Vignette gilt ab 1. Januar 2005. |
| Die Lebensraumqualität der Gewässer ist bekannt und wird weiter aufgewertet. | Die Aufnahme des ökomorphologischen Zustandes ist abgeschlossen. Die Verbesserungen fliessen in Bauprojekte ein. |
| Erlebnis Boden ist Schwerpunkt der Infotätigkeit 2004. | Die Bodenschutz Infotage in Grafenort und Brunni wurden erfolgreich durchgeführt. |
| Die Siedlungsentwässerung erfolgt nach dem GSchG 91. | Die Gemeinden kennen ihre Aufgaben und setzen sie mit Unterstützung des AUE um. |
| Weitere Fischgewässerabschnitte sind revitalisiert. | Planung Erlenbach ist abgeschlossen. |

Energie

EWO mit neuem Gesetz

Nach der Ablehnung des Energiewirtschafts- und Stromversorgungsgesetzes im Herbst 2003 war es politisch unbestritten, dass in Anbetracht der Entwicklungen in der Elektrizität

tätswirtschaft beim öffentlich-rechtlichen EWO ein Modernisierungsbedarf der heutigen Organisationsstrukturen und der Kompetenzordnung bestand. So konnte die Erarbeitung eines neuen EWO-Gesetzes zügig vorangetrieben werden. Bereits am 22. September 2004 wurde es vom Kantonsrat erlassen. Die neue Rechtslage setzte auch eine Änderung der Kompetenzordnung des Kantonsrates in der Kantonsverfassung voraus. Diesen Änderungen wurde vom Stimmvolk am 28. November 2004 mit grosser Mehrheit zugestimmt. Das Referendum gegen das neue EWO-Gesetz wurde nicht ergriffen. Es tritt am 1. Januar 2005 in Kraft.

Kraftwerk Sarneraa: Konzession erteilt

Es galt eine Konzession zu erarbeiten, bei der jedes der Sachgebiete seinen angemessenen Platz hat. Hauptpunkte der Verhandlungen im Jahr 2004 waren die Bedeutung der Fischerei und die zum Erhalt des Fischgewässers Wichelsee zu treffenden Massnahmen. Weiter mussten Lösungen für die Hochwassersicherheit im Bereich der beiden Brücken über die Sarneraa oberhalb des Wichelsees gefunden werden. Diese Arbeiten bedingten verschiedene Gespräche mit der Gesuchstellerin und den Fachexperten wie auch den Fischereikreisen. Die Konzessionsurkunde wurde in zwei Konzessionsverhandlungen mit der Gesuchstellerin erarbeitet. Mit Beschluss vom 21. Dezember 2004 erteilte der Regierungsrat der Kraftwerk Sarneraa AG, Alpnach, die neue Konzession mit einer Dauer von 60 Jahren. Markanteste Veränderungen sind die neue Restwassermenge und das Umgehungsgewässer, das die Durchgängigkeit wiederherstellt. Auch mit den ökologischen Auflagen kann weiterhin erneuerbare Energie aus einheimischer Wasserkraft erzeugt werden.

Schlussbilanz der Energiefachstelle

Aufgabe der Energiefachstelle ist die Umsetzung der Energiepolitik des Bundes und des Kantons. Die Tätigkeit erfolgte in enger Zusammenarbeit mit den Programmen des Bundesamtes für Energie und mit den Energiefachstellen der andern Kantone, speziell der Zentralschweizer Kantone.

- Der Kanton Obwalden hat 15 Objekte mit dem Minergie-Label auszeichnen können, davon 4 im Berichtsjahr. Dies ist eine der höchsten Anzahl Minergie-Bauten pro Einwohner.
- Mit einem relativ kleinen Kantonsbeitrag konnten Bundesmittel ausgelöst werden, um Grobanalysen über mögliche Wasserkraftnutzung in Wasserversorgungssystemen durchzuführen. Auf der Basis solcher Analysen wurde z.B. das KW Mettental in Sachseln projektiert und im Berichtsjahr 2004 realisiert. 2004 wurden sieben weitere Wasserversorgungssysteme in vier Gemeinden untersucht. Fünf dieser Möglichkeiten zeigen eine ansprechende Wirtschaftlichkeit und sollten weiterverfolgt werden.

Aufgrund eines Beschlusses zur Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) werden die Tätigkeiten der Energiefachstelle eingestellt.

Umwelt

Ein Jahr Luftmessungen mit der inNET Monitoring AG

Seit 1999 messen die Zentralschweizer Kantone die Luftschadstoffe gemeinsam. Seit Anfang 2004 wird das in-LUFT-Messnetz von der inNET Monitoring AG betrieben. Die Gründung einer Aktiengesellschaft durch die Zentralschweizer Kantone drängte sich auf, damit die Dienstleistungen ausgeweitet und auch Dritten (z.B. dem Bund) angeboten werden können. Die Aktienmehrheit wird von den Zentralschweizer Kantonen gehalten. Die Messresultate und weitere Informationen aus dem Luftbereich werden weiterhin unter dem Begriff in-LUFT veröffentlicht.

Die Luftreinhaltung in der Zentralschweiz

Die in-LUFT publiziert die Ergebnisse der Luftmessungen jährlich in Form eines detaillierten technischen Jahresberichts und eines Kurzberichts (Flyer) für die Öffentlichkeit. Die Informationskampagne "Ozon o.k.?", eine Aktion der Kantone und des BUWAL, wurde auch im Kanton Obwalden im Jahr 2004 weitergeführt. Die Kampagne informiert im Internet unter der Adresse "www.ozonok.ch" über das Thema Ozon. Den Benutzern von Mobiltelefonen wird ausserdem die Möglichkeit geboten, mittels SMS die aktuellen Ozonbelastungen abzufragen.

Ozontour 2004

Die Ozontour ist eine Wanderausstellung von ökomobil, Luzern, zum Thema Ozon in Freibädern. Sie informiert über zu hohe Ozonwerte an heissen Sommertagen und über die UV-Strahlung, die Sonnenbrand oder sogar Hautkrebs verursachen kann und die durch den Abbau der Ozonschicht in der Stratosphäre seit Jahren zunimmt. Die Ozontour gastierte am 22. und 23. Juli 2004 in den beiden Strandbädern Sarnen und Lungern. Die Ausstellung wurde von ungefähr 400 Personen besucht.

Massnahmenplan Luftreinhaltung

Der Massnahmenplan zur Luftreinhaltung ist ein Projekt der Zentralschweizer Kantone. Er bezweckt, übermässige Immissionen durch Luftschadstoffe zu bekämpfen. Einzelne Massnahmen mussten aus Kosten-Nutzen Überlegungen oder anderen Gründen verworfen werden. Zu den übrigen Massnahmen liegen Lösungs- und Realisierungsprojekte vor. Die einzelnen Massnahmen müssen vom Regierungsrat noch beschlossen werden.

Mit der Umsetzung der Massnahme "Kontrolle Holzfeuerungen" wurde im Dezember begonnen. Es handelt sich dabei um eine Informationskampagne, die zum Ziel hat, die Besitzer von Holzfeuerungen über den sachgemässen Betrieb ihrer Anlagen aufzuklären. Die Problematik liegt in der unerlaubten Abfallverbrennung (Altholz, problematische Holzabfälle, Kehrlicht, usw.). Elemente der Kampagne bilden Informations- und Werbematerial (Flyer, Broschüren, Zündholzschachteln). Zusätzlich können Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung und die Gemeinden und Weiterbildungsveranstaltungen für die Kaminfeger durchgeführt werden, eine Wanderausstellung zum Thema Abfallverbrennung ist ebenfalls verfügbar. Die Kampagne erfolgt in Zusammenarbeit mit

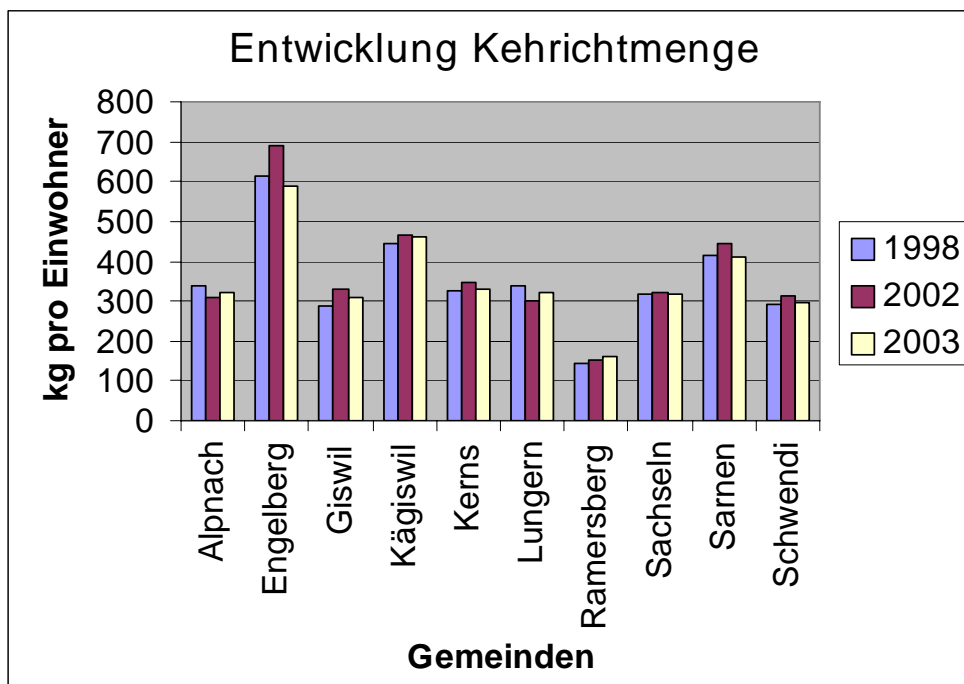
den Kaminfeuern, die die Anlagenbetreiber anlässlich der periodischen Feuerungskontrolle informieren und beraten.

Nichtionisierende Strahlung (NIS)

Im Jahr 2004 wurden bei fünf Mobilfunkanlagen die elektromagnetischen Immissionen im Rahmen einer Abnahmemessung ermittelt. Mit der Abnahmemessung wird die Einhaltung des Anlagegrenzwertes kontrolliert. Dieser muss in Räumen in Gebäuden, in denen sich Personen regelmässig während längerer Zeit aufhalten, auf Kinderspielplätzen und auf unüberbauten Grundstücken, auf denen die vorher genannten Nutzungen zugelassen sind, eingehalten werden. Bei zwei Anlagen wurden Überschreitungen festgestellt. Im einen Fall wurde eine Leistungsreduktion der Mobilfunkantenne veranlasst, im andern Fall wurde die Senderichtung eingeschränkt.

Im Rahmen von Baugesuchen für Mobilfunkanlagen müssen die Betreiber die zu erwartenden Immissionen rechnerisch ermitteln. In den meisten Fällen ergibt die Abnahmemessung eine deutlich geringere Immission als die prognostizierte.

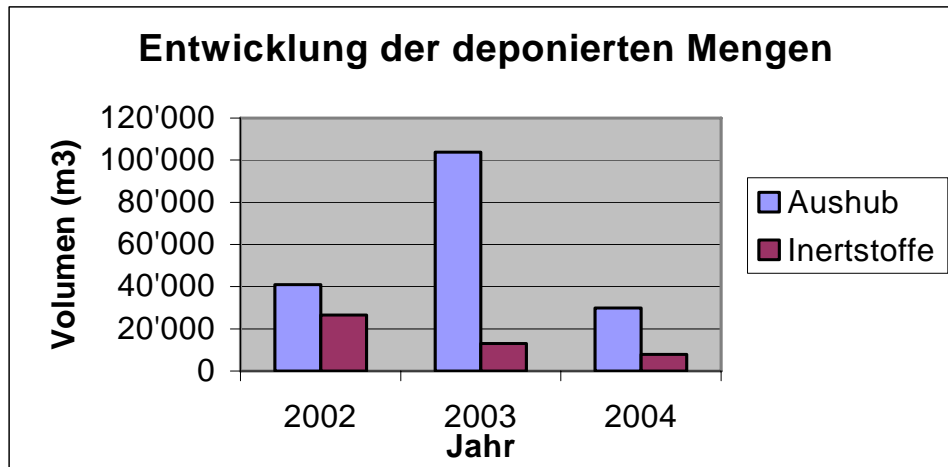
Mengenentwicklung des Kehrichts in den Gemeinden



Im Kanton Obwalden wurde im Jahr 2003 insgesamt 12 491.10 Tonnen Kehricht produziert, das entspricht 368.40 Kilogramm pro Einwohner. Es wurden insgesamt 191.68 Tonnen weniger Kehricht produziert als im Vorjahr.

Inertstoffdeponien

In der Statistik sind die abgelagerten Mengen folgender Deponien enthalten: Mutzenloch Süd, Mutzenloch Nord, Lungern (Gasser Felstechnik AG), Untere Rüti, Kerns (Eberli Bau AG), Salzbrunnen, Sachseln (Arbeitsgemeinschaft Deponie Salzbrunnen), Spisboden, Engelberg (Werner Matter) und neu ab 2003 die Deponie Rüti in Alpnach (Bürgi



AG). Die Deponie Spisboden in Engelberg wurde auf Ende Jahr geschlossen, die Rekultivierung ist im Gange.

Boden erleben in den Bergen um Engelberg

Im Rahmen der zweijährigen Bodenkampagne der Zentralschweizer Umweltschutzdirektionen Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden, Zug und Luzern gastierte die Ausstellung "Erlebnis Boden" im Gebiet Brunni oberhalb von Engelberg. Von Ende Juli bis Anfang September 2004 konnten sich die Besuchenden in der Ausstellung in Ristis und bei vier Bodenprofilen entlang des Brunnipfads darüber informieren, wie die unterschiedlichen Böden entstehen und welche Pflanzen darauf wachsen. Weitere Schwerpunktthemen bildeten Geologie, Wassernutzung, Alpwirtschaft, Gebirgswald und Naturgefahren. Die Ausstellung bewog die Bodenkundliche Gesellschaft der Schweiz dazu, ihre Jahresexkursion 2004 in Engelberg abzuhalten. Rund 40 Bodenfachleute aus der ganzen Schweiz befassten sich während zwei Tagen mit Landschaft und Böden in der Umgebung von Engelberg.

Gewässer und Fischerei

Neue Philosophie bei der Siedlungsentwässerung

Im Berichtsjahr 2004 wurden die Arbeiten für die „Generelle Entwässerungsplanung (GEP)“ in allen Gemeinden abgeschlossen. Die GEP lösen die alten „Generellen Kanalisationsprojekte (GKP)“ ab.

Mit den GEP wird eine neue Philosophie verfolgt. Oberstes Ziel ist die Reduktion der negativen Auswirkungen der Siedlungsentwicklung auf den natürlichen Lebensraum der Gewässer. Sauberes Wasser wird vom verschmutzten Abwasser getrennt und wo möglich zur Versickerung gebracht, sodass es dem natürlichen Wasserkreislauf erhalten bleibt. Damit werden die ARA entlastet und der Zustand der Gewässer verbessert.

GEP in Zahlen

Kanalisationsnetz

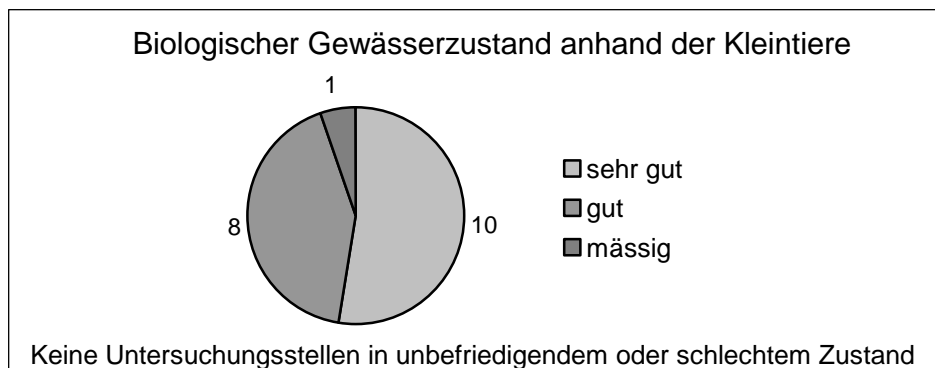
| | | |
|---|--------------|-------|
| Länge ganzes Netz (öffentliche und private Leitungen) | 429 512 m | |
| Untersuchte Leitungen (Kanalfernsehen) | 145 883 m | 100 % |
| davon sanierungsbedürftig | 81 410 m | 56 % |
| Sanierungsbedarf hochgerechnet auf ganzes Netz | 229 785 m | |
| Anzahl Kontrollschächte | 12 819 Stück | 100 % |
| davon schadhaft | 5 305 Stück | 41 % |
| Geschätzte Sanierungskosten in Franken | | |
| Anlagenwert (ohne ARA Sarneraatal) | 286 500 000 | 100 % |
| Sanierungskosten Leitungsnetz | 62 704 363 | |
| Sanierungskosten Schächte | 2 870 000 | |
| Sanierungskosten Sonderbauwerke | 211 000 | |
| Total Sanierungskosten | 65 785 363 | 23 % |

Chemischer und biologischer Zustand der Fliessgewässer im Allgemeinen gut

Die erste Messkampagne des gemeinsamen Projekts der Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Luzern zur Überwachung der Fliessgewässer im Einzugsgebiet des Vierwaldstättersees wurde Ende 2003 abgeschlossen.

Der chemische Zustand der Obwaldner Fliessgewässer im unteren Sarneraatal ist bis auf wenige kleinere Bäche gut. Probleme mit der Wasserqualität treten gelegentlich auf, wenn durch Verstopfung einer Kanalisation bei Regenentlastungen das Abwasser über längere Zeit in den Vorfluter abfließt.

Der biologische Zustand wurde anhand der Kleintiere untersucht, welche in der Gewässersohle leben. Die Zusammensetzung der vorhandenen Arten gibt Aufschluss über den Gesamtzustand eines Gewässers und lässt Veränderungen im Laufe der Zeit erkennen. Die Tiere widerspiegeln den Gewässerzustand über den Zeitraum ihrer Lebensdauer und lassen somit auch Rückschlüsse über vergangene Ereignisse zu.



Beim äusseren Aspekt wurden die Fliessgewässer von Auge beurteilt. Die Prüfung umfasst im Wesentlichen Trübung, Verfärbung, Geruch, Schaum oder Verschlammung.

Erlenbach wird revitalisiert

Eine im Sommer 2000 erstellte Studie über den Erlenbach in Engelberg kam zum Schluss, dass das Revitalisierungspotenzial des Bachs – vor allem im Hinblick auf seinen Erholungs- und Erlebniswert im Kurort Engelberg – sehr hoch ist. Im Anschluss daran begann die Gemeinde mit finanzieller Unterstützung des Kantons mit der Planung für die Aufwertung des Abschnitts zwischen Bänklialpweg und Engelbergerstrasse. Im Dezember 2004 wurde für das Projekt die Baubewilligung mit den entsprechenden Spezialbewilligungen (Wasserbau, Fischerei, Raumplanung) beantragt.

Kleinkläranlagen im Trend

Im Kanton Obwalden gibt es drei zentrale Abwasserreinigungsanlagen und eine ganze Anzahl von Gruppen- oder Einzelkläranlagen. Im ländlichen Raum, ausserhalb des Bereichs öffentlicher Kanalisationen, wird das häusliche Abwasser in der Regel zusammen mit der Hofgülle landwirtschaftlich verwertet. Bedingt durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft und die damit verbundene Umnutzung zahlreicher Bauernbetriebe müssen vermehrt Liegenschaften ihr Abwasser auf andere Art und Weise behandeln. Ist der Anschluss an die öffentliche Kanalisation aufgrund der Kosten nicht zumutbar, ist eine Kleinkläranlage eine geeignete Lösung. In den vergangenen Jahren war eine deutliche Zunahme der bewilligten Kleinkläranlagen zu verzeichnen.

| | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 |
|---|------|------|------|------|------|------|------|
| Anzahl Bewilligungen für Kleinkläranlagen | 3 | 6 | 4 | 3 | 6 | 8 | 17 |

Amt für Raumordnung und Verkehr

Das Amt für Raumordnung und Verkehr befasst sich mit raumwirksamen Fragen und der Gesamtverkehrsplanung. Es sorgt insbesondere dafür, dass der kantonale Richtplan als Koordinationsinstrument der raumwirksamen staatlichen Massnahmen aktualisiert ist und ein übergeordnetes Controlling erlaubt. Es unterstützt die Behörden bei der Erarbeitung der kommunalen Führungsinstrumente. Es behandelt Baugesuche ausserhalb der Bauzone und berät Behörden und Private in allen Fragen der Verfahrenskoordination. Die Verkehrsplanung hat namentlich die bestmögliche Koordination des individuellen und öffentlichen Verkehrsinfrastrukturangebots zum Ziel. Die Abteilung Grundbuch und Vermessung führt für das Sarneraatal das Grundbuch und ist für die Grundbuchbereinigung besorgt. In Engelberg besteht eine eigene Dienststelle. Die Abteilung ist darüber hinaus mit Aufgaben im Vermessungs- und Schätzungsbereich betraut.

Zielerreichung

| Amtsziel | Stand der Erfüllung |
|--|---|
| <p>34 Das Raumordnungskonzept (samt. Vernehmlassungsverfahren) ist erstellt</p> <p>Ergänzende Grundlagen zur Richtplanung sind vorhanden</p> <p>Der Nachtrag zum Baugesetz ist in Kraft</p> | <p>Ist erfüllt</p> <p>Bericht Hanser und Partner zur Siedlungsentwicklung erstellt, Abbau- und Deponiekonzept im Entwurf erstellt. 1. Lesung im Regierungsrat erfolgt.</p> <p>Inkraftsetzung am 1.1.04</p> |
| <p>35 Der Nachtrag zum Schätzungs- und Grundpfandgesetz ist in Kraft</p> <p>Die Verordnung über die Beurkundungs- Grundbuch- und Schätzungsgebühren ist in Kraft</p> <p>39 Die Umsetzung Kantonsratsbeschluss über die Sanierung von acht Bahnübergängen ist erfolgt</p> <p>Abschluss neue Vereinbarung betreffend Tarifverbund Zentralschweiz</p> | <p>Entwurf zu einem Nachtrag ist vorhanden. Abstimmung auf Reorganisation Phase II</p> <p>Im Rahmen GAP teilweise umgesetzt. Totalrevision zurückgestellt</p> <p>In Sachseln und Lungern wurden vier Bahnübergänge saniert.</p> <p>In Bearbeitung</p> <p>Betrag von Fr. 10 000.— wurde ausgerichtet Am 2. April 2004 wurde der Betrieb aufge-</p> |

| | |
|--|---------|
| Der Beitrag an bediente Bahnhöfe ist gesprochen Der Beitrag Nachtbus ist gesprochen | nommen. |
|--|---------|

Raumplanung

Raumordnungskonzept im Mitwirkungsverfahren

Zwischen Ostern und den Sommerferien wurde der Entwurf des Raumordnungskonzepts dem öffentlichen Mitwirkungsverfahren unterstellt. Parallel dazu wurden drei Workshops mit Experten durchgeführt, in welchen die im Raumordnungskonzept aufgegriffenen Themen vertieft besprochen und für die Umsetzung im Richtplan weiterbearbeitet wurden.

Verschiedene Anpassungen kommunaler Nutzungspläne

Auf Ende des Geschäftsjahres präsentiert sich folgender Stand der kommunalen Nutzungsplanungen:

| Gemeinde | Stand (Genehmigungsdatum) |
|-------------------|---|
| Dorfschaft Sarnen | <ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung vom 29. März 1994 - Geändertes Baureglement vom 6. Juli 1999 - Anpassungen im Zonenplan (Ortsbildschutzzone, Lärmvorbelastung, geänderte Baulinien) vom 28. Mai 2002 |
| Schwendi | <ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung vom 26.3.96 - Anpassungen im Zonenplan (Langis, Bruderklausenhof, Boden, Datischwand, Lignoform) vom 26.1.99 - Geändertes Baureglement vom 26.1.99 - Anpassung Bauzone im Gebiet Seefurren an das Hochwasserschutzprojekt für das Seefurrengräbli vom 20.2.03 - Erweiterung Wohnzone Bereich Bruderklausenhof vom 23.3.04 |
| Ramersberg | <ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung vom 22.11.94 - Anpassungen im Zonenplan (Berg, Ortsbildschutz Dorf, Stücki, Untere Hostatt) und geändertes Baureglement vom 9.3.99 |

| | |
|----------|--|
| Kägiswil | <ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung vom 3. 12. 91 - Änderung Zonenplan (Schwandi, Dorf, Gewerbezone P.2534) vom 4.3.96 - Ergänzung Wohnzone Schlierenhölzli vom 2.7.96 - Aufhebung Höhenbeschränkung vom 21.10.96 - Änderung im Bereich Tellen vom 24.6.97 - Geändertes Baureglement vom 23.6.98 - Baulinienplan Dorf vom 9.2.99 - Änderung Wohnzone Brünigstrasse vom 2.11.99 - Anpassungen Zonenplan beim Digitalisieren vom 21.8.01 |
| Kerns | <ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung vom 24.6.99 - Erweiterung Abbau- und Deponiezone Melbach vom 18.2.03 |
| Sachseln | <ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung und angepasstes Baureglement vom 17.4.96 - Anpassungen Birkenweg und Flüematte vom 24.6.97 - Anpassung im Gebiet Rütimattli und an Waldfeststellungsverfahren vom 6.7.99 - Quartierplanpflicht Birkenweg und Industriezone Diechtersmatt vom 16.11.99 - Änderungen Verlegung Dorfbach und Mattli vom 14.12.99 - Aufhebung Quartierplanpflicht Gebiet Spis vom 28.1.03 |
| Alpnach | <ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung vom 17.4.96 - Änderung Laubligen vom 25.2.97 - Änderung Schlieren (Altstoffsammelstelle) vom 20.5.97 - Anpassung Aecherli vom 30.6.98 - Anpassungen Baureglement an das Baugesetz vom 8.2.00 - Erweiterung zweigeschossige Wohnzone Hostett, Schorried, vom 1.10.02 - Erweiterung Gewerbezone Werft, Alpnachstad vom 29.4.03 - Genehmigung der digital erstellten Zonenpläne am 21.12.04 |

| | |
|---------|---|
| Giswil | <ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung und angepasstes Baureglement vom 17.4.96 - Änderung Baulinie (Kleinteil) und einer Bestimmung des Baureglements vom 12.8.97 - Anpassungen Ankenmattli und Landhaus vom 14.9.99 - Änderung Schwerzbachstrasse vom 2.11.99 - Überarbeiteter Teilzonenplan Rüti-Moosbiel-Halten vom 15.2.00 - Ergänzung Campingzone Usser Allmend vom 10.04.01 - Erweiterung Wohn- und Gewerbezone Hirserenried vom 25.6.02 - Erweiterung Wohn- und Gewerbezone Hirserenried und Anpassung Hotelzone Landhaus vom 25.5.04 |
| Lungern | <ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung vom 10.7.90 - Ergänzung Gewerbezone Hag vom 29.1.91 - Ergänzung Abbau- und Deponiezone Mutzenloch Süd vom 29.11.94 - Angepasstes Baureglement vom 16.9.97 - Verschiedene kleinräumige Anpassungen im Zonenplan (Dieggis, Wichel, Dörfli, Kamp, Seeplätzli, Obsee, Bürglen) vom 3.2.98 - Änderung im Zonenplan Bereich Obsee vom 1.9.98 - Anpassung Abbau- und Deponiezone Mutzenloch Nord vom 6.4.99 - Anpassung Sport- u. Freizeitzone Obsee vom 21.12.99 - Erweiterung der zweigeschossigen Wohnzone Stadel, Bürglen und Ergänzung Baureglement mit Aussagen zur Quartierplanpflicht vom 26.2.02 - Erweiterung der Gewerbezone Hag vom 24.9.02 - Revision Ortsplanung vom 2.12.03 |

| | |
|-----------|--|
| Engelberg | <ul style="list-style-type: none"> - Bauzonen vom 21.4.87 - Reglement Zweitwohnungsbau vom 2.7.91 - Anpassungen im Zonenplan (Unter Chilchbüel, Gandli, Dorfstrasse/Büel, Aeschi) vom 22.12.92 - Anpassung Baureglement vom 22.4.94 - Anpassung Zonenplan (Tennisplatz) vom 6.6.95 - Anpassung Zonenplan (Talstation Titlisbahn, Kurpark, Er-len, Golfplatz) und Baureglement vom 21.10.96 - Änderung Zonenplan (Entlassung Kulturobjekt Oberes Eggli) vom 1.5.01 - Erweiterung Golfplatz vom 18.2.03 - Gesamtrevision Ortsplanung vom 6.7.04 |
|-----------|--|

Verkehrsplanung

Sachplan Verkehr und Bahnreform 2

Der Sachplan Verkehr und die Vernehmlassungsvorlage zur Bahnreform 2 zeigen auf, wie je ein nationales Strassen- und Schienennetz festgelegt werden sollen. Während die nationalen Verkehrsnetze vom Bund ganz oder teilweise finanziert werden (Grundnetz), fallen die anderen Strassen und Bahnstrecken vollständig in die Finanzkompetenz der Kantone (Ergänzungsnetz).

Im Rahmen der Weiterbearbeitung des Sachplans Verkehr und der Vernehmlassungsantwort zur Bahnreform 2 hat der Kanton Obwalden deshalb nochmals bemängelt, dass sowohl die Strassen- als auch die Bahnstrecke Stans – Engelberg nicht zum nationalen Netz gehören, obwohl sie die grösste Tourismusdestination der Zentralschweiz ausserhalb der Stadt Luzern erschliessen und beim Tagestourismus jeweils einen erheblichen Verkehr zu bewältigen haben.

Agglomerationsprogramm Luzern

Der Kanton Luzern erarbeitet gemäss den Vorgaben des Bundes zusammen mit den Agglomerationsgemeinden bis Ende 2005 ein Agglomerationsprogramm Luzern und zeigt dabei in einer Gesamtschau die Verkehrsprobleme im Raum Luzern auf. Damit die berechtigten Anliegen des Kantons Obwalden vor allem im Bereich des stark belasteten Verkehrskorridors Luzern – Hergiswil in dieses Programm eingebracht und entsprechend berücksichtigt werden können, hat der Regierungsrat beschlossen, diesen ausserkantonalen Planungsprozess aktiv zu begleiten.

Zu diesem Zweck hat der Kanton Obwalden an zwei Diskussionsforen teilgenommen, bei denen jeweils die aktuellen Standberichte präsentiert und diskutiert worden sind. Zudem hat der Regierungsrat zu den Standberichten 1 und 2 eine Stellungnahme abgegeben. Wichtige Bestandteile dieses Agglomerationsprogramms bilden die Planungsstudie Bypass Luzern im Strassenbereich und die 3. Etappe der S-Bahn Luzern im

Schienenbereich. Gemäss Vereinbarung mit dem Kanton Luzern wird der Kanton Obwalden aktiv und umfassend in diese Planungsprozesse eingebunden. Gleichzeitig erarbeiten die Kantone Obwalden und Nidwalden ein gemeinsames P+R-Konzept, um den Kanton Luzern bei der Umsetzung des Agglomerationsprogramms Luzern mit entsprechenden Parkierungsangeboten auf ihrem Kantonsgebiet aktiv zu unterstützen.

Planung und Bau der S-Bahn Luzern

Mit dem erweiterten Fahrplan 2005 ist am 12. Dezember 2004 die erste Etappe der S-Bahn Luzern in Betrieb genommen worden. Auf der Brüniglinie sind dabei die Doppelspurstrecke Luzern-Allmend – Bahnhof Horw und die neue Haltestelle Kriens-Mattenhof eröffnet worden. Gleichzeitig sind die S-Bahn-Linien S4, Luzern – Engelberg, und S5, Luzern – Giswil, eingeführt worden.

Die Projektierungen und Bauarbeiten für die zweite Etappe der S-Bahn Luzern sind auch im Jahr 2004 im vollen Gang gewesen, damit alle notwendigen Infrastrukturausbauten für den Fahrplanwechsel 2007 am 10. Dezember 2006 fertig gestellt werden können. Dabei handelt es sich um die neue Haltestelle Ewil-Maxon (Inbetriebnahme bereits zum 11. Dezember 2005), die Fortsetzung des Doppelspurausbaus im Bereich Bahnhof Horw-Kantonsgrenze Luzern/Nidwalden und die Fertigstellung des Tunnels Steilrampe Engelberg.

In diesem Zusammenhang hat der Kantonsrat am 22. September 2004 zusätzliche Investitionsbeiträge an den Neubau der Steilrampe der Luzern-Stans-Engelberg-Bahn beschlossen, weil mehrere geologische Probleme im Tunnel Engelberg zu Wassereintrüben und Gesteinsniederbrüchen geführt haben. Die Sanierung dieser unvorhersehbaren Probleme, zusätzliche Auflagen im Genehmigungsverfahren und die Teuerung haben zu Mehrkosten geführt. Der Kantonsrat hat deshalb beschlossen, an die Bruttokosten von 25,79 Millionen Franken einen ersten Zusatzkredit von 1,93 Millionen Franken zuzusichern. Gleichzeitig hat er den Regierungsrat ermächtigt, bei weiteren Zusatzkosten von 11,2 Millionen Franken einen zweiten Zusatzkredit von höchstens 850 000 Franken zu beschliessen. Der Anteil des Kantons Obwalden an all diesen Kosten beträgt nämlich 7.5 Prozent.

Auch die Planung der dritten Etappe der S-Bahn Luzern ist bereits mit der Konkretisierung des Projektes „Tieflegung und Doppelspurausbau der Brünigbahnlinie auf dem Gebiet der Stadt Luzern“ in Angriff genommen worden. An diesem sehr wichtigen Projekt der zukünftigen Zentralbahn beteiligen sich die Kantone Luzern, Obwalden, Nidwalden und die Stadt Luzern sowohl bei der Planung als auch bei der Finanzierung.

Fahrplanverfahren 2005

Im Rahmen des mehrjährigen Fahrplanverfahrens zum Start der ersten Etappe von Bahn 2000 am 12. Dezember 2004 ist der Entwurf des vollständig neuen Fahrplans 2005 vom 16. April bis 10. Mai 2004 öffentlich aufgelegt worden. In diesem Zeitraum sind beim Amt für Raumordnung und Verkehr und beim Regierungsrat mehr als 110 Stellungnahmen eingegangen. Weil die fahrplantechnischen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen vor allem bei den Bahnen kaum Handlungsspielraum gelassen haben, sind fast nur Anregungen und Wünsche zu den Busfahrplänen als Verbesserungen in den definitiven Fahrplan 2005 eingebaut worden.

Der neue Fahrplan bringt mit der Einführung des sehr häufig angebotenen Halbstundentaktes einen wesentlichen Ausbau des Angebots auf der Strecke Luzern – Giswil. Zusammen mit dem NachtBus und der Erweiterung des AbigBusses ist auch das öV-Angebot in den Randstunden wesentlich verbessert worden.

Baukoordination

Ordentliche Baugesuche

Bei der Koordinationsstelle sind im Jahre 2004 insgesamt 444 Baugesuche (Vorjahr 425 Gesuche) und 31 Gesuche zur Vorabklärung eingegangen. 235 Gesuche wurden durch raumplanerische Verfügungen des Bau- und Umweltdepartementes erledigt.

Im Zusammenhang mit diesen Baugesuchen kam der Beratung der an der Verwirklichung von Bauprojekten Beteiligten (Bauwillige, Planer, Baubewilligungsbehörden, Amtsstellen usw.) ein hoher Stellenwert zu.

| Baugesuchseingang bei der Koordinationsstelle | | | | Feststellungsverfügungen nach Art. 16a RPG und Ausnahmebewilligungen nach Art. 24 und 24c RPG | | |
|---|---------|-----------------------|-----------|---|--------------------|-----------|
| Gemeinden | Bauzone | ausserhalb Bauzone | Insgesamt | Art. 16a RPG | Art. 24/24c RPG | Insgesamt |
| Sarnen Dorfschaft | 26 | 8 | 34 | 2 | 6 | 8 |
| Schwendi | 19 | 16 | 35 | 4 | 12 | 16 |
| Ramers- berg | - | 2 | 2 | 2 | - | 2 |
| Kägiswil | 5 | 6 | 11 | 4 | 2 | 6 |
| Kerns | 37 | 71 | 108 | 26 | 45 | 71 |
| Sachselsn | 33 | 19 | 52 | 5 | 14 | 19 |
| Alpnach | 33 | 27 | 60 | 8 | 19 | 27 |
| Giswil | 22 | 36 | 58 | 14 | 22 | 36 |
| Lungern | 18 | 20 | 38 | 7 | 13 | 20 |
| Engelberg | 16 | 30 | 46 | 7 | 23 | 30 |
| Insgesamt | 209 | 235 | 444 | 79 | 156 | 235 |

Ausnahmebewilligungsgesuche

Über die Behandlung der Bau- und Ausnahmebewilligungsgesuche gibt die nachstehende Aufstellung Aufschluss:

| Jahr | Baugesuche im Amtsblatt veröffentlicht | Ausnahmebewilligungen nach BauG: | |
|------|--|-------------------------------------|----|
| | | Strassenunterabstand: | 8 |
| 1999 | 474 | Gebäude- / Grenzünterabstand: | |
| 3 | | | |
| 2003 | 497 | Waldunterabstand: | 12 |
| 2004 | 543 | Gewässerunterabstand: | 1 |
| | | Total: | 24 |

Beschwerden Baurecht

| | 1999 | 2003 | 2004 |
|-----------------------------|-------------|-------------|-------------|
| Geschäfte | 88 | 62 | 74 |
| Hertrag vom Vorjahr | 49 | 27 | 29 |
| Neueingänge | 39 | 35 | 45 |
| Erledigt | 60 | 33 | 63 |
| mit Entscheid | | | |
| gutgeheissen | 10 | 8 | 5 |
| teilweise gutgeheissen | 2 | 4 | 1 |
| abgewiesen | 19 | 8 | 9 |
| nicht eingetreten | 7 | 3 | 1 |
| ohne Entscheid | | | |
| Rückzug und dergleichen | 22 | 10 | 47 |
| Übertrag auf folgendes Jahr | 28 | 29 | 11 |

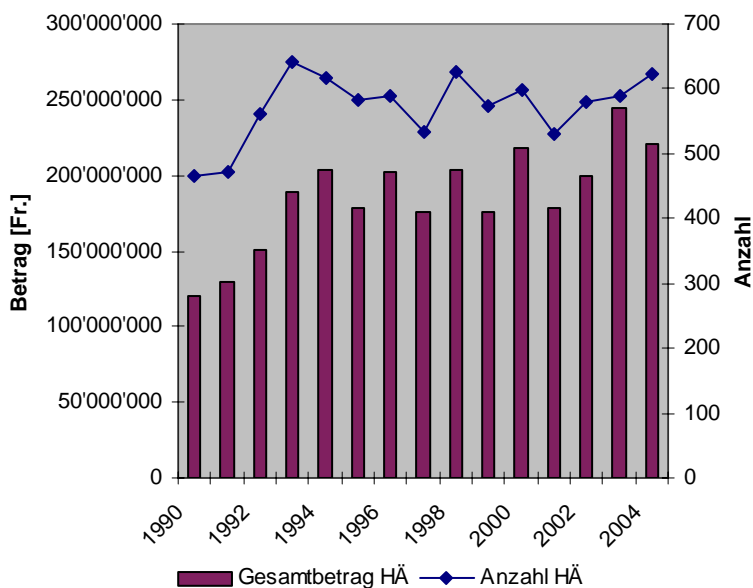
Im Berichtsjahr wies das Verwaltungsgericht sechs Beschwerden gegen Entscheide des Regierungsrates ab. Eine Beschwerde wurde teilweise gutgeheissen.

Abteilung Grundbuch und Vermessung

Grundbuch Kreis I (Sarneraatal) – Abnahme der Grundbuchgeschäfte

Die Statistik des Jahres 2004 zeigt eine Abnahme der Grundbuchgeschäfte gegenüber dem Vorjahr (-145 Geschäfte oder -6,82 %), was sich entsprechend auf die Gebühreneinnahmen auswirkte. Die Summe der Handänderungen ist um 24 Millionen Franken, diejenige der errichteten Pfandrechte um 22 Millionen Franken zurückgegangen. Trotzdem liegen die Zahlen über dem Durchschnitt der letzten 5 Jahre.

Entwicklung Handänderungen ab 1990



Viele Grundbuchgeschäfte wurden zur Vorprüfung eingereicht. Bei komplexeren Grundbuchgeschäften fanden vorgängig auch Besprechungen und Abklärungen mit den zuständigen Notaren statt.

Telefonische oder persönliche Auskünfte am Schalter haben wie schon in den Vorjahren sehr viel Zeit in Anspruch genommen. Im weiteren waren die Mitarbeiter des Grundbuches Sarneraatal für die Nomenklaturkommission sowie die Reorganisation des Grundbuches Engelberg tätig.

Das sich im betrieblichen Ablauf bestens bewährende EDV-Grundbuch „Terris“ wurde durch die ARGE der Terris-Anwender im Laufe des Berichtsjahres wiederum optimiert und kann somit sehr effizient genutzt werden.

Grundbuchbereinigung – Sarnen und Kerns auf Bereinigungskurs

Das Bereinigungsverfahren wurde in einem weiteren Teilgebiet der Gemeinde Sarnen „Lindenhof/Lindenstrasse, Marktplatz, Türlacher, Unterdorf, Untere Allmend“ abgeschlossen sowie ein Ersitzungsverfahren für 19 Parzellen durchgeführt. Einsprachen sind bisher keine zu verzeichnen. Die Bereinigungsarbeiten werden im Teilgebiet „Brunnmattli, Goldmatt, Hofmatt, Mülimattli, Ried, Spitalmatte, Ziegelhütte“ fortgesetzt.

Nach einem personalbedingten Unterbruch von drei Jahren wurden im Frühling 2004 die Arbeiten im Baugebiet der Gemeinde Kerns „südlich der Kernser-, Melchta-lerstrasse“ neu aufgenommen. Der Bereinigungsaufwand in Kerns ist überdurchschnittlich hoch. Verschiedene Verzeichnisse (öffentliche Wegrechte usw.) sind nicht vorhanden und sind in Zusammenarbeit mit der Gemeinde zu erstellen.

Grundbuch Kreis II (Engelberg) – Nachfolgeregelung

Nach 42 jähriger Tätigkeit ist der Grundbuchverwalter in Engelberg per Ende 2004 in den Ruhestand getreten. Am 30. Dezember 2004 fand die Amtsübergabe an den Nachfolger statt.

Die Datenüberführung des Grundbuchs Engelberg erfolgt manuell. Eine elektronische Überführung hätte zu grosse Risiken hinsichtlich Nachbearbeitung und Kosten gehabt. Aufgrund der Überprüfung der Grundbuchbereinigung wie auch der Grundbuchinspektion sind zahlreiche Anpassungen notwendig, damit die Grundbuchanlage in das eidgenössische Grundbuch überführt werden kann.

Vermessung – AV93 direkter Nutzen im GIS Obwalden

Die Realisierung der Amtlichen Vermessung (AV93) läuft innerhalb des Leistungsauftrags 2004-2007 mit Abschluss der AV93 im Jahr 2007 auf Hochtouren. Die Erfassung der Bodenbedeckung und Einzelobjekte ist in den Gemeinden Sachseln, Giswil, Lungern, Sarnen und Engelberg abgeschlossen. Der Nutzen der Informationsebenen Liegenschaften, Bodenbedeckung und Einzelobjekte steht im LIS Obwalden aktuell als Übersichtsplan im öffentlichen Bereich und als Grundbuchplan oder Basis für verschiedene Kataster im Intranetbereich zur Verfügung.

Für die Informationsebene Nomenklatur hat die Nomenklaturkommission an 20 Sitzungen die Flurnamen sämtlicher Gemeinden im Kanton Obwalden behandelt und das Ergebnis einer ersten Stellungnahme den Gemeinden unterbreitet. Diese Flurnamen werden nun mit Unterstützung eines Sprachwissenschaftlers einer vertieften Prüfung unterzogen. Ziel ist es, die Flurnamen künftig im GIS Obwalden zugänglich zu machen.

Schätzungssekretariat – Zunahme der Grundstück-Steuerschätzungen

Es wurden total 1160 Grundstück-Steuerschätzungen vorgenommen. Davon entfielen 181 auf landwirtschaftliche und 592 auf nichtlandwirtschaftliche Grundstücke sowie 387 auf Stockwerkeigentum und Miteigentum. Die Anzahl der Grundstücksschätzungen nahm gegenüber dem Vorjahr um gut 7 Prozent zu. Während die Anzahl Schätzungen landwirtschaftlicher Grundstücke um rund 11 Prozent sank, stieg jene nichtlandwirtschaftlicher Grundstücke um fast 10 und von Stockwerkeigentum und Miteigentum um fast 14 Prozent.

Es wurden 83 Grundpfandschätzungen mit einem Gesamtbetrag von rund 24 805 000 Franken erstellt, davon entfielen 78 auf landwirtschaftliche und 5 auf nichtlandwirtschaftliche Grundstücke. Daneben wurden 153 Verkehrswertschätzungen mit einem Schätzwert von rund 66 149 000 Franken vorgenommen.

Für die Wuhrgenossenschaften Laui Lungern, Vereinigte Lungerer Dorfbäche, Laui Giswil, Grossteilerbäche Giswil, Westliche Sarnersee-Wildbäche, Ramersbergerbäche Sarnen, Sachler Dorfbach, Grosse Schlieren sowie Kleine Schlieren Alpnach wurden insgesamt 420 Nachschätzungen berechnet.

Bodenrechtskommission – Niveau gehalten

Die Bodenrechtskommission fällte an 9 Sitzungen 127 Entscheide, davon 16 Pachtfälle, 40 Realteilungen von Gewerben bzw. Zerstückelungen von Einzelparzellen, 41 Feststellungen über den Geltungsbereich des bäuerlichen Bodenrechts, 6 Überschreitungen der Belastungsgrenze sowie 24 Handänderungen. Von den 41 Feststellungen über den Geltungsbereich betrafen 10 Fälle eingezontes und 31 Fälle nicht eingezontes Land. Insgesamt wurde eine Landfläche von rund 16,5 ha aus dem bäuerlichen Bodenrecht entlassen. Die bewilligte Verschuldung über die Belastungsgrenze hinaus betrug 914 000 Franken.

Bericht zur Staatsrechnung 2004

Erfreuliches Gesamtergebnis erlaubt Steuersenkungen auf 1. Januar 2006

In der Strategie- und Amtsdauerplanung 2003 bis 2006 vom Dezember 2002 hat der Regierungsrat festgehalten, die Laufende Rechnung ausgeglichen zu halten und ausserordentliche Erträge vollumfänglich für den Schuldenabbau zu verwenden. Dies kann mit dem Rechnungsabschluss 2004 erreicht werden, wie ein Überblick über die wichtigsten Kennzahlen der Staatsrechnung bestätigt:

| Kennzahlen (in Mio. Fr.) | Jahr | | | | |
|--|--------|--------|--------|--------|--------|
| | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 |
| Cashflow | 13'573 | 14'013 | 19'475 | 16'864 | 25'762 |
| Abschreibungen | 11'241 | 12'405 | 18'071 | 12'776 | 17'535 |
| Ertragsüberschuss Laufende Rechnung | 2'332 | 1'608 | 1'404 | 4'088 | 8'227 |
| Eigenkapital | -4'168 | -1'917 | 1'404 | 5'492 | 13'719 |
| Selbstfinanzierungsgrad | 204% | 125% | 111% | 182% | 278% |
| Gesamtverschuldung | 79.9 | 77.3 | 72.0 | 64.8 | 50.2 |
| dito in Fr. pro Einwohner | 2'440 | 2'340 | 2'160 | 1'930 | 1'500 |
| Zinsaufwand | 5'954 | 5'715 | 5'056 | 4'779 | 4'477 |
| Personalaufwand (2001=Zentralisierung Steuerverwaltung; 2003 Auslagerung ILZ/VSZ) | 39'918 | 43'763 | 45'258 | 44'756 | 44'698 |
| Sachaufwand ohne Unterhalt A8 bzw. AV 93 | 13'644 | 14'438 | 16'036 | 15'869 | 15'944 |

Dank stabilen Ausgaben auf Vorjahresniveau und weiter ansteigenden Erträgen (vor allem Steuererträge) kann ein Ertragsüberschuss von 8,2 Millionen Franken ausgewiesen werden. Das bestehende Eigenkapital erhöht sich dadurch auf 13,7 Millionen Franken. Dieser Rechnungsabschluss erlaubt es, im Rahmen der auf 1. Januar 2006 vorgesehenen Umsetzung der Steuerstrategie die Kantonssteuern zu senken und die Sondersteuer zur Finanzierung des Ausbaus des Kantonsspitals von 0,2 Steuereinheiten aufzuheben.

Die Selbstfinanzierung (Cashflow) erreichte durch die in der Laufenden Rechnung erfolgten Abschreibungen von 17,6 Millionen Franken und dem Ertragsüberschuss von 8,2 Millionen Franken einen Wert von 25,8 Millionen Franken. Die Investitionsrechnung des Kantons Obwalden weist im gesamtschweizerischen Vergleich weiterhin sehr hohe Bruttoinvestitionen von über 67,6 Millionen Franken aus, was rund 2'000 Franken pro Kopf der Bevölkerung ausmacht. Damit kann der Kanton rund 24 Prozent seiner Gesamtausgaben von 277 Millionen Franken in zukunftsgerichtete Projekte investieren - was dem zweifachen des schweizerischen Durchschnitts entspricht. Die Investitionen erfolgten im letzten Jahr weiterhin vor allem bei den Infrastrukturausgaben. Durch die hohen, sachbezogenen Einnahmen im Investitionsbereich hat der Kanton noch Nettoinvestitionen von 10 Millionen Franken zu finanzieren - was dank dem hohen Cashflow sehr gut zu verkraften ist. Der Selbstfinanzierungsgrad von 278 Prozent verdeutlicht dies. Auch die Staatsverschuldung konnte erneut um 14,6 Millionen Franken abgebaut werden.

Gesamtergebnis

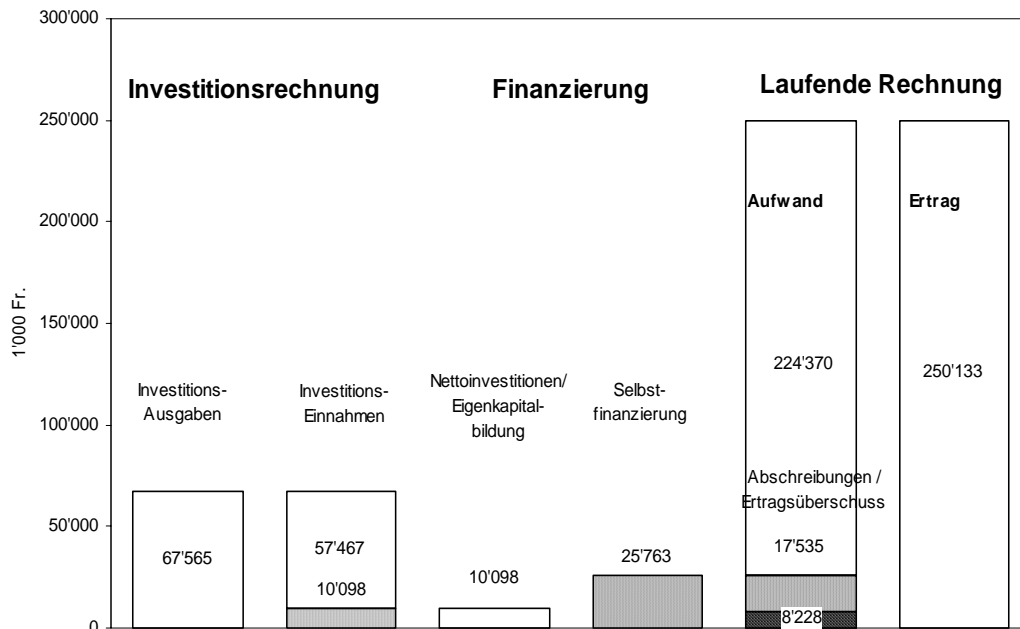
Mit Beschluss vom 27. November 2003 genehmigte der Kantonsrat den vom Regierungsrat vorgelegten Voranschlagsentwurf für das Jahr 2004, der für die Laufende Rechnung bei einem Gesamtaufwand von 238,3 Millionen Franken (236,4 Mio. Fr. ordentlicher und 1,9 Mio. Fr. ausserordentlicher Aufwand) einen Aufwandüberschuss von 0,9 Millionen Franken vorsah. Zusammen mit den vom Kantonsrat bewilligten Nachtragskrediten erhöhte sich der veranschlagte Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung für das Jahr 2004 unwesentlich auf 1,2 Millionen Franken.

Dank stabilem Aufwand und weiter ansteigenden Erträgen kann mit einem Ertragsüberschuss von 8,2 Millionen Franken ein sehr gutes Ergebnis erzielt werden. Der bei der Budgetierung angenommene Rückgang der Steuererträge traf nicht ein.

| in 1'000 Fr.: | Rechnung 2004 | VA 2004 (samt Nachtrags- kredite) | Rechnung 2003 | Rechnung 2002 |
|--|------------------|--|--|------------------|
| <i>Laufende Rechnung (LR):</i> | | | | |
| Aufwand | 236'693 | 236'669 | 236'427 | 234'444 |
| Ertrag | 248'056 | 235'497 | 240'515 | 237'766 |
| Ordentliches Ergebnis | 11'363 | -1'172 | 4'088 | 3'322 |
| ausserordentlicher Ertrag | 2'077 (1) | 1'916 | 897 (3) | 2'546 (5) |
| ausserordentlicher Aufwand | 5'212 (2) | 1'916 | 897 (4) | 4'464 (6) |
| Ertragsüberschuss | 8'228 | -1'172 | 4'088 | 1'404 |
| <i>Investitionsrechnung (IR):</i> | | | | |
| Ausgaben | 67'565 | 64'505 | 67'417 | 77'090 |
| Einnahmen | 57'467 | 50'935 | 57'383 | 65'284 |
| Nettoinvestitionen (samt Darlehen) | 10'098 | 13'570 | 10'034 | 11'806 |
| Darlehen in Investitionsrechnung | 816 | 1'473 | 784 | -5'682 |
| Zunahme Nettoinvestitionen (effektiv) | 9'282 | 12'097 | 9'250 | 17'488 |
| <i>Finanzierung:</i> | | | | |
| Zunahme der Nettoinvestitionen | 9'282 | 12'097 | 9'250 | 17'488 |
| Abzüglich Abschreibungen | 17'535 | 14'290 | 12'776 | 18'071 |
| Ertragsüberschuss LR | 8'228 | -1'172 | 4'088 | 1'404 |
| Finanzierungsüberschuss | 16'481 | 1'021 | 7'614 | 1'987 |
| Selbstfinanzierungsgrad (ohne Darlehen) | 277.6% | 108.4% | 182.3% | 111.4% |
| 1) a.o. Ausschüttung SNB aus Goldbewirtschaftung 1,9 Mio. Fr. a.o. Substanzdividende Schweiz. Rheinsalinen 0,2 Mio. Fr. | | | 4) Verwendung für ausserordentliche Abschreibungen | |
| 2) Verwendung für ausserordentliche Abschreibungen | | | 5) Realisierter Buchgewinn aus Landveräusserung | |
| 3) Kursgewinn Verkauf CKW-Aktien 0,7 Mio. Fr. Substanzdividende Rheinsalinen 0,2 Mio. Fr. | | | 6) Ausserordentliche Abschreibungen auf Liegenschaft Rütliwiese | |

In der Investitionsrechnung sah der Voranschlag Gesamtinvestitionen von 64,0 Millionen Franken und eine Zunahme der Nettoinvestitionen von 13,0 Millionen Franken vor. Mit

den vom Kantonsrat bewilligten Nachtragskrediten erhöhten sich sowohl die Gesamt- als auch die Nettoinvestitionen um 0,5 Millionen Franken. Effektiv betragen die Bruttoinvestitionen nun 67,6 Millionen Franken und die Nettoinvestitionen 10,1 Millionen Fran-

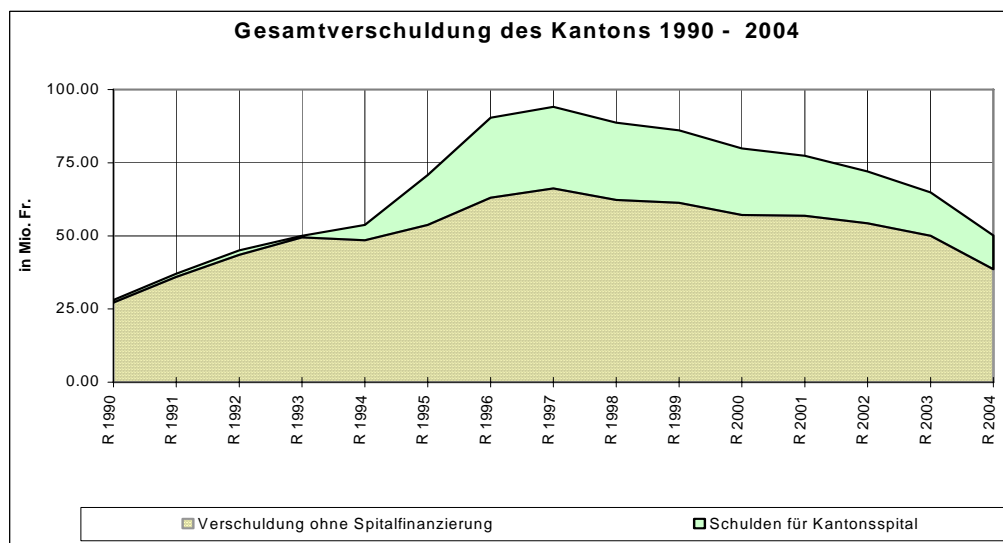


ken.

Haushalts-Kennziffern

Gesamtverschuldung

Die ungedeckte Schuld des Kantons konnte seit 1997 stetig abgebaut werden. Auch 2004 wurde diese positive Entwicklung weitergeführt und die Gesamtverschuldung um

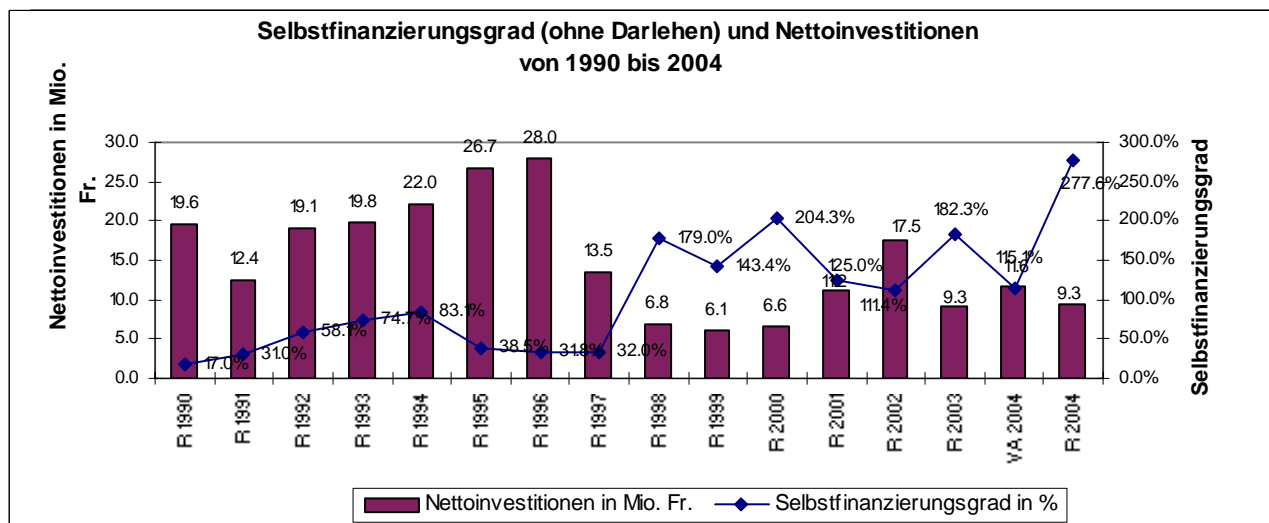


| in Mio. Fr. | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | R 2004 |
|--------------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Schuld ohne Spital | 27.2 | 36.0 | 43.5 | 49.5 | 48.5 | 53.8 | 63.0 | 66.2 | 62.2 | 61.3 | 57.1 | 56.9 | 54.3 | 50.0 | 38.6 |
| Restschuld Spital | 1.0 | 1.1 | 1.5 | 0.5 | 5.3 | 17.0 | 27.4 | 27.9 | 26.5 | 24.8 | 22.7 | 20.4 | 17.7 | 14.8 | 11.6 |
| Totalverschuldung | 28.1 | 37.1 | 45.0 | 50.0 | 53.8 | 70.8 | 90.4 | 94.1 | 88.7 | 86.0 | 79.9 | 77.3 | 72.0 | 64.8 | 50.2 |
| Totalverschuldung pro Kopf/Fr. | 950 | 1'220 | 1'450 | 1'610 | 1'710 | 2'230 | 2'840 | 2'930 | 2'750 | 2'650 | 2'440 | 2'340 | 2'160 | 1'930 | 1'500 |

14,6 Millionen auf 50,2 Millionen Franken (eingeschlossen Kantonsspital) gesenkt. Pro Kopf der Bevölkerung beträgt die Gesamtverschuldung somit noch 1 500.– Franken.

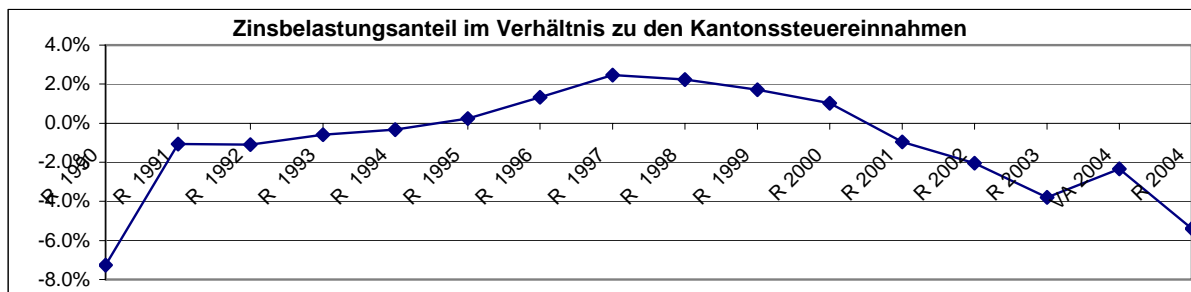
Selbstfinanzierungsgrad

Im Rahmen der Finanzplanung will der Regierungsrat eine vollumfängliche Selbstfinanzierung, d.h. einen Wert von über 100 Prozent erreichen. Während Anfang der Neunzigerjahre der Selbstfinanzierungsgrad infolge der relativ hohen Investitionen bescheiden ausfiel, konnte seit 1998 immer eine Eigenfinanzierung über 100 Prozent ausgewiesen werden; d.h. seit 1998 fand ein kontinuierlicher Rückgang der Gesamtverschuldung statt. Mit 278 Prozent wurde 2004 der beste Wert der letzten Jahre erreicht. Im Voranschlag 2004 war der Selbstfinanzierungsgrad noch mit 115 Prozent budgetiert worden. Die Verbesserung im Vergleich zum Voranschlag ergab sich durch die hohe Selbstfinanzierung (Abschreibungen plus Ertragsüberschuss) von 25,8 Millionen Franken.



Zinsbelastungsanteil

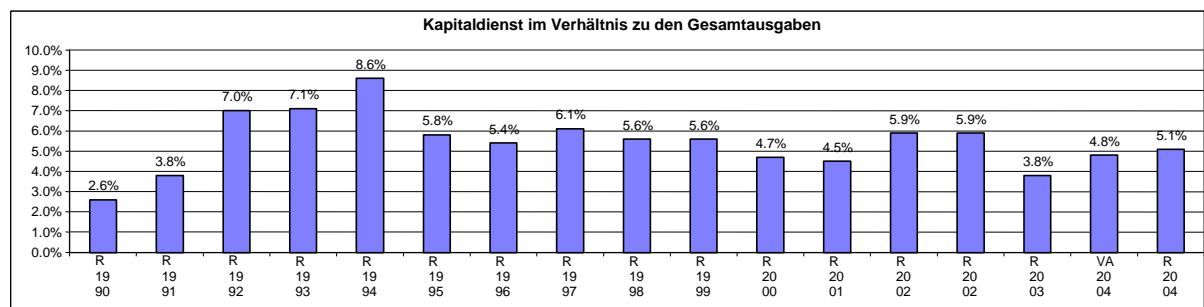
Die Kennziffer Zinsbelastungsanteil weist aus, wie viel von den gesamten Kantonssteuereinnahmen von 63,6 Millionen Franken (Vorjahr 61,7 Mio. Fr.) für die Verzinsung der Schulden aufgewendet werden muss. Mit der seit 1997 stark gesunkenen Gesamtverschuldung reduzierten sich auch die Zinsausgaben auf mittlerweile noch 4,5 Millionen Franken (1997: 5,9 Mio. Fr.). Zusätzlich sind die Kantonssteuereinnahmen kontinuierlich auf 63,6 Millionen Franken gestiegen. Der Zinsbelastungsanteil hat sich weiter verbessert und wie im Vorjahr kann ein positiver Zinsbelastungsanteil von nunmehr 5,4 Prozent ausgewiesen werden.



| Zinsbelastungsanteil (im Verhältnis zu den Kantonssteuereinnahmen) | R 1990 | R 1991 | R 1992 | R 1993 | R 1994 | R 1995 | R 1996 | R 1997 | R 1998 | R 1999 | R 2000 | R 2001 | R 2002 | R 2003 | VA 2004 | R 2004 |
|--|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Zinsaufwand (Artengl. 32) | -2'990 | -4'191 | -4'727 | -5'222 | -5'557 | -5'671 | -5'771 | -5'927 | -5'573 | -5'697 | -5'954 | -5'715 | -5'056 | -4'779 | -4'800 | -4'477 |
| Vermögenserträge (Artengl. 42 ohne ausserordentliche Erträge) | 4'960 | 4'518 | 5'099 | 5'440 | 5'694 | 5'572 | 5'193 | 4'973 | 4'665 | 5'030 | 5'522 | 6'132 | 6'288 | 7'121 | 6'144 | 7'909 |
| Netto-Zinsaufwand/-ertrag | 1'970 | 327 | 372 | 218 | 137 | -99 | -578 | -954 | -908 | -667 | -432 | 417 | 1'232 | 2'342 | 1'344 | 3'432 |
| zu Direkte Abgaben (brutto) | 27'149 | 30'806 | 34'212 | 37'025 | 42'395 | 41'245 | 43'696 | 38'815 | 40'620 | 38'798 | 42'496 | 43'894 | 60'233 | 61'772 | 57'595 | 63'598 |
| Zinsbelastungsanteil in % | -7.3% | -1.1% | -1.1% | -0.6% | -0.3% | 0.2% | 1.3% | 2.5% | 2.2% | 1.7% | 1.0% | -1.0% | -2.0% | -3.8% | -2.3% | -5.4% |

Kapitaldienstanteil

Der Kapitaldienstanteil zeigt, wie viel von den Gesamtausgaben der Laufenden Rechnung und Investitionsrechnung (ohne Interne Verrechnungen) von 277,3 Millionen Franken für Abschreibungen und Verzinsungen früherer Investitionen aufgewendet werden muss. Mit 5,1 Prozent ist dieser Wert gegenüber dem Vorjahresniveau von 3,8 Prozent wieder um 1,3 Prozentpunkte gestiegen. Dieser Anstieg ergab sich nur als Folge der im Vergleich zum Vorjahr wieder höheren, ausserordentlichen Abschreibungen von 5,2 Millionen Franken.

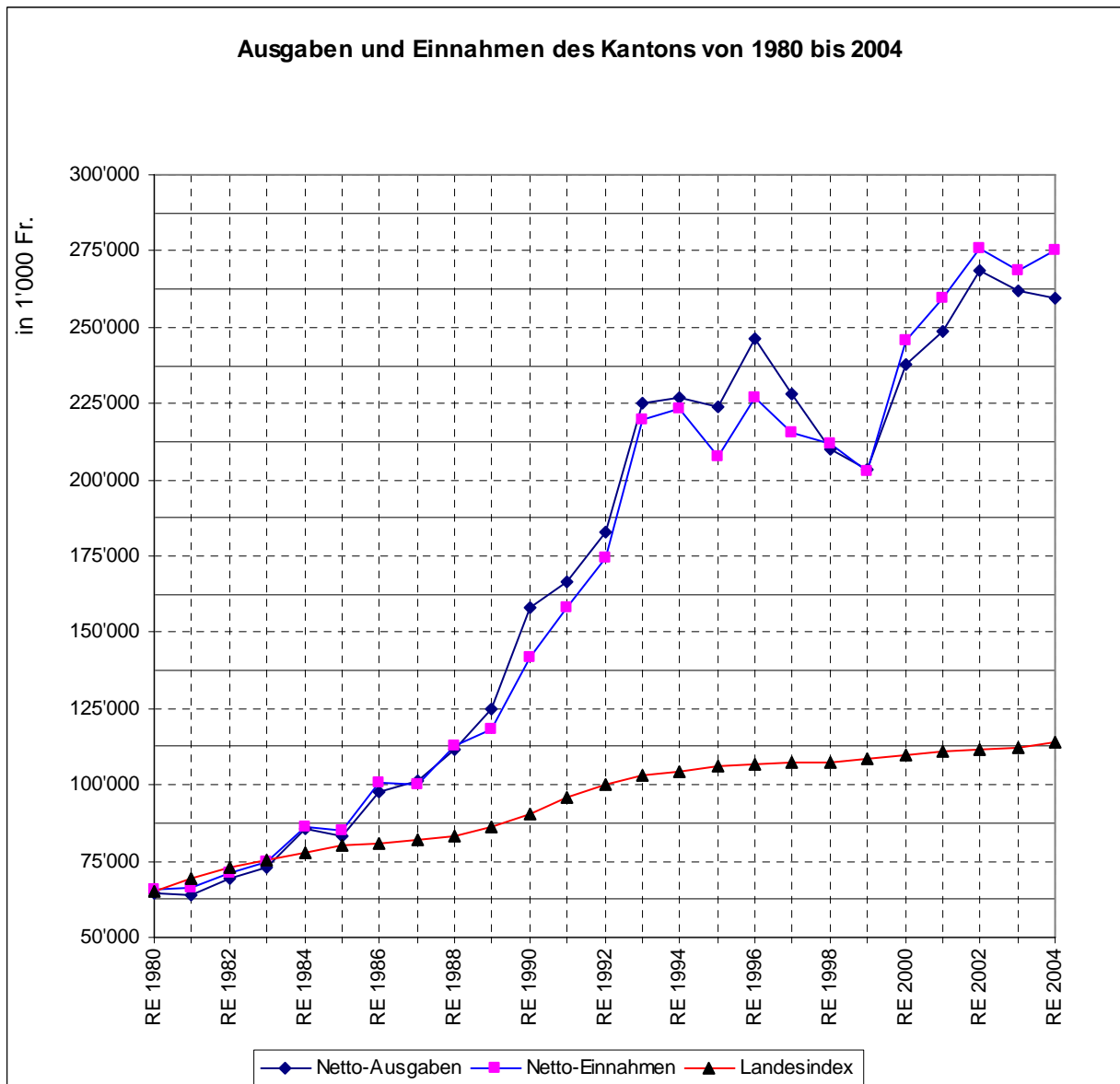
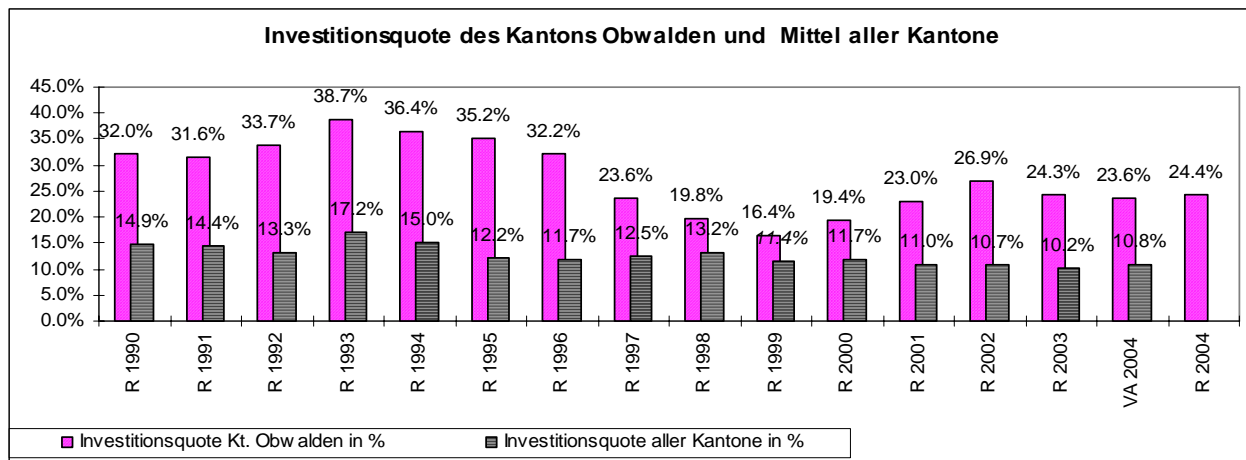


| Kapitaldienstanteil (im Verhältnis zu den Gesamtausgaben) | R 1990 | R 1991 | R 1992 | R 1993 | R 1994 | R 1995 | R 1996 | R 1997 | R 1998 | R 1999 | R 2000 | R 2001 | R 2002 | R 2002 | R 2003 | VA 2004 | R 2004 |
|---|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Total Abschreibungen | 3544 | 4'066 | 11'140 | 14'821 | 18'003 | 10'142 | 10'237 | 10'746 | 11'577 | 11'250 | 11'241 | 12'405 | 18'071 | 18'071 | 12'776 | 14'290 | 17'535 |
| + Nettozinsen | 670 | 2'430 | 2'466 | 2'150 | 3'058 | 3'357 | 3'700 | 3'745 | 908 | 667 | 432 | -417 | -1'232 | -1'232 | -2'342 | -1'344 | -3'432 |
| = Kapitaldienst | 4'214 | 6'496 | 13'606 | 16'971 | 21'061 | 13'499 | 13'937 | 14'491 | 12'485 | 11'917 | 11'673 | 11'988 | 16'839 | 16'839 | 10'434 | 12'946 | 14'103 |
| Total Aufwand LR | 115'074 | 123'067 | 136'772 | 161'506 | 172'215 | 169'110 | 192'667 | 201'455 | 198'988 | 200'639 | 223'156 | 227'384 | 238'909 | 238'909 | 240'024 | 238'341 | 241'906 |
| Total Aufwand IR | 51'793 | 53'885 | 65'255 | 93'064 | 89'285 | 82'308 | 82'694 | 56'450 | 44'008 | 35'176 | 48'391 | 60'808 | 77'090 | 77'090 | 67'417 | 64'022 | 67'565 |
| abz. interne Verrechnungen | 5'211 | 6'450 | 8'219 | 14'379 | 16'531 | 17'847 | 18'793 | 19'172 | 21'235 | 21'194 | 22'627 | 23'692 | 29'473 | 29'473 | 29'974 | 30'687 | 32'220 |
| Total Aufwand ohne Verrechnung | 161'656 | 170'502 | 193'807 | 240'191 | 244'969 | 233'571 | 256'567 | 238'733 | 221'761 | 214'621 | 248'920 | 264'500 | 286'526 | 286'526 | 277'467 | 271'676 | 277'251 |
| Kapitaldienst in % | 2.6% | 3.8% | 7.0% | 7.1% | 8.6% | 5.8% | 5.4% | 6.1% | 5.6% | 5.6% | 4.7% | 4.5% | 5.9% | 5.9% | 3.8% | 4.8% | 5.1% |

Investitionsquote

Die Investitionsquote widerspiegelt, wie viel der gesamten Ausgaben (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung ohne Interne Verrechnungen) für Investitionen ausgege-

ben werden. Diese Kennzahl bewegte sich mit 24,4 Prozent auf dem Niveau der letzten Jahre (Vorjahr 24,3). Mit dieser immer noch hohen Investitionsquote liegt der Kanton Obwalden wegen den weiterhin notwendigen Investitionen im Tiefbaubereich weit über dem gesamtschweizerischen Mittel aller Kantone (Voranschlagswert von 10,8 Prozent). Dank den sachbezogenen Investitionseinnahmen kann der Kanton die verbleibenden Nettoinvestitionen zu seinen Lasten dennoch finanzieren.



Bestandesrechnung

Dieser Rechnungsteil umfasst Aktiven und Passiven und gliedert sich in das Finanzvermögen (Vermögenswerte, die nicht zur öffentlichen Aufgabenerfüllung benötigt werden), das Verwaltungsvermögen (Werte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen) und die Spezialfinanzierungen/Spezialfonds sowie das Fremd- und Eigenkapital.

Bestandesrechnung per 31.12.2004

| in 1'000 Fr. | Bilanz 2004 | Bilanz 2003 | Veränderung + Zuwachs/-Abnahme | | Bilanz 2002 |
|-----------------------------------|-------------------------------|----------------|-----------------------------------|--------------|----------------|
| Aktiven | | | | | |
| <i>Finanzvermögen</i> | 68'635 ⁽⁸⁾ | 75'569 | -6'934 | -9.2% | 80'711 |
| Flüssige Mittel | 3'215 | 7'063 | -3'848 | -54.5% | 6'609 |
| Guthaben | 43'914 | 48'762 | -4'848 | -9.9% | 52'527 |
| Anlagen | 17'104 | 17'083 | 21 | 0.1% | 19'164 |
| Transitorische Aktiven | 4'402 | 2'661 | 1'741 | 65.4% | 2'411 |
| <i>Verwaltungsvermögen</i> | 129'274 | 136'592 | -7'318 | -5.4% | 139'467 |
| Sachgüter | 43'083 ⁽⁹⁾ | 50'417 | -7'334 | -14.5% | 54'921 |
| Darlehen u. Beteiligungen | 65'741 ⁽¹⁰⁾ | 67'002 | -1'261 | -1.9% | 66'425 |
| Investitionsbeiträge | 20'019 ⁽¹¹⁾ | 19'173 | 846 | 4.4% | 18'121 |
| Spezialfinanzierungen | 431 ⁽¹²⁾ | | 431 | | |
| Total Aktiven | 197'909 ⁽⁷⁾ | 212'161 | -14'252 | -6.7% | 220'178 |
| Passiven | | | | | |
| <i>Fremdkapital</i> | 180'063 ⁽¹³⁾ | 203'240 | -23'177 | -11.4% | 214'892 |
| Laufende Verpflichtungen | 25'624 | 33'129 | -7'505 | -22.7% | 37'238 |
| Kurzfristige Schulden | 3'656 | 10'650 | -6'994 | -65.7% | 16'510 |
| Mittel- und langfristige Schulden | 105'540 ⁽¹⁴⁾ | 112'500 | -6'960 | -6.2% | 115'468 |
| Verpflichtungen Sonderrechn. | 35'422 ⁽¹⁵⁾ | 35'856 | -434 | -1.2% | 35'608 |
| Transitorische Passiven | 6'506 | 7'907 | -1'401 | -17.7% | 7'342 |
| Delkredere | 3'315 | 3'198 | 117 | 3.7% | 2'726 |
| <i>Spezialfinanzierungen</i> | 4'127 ⁽¹⁶⁾ | 3'429 | 698 | 20.4% | 3'882 |
| <i>Eigenkapital</i> | 13'719 ⁽¹⁷⁾ | 5'492 | 8'227 | | 1'404 |
| Total Passiven | 197'909 ⁽⁷⁾ | 212'161 | -14'252 | -6.7% | 220'178 |

⁷⁾ Die Bilanzsumme der Aktiven und Passiven verminderte sich durch den Rückgang sowohl des Verwaltungs- als auch des Finanzvermögens um insgesamt 14,3 Millionen Franken auf 197,9 Millionen Franken.

⁸⁾ Das Finanzvermögen ist um insgesamt 6,9 Millionen Franken gesunken. Per Ende Jahr wurden um 3,8 Millionen Franken tiefere flüssige Mittel (Bankguthaben) ausgewiesen. Auch die Guthaben reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr wegen tieferer ausstehender Bundesbeiträge um 4,8 Millionen Franken.

- 9) Bei den Sachgütern waren die Abschreibungen insgesamt höher als die getätigten Nettoinvestitionen. Ausgewirkt haben sich unter anderem auch die zusätzlichen, ausserordentlichen Abschreibungen von 3,5 Millionen Franken auf dem Buchwert der Nationalstrassen.
- 10) Die Darlehen und Beteiligungen nahmen unter anderem infolge der ausserordentlichen Abschreibungen von 1,4 Millionen Franken auf dem Dotationskapital der Obwaldner Kantonalbank ab.
- 11) Die zukünftig abzuschreibenden Investitionsbeiträge erhöhten sich vor allem durch die Investitionen im öffentlichen Verkehr (Steilrampe Engelberg und Ausbau Brünigbahn um 2,0 Mio. Fr.) um 0,8 Millionen Franken.
- 12) Bei den Spezialfinanzierungen weist per Ende 2004 der vom Kanton geführte Wärmeverbund ein Defizit aus der Betriebsführung von 0,4 Millionen Franken auf, das durch zukünftige, höhere Betriebsgewinne wieder zu kompensieren ist.
- 13) Das Fremdkapital konnte im Berichtsjahr dank tieferen laufenden Verpflichtungen und einer Verminderung sowohl der kurzfristigen als auch der mittel- und langfristigen Schulden um insgesamt 23,2 Millionen Franken reduziert werden. Die Fälligkeit sowie die Zinssätze der noch bestehenden Schuldscheine im Wert von 105,5 Millionen Franken sind aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich.

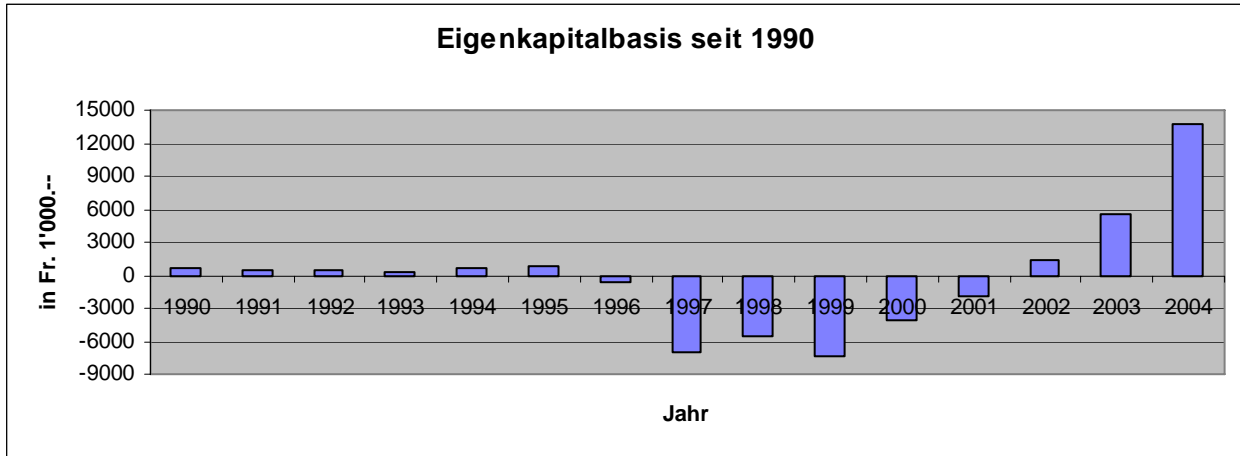
14)

| Schuldscheine ordentliche Rechnung | | | | | | | | | | |
|------------------------------------|------------------|------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|-------|-------|-------|
| Bilanzwert 105'540 | Zinssatz in % | Fälligkeit Variabel | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 |
| 100 | 0.000% | | 50 | 50 | | | | | | |
| 2'440 | 0.500% | 2'440 | | | | | | | | |
| 5'000 | 1.950% | | | | | 5'000 | | | | |
| 5'000 | 2.490% | | | | | | | | 5'000 | |
| 5'000 | 2.690% | | | | | | | 5'000 | | |
| 2'000 | 2.800% | | | | | | | | 2'000 | |
| 10'000 | 3.000% | | | 10'000 | | | | | | |
| 8'000 | 3.500% | | | 5'000 | | | | | | |
| 16'000 | 3.600% | | | | | | | | | |
| 14'000 | 3.625% | | 5'000 | | | 10'000 | 5'000 | | | 1'000 |
| 6'000 | 4.000% | | | 1'000 | 5'000 | | | | | |
| 5'000 | 4.120% | | | | | | 5'000 | | | |
| 3'000 | 4.125% | | | | 3'000 | | | | | |
| 10'000 | 4.250% | | 2'000 | 3'000 | 5'000 | | | | | |
| 6'000 | 4.300% | | | | | 6'000 | | | | |
| 4'000 | 4.375% | | 2'000 | | | 2'000 | | | | |
| 2'000 | 4.750% | | 2'000 | | | | | | | |
| 2'000 | 5.125% | | 2'000 | | | | | | | |
| Total per 31.12.2004 | | 2'440 | 13'050 | 19'050 | 15'000 | 30'000 | 13'000 | 5'000 | 7'000 | 1'000 |

- 15) Die Verpflichtungen für Sonderrechnungen umfassen ausschliesslich die Ausstände gegenüber dem Bund aus den Investitionskrediten (Landwirtschaft, Forstwirtschaft) und der Betriebshilfe in der Landwirtschaft.

¹⁶⁾ Bei den Spezialfinanzierungen erfolgte die Veränderung auf Grund des guten Jahresergebnisses des Kantonsspitals und der in der Leistungsvereinbarung geregelten Gewinnbeteiligung.

- 17) Mit dem Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung konnte das Eigenkapital um 8,2 Millionen Franken aufgestockt werden.



Finanzierungsausweis

Aus den Änderungen der Bilanzkonten der Bestandesrechnung ergibt sich für das Jahr 2004 folgender Finanzierungsausweis (in 1'000 Fr.):

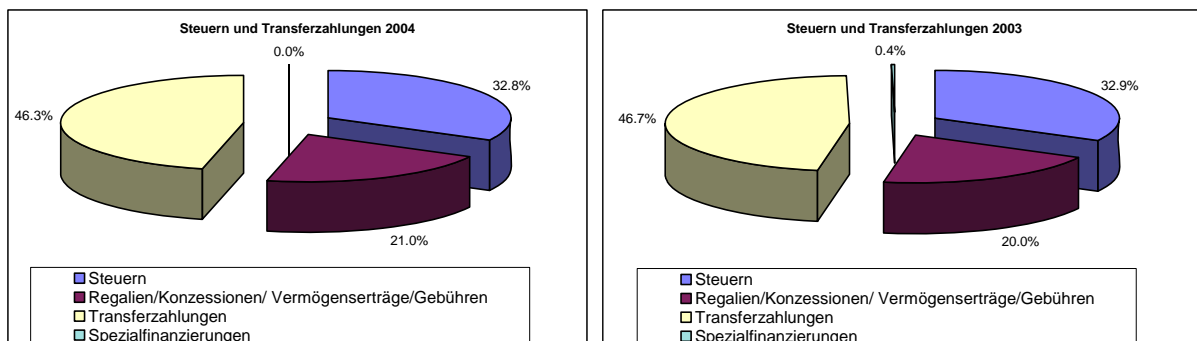
| Mittelverwendung | | Mittelherkunft | |
|--|-------|---|-------|
| Zunahme der Transitorischen Aktiven | 1'741 | Abnahme der flüssigen Mittel | 3'848 |
| Zunahme der Anlagen des Finanzvermögens | 21 | Abnahme der Guthaben | 4'848 |
| Zunahme der Investitionsbeiträge | 846 | Abnahme der Sachgüter | 7'334 |
| Zunahme der Spezialfinanzierungen | 431 | Abnahme der Darlehen u. Beteiligungen | 1'261 |
| Abnahme der laufenden Verpflichtungen | 7'505 | Zunahme des Delkredere | 117 |
| Abnahme der kurzfristigen Schulden | 6'994 | Zunahme der Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen | 698 |
| Abnahme der langfristigen Schulden | 6'960 | Zunahme des Eigenkapitals | 8'227 |
| Abnahme der Verpflichtungen für Sonderrechnungen | 434 | | |
| Abnahme der Transitori- | 1'401 | | |

| | | | |
|-------------------------------|---------------|-----------------------------|---------------|
| schen Passiven | | | |
| Total Mittelverwendung | 26'333 | Total Mittelherkunft | 26'333 |

Laufende Rechnung

Die Laufende Rechnung umfasst mit Aufwand und Ertrag den ersten Teil der Verwaltungsrechnung. Die Gesamterträge der Laufenden Rechnung übertrafen die veranschlagten Werte mit 250,1 Millionen Franken um 12,7 Millionen Franken. Da die Gesamtausgaben mit 241,9 Millionen um 3,3 Millionen Franken über dem Voranschlag liegen, resultierte insgesamt eine Ergebnisverbesserung von 9,4 Millionen Franken.

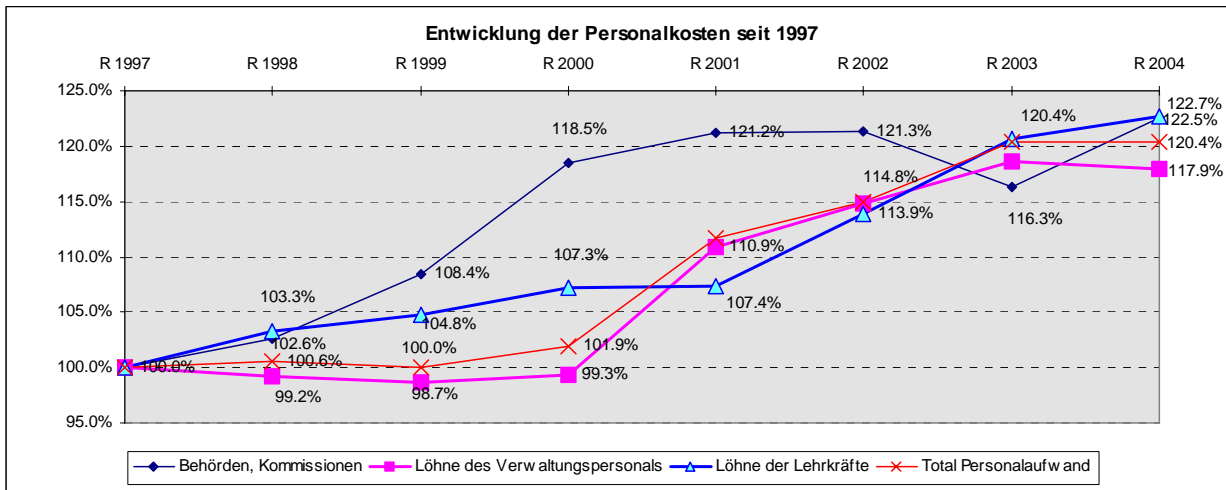
Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Steuereinnahmen in Prozenten des Gesamtertrages von 32,9 auf 32,8 Prozent leicht abgeschwächt. Infolge der gestiegenen Regal-Einnahmen (Kantonsanteile an der Gewinnausschüttung der Schweiz. Nationalbank) stieg der Einnahmen-Anteil von 20,0 auf 21,0 Prozent. Der Anteil der Transferzahlungen ging weiter auf 46,3 Prozent zurück (Vorjahr 46,7 Prozent). Diese Abnahme ist sowohl bei den "Eigenen Beiträgen" ⁽²²⁾ als auch bei den "Durchlaufenden Beiträgen" ⁽²³⁾ begründet.



Einnahmen und Ausgaben nach Artengliederung

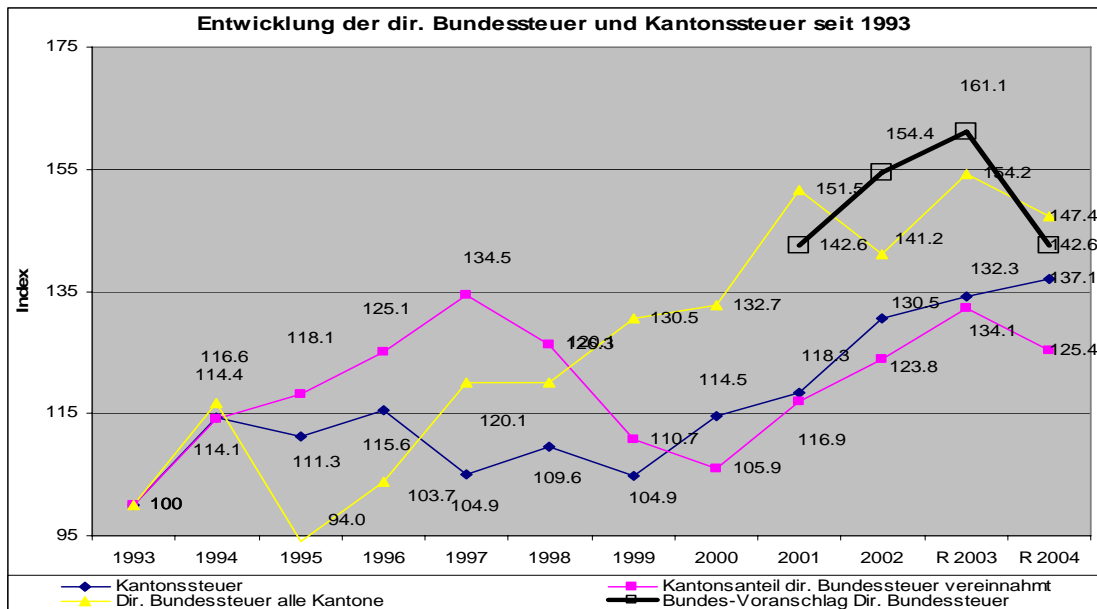
| in 1'000 Fr. | Rechnung | Voran- | Veränderung | | Rechnung |
|---|----------------|----------------|---------------|---------------|----------------|
| | 2004 | schlag | gegenüber | gegenüber | 2003 |
| | | 2004 | Fr. | % | |
| Laufende Rechnung | | | | | |
| <i>Aufwand</i> | | | | | |
| 30 Personalaufwand | 44'698 (18) | 45'000 | -302 | -0.7% | 44'756 |
| 31 Sachaufwand | 18'861 (19) | 19'313 | -452 | -2.3% | 19'432 |
| 32 Passivzinsen | 4'476 (20) | 4'800 | -324 | -6.8% | 4'779 |
| 33 Abschreibungen | 17'535 (21) | 14'291 | 3'244 | 22.7% | 12'776 |
| 34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung | 2'682 | 2'464 | 218 | 8.8% | 2'821 |
| 35 Entschädigung an Gemeinwesen | 12'234 | 12'385 | -151 | -1.2% | 11'226 |
| 36 Eigene Beiträge | 58'982 (22) | 60'214 | -1'232 | -2.0% | 61'080 |
| 37 Durchlaufende Beiträge | 50'150 (23) | 49'378 | 772 | 1.6% | 50'289 |
| 38 Einlagen in Spezialfinanzierungen und Stiftungen | 68 | 52 | 16 | 30.8% | 191 |
| 39 Interne Verrechnungen | 32'220 | 30'687 | 1'533 | 5.0% | 29'974 |
| | 241'906 | 238'584 | 3'322 | 1.4% | 237'324 |
| Total ohne Interne Verrechnungen | 209'686 | 207'897 | 1'789 | 0.9% | 207'350 |
| <i>Ertrag</i> | | | | | |
| 40 Steuern | 71'397 (24) | 65'320 | 6'077 | 9.3% | 69'458 |
| 41 Regalien u. Konzessionen | 21'302 (25) | 21'208 | 94 | 0.4% | 18'121 |
| 42 Vermögenserträge | 8'067 (26) | 6'144 | 1'923 | 31.3% | 8'000 |
| 43 Entgelte | 16'307 (27) | 15'184 | 1'123 | 7.4% | 16'260 |
| 44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung | 28'124 (28) | 26'991 | 1'133 | 4.2% | 27'304 |
| 45 Rückerstattung von Gemeinwesen | 1'684 | 1'192 | 492 | 41.3% | 1'406 |
| 46 Beiträge für eigene Rechnung | 20'833 | 20'554 | 279 | 1.4% | 19'752 |
| 47 Durchlaufende Beiträge | 50'150 (23) | 49'378 | 772 | 1.6% | 50'289 |
| 48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Stiftungen | 49 | 754 | -705 | -93.5% | 847 |
| 49 Interne Verrechnungen | 32'220 | 30'687 | 1'533 | 5.0% | 29'974 |
| | 250'133 | 237'412 | 12'721 | 5.4% | 241'411 |
| Total ohne Interne Verrechnungen | 217'913 | 206'725 | 11'188 | 5.4% | 211'437 |
| Ergebnis | 8'227 | -1'172 | -9'399 | 802.0% | 4'087 |

¹⁸⁾ Der Personalaufwand konnte im budgetierten Rahmen von 45 Millionen Franken gehalten werden und weist mit 0,7 Prozent nur geringfügige Abweichungen auf. Die Löhne des Verwaltungspersonals bleiben innerhalb des Voranschlages. Die Löhne der Behörden und der Lehrkräfte lagen demgegenüber sowohl leicht über den veranschlagten Werten als auch über dem Aufwand des Vorjahres.



- 19) Dass der Sachaufwand um 0,5 Millionen Franken tiefer ausfiel als budgetiert ist der Unterschreitung bei den Dienstleistungen und den Honoraren zuzuschreiben. In diesem Bereich fielen vor allem die Aufwände für die Amtliche Vermessung tiefer aus als veranschlagt.
- 20) Dank dem guten Rechnungsergebnis 2004 sowie der Vorjahre konnten die mittel- und langfristigen Schulden weiter abgebaut werden. Dadurch und durch die bereits tiefen Fremdkapitalzinsen konnten die Aufwände für die Passivzinsen erneut gesenkt werden und blieben um 0,3 Millionen Franken unter dem Voranschlagsbetrag.
- 21) Die ordentlichen Abschreibungen lagen im Rahmen des Voranschlages. Dank des guten Rechnungsergebnisses und der 2004 erzielten ausserordentlichen Erträge⁽²⁸⁾ konnten aber zusätzliche, ausserordentliche Abschreibungen von 5,2 Millionen Franken getätigt werden. Diese wurden dazu benützt, um den Buchwert der Anlagen der Nationalstrasse um 3,5 Millionen Franken und die bedingt rückzahlbaren Darlehen an die Luzern-Stans-Engelberg-Bahn von 0,3 Millionen Franken abzuschreiben sowie den Bilanzwert des Dotationskapitals der Obwaldner Kantonalbank um weitere 1,4 Millionen zu vermindern.
- 22) Die Eigenen Beiträge sind 1,2 Millionen Franken tiefer als veranschlagt. Erfreulicherweise musste der Globalbeitrag an das Kantonsspital nicht ausgeschöpft werden und blieb in der Staatsrechnung um 1,6 Millionen Franken unter dem Voranschlagsbetrag. Erheblich unterschritten wurde der Voranschlag auch bei den AHV/IV- und Ergänzungsleistungen (0,8 Mio. Franken). Die grössten Budgetüberschreitungen dagegen mussten bei den gebundenen Ausgaben hingenommen werden. Wie dem Kantonsrat bereits im Zusammenhang mit den Nachtragskrediten mitgeteilt wurde, ergaben sich sowohl bei den ausserkantonalen Sonderschulen und Heimen als auch bei den ausserkantonalen Hospitalisierungen Mehrausgaben von 0,8 bzw. 0,9 Millionen Franken.
- 23) Die Durchlaufenden Beiträge von 50,2 Millionen Franken enthalten die grösseren Bereiche Direktzahlungen in der Landwirtschaft (27,1 Mio. Franken) sowie die Bundesanteile an der Prämienverbilligung (14,4 Mio. Franken).
- 24) Bei den Steuereinnahmen wurde bei der Budgetierung von einem Rückgang ausgegangen. Ein Rückgang traf bei den „Sondersteuern“ merkbar zu, konnte doch weder

bei den Handänderungssteuern (minus 0,4 Mio. Franken), den Grundstücksgewinnsteuern (minus 0,3 Mio. Franken) noch bei den Erbschaftssteuern (minus 0,6 Mio. Franken) das hohe Ertragsniveau des Vorjahres erreicht werden. Auch bei den im Kanton vereinnahmten direkten Bundessteuern musste ein Rückgang festgestellt werden.



Bei den für den Kanton wichtigsten Steuereinnahmen, den Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen und der Gewinnsteuer bei den juristischen Personen, konnten erneut höhere Erträge verbucht werden. Der Ertrag bei den natürlichen Personen stieg insgesamt vor allem dank konstant hoher Nachfaktorierung für ältere Steuerperioden erneut um 4,1 Prozent (plus 2,2 Mio. Franken) an. Der Ertrag der juristischen Personen stieg nach dem markanten Rückgang im Vorjahr (minus 31 Prozent) wieder um 26,2 Prozent (plus 0,9 Mio. Franken). Details (u.a. auch über die Verteilung nach Gemeinden) sind aus dem Vergleich der Staatssteuern im Anhang (Tabelle IV) ersichtlich.

- ²⁵⁾ Die Regalien und Konzessionen (hauptsächlich der Kantonsanteil am Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank) stellten sich gemäss dem Voranschlagswert ein.
- ²⁶⁾ Die Vermögenserträge stiegen gegenüber dem Voranschlag um 1,9 Millionen Franken auf 8,1 Millionen Franken. Massgeblich ist diese Ertragsverbesserung den gestiegenen und nicht budgetierten Gewinnausschüttungen der Obwaldner Kantonalbank (plus 1,4 Mio. Franken) zu verdanken. Diese höhere Ausschüttung wird dazu verwendet, das Dotationskapital von 22 Millionen Franken an der Obwaldner Kantonalbank um weitere 1,4 Millionen Franken auf nunmehr 17,4 Millionen Franken abzuschreiben²¹⁾.
- ²⁷⁾ Die Einnahmen aus Entgelten lagen um 1,1 Millionen Franken über dem Voranschlag. Neben verschiedenen kleineren Mehrerträgen führten unter anderem auch 0,3 Millionen Franken höhere Eigenleistungen für Investitionsprojekte zu dieser Verbesserung.

²⁸⁾ Die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindungen nahmen gegenüber dem Vorschlag gesamthaft um 1,1 Millionen Franken zu. Wie bei den Kantonssteuern waren auch in diesem Bereich die Ertragsprognosen des Bundes zu tief (Kantonsanteil am Finanzausgleich um 0,3 Mio. Fr. und beim Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer um 0,5 Mio. Fr.).

Nettoergebnis nach Departementen

| Einnahmen (-) bzw. Ausgaben (+) in 1'000 Fr. | Nettoaufwand | | Veränderung | | Nettoaufwand Rechnung 2003 |
|---|------------------|-----------------------------------|---|---------------|----------------------------------|
| | Rechnung 2004 | VA 2004 (inkl. Nach- träge) | gegenüber VA 2004 (minus = Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen) | | |
| Laufende Rechnung | -8'228 | 1'172 | -9'400 | 802.0% | -4'089 |
| 10 Räte / Staatskanzlei | 3'829 | 3'991 | -162 | -4.1% | 3'832 |
| 20 Finanzdepartement | -90'903 | -84'340 | -6'563 (29) | 7.8% | -89'342 |
| 30 Sicherheits- und Gesundheitsdepartement | 28'616 | 29'811 | -1'195 (30) | -4.0% | 30'832 |
| 40 Volkswirtschaftsdepartement | 14'938 | 15'958 | -1'020 (31) | -6.4% | 14'956 |
| 50 Bildungs- und Kulturdepartement | 29'434 | 29'076 | 358 | 1.2% | 28'613 |
| 60 Bau- und Umweltdepartement | 4'536 | 5'025 | -489 | -9.7% | 5'429 |
| 90 Gerichte | 1'322 | 1'651 | -329 | -19.9% | 1'591 |

²⁹⁾ Beim Finanzdepartement wirken sich sowohl die Abweichungen der Steuererträge²⁴⁾, der Vermögenserträge²⁶⁾, der Anteile und Beiträge ohne Zweckbindungen²⁸⁾ als auch die der Abschreibungen²¹⁾ aus.

³⁰⁾ Der tiefere Nettoaufwand des Sicherheits- und Gesundheitsdepartements liegt vor allem in dem um 1,6 Millionen Franken unterschrittenen Globalkredit des Kantonsspitals begründet. Die Kosten für ausserkantonale Hospitalisationen sind wohl um 0,9 Millionen Franken über dem Voranschlag, liegen mit gesamthaft 7,1 Millionen Franken aber im Rahmen des Vorjahres.

³¹⁾ Erheblich unterschritten wurde der Voranschlag des Volkswirtschaftsdepartements sowohl bei den AHV/IV- und den Ergänzungsleistungen.

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung als zweiter Teil der Verwaltungsrechnung schliesst bei Gesamtausgaben von 67,6 Millionen Franken mit einem Nettoaufwand von 10,1 Millionen Franken ab. Wie aus der nachstehenden Artengliederung ersichtlich ist, fiel der Gesamtaufwand um 3,1 Millionen Franken höher und der Nettoaufwand um 3,5 Millionen Franken tiefer aus als veranschlagt.

| in 1'000 Fr. | Rechnung 2004 | Voranschlag 2004 | Veränderung gegenüber VA 2004 | | Rechnung 2003 |
|---|------------------|---------------------|----------------------------------|---------------|------------------|
| | | | Fr. | % | |
| <i>Ausgaben</i> | | | | | |
| 50 Sachgüter | 49'670 (32) | 41'606 | 8'064 | 19.4% | 46'400 |
| 52 Darlehen und Beteiligungen | 1'534 (33) | 2'160 | -626 | -29.0% | 1'499 |
| 56 Eigene Beiträge | 5'521 (34) | 7'000 | -1'479 | -21.1% | 6'295 |
| 57 Durchlaufende Beiträge | 10'840 (35) | 13'739 | -2'899 | -21.1% | 13'223 |
| | 67'565 | 64'505 | 3'060 | 4.7% | 67'417 |
| <i>Einnahmen</i> | | | | | |
| 60 Mobilien, Maschinen | | | | | |
| 62 Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen | 718 | 687 | 31 | 4.5% | 715 |
| 63 Rückerstattungen für Sachgüter | 67 | 58 | 9 | 15.5% | 194 |
| 64 Rückzahlung von eigenen Beiträgen | | | | | |
| 66 Beiträge für eigene Rechnung | 45'842 (36) | 36'452 | 9'390 | 25.8% | 43'251 |
| 67 Durchlaufende Beiträge | 10'840 (35) | 13'739 | -2'899 | -21.1% | 13'223 |
| | 57'467 | 50'936 | 6'531 | 12.8% | 57'383 |
| Nettoinvestitionen | 10'098 | 13'569 | -3'471 | -25.6% | 10'034 |

³²⁾ Die Ursache für höhere Gesamtausgaben liegt bei den Sachgütern bzw. vollumfänglich bei den Tiefbauinvestitionen, welche sich je nach Baufortschritt auf den Nationalstrassenteilstücken ergaben. Durch den hohen Bundesanteil von 97 Prozent stehen diesen höheren Investitionskosten ebenfalls höhere Einnahmen unter Beiträge für eigene Rechnung³⁶⁾ gegenüber.

³³⁾ Bei den Ausgaben für Darlehen und Beteiligungen erfuhren veranschlagte Investitionshilfe-Projekte zeitliche Verzögerungen. Entsprechend wurde der Voranschlagsbetrag unterschritten.

³⁴⁾ Die Investitionen bei den Eigenen Beiträgen fielen unter anderem beim Wasserbau um 0,5 Millionen Franken und bei den forstlichen Investitionen um 0,3 Millionen Franken unter dem Voranschlagsbetrag aus. Eine zeitliche Verzögerung wurde aber auch beim Tunnelbau der LSE-Steilrampe verzeichnet, wodurch der Voranschlag um 0,7 Millionen Franken unterschritten wurde.

³⁵⁾ Die Durchlaufenden Beiträge liegen insgesamt 2,9 Millionen Franken über dem Voranschlag. Dies ergibt sich hauptsächlich durch die tiefere Investitionstätigkeit bei den Verbauungen und Anlagen zur Sicherung von Naturgefahren (Wasserbau/Forst).

³⁶⁾ Die Beiträge für eigene Rechnung liegen mit 45,8 Millionen Franken infolge der höheren Investitionen der Nationalstrasse³²⁾ um 9,4 Millionen Franken über dem Voranschlagsbetrag.

Vergleich mit dem Finanzplan 2004 bis 2006

Der Vergleich der Rechnung 2004 mit dem 2002 erarbeiteten Finanzplan zeigt ein positives Bild. Während der Gesamtaufwand nun effektiv tiefer ausfiel, konnten beim Ertrag höhere Einnahmen erzielt werden. Zusammen mit der ausgeführten Investitionsrech-

nung ergibt sich ein markant besseres Finanzierungsergebnis, das zu einer entsprechend tieferen Gesamtverschuldung führt.

| in 1'000 Fr.: | Rechnung 2004 | Finanzplan 2004 | Abweichung Rechnung / Finanzplan | |
|--|------------------|--------------------|--|---------------|
| <i>Laufende Rechnung (LR):</i> | | | | |
| Aufwand | 236'693 | 241'654 | -2.1% | -4'961 |
| Ertrag | 248'056 | 243'123 | 2.0% | 4'933 |
| Ordentliches Ergebnis | 11'363 | 1'469 | | 9'894 |
| ausserordentlicher Ertrag | 2'077 | | | 2'077 |
| ausserordentlicher Aufwand | 5'212 | | | 5'212 |
| Ertragsüberschuss | 8'228 | 1'469 | | 6'759 |
| <i>Investitionsrechnung (IR):</i> | | | | |
| Ausgaben | 67'565 | 82'440 | -18.0% | -14'875 |
| Einnahmen | 57'467 | 68'556 | -16.2% | -11'089 |
| Nettoinvestitionen (samt Darlehen) | 10'098 | 13'884 | | -3'786 |
| Darlehen in Investitionsrechnung | 816 | -63 | | 879 |
| Zunahme Nettoinvestitionen (effektiv) | 9'282 | 13'947 | | -4'665 |
| <i>Finanzierung:</i> | | | | |
| Zunahme der Nettoinvestitionen | 9'282 | 13'947 | | -4'665 |
| Abzüglich Abschreibungen | 17'535 | 11'981 | | 5'554 |
| Aufwandüberschuss LR | | | | |
| Ertragsüberschuss LR | 8'228 | 1'469 | | 6'759 |
| Finanzierungsergebnis (samt Darlehen) | 18'800 | -434 | | 19'234 |
| Finanzierungsfehlbetrag (ohne Darlehen) | | | | |
| Finanzierungsüberschuss | 16'481 | -497 | | 16'978 |

Der Gesamtaufwand ist in der Rechnung 2004 bereits 5 Millionen Franken tiefer als im Finanzplan vom Dezember 2002 für dieses Jahr vorgesehen war. Diese Differenz ist die Folge von tieferen Personalkosten für Verwaltungspersonal (1,2 Mio. Franken unter Finanzplan), Sachaufwendungen für Dienstleistungen und Honorare sowie für baulichen Unterhalt (1,9 Mio. Franken), Passivzinsen (0,7 Mio. Franken) und den Beiträgen an das Kantonsspital sowie an das Informatik-Leistungszentrum (2,3 Mio. Franken). Höher ausgefallen sind vor allem die internen Verrechnungen sowie die Abschreibungen.

Auf der Einnahmenseite entwickelten sich die Kantonssteuern (4 Mio. Franken über Finanzplan) sowie die Gewinnanteile der Schweizerischen Nationalbank (3,2 Mio. Franken) und der Obwaldner Kantonalbank (1,5 Mio. Franken) erfreulich. Demgegenüber waren die Einnahmenprognosen beim Finanzausgleich und bei der Verrechnungssteuer zu optimistisch (um 3,6 Mio. Franken unter Finanzplan).

Antrag des Regierungsrates

Das sehr gute Ergebnis der Staatsrechnung 2004 mit einem Ertragsüberschuss von 8,2 Millionen Franken ist vor allem den Kantonssteuereinnahmen zu verdanken, die deutlich höher waren als budgetiert. Dieses Ergebnis, zusammen mit dem Eigenkapital von nunmehr 13,7 Millionen Franken erlaubt es, die Sondersteuer von 0,2 Steuereinheiten zur Finanzierung des Ausbaus des Kantonsspitals (GDB 830.1) frühzeitig aufzuheben. Ein entsprechender Antrag wird der Bevölkerung im Rahmen der Steuergesetzrevision, die auf 1. Januar 2006 in Kraft treten soll, unterbreitet werden.

Einen wichtigen Beitrag zum Gesamtergebnis leisteten auch die Mitarbeitenden. Bereits im Rahmen des Voranschlages 2005 wurde der Kantonsrat darüber in Kenntnis gesetzt, dass bei entsprechendem Jahresergebnis Leistungsprämien von zusätzlich 0,2 Prozent der effektiven Lohnsumme der Jahresrechnung 2004 belastet werden. Diese Belastung ist nun im Umfang von 75 400.– Franken für das Staatspersonal (Kto. 2200.301.08) enthalten.

Der Regierungsrat beantragt gestützt auf Art. 37 Abs. 4 sowie Art. 24 Abs. 5 der Finanzhaushaltsverordnung vom 25. März 1988 die vorliegende Staatsrechnung wie folgt zu genehmigen:

- a. Genehmigung der Leistungsprämien 2005 von Fr. 75'400.-;
- b. Vornahme der ordentlichen Abschreibungen von Fr. 12'322'415.89 (einschliesslich Kantonsspital Fr. 3'227'249.17);
- c. Vornahme zusätzlicher Abschreibungen von Fr. 5'212'200.25;
- d. Verwendung des Staatssteuerzuschlages 2004 von Fr. 3'848'427.62 gemäss Art. 5 des Gesetzes über den Ausbau des Kantonsspitals vom 17. Mai 1992 für die Verzinsung und Abschreibung der Baukosten;
- e. Abbuchung des Saldos der Laufenden Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 8'227'290.84 auf das Konto "Eigenkapital";
- f. Aktivierung der Nettoinvestitionen als Saldo der Ausgaben und Einnahmen der Investitionsrechnung von Fr. 10'098'134.57.

Erläuterungen, Abschreibungen, Abgrenzung IR/LR

Die Rechnungsdarstellung des Kantons Obwalden ist grundsätzlich in der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons (FHV) vom 25. März 1988, Fassung vom 25. November 1999, geregelt und richtet sich in den Grundzügen nach dem Harmonisierten Rechnungsmodell der Kantone (HRM). Die wichtigsten Artikel sind dabei:

Artikel 21 Bewertungsgrundsätze

Die Aktiven werden zu ihrem Beschaffungs- oder Herstellungswert unter Berücksichtigung der den Umständen angemessenen Wertberichtigungen bilanziert.

Darlehen und Beteiligungen sind in der Regel nach kaufmännischen Grundsätzen bewertet. Die wichtigsten Angaben dazu sind aus dem Beteiligungsspiegel (Tabelle III) ersichtlich.

Artikel 24 Abschreibungen

Das Verwaltungsvermögen wird nach dem Grundsatz einer finanz- und volkswirtschaftlich angemessenen Selbstfinanzierung der Investitionsausgaben auf dem jeweiligen Restbuchwert zu Beginn des laufenden Jahres abgeschrieben. Die Abschreibungssätze auf dem Restbuchwert betragen:

| | |
|--------------------------------|-----|
| Grundstücke | 10% |
| Tiefbauten | 10% |
| Hochbauten | 10% |
| Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge | 25% |
| Investitionsbeiträge | 25% |

Es kann in besonderen Fällen auch objektweise linear oder nach der Annuitätenmethode abgeschrieben werden. Dies trifft in der vorliegenden Jahresrechnung auf folgende Aktiven zu:

Lineare Abschreibung:

 Zurzeit keine lineare Abschreibungen

Annuitätenmethode:

 Energiezentrale/Wärmeverbund

Sonderfinanzierung

 0,2 Steuereinheiten für den Kantonsspital-Ausbau

Soweit es die Finanz- und Konjunkturlage erlauben, können im Voranschlag zusätzliche Abschreibungen vorgesehen werden. Bei Ertragsüberschüssen kann der Kantonsrat zusätzliche Abschreibungen genehmigen. Im Voranschlag 2004 waren bereits 1,9 Millionen Franken zusätzliche Abschreibungen vorgesehen. Auf Grund des Rech-

nungsergebnisses werden dem Kantonsrat nun insgesamt 5,2 Millionen Franken als zusätzliche Abschreibungen beantragt.

Übersicht über Abschreibungen

| in Fr. 1'000.-- | Erstellungskosten (brutto) | Anlagewert (netto) | Bestand am 01.01.2004 | Rechnung 2004 | | | | Bestand am 31.12.2004 |
|---|-------------------------------|-----------------------|-----------------------------|---------------|--------|---|-------|-----------------------------|
| | | | | Zuwachs | Abgang | Abschreibung ordentlich zusätzlich | | |
| 1 Grundstücke | | | 0 | 10 | | 10 | | 0 |
| 2 Tiefbauten | | | 17'730 | 2'018 | | 1'773 | 3'500 | 14'476 |
| 3 Hochbauten | 161'890 | 121'790 | 27'366 | 1'290 | 607 | 4'325 | | 23'724 |
| Davon: | | | | | | | | |
| Sonderfinanz. Kantonsspital | 41'430 | 40'595 | 14'790 | | | 3'227 | | 11'563 |
| Wärmeverbund | 5'844 | 2'831 | 2'268 | 5 | | 98 | | 2'174 |
| 4 Mobilien, Informatik, Maschinen, Fahrzeuge | | | 5'320 | 893 | | 1'330 | | 4'884 |
| 5 Münzensammlung | | | 0 | | | | | 0 |
| 6 Darlehen und Beteiligungen | | | 67'002 | 1'367 | 917 | | 1'712 | 67'452 |
| 7 Investitionsbeiträge | | | 19'173 | 5'843 | 113 | 4'884 | | 20'019 |

Artikel 27 Investitionsrechnung / Laufende Rechnung

Die Investitionsrechnung enthält jene Finanzvorfälle, die bedeutende eigene oder subventionierte Vermögenswerte mit mehrjähriger Nutzungsdauer schaffen. Investitionen unter Fr. 100'000.– werden dabei in der Regel direkt über die Laufende Rechnung abgeschrieben.

Pensionskassenverpflichtungen

Der Vorsorgeplan der Vorsorgeeinrichtung des Kantons ist als **Beitragsprimatplan** bzw. als Spar- und Risikosystem aufgebaut. Risikoträger ist die **privatrechtlich** organisierte Personalversicherungskasse Obwalden. Der Deckungsgrad liegt per Ende 2004 bei **106,3 Prozent**.